REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 390 · 2.5.1996

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 42 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Mehr Dampf im Klassenkampf - von oben. Zurück in die fünfziger Jahre - gg.
2. Israels Stellvertreterkrieg im Libanon
3. Italien nach dem "Sieg der Linken": Olivgrüne Zeiten
4. 1. Mai in Nürnberg: Naziaufmarsch angekündigt: Gegenmobilisierung von Linken und DGB - Al., Nürnberg
5. Rundbrief zum Neoliberalismus-Treffen. Dokumentation
6. Nicht als Frau geboren ... Zum 10. Todestag von Simone de Beauvoir - gaf
7. Der Metallarbeiterstreik von 1956/57 - Js.
8. Im Windschatten Singers: Norbert Hoersters Euthanasiepropaganda
9. Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes. Ein Kommentar zum "Buko-Frauen-Papier" in ak 389 - Ingrid Röder
10. New Age auf dem Vormarsch. Zur Konjunktur rechter Wissenschaftstheorien - Annotation - Wolfgang Beran
11. "Mauer des Schweigens". Rolf Gössner vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß "Hamburger Polizei"
12. Kein Abgrund, sondern ein Marianengraben! Kritische Anmerkungen zum Abschlußbericht des Projektes "Polizei und Fremde" - M. Herrnkind
13. Internationale Untersuchungskommission konstituiert. Lübecker Staatsanwaltschaft mauert und lügt - j., Hamburg
14. Die Invasion der Retter. Wie UN- Hilfsorganisationen in Afrika alles niedertrampeln - Alex de Waal
15. Das Manifest der liberalen Revolution. Ansichten des Kandidaten Prodi - Js.
16. Israels Krieg gegen den Libanon - Brigitte al-Jaber, Libanon
17. Ein Jerusalem für zwei Staaten. Interview mit Hanan Ashrawi (Vorabdruck aus "Jerusalem - Hauptstadt zweier Staaten?" Palmyra-Verlag)
18. Gerechtigkeit für Bill Clinton. Klarstellungen zum Verhältnis USA-Kuba - kuk
19. Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald - Annotation - Jörn Boewe, Berlin
20. Dieses Land ist auf Revolution gegründet. Mexikos Indígenas zwischen Autonomie und Staatspartei - Jörn Boewe, Berlin
21. Pressefreiheit á la Mexicana. Regierungspartei verstärkt den Druck auf die Medien - Juan Eduardo und Jörn Boewe
22. Die GSR in der GIS in der GUS. Prozesse der Re-Integration innerhalb der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten" - Sabine Ott
23. Streit um die Einheitspartei. Drei neue Bücher zur SED-Gründung - Kt.
24. Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD: Erklärung der Historischen Kommission der PDS. Dokumentation
25. Sozialismus und Antisemitismus - Teil 2 - Mario Keßler
26. "Verrat an der deutschen Saar". Die Kommunistische Partei und die Saar- Abstimmung 1955 - Thomas Uwer
27. Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht. Der Katalog zur Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung - Js.
28. Die Aktualität der Nürnberger Prinzipien. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen - Rezension - Js.
29. Der große Fischzug - effizient in den Öko- Kollaps. Zur nachhaltigen Plünderung der Weltmeere - hhH
30. Frauen - Flucht - Asyl. Über die Situation asylsuchender Frauen in der BRD. Rezension - Andreas Speck
31. Die "Gleichstellung" der Männer durch die Männer. Zur patriarchalen Metamorphose einer frauenpolitischen Strategie - Birgit Ebel
32. Das Ende der postkommunistischen Tristesse. Die Internationalen Grenzland-Filmtage in Selb - Angela Martin
33. Edgars Höhepunkt. Über die "message" eines Bildes - Michael Zander

34. Der Philosoph und sein Verleumder. Betr.: "Wolfgang Harich - Streiter für ein besseres Deutschland", ak 389 - gg. und Js., ak-Red.
35. Frühjahrsputz im Wendland. Die Anti-AKW Bewegung leistet Widerstand - Peter Nowak
36. Bad Kleinen: Anklage wegen Mordes verworfen - ga.
37. Weltmeister des Gastrechtes - Gastrecht vom Weltmeister - Jan Keetman
38. Quelldatei 05bu.htm
39. Quelldatei 32.htm
40. Quelldatei 38.htm
41. Quelldatei 40.htm
42. Spenden

1. Mehr Dampf im Klassenkampf - von oben. Zurück in die fünfziger Jahre

Autor: gg. · Rubrik: Sozialpolitik; DGB und Einzelgewerkschaften; DGB/Regierung · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:42

Fortsetzung Seite 1

Die Gesprächsrunden vor dem 23. April schätzt der ÖTV-Vorsitzende Mai durchaus als positiv ein: "Wir hatten Bundesregierung und Arbeitgeber mit der Plattform vom 23. Januar in die Verantwortung nehmen können für eine gemeinsame Beschäftigungspolitik. Aber gestern ist eindeutig die Wende eingeläutet worden", bilanziert er nach dem jüngsten Treffen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Gewerkschaften wurden eingebunden in ein Deregulierungsprogramm. Denn schon in der Plattform war die Rede von "Eigenvorsorge", "zielgenauer Zuteilung von Sozialleistungen" und anderen netten Umschreibungen für Sozialabbau. Daß zusätzlich als Ziel die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 festgeschrieben wurde, heißt zunächst gar nichts und hat mit aktiver Beschäftigungspolitik nichts zu tun. Hier zeigt sich vielmehr die geschickte Politikplanung angesichts der damals bevorstehenden drei Landtagswahlen. Darüberhinaus dienten die bisherigen Gesprächsrunden als Test, wie weit die Gewerkschaften einbindbar sind.

Das 50-Milliarden-Sparpaket

Der Kürzungskatalog umfaßt eine Unmenge von Änderungen. Die weitestgehenden sind:

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll in den ersten sechs Wochen um 20 Prozent gekürzt werden, wahlweise wird ein Urlaubstag pro Krankheitswoche angerechnet. Nach sechs Wochen Krankheit soll das Krankengeld um zehn Prozent gekürzt werden. Diese Regelung soll zunächst nur für die Bereiche gelten, in denen keine Tarifverträge die Lohnfortzahlung regeln; insoweit wird die Tarifautonomie berücksichtigt. Von den Koalitionsplänen wären direkt 15 Prozent der Beschäftigten (rund 2,3 Mio.) betroffen. Etwa 32 Prozent befinden sich in einer Grauzone: In ihren Tarifverträgen wird Bezug auf geltendes Recht genommen. Nur bei 53 Prozent der Beschäftigten gibt es eindeutige tarifliche Regelungen.

Änderung des Kündigungschutzgesetzes: Bisher wurde das Kündigungsschutzgesetz in Betrieben ab sechs Beschäftigten angewendet. Nunmehr soll es erst ab elf Beschäftigten gelten. Demnach würde in rund 80 Prozent aller Betriebe kein Kündigungsschutz mehr bestehen. Betroffen von der Möglichkeit des "hire and fire" wären rund 30 Prozent aller Beschäftigten.

Befristete Arbeitsverträge für unter 60jährige sollen künftig 24 statt 18 Monate gelten können.

Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird 1997 nicht erhöht. Der Bundeszuschuß für die BfA wird um 8 Mrd. gekürzt, das bedeutet weniger Geld für Umschulung, Fortbildung und ABM.

Die Lebensarbeitszeit für Frauen wird verlängert. Die schrittweise Erhöhung der Altersgrenze wird vorgezogen. Für Frauen beginnt die Anhebung von 60 auf 63 Jahre schon ab 1997. Pro Jahr vorzeitigen Renteneintritts werden die Rentenbezüge um 3,6% gekürzt. Ab dem 17. Lebensjahr werden nur noch drei statt bisher sieben Ausbildungsjahre angerechnet.

Im Gesundheitswesen sollen 12,4 Mrd. gespart werden: Die Versicherten sollen bei Medikamenten mehr zuzahlen, der Krankenkassen-Zuschuß von 20 DM für ein Brillengestell fällt weg, die Krankenkassen zahlen auch nicht mehr den Zahnersatz für unter 18jährige. Kuren werden auf drei Wochen verkürzt. Pro Kurwoche werden zwei Urlaubstage angerechnet.

Die Erhöhung beim Kindergeld, beim steuerlichen Kinderfreibetrag und beim einkommensteuerlichen Grundfreibetrag wird um ein Jahr verschoben.

Im öffentlichen Dienst wird eine Nullrunde für Beamte, Angestellte und Arbeiter angestrebt.

Testfall Lohnfortzahlung

Erster Testfall für die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen die am 7. Mai beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden. Von den öffentlichen Arbeitgebern soll dort, so Bayerns

Finanzminister Huber, eine Kürzung um 20 Prozent und alternativ eine Anrechnung von Urlaubstagen vorgeschlagen werden. Wie die Gewerkschaften reagieren werden, ist trotz aller Kampfrhetorik noch nicht geklärt. Wird "lediglich" das Regierungskonzept durchgezogen und damit die Tarifautonomie anerkannt, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich eine weitere "Kröte" schlucken. Ziehen die Arbeitgeber nach und kündigen bestehende Tarifverträge (nach dem Beispiel der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie), so wäre das für den IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel eine "Kampfansage". Dann, so Zwickel, "steht die IG Metall vor der Entscheidung, für eine Sache, für die sie 1957 gestreikt hat, erneut zu streiken." Starke Worte. Der stellvertretende IGM- Vorsitzende Riester wies dagegen in einem Spiegel-Interview darauf hin, daß er das Wort "Streik" bei Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bisher nicht in den Mund genommen habe.

Immerhin hatte die IGM-Führung im Vorfeld der Kanzlerrunde Teilzugeständnisse (um Schlimmeres zu vermeiden?) in der Frage der Lohnfortzahlung angeboten. Die weitere Entwicklung dürfte von der Stimmung in den Betrieben abhängen. Die Angst, den Bogen zu überspannen und damit eventuell "französische Verhältnisse" zu provozieren, wird zumindest in Presse-Kommentaren beschrieben. Anzeichen für eine Radikalisierung der Basis lassen sich zur Zeit nicht erkennen - auch wenn am 28. April mehr als 40.000 Beschäftigte des Einzelhandels (aufgerufen von den Gewerkschaften HBV, NGG und DAG) gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten und die geplanten Kürzungen im Sozialbereich demonstrierten.

Eine aktive Beteiligung an Aktionen gegen den Sozialabbau ist auf alle Fälle sinnvoll: Gelegenheit dazu bietet am 9. Mai in Berlin der Aktionstag des Bündnis gegen Sozialkürzungen und gegen Ausgrenzungen oder am 11. Mai die landesweite Demonstration "Frauen kontra Sozialabbau" in Stuttgart . Nur lautstarke Interventionen gegen die Pläne der Bundesregierung und des Kapitals bieten die Möglichkeit, die vorgezeichnete Entwicklung aufzuhalten. Mehr als fraglich ist, ob dieser Weg von den Gewerkschaften beschritten wird. Ohne sie wird es allerdings zur Zeit kaum möglich sein.

gg.

Mehr Dampf im Klassenkampf - von oben

Zurück in die fünfziger Jahre

In der Namensgebung von Kürzungsprogrammen war die Bundesregierung schon immer einfallsreich. Das neueste Produkt kommt im Gewande eines "Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung" daher. Wachsen werden mit Sicherheit die Gewinne, die Arbeitslosigkeit wird auf höchstem Niveau bleiben oder noch weiter ansteigen.

Bundeskanzler Kohl findet jetzt die Zeit reif für einschneidende Maßnahmen: "Die Menschen haben längst begriffen, daß wir echte, durchgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft brauchen, um mehr Wachstumsdynamik zu ermöglichen und Beschäftigungshemmnisse zu beseitigen. Die Bürger wissen auch, daß dies nicht ohne nachhaltige Sparmaßnahmen geht." (Regierungserklärung vom 26.4.96).

Nach der Kanzlerrunde am 23. April war die Ernüchterung bei den Gewerkschaftsvertretern groß. Das Bündnis für Arbeit legten sie erst einmal auf Eis. Dafür müssen sich die Gewerkschaftsführer von den Kapitalisten auch noch Hohn und Spott anhören. BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel findet die Einschnitte bei weitem nicht ausreichend und hält den Gewerkschaften entgegen: "Dieses Minimalpaket rechtfertigt überhaupt nicht, nun beleidigte Leberwurst zu spielen." Die weiteren Wünsche der Kapitalisten sind bekannt: Die Öffnung der Tarifverträge soll auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und die Tarifpolitik einer grundsätzlichen Revision unterzogen werden. Mit einer Stärkung der Selbstvorsorge - sprich der Entlastung der Unternehmen von sozialen Kosten - sollen bundesdeutsche Unternehmen noch mehr als bisher für den Weltmarkt fit gemacht werden.

Vom "Bündnis für Arbeit"-Dunst umnebelt, fiel es DGB-Chef Schulte bei der letzten Kanzlerrunde "erstmals" auf, "daß es bis hin zum Kanzler keine Sensibilität gegenüber sozialer Ungerechtigkeit gegeben" habe. Als mildernden Umstand gibt Schulte zu bedenken, daß Kohl "vielleicht an dieser Stelle auch nicht mehr Herr seines Handelns ist."

Anders als die Regierung leiden die gewerkschaftlichen Teilnehmer der Herrenrunde beim Kanzler offensichtlich unter Wahrnehmungstrübungen.

Fortsetzung auf Seite 4

Die Gesprächsrunden vor dem 23. April schätzt der ÖTV-Vorsitzende Mai durchaus als positiv ein: "Wir hatten Bundesregierung und Arbeitgeber mit der Plattform vom 23. Januar in die Verantwortung nehmen können für eine gemeinsame Beschäftigungspolitik. Aber gestern ist eindeutig die Wende eingeläutet worden", bilanziert er nach dem jüngsten Treffen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Gewerkschaften wurden eingebunden in ein Deregulierungsprogramm. Denn schon in der Plattform war die Rede von "Eigenvorsorge", "zielgenauer Zuteilung von Sozialleistungen" und anderen netten Umschreibungen für Sozialabbau. Daß zusätzlich als Ziel die Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 festgeschrieben wurde, heißt zunächst gar nichts und hat mit aktiver Beschäftigungspolitik nichts zu tun. Hier zeigt sich vielmehr die geschickte Politikplanung angesichts der damals bevorstehenden drei Landtagswahlen. Darüberhinaus dienten die bisherigen Gesprächsrunden als Test, wie weit die Gewerkschaften einbindbar sind.

Das 50-Milliarden-Sparpaket

Der Kürzungskatalog umfaßt eine Unmenge von Änderungen. Die weitestgehenden sind:

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall soll in den ersten sechs Wochen um 20 Prozent gekürzt werden, wahlweise wird ein Urlaubstag pro Krankheitswoche angerechnet. Nach sechs Wochen Krankheit soll das Krankengeld um zehn Prozent gekürzt werden. Diese Regelung soll zunächst nur für die Bereiche gelten, in denen keine Tarifverträge die Lohnfortzahlung regeln; insoweit wird die Tarifautonomie berücksichtigt. Von den Koalitionsplänen wären direkt 15 Prozent der Beschäftigten (rund 2,3 Mio.) betroffen. Etwa 32 Prozent befinden sich in einer Grauzone: In ihren Tarifverträgen wird Bezug auf geltendes Recht genommen. Nur bei 53 Prozent der Beschäftigten gibt es eindeutige tarifliche Regelungen.

Änderung des Kündigungschutzgesetzes: Bisher wurde das Kündigungsschutzgesetz erst in Betrieben ab sechs Beschäftigten angewendet. Nunmehr soll es erst ab elf Beschäftigten gelten. Demnach würde in rund 80 Prozent aller Betriebe kein Kündigungsschutz mehr bestehen. Betroffen von der Möglichkeit des "hire and fire" wären rund 30 Prozent aller Beschäftigten.

Befristete Arbeitsverträge für unter 60jährige sollen künftig 24 statt 18 Monate gelten können.

Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird 1997 nicht erhöht. Der Bundeszuschuß für die BfA wird um 8 Mrd. gekürzt, das bedeutet weniger Geld für Umschulung, Fortbildung und ABM.

Die Lebensarbeitszeit für Frauen wird verlängert. Die schrittweise Erhöhung der Altersgrenze wird vorgezogen. Für Frauen beginnt die Anhebung von 60 auf 63 Jahre schon ab 1997. Pro Jahr vorzeitigen Renteneintritts werden die Rentenbezüge um 3,6% gekürzt. Ab dem 17. Lebensjahr werden nur noch drei statt bisher sieben Ausbildungsjahre angerechnet.

Im Gesundheitswesen sollen 12,4 Mrd. gespart werden: Die Versicherten sollen bei Medikamenten mehr zuzahlen, der Krankenkassen-Zuschuß von 20 DM für ein Brillengestell fällt weg, die Krankenkassen zahlen auch nicht mehr den Zahnersatz für unter 18jährige. Kuren werden auf drei Wochen verkürzt. Pro Kurwoche werden zwei Urlaubstage angerechnet.

Die Erhöhung beim Kindergeld, beim steuerlichen Kinderfreibetrag und beim einkommensteuerlichen Grundfreibetrag wird um ein Jahr verschoben.

Im öffentlichen Dienst wird eine Nullrunde für Beamte, Angestellte und Arbeiter angestrebt.

Testfall Lohnfortzahlung

Erster Testfall für die Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sollen die am 7. Mai beginnenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst werden. Von den öffentlichen Arbeitgebern soll dort, so Bayerns Finanzminister Huber, eine Kürzung um 20 Prozent und alternativ eine Anrechnung von Urlaubstagen vorgeschlagen werden.

Wie die Gewerkschaften reagieren werden, ist trotz aller Kampfrhetorik noch nicht geklärt. Wird "lediglich" das Regierungskonzept durchgezogen und damit die Tarifautonomie anerkannt, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich eine weitere "Kröte" schlucken. Ziehen die Arbeitgeber nach und kündigen bestehende Tarifverträge (nach dem Beispiel der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie), so wäre das für den

IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel eine "Kampfansage". Dann, so Zwickel, "steht die IG Metall vor der Entscheidung, für eine Sache, für die sie 1957 gestreikt hat, erneut zu streiken." Starke Worte. Der stellvertretende IGM- Vorsitzende Riester wies dagegen in einem Spiegel-Interview darauf hin, daß er das Wort "Streik" bei Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bisher nicht in den Mund genommen habe.

Immerhin hatte die IGM-Führung im Vorfeld der Kanzlerrunde Teilzugeständnisse (um Schlimmeres zu vermeiden?) in der Frage der Lohnfortzahlung angeboten. Die weitere Entwicklung dürfte von der Stimmung in den Betrieben abhängen. Die Angst, den Bogen zu überspannen und damit eventuell "französische Verhältnisse" zu provozieren, wird zumindest in Presse-Kommentaren beschrieben. Anzeichen für eine Radikalisierung der Basis lassen sich zur Zeit nicht erkennen - auch wenn am 28. April mehr als 40.000 Beschäftigte des Einzelhandels (aufgerufen von den Gewerkschaften HBV, NGG und DAG) gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten und die geplanten Kürzungen im Sozialbereich demonstrierten.

Eine aktive Beteiligung an Aktionen gegen den Sozialabbau macht auf alle Fälle Sinn: z.B. am 9. Mai in Berlin am Aktionstag des Bündnis gegen Sozialkürzungen und gegen Ausgrenzungen oder am 11. Mai bei der landesweiten Demonstration "Frauen kontra Sozialabbau" in Stuttgart . Nur lautstarke Interventionen gegen die Pläne der Bundesregierung und des Kapitals bieten die Möglichkeit, die vorgezeichnete Entwicklung aufzuhalten. Mehr als fraglich ist, ob dieser Weg von den Gewerkschaften beschritten wird. Ohne sie wird es allerdings zur Zeit kaum möglich sein.

gg.

2. Israels Stellvertreterkrieg im Libanon

Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/lib.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:lib

Der Libanon ist seit Jahrzehnten das Feld, auf dem der israelisch-arabische Konflikt und der Versuch, die PLO zu vernichten, ausgetragen wird. Die hauptsächlich Leidtragenden sind hier, wie auch in allen anderen Kriegen, nicht die eigentlichen Kontrahenten, es ist die Zivilbevölkerung. Nach ihrer Vertreibung aus Jordanien 1971 hatte die PLO im Libanon ihre Basis errichtet. 1975 eskalierte die Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und der libanesischen christlichen Phalange zum Bürgerkrieg. Arabische Staaten lieferten der "Progressiven Front" (linke Muslime, Palästinenser) Waffen, Israel den christlichen Bürgerkriegsparteien. (Ben Gurion hatte schon in den 50er Jahren für die "Schaffung" eines mit Israel verbündeten christlichen Separatstaats im Libanon geworben.) 1976 intervenierte Syrien mit mehreren zehntausend Soldaten im Libanon und machte gegen die muslimischen und palästinensischen Kräfte Front, um deren etwaigen Sieg und eine Teilung des Libanon zu verhindern. Syrien ist seither die de facto maßgebliche Macht in diesem Staat. Mehrere zehntausend Menschenleben hatte dieser Bürgerkrieg gekostet, die materiellen Schäden wurden auf vier Milliarden US-Dollar geschätzt. 1978 marschierte Israel in den Libanon ein und übergab beim Rückzug das an Israel grenzende Gebiet der Miliz des christlichen Major Haddad. 1982 folgte nach zehnmonatiger Ruhe an der israelisch-libanesischen Grenze die Operation "Frieden für Galiläa". Gemeinsames Ziel Israels wie der christlichen Phalange war die Zerschlagung der PLO. Die von Israel beanspruchte "Sicherheitszone" auf libanesischem Staatsgebiet wurde zum Ort fortwährenden Kriegszustands, bei dem sich auf der einen Seite israelisches Militär und die von Israel ausgehaltene christliche "Südlibanesische Armee", auf der anderen Seite die Hizbullah gegenüberstehen. Israel setzt sein Kriegsgerät auch gegen Orte im Libanon ein, die außerhalb der "Sicherheitszone" liegen; die Hizbullah beschießt den Norden Israels mit Katjuschas, Raketen mit geringer Reichweite und Zielgenauigkeit, mit denen gleichwohl Schaden angerichtet wird und im Laufe der Jahre auch mehrere Menschen getötet wurden. Der 1993 durchgeführten Operation "Abrechnung" - bei der 130 LibanesInnen getötet, eine halbe Million zur Flucht in den Norden getrieben und zahlreiche Dörfer zerstört wurden - lag die zynische Absicht zugrunde, die Regierung Libanons zu zwingen, von Syrien den Rückruf der Hizbullah, die von syrischer Duldung und Förderung abhängig ist, zu verlangen. Die Operation "Abrechnung" endete mit dem durch die USA vermittelten Abkommen zwischen Israel und Hizbullah, Angriffe nicht mehr außerhalb der Sicherheitszone zu führen. Hizbullah hielt sich weitgehend an dieses Abkommen, Israel nicht. Hizbullah reagierte mit erneutem Raketenbeschuß des israelischen Nordens, Israel setzte in der Operation "Früchte des Zorns" die gesamte Kriegsmaschinerie ein. Ebenso wie 1993 war es ein Stellvertreterkrieg, um Syrien zum Rückzug der Hizbullah zu veranlassen. Und auch der Umstand, daß es Peres geraten schien, Punkte im Wahlkampf zu sammeln, ist für die neuerliche Invasion von Bedeutung. Der nächstliegende Weg zum Frieden an der libanesischen Grenze und mit Syrien - Abzug aus der "Sicherheitszone" und Rückgabe der Golanhöhen - scheint für Israel der am weitesten entfernte zu sein.

Seite 14

3. Italien nach dem "Sieg der Linken": Olivgrüne Zeiten

Rubrik: Kommentare zu aktuellen Geschehen; Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/italkurz.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:italkurz

Die "linke" Hälfte des italienischen Wahlvolks ist in Festtagsstimmung. Nach den spontanen Feiern in der Wahlnacht hielt die Euphorie auch am 25. April, dem Nationalfeiertag, weiter an. An diesem Tag wurde nicht nur, wie üblich, der Befreiung von Faschismus und deutscher Besetzung gedacht; die AnhängerInnen des siegreichen Mitte-Links-Bündnisses l'Ulivo ("der Olivenbaum") provozierten auch die abgeschmetterten Rechten mit Spottgesängen: "Berlusconi - ab nach Hammamet!" Dort, im tunesischen Exil, sitzt sein Freund und einstiger Gönner Bettino Craxi und wettert gegen Italiens "faschistische Justiz", die ihn verfolge.

Nach seiner Wahlniederlage bekommt Berlusconi es nun ebenfalls mit den Gerichten zu tun. Die Staatsanwälte werfen ihm etliche Fälle von Korruption vor. Auch wenn er bleibt und den Kampf mit der Justiz gewinnen sollte - als politischer Führer des Rechtsblocks ist Berlusconi erledigt. Neofaschistenführer Gianfranco Fini, nach etlichen Umfragen Italiens beliebtester Politiker, will Berlusconi als Spitzenkandidat der Rechten beerben. Ob das gelingt, ist noch offen. Ein anderer Liebling der Massen wird derzeit von beiden Blöcken umworben: der ehemalige Mailänder Staatsanwalt Di Pietro, der unzählige Korruptionsverfahren gegen Politiker, Unternehmer und Staatsbedienstete in Gang brachte.

Daß die Rechten sich auf eine längere Zeit der Opposition einstellen müssen, ist nicht etwa einer Linkswendung der WählerInnen zu verdanken. Das siegreiche Mitte-Links-Bündnis hat mit 43,3% noch nicht einmal eine relative Mehrheit gegenüber dem Rechtsblock. Zu dessen 44% müssen noch einmal 11% rechte Stimmen hinzugezählt werden: 0,9% der neofaschistischen MSI-Abspaltung Fiamma und 10,1% der Lega Nord. Daß dieses deutliche Übergewicht nicht für eine regierungsfähige rechte Mehrheit reichte, hat allein bündnispolitische Gründe. Die Lega Nord kandidierte diesmal allein, während die "Linken" mit der "Mitte" flächendeckend Wahlabsprachen treffen konnten.

Nicht nur wegen ihres schwachen Rückhalts in der Gesellschaft wird die kommende Regierung keine neue Richtung einschlagen. Unter dem ehemaligen Christdemokraten Romano Prodi wird fortgesetzt, was alle Regierungen seit 1993 mehr oder weniger konsequent versucht haben: die Sanierung der Staatsfinanzen durch eine rigorose Sparpolitik.

Die keineswegs umstürzlerischen Vorschläge von Rifondazione Comunista - u.a. Arbeitszeitverkürzung und Anpassung der Löhne an die Inflation - hat Prodi schon abgelehnt. Trotzdem bleibt den Kommunisten wohl nichts anderes übrig, als für die neue Regierung zu stimmen. Danach, bei den Haushaltsberatungen und den angekündigten Privatisierungen, wollen sie dann hart opponieren. Das wird am ehesten gelingen, wenn der "Druck der Straße" stark genug ist, die unsozialen Projekte ernsthaft zu behindern.

Dabei könnte natürlich auch die Regierung insgesamt Schaden nehmen. Dem versucht Prodi vorzubeugen, indem er seine Mehrheit nach rechts ausdehnt - die bisher mit Berlusconi und Fini verbündeten "rechten" Christdemokraten sollen möglichst ins Mitte-Links-Lager hinübergezogen werden.

Scherz am Rande: Joschka Fischer empfiehlt der SPD, sie solle "von Italien lernen" und statt eines sozialdemokratischen einen parteilosen Kanzlerkandidaten küren - einen deutschen Prodi also. Ganz ohne Ausstrahlungskraft ist das Modell Ulivo also doch nicht ...

Seite 12

4. 1. Mai in Nürnberg: Naziaufmarsch angekündigt: Gegenmobilisierung von Linken und DGB

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Rechtsradikale, Altnazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:28

Die neonazistischen "Jungen Nationaldemokraten" (JN) meldeten für den 1. Mai in Nürnberg eine Demonstration sowie eine Kundgebung vor der Bundesanstalt für Arbeit an. Die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) mobilisierte seit Wochen. Über die "nationalen Infotelefone" sowie mit Flugblättern und Plakaten wurden die Neonazis bundesweit aufgefordert, am 1. Mai nach Nürnberg zu kommen. Als Ausweichoptionen wurden auch in Aschaffenburg und Coburg Kundgebungen angemeldet. Die Propagandaplakate sowie das Motto geben sich "links". In knallroten Lettern wird "gegen System und Kapital" und gegen Sozialabbau gewettert und der Stop der Massenarbeitslosigkeit gefordert. Die JN-Parole: "Unser Kampf ist national". Lediglich dieses Wort deutet darauf hin, daß es sich um eine Aktivität der Rechten handelt. Nicht nur die auf den ersten Blick "linken" Parolen, sondern auch die Art der Plakatgestaltung unterstreichen die national-revolutionäre Stoßrichtung der JN-Aktion.

Der Anmelder der Nazi-Provokation, Klaus Beier, ist kein Unbekannter. Der 29jährige Einzelhandelskaufmann lebt in Kirchzell und ist im Landkreis Aschaffenburg-Miltenberg JN- und NPD-Vorsitzender. Über seine Rolle als Anmelder und Schlüsselfigur bei den Nazi-Aufmärschen in Aschaffenburg und im Landkreis Aschaffenburg-Miltenberg wurde in dieser Zeitung bereits mehrfach berichtet. (ak 382, 385 und 388) Im März trat er in Thüringen als Demoredner in Erscheinung. Interessanterweise war es auch Klaus Beier, der in Nürnberg den Wahlaufruf einiger Alt- und Neonazigruppen zugunsten der CSU als presserechtlich Verantwortlicher unterzeichnete. Dieser Aufruf zugunsten "des kleineren Übels" richtete sich explizit gegen das Kommunikationszentrum KOMM. (siehe ak 389) Sowohl der Anmelder als auch die JN-Organisatoren vor Ort verfügen über gute Verbindungen zu anderen Gruppen der Neonazi- und Skinhead-Szene.

Die angekündigte Aktion ist in mehrfacher Hinsicht brisant: Erstens versucht die JN damit den seit den diversen Organisationsverboten etwas aus dem Tritt gekommenen Schaftstiefelnazis wieder die Möglichkeit zu angemeldeten Straßenaktionen zu verschaffen. Zweitens signalisieren die Rechtsradikalen mit dem Datum 1. Mai, daß sie in den Startlöchern stehen, um Teile der Arbeiterschaft, die von SPD und den Gewerkschaften enttäuscht sind, auf ihre Seite zu ziehen. Und drittens bedeutet die Auswahl Nürnbergs als Ort, um eine Aktion mit bundesweiter Ausstrahlung durchzuführen, daß die JN an der braunen Geschichte dieser Stadt anknüpfen will.

Linke Gegenmobilisierung

Zu dem Aktionsbündnis linker und fortschrittlicher Organisationen, die den Nazis entgegentreten wollen, gehören unter anderem: VVN/BdA, Antifa-Initiativen, Autonome, KB-Nürnberg, Jusos, Friedensbewegte, Gewerkschaftsvertreter, PDS und AG-Junge Genossinnen. Grüne und SPD fehlen. Letztere begründete ihr Fernbleiben "radikal". "Alles sei schädlich, was das Häufchen unverbesserlicher NPDler aufwertet oder den guten demokratischen Ruf der Stadt mindert", so SPD-MdB Schmidbauer. Das Bündnis meldete eine Gegenkundgebung an, um den Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai zu verhindern.

Der DGB sprach von einer "beispiellosen Provokation". Die Gewerkschaftsvertreter forderten die Stadt auf, die Kundgebung nicht zuzulassen, und verwiesen zur Begründung auch auf die "besondere Geschichte und Verantwortung der Stadt". Der DGB-Vorsitzende vermied es jedoch, ohne Wenn und Aber zur Gegenaktion aufzurufen. Er deutete jedoch in diversen Presseartikeln an, daß sich auch der DGB nach dem Abschluß der eigenen 1.-Mai-Aktivitäten, die wie in den vergangenen Jahren eher einem großen Familienfest gleichen, an der antifaschistischen Gegenaktion beteiligen wird. Im Grunde setzte der DGB auf das Verbot der JN-Provokation. Im Verein mit führenden Grünen und der Presse wurde versucht, eine bedrohliche Chaos-Situation herbeizureden bzw. herbeizuschreiben, um so ein Verbot wegen "Gefahr für die öffentliche Ordnung" zu begründen.

Die Stadt verbot die Nazidemo schließlich ebenso wie die linke Gegenmobilisierung. Als Argument für die drohende Gewalt mußte letztlich das Flugblatt eines nicht existenten "Bündnis haut die Rechten wo ihr sie trefft" herhalten. Auf einer halben Seite wurde in einer Diktion, die zwischen der Arbeitertümelei des

"Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" und pseudo-autonomer Kraftmeierei schwankt, dazu aufgerufen, "die Nazis aus der Stadt zu prügeln". Der Zettel, der weder an öffentlichen Orten auslag noch von irgendjemandem verteilt wurde, war mit einer glimmenden Bombe, Hammer und Sichel und anderen Symbolen verziert, die man immer wieder mal auf dem einen oder anderen linken Flugblatt findet. Aber wirkliche Indizien für geplante "linke Gewalt", die sich als Verbotsbegründung hätten heranziehen lassen, gibt es nicht. So hatten sich die autonomen Veranstalter der "revolutionären 1.-Mai-Demo", die auch zu der Anti-Nazi-Aktion aufriefen, an diesem Punkt vernünftigerweise diskret zurückgehalten.

Die Stadtspitze versuchte sich wie schon bei früheren Gelegenheiten aus der Affäre zu retten, indem sie so tat, als wäre nichts. Weder der aus dem Amt scheidende SPD-Oberbürgermeister Schönlein noch sein Nachfolger Scholz (CSU), der am 1. Mai das Amt antritt, haben bis zur Abfassung dieses Artikels die Nazi-Provokation öffentlich verurteilt. Der Rechtsreferent Frommer (SPD) "prüfte die Lage" eine Woche lang und verreiste dann. Ein Untergebener war es dann, der die Verbotsbegründung mit dem hanebüchenen Argument mitzuteilen hatte, die öffentliche Ordnung sei bedroht.

Al., Nürnberg (25.4.1995)

5. Rundbrief zum Neoliberalismus-Treffen. Dokumentation

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Internationale Solidarität; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:34

ak dokumentiert Auszüge aus dem Rundbrief der VeranstalterInnen, in dem über den Stand der Vorbereitung und über die Ergebnisse bisheriger Diskussionen berichtet wird.

Liebe Freundinnen

und Freunde!

Im Januar gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27.7.-3.8.96 in Chiapas bekannt. Zur Vorbereitung schlug die EZLN Treffen auf allen fünf Kontinenten vor, auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus diskutiert wird.

An verschiedenen Orten Europas wurde von unterschiedlichen Menschen dieser Vorschlag aufgegriffen. Es wurde der Wunsch deutlich, Impulse, die von der zapatistischen Bewegung ausgehen, aufzunehmen und in einen Dialog darüber innerhalb unserer eigenen Wirklichkeit zu treten. Unter den europäischen Solidaritätsgruppen fanden erste Treffen zur Vorbereitung statt, das letzte während der Ostertage in Berlin. Dort wurde festgestellt, daß die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen und Ländern nicht so funktioniert wie es sein sollte. ...

Im deutschsprachigen Raum ist die Frage weiterhin unbeantwortet geblieben, wie mit dem Begriff Neoliberalismus umzugehen sei. Es wurde sogar in Frage gestellt, ob dieser für uns überhaupt gültig sei und wenn ja, wie er konkret definiert werden soll. ... Konsens bestand darüber, daß die feministische Fragestellung sich durch alle AGs ziehen soll. Zur Zeit wird darüber nachgedacht, wie begleitende Fragen aussehen könnten, die jenseits der spezifischen Themen und Darstellungen bei allen Gesprächen und Arbeitsprozessen berücksichtigt werden sollten (z.B. welches Politikverständnis haben wir oder wie kann Widerstand aussehen?). Ideen und Meinungen dazu sind dringend gefragt. ...

Es wurde auch darüber diskutiert, wie in diesen Tagen mit etwaigen Manipulations- und Funktionalisierungsversuchen des Gesprächs und des Austausches umgegangen werden soll. ... Beschlossen wurde ..., daß die Teilnahme von Parteien als solche nicht akzeptiert wird, jedoch jedeR, die/der einer Partei angehört, ausdrücklich willkommen ist. Konsens war, daß der Raum für einen Dialog der Frauen und ihre gleichberechtigte Präsenz und Ausdrucksfreiheit umfassend zu garantieren ist. Ebenso, daß die Teilnahme von MigrantInnen und allen Marginalisierten wie auch Menschen aus Osteuropa und dem Balkan nach allen Kräften unterstützt werden soll. ... Verbindlich angemeldete AGs sind bisher nur aus dem deutschsprachigen Raum bekannt. Rückmeldungen dazu aus anderen Ländern müßten bis spätestens 30. April eingehen. ... In der Frage um den Begriff Neoliberalismus wurden innerhalb der Berliner Vorbereitungsgruppe verschiedene Positionen vertreten: Neoliberalismus heißt vielleicht überall was anderes. Oder: Der Begriff reduziert sich zu sehr auf Besitzverhältnisse; es wird nur in den Kategorien arm und reich gedacht und läßt z.B. die Kritik patriarchaler Herrschaftsverhältnisse außen vorgelassen. ... Das Vergnügen, den Begriff auf seine Begrenztheit bzw. Brauchbarkeit hin zu untersuchen, möchten die Berliner Vorbereitungsgruppe und die anderen beim Ostertreffen Anwesenden an ALLE weitergeben, da es problematisch sein könnte, dies während der internationalen Zusammenkunft selbst zu diskutieren.

Eine weitere große Herausforderung wird darin gesehen, wie erreicht werden kann, während des Treffens wirklich in einen Dialog über die Möglichkeiten eines neuen Politikverständnisses zu treten. Auch hier stellen sich viele sehr ernstzunehmende Fragen:

- Wie können Formen demokratischer Auseinandersetzung gefunden werden, die auf Konsensfindung und nicht auf Ausgrenzung, Machtausübung und Unterdrückung basieren?

- Wie mit den vielen Widersprüchen umgehen und dem Nebeneinander von Wirklichkeiten?

Von allen in Berlin Anwesenden wurde das nähere Eingehen auf diese Fragen für unumgänglich befunden, um während des Treffens nicht nur Kontroversen auszutragen. Das Austragen von schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten im Vorfeld ist Voraussetzung für ein friedliches und ergebnisreiches Treffen. Nur eine konstruktive Verständigung an allen vier Tagen der europäischen Zusammenkunft Ende Mai schafft die Grundlage für über das Treffen hinaus weiterführende Gespräche, Vernetzungen und Initiativen. ...

Praktisches: Die Fertigstellung von Transparenten, Wandzeitungen u.ä. ist dringend erwünscht. KünstlerInnen, deren Arbeit mit Inhalten und Werten des Treffens in Verbindung gebracht werden kann, können und sollen angesprochen werden.

Finanzen: Alle, aber wirklich alle, sind aufgerufen, sich intensiv für die Beschaffung der nötigen Gelder einzusetzen. Es muß regional möglichst breit für die Verbreitung von Spendenaufrufen gesorgt werden, mittels Anzeigen in den Medien und eventuell mit Flugblättern. Es sollten Solidaritätsveranstaltungen organisiert werden, deren Einnahmen in den Finanzierungsfond einfließen. Es sollten Stiftungen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften u.ä. angesprochen werden.

Alle Veranstaltungen sollten nach Möglichkeit dreisprachig organisiert werden (englisch, spanisch und deutsch). Wäre klasse, Ihr bringt für die AGs eure ÜbersetzerInnen selber mit. In Anbetracht der kurzen Zeit möchten wir Euch nochmals bitten, interessierte Menschen in eurem Umkreis anzusprechen und für das Treffen zu mobilisieren.

Wichtige Hinweise, Adressen und Termine: Bitte schickt eure Anmeldung als Gruppe oder Einzelne bis zum 10.5.1996 an die Vorbereitungsgruppe in Berlin:

Solidaridad Directa und Mexiko-Gruppe im FDCL, Gneisenaustr. 2a,10961 Berlin

Tel.: 030/694 61 01, Fax: 030/692 65 90

E-Mail-Adresse: yabasta@contrib.de

Internet-Adresse: http://www.icf.de/YaBasta

Wer über den entsprechenden Internetzugang verfügt, kann sich unter der ge- nannten Internet-Adresse über den aktuellen Stand der Vorbereitungen informieren.

Alle Anregungen, Hinweise, Vorschläge, Kommentare usw. bitte an die Berliner Adresse und in die Schweiz schicken:

Solidaridad Directa, Postfach 8616,

CH-8036 Zürich (Schweiz), Fax: 00-41-1-2719012

Gliederung des Ablaufes

Donnerstag, 30.5.

ab 11.00 Uhr: Anmeldung/Info-Börse im Mehringhof.

18.00: Auftakt - Podiumsdiskussion.

ab 21.00: kleiner Empfang im Mehringhof (Schlafbörse)

Freitag, 31.5.

10.00-16.00: Arbeitsgruppen/Workshops.

18.30: Plenum - Schwerpunkt Analyse.

abends: Fete/Kulturprogramm.

Samstag, 1.6.

10.00-16.00: Arbeitsgruppen/Workshops.

18.30: Plenum - Schwerpunkt Widerstand

abends: kulturelles Programm.

Sonntag, 2.6.

11.00: Abschlußplenum - Schwerpunkt Perspektiven

14.00: Abschluß - Umzug? Demo?

Infostelle für das Treffen: Cafe Ex, Mehringhof Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, U-Bahnhof Mehringdamm, Linie 6 oder 7.

Bisherige AG-Angebote:

1. Autonomie und Demokratie

2. Politische Gefangene weltweit; Kampagne für ihre Freiheit

3. Fragen zur Solidaritätsarbeit

4. Frauenmigration (nur für Frauen)

5. Klassenkampf in Europa am Beispiel des Massenstreiks in Frankreich

6. Menschenbild in der Gentechnik

7. Kaffeekampagne - Welthandel

8. Politisierung der Subsistenz

9. Was ist Neoliberalismus?

10. Bruchsteine für Perspektiven

Bisherige Veranstaltungen:

1. Politikverständnis der Zapatistas (Garcia de Leon)

2. Koordinierung der Volksbewegungen Lateinamerikas (Maria Rojas)

3. Gemeinschaftsprojekt in Tschechien (Barbara Übel)

6. Nicht als Frau geboren ... Zum 10. Todestag von Simone de Beauvoir

Autor: gaf · Rubrik: Frauen; Philosophie · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:23

Vor zehn Jahren, am 14. April 1986, stirbt Simone de Beauvoir. "Wir sind alle Waisen," mit diesem Satz drücken französische Feministinnen den Verlust aus, den dieser Tod für uns Frauen bedeutet. Wie schon sechs Jahre zuvor beim Tod ihres Lebensgefährten Jean Paul Sartre folgen Zehntausende dem Sarg und demonstrieren damit auch für die Ideen und Werte, für die Beauvoir steht: für die Einmaligkeit und Freiheit jedes einzelnen Menschen, für gesellschaftliche Bedingungen, die diese Einmaligkeit und Freiheit für Frauen wie Männer zum Tragen kommen lassen, für ein menschenwürdiges Leben.

Beauvoir verbindet wie keine zweite Leben und Werk. Als Intellektuelle mischt sie sich mit ihren Mitteln ein: mit Worten. Als Schriftstellerin, Theoretikerin, Philosophin, Journalistin und mit ihren Memoiren bringt sie vielbeachtete Werke hervor, die ihre Bedeutung aus der Einheit von Leben und Werk beziehen. Mit erfrischender Radikalität unterstützt sie, selbst schon über 60, ihre Prominenz nutzend, uns junge Frauen in der beginnenden Frauenbewegung und der partei-unabhängigen Linken.

Geboren 1908 in einem Elternhaus des abgestiegenen Adels mit bourgeoisen Wertvorstellungen, wächst sie als wohlbehütetes Mädchen auf. Das ursprüngliche Ziel der Schulbildung für Simone und ihre um zwei Jahre jüngere Schwester ist es, die Töchter "in die gute Gesellschaft einheiraten zu sehen. Um in ihr zu glänzen, mußte eine Frau seiner (des Vaters) Meinung nach nicht nur über Schönheit und Eleganz verfügen, sondern auch Konversation machen können und eine gewisse Belesenheit haben."(Memoiren einer Tochter aus gutem Hause, S. 170)

Da die Familie nach dem Ersten Weltkrieg zu verarmt ist, um ihre beiden Töchter mit einer adäquaten Mitgift in "gute Kreise" zu verheiraten, müssen die Eltern vernünftigerweise - aber gegen ihre eigenen Wertvorstellungen - Gewicht darauf legen, daß die Mädchen einen Beruf erlernen. Für Simone, der Wissensaneignung, Schule und Literatur großen Spaß machen, eröffnet sich hier die Chance für ihren Lebensweg. Die Doppelbotschaft, sie einerseits in ihren Studien zu fördern und ihr andererseits zu signalisieren, daß dies nicht der gewünschte, "normale" Lebensweg für sie als Frau ist, bringt sie in der Pubertät in Widerspruch zu ihrem Elternhaus und zu ihrer Klasse.

Dieser Widerspruch begleitet sie in ihrer Themenauswahl und ihren Auseinandersetzungen ein Leben lang. "Mein Vater war scharfblickend geworden: auf der Stelle wurde ich ihm suspekt.... Morgen würde ich meine Klasse verraten, und schon verleugnete ich mein Geschlecht." (Memoiren, S. 171f.)

Zielgerichtet verfolgt Simone ihre Studien. Nachdem sie mit 16 das Baccalauréat (Abitur) an einer katholischen Mädchenschule erfolgreich bestanden hat, studiert sie an der Sorbonne Philologie, Mathematik und Philosophie. Gleichzeitig muß sie das Leben eines behüteten jungen Mädchens weiterleben: "Es war keine Rede davon, daß ich etwa ohne sie (die Eltern) hätte ausgehen können, noch daß mir die lästigen Familienpflichten erspart geblieben wären." (Memoiren, S. 168) Mit 21 schließt sie ihre Studien mit der renommierten Agrégation (Prüfung für Lehramtskandidaten) ab und kann damit auch aus dem Elternhaus ausziehen.

Zunächst nur nach der eigenen Freiheit, dem eigenen Glück, der eigenen Selbstverwirklichung strebend, überwindet sie mit zunehmendem Alter und durch die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs ihren idealistischen Individualismus und radikalisiert und politisiert sich immer mehr. "Ich liquidierte meinen idealistischen Moralismus." (Der Lauf der Dinge, S. 281)

Beauvoir und Sartre

Gegen Ende ihres Studiums lernt sie Jean Paul Sartre kennen. Die beiden schließen einen "Pakt" miteinander, der sie aneinander bindet, jedoch beiden andere, auch sexuelle, Beziehungen ermöglicht. Revolutionäre Vorstellungen in einer Zeit, in der die Töchter aus ihrer bourgeoisen Schicht von der Obhut des Vaters in die Obhut des Ehemannes weitergereicht werden, um nur Gattin und Mutter zu sein, und in der die Freiheit zu Liaisons nur Männern augenzwinkernd gestattet wird. Die beiden bleiben über 50 Jahre lang zusammen - bis zu Sartres Tod. Sie leben nie in einer gemeinsamen Wohnung, haben nie einen gemeinsamen Haushalt und

keine Kinder. "Meine Beziehung zu Sartre war solcher Art - auf einer intellektuellen Basis und nicht auf einer institutionellen, familiären oder was auch immer." (Schwarzer, S. 51)

Die Art der Beziehung zwischen Beauvoir und Sartre ist oft angegriffen worden. Für viele andere sind sie ein Ideal geworden, ein Vorbild für Paare, vor allem für Frauen. Beauvoir ist sich ihrer Gefährdung als "relatives Wesen" bewußt. In ihrem schriftstellerischen Werk gestaltet sie immer wieder das Schicksal von Frauen, die dieser Gefährdung erliegen, die durch einen Mann leben und dann, von ihm verlassen, allein keinen Lebenssinn mehr sehen und keine gesellschaftliche Anerkennung finden. Sie kann jedoch von sich selbst sagen: "Ich habe meine Unabhängigkeit behalten, weil ich meine Verantwortung nie auf Sartre abgewälzt habe." (Der Lauf der Dinge, S. 611)

Grundlage ihrer Verbindung ist das Gespräch. Ein ganzes Leben sollten die beiden - wie viele Zeugen bewundernd oder amüsiert festgehalten haben - endlose, äußerst lebhafte Diskussionen miteinander führen. Beide verstehen sich als Intellektuelle. Sie legen sich alle Manuskripte gegenseitig vor und diskutieren. "Die Entscheidungen werden gemeinsam getroffen, die Gedanken gemeinsam entwickelt. Und es gibt Punkte, bei denen Sartre mich beeinflußt hat. Zum Beispiel hat er vor allem Philosophie gemacht, und seine philosophischen Gedanken habe ich übernommen, sie sind von ihm gekommen." Die Philosophie des Existentialismus spielt in allen Werken Beauvoirs eine tragende Rolle.

Das andere Geschlecht

Das theoretische Hauptwerk von Simone de Beauvoir ist Das andere Geschlecht, ein 1200 Seiten starker Essay zu "Sitte und Sexus der Frau". 1946 begonnen, 1949 erschienen, ist es ein einzigartiges Pionierwerk für die Emanzipation. In der Nachkriegszeit, der Zeit des Zurückdrängens der Frauen an den Platz am Kochtopf und der Restauration der alten Geschlechterverhältnisse, ist es die geheime Bibel für Frauen, die hier ihre Lage beschrieben und die Mythen der sogenannten "Weiblichkeit" entlarvt sehen können.

Das andere Geschlecht hebt sich von den späteren Werken der Frauenbewegung ab, weil es auf ein philosophisches Gebäude zurückgreift und damit ein Raster für die Weltsicht bietet. "Unsere Perspektive ist die der existentialistischen Ethik," erklärt Beauvoir sofort in der Einleitung. (S.21) In dieser Ethik sind Stillhalten, Passivität, bloßes Ansichsein ein absolutes Übel. Aber gerade diese Rolle sei der Frau von den Männern aufgezwungen worden, sie habe "sich als das Andere zu sehen: man bemüht sich, sie zu einem Ding erstarren zu lassen und sie zur Immanenz zu verurteilen, da ja ihre Transzendenz unaufhörlich von einem anderen essentiellen und souveränen Bewußtsein (dem des Mannes) überstiegen wird. (S. 21)

Einer der Grundgedanken des Existentialismus ist es, daß ein Bewußtsein sich selbst als wesentlich und das andere als Unwesentlich setzt. Beauvoir geht daher der Frage nach, wieso die Frau historisch und kollektiv darauf verzichtet hat, dem männlichen Souveränitätsanspruch einen weiblichen entgegenzusetzen. Im ersten großen Abschnitt ihres Buches, Fakten und Mythen, arbeitet sie sich an den Modellen von Sigmund Freud und Friedrich Engels Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates ab. Sie gibt Engels Recht, daß die Situation der Frau wesentlich von der jeweiligen wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft abhänge. Aber Engels erkläre nicht wirklich, "warum das Privateigentum notwendig die Versklavung der Frau zur Folge haben soll." (S. 95)

Trotzdem glaubt Beauvoir in ihren Lösungsansätzen damals noch daran, daß die Abschaffung des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft die Befreiung der Frau nach sich ziehen werden. Erst als sie sich in den 70er Jahren der neuen Frauenbewegung anschließt, ändert sie ihre Einstellung und sagt nun: "Die soziale Revolution wird nicht genügen, um unsere Probleme zu lösen." (Alles in allem, S. 462).

In einem Interview stellt Alice Schwarzer die Frage nach dem Verhältnis zwischen Linken und Feministinnen: "Der Geschlechterwiderspruch sei nur ein 'Nebenwiderspruch', heißt es, und spalte den Klassenkampf, den 'Hauptwiderspruch'". Die 68jährige Beauvoir antwortet: "Die armen Lieblinge, sie können fast nicht anders. Auch Genossen sind Paschas. Die haben das dermaßen im Blut ... Das ist auch so einer der großen Männertricks, das mit dem Nebenwiderspruch. Der Widerspruch Frau / Mann ist genauso wesentlich wie jeder andere. ... Beide, Geschlechter- und Klassenwiderspruch, sind wichtig. Das ist sehr komplex, und die Frauenbewegung muß eine Verbindung zwischen beiden finden. ... Der Frauenkampf nimmt dabei einen besonderen Platz ein. Er geht durch alle Klassen. Sicher, die Unterdrückung der Frauen nimmt, je nach

Klassenzugehörigkeit, unterschiedliche Formen an. So gibt es Frauen, die Opfer auf beiden Seiten sind: als Arbeiterin in der Fabrik und als Frau eines Arbeiters in der Küche. Andere erleiden nur eine dieser Unterdrückungen: nämlich als Ehefrau und Mutter. Aber selbst die nicht berufstätige Ehefrau eines bürgerlichen Mannes ist nicht privilegiert wie er: Sie landet sehr schnell im Proletariat, wenn ihr Mann sie verläßt. Dann steht sie da, ohne Beruf, ohne Qualifikation, ohne eigenes Geld... Das abzustreiten ist ein Männertrick, mit dem die Männer die Kämpfe unter sich aushandeln wollen; denn Klassenkämpfe, das sind Kämpfe unter Männern! Die Frauen, die Schätzchen, die dürfen höchstens mal dabei helfen. Anschließend werden sie wieder zurück in die Küche geschickt." (Schwarzer, S. 68f) Ein wesentlicher Schritt für die Befreiung der Frau ist nach Beauvoirs Meinung die Erwerbstätigkeit gegen Geld. Daß dies nicht ohne Kämpfe zu erreichen ist, darüber ist sie sich im klaren. "Was allerdings die außerhäusliche Arbeit angeht, da ist es sicher, daß man in einem kapitalistischen Land bei Arbeitslosigkeit der Männer den Frauen niemals Arbeit geben wird." (Schwarzer, S. 41)

Mutterschaft und Ehe als Falle

Im zweiten Teil von Das andere Geschlecht, überschrieben Gelebte Erfahrung, beschreibt Beauvoir mit unzähligen Beispielen das Dasein von Frauen in der modernen Gesellschaft, in Kindheit, Jugend, Liebe, Ehe, Mutterschaft. Sie leistet eine radikale Demystifizierung aller Erlebnisse, die der Frau durch ihre Physiologie zuteil werden. Menstruation, Liebesakt, Schwangerschaft, Mutterschaft, Altern werden beschrieben und in den Kontext der gesellschaftlichen Bedingungen gestellt, unter denen die Frauen sie erleben. Diese Darstellung steht unter ihrem berühmt gewordenen Leitgedanken: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird erst dazu gemacht ... Das 'Frausein' ist eindeutig eine von der Kultur geschaffene Konstruktion und nicht eine Naturgegebenheit." (Alles in allem, S. 455)

In der Neuen Frauenbewegung nimmt sie vehement Partei für die Radikalfeministinnen und wendet sich gegen jeglichen Glauben an die "Natur der Frau" und die wieder aufkeimenden Mystifizierungen der Weiblichkeit und der Mutterschaft. "Es gibt sicherlich 'weibliche' Qualitäten. Ich denke zum Beispiel, daß Frauen gewisse männliche Fehler abgehen. So das männlich Groteske - die Art, sich ernst zu nehmen, eitel zu sein, sich wichtig zu nehmen, und so weiter. Das heißt, Frauen, die eine Männerkarriere machen, können sehr gut auch diese Fehler annehmen. Aber sie haben trotzdem ein ganz klein wenig mehr Humor, eine gesunde Distanz zu diesen Hierarchien. Und dann die Art, Konkurrenten zu zermalmen - im allgemeinen machen Frauen das nicht. ... Aber man darf nicht ins andere Extrem verfallen: sagen, die Frau habe eine besondere Erdverbundenheit, habe den Rhythmus des Mondes und der Ebbe und Flut im Blut und all dieses Zeug ... Sie habe mehr Seele, sei von Natur aus weniger destruktiv et cetera. Nein! Es ist etwas dran, aber das ist nicht unsere Natur, sondern das Resultat unserer Lebensbedingungen. Die so 'weiblichen' kleinen Mädchen sind fabriziert und nicht geboren! Zahlreiche Untersuchungen beweisen es! Eine Frau hat a priori keinen besonderen Wert, nur weil sie eine Frau ist! Das wäre finsterster Biologismus und steht in krassem Gegensatz zu allem, was ich denke. ... Wenn man uns sagt: 'Immer schön Frau bleiben. Überlaßt uns nur all diese lästigen Sachen: Macht, Ehre, Karrieren... Seid zufrieden, daß ihr so seid: erdverbunden, befaßt mit menschlichen Aufgaben...' Wenn man uns das sagt, sollten wir auf der Hut sein!" (Schwarzer, S. 76f)

Insbesondere für ihre Beschreibung und ihre Ansichten zur Mutterschaft wird Beauvoir - gerade auch von Frauen - sehr angefeindet. Keinem Philosophen und Schriftsteller würde so etwas vorgeworfen, aber ihr als Frau wurde die Tatsache, daß sie sich individuell gegen Kinder in ihrem Leben entschieden hatte, daß sie nie Hausarbeit für eine Familie oder einen Mann gemacht hat, zum Vorwurf gemacht. Dagegen Beauvoir: "Da man den Frauen nicht die Schönheit des Geschirrspülens preisen kann, preist man ihnen die Schönheit der Mutterschaft." (Schwarzer, S. 15)

Ihre These ist, daß Schwangerschaft und Gebären keine Arbeiten sind, die die Frau transzendieren, sondern natürliche Körpervorgänge. Mutterschaft ist keine Lebensaufgabe für eine Frau. Die von Männern erfundene "weibliche" Mütterlichkeit ist das Fundament der männlich-weiblichen Arbeitsteilung - Mütterlichkeit ist nicht angeboren, sondern anerzogen. So ergibt sich aus der Fähigkeit zur biologischen Mutterschaft, der Fähigkeit zum Gebären, nicht zwangsläufig die Verpflichtung zur sozialen Mutterschaft, zum Aufziehen der Kinder.

Für Beauvoir ist die Mystifizierung der Mutterschaft das Herzstück des Weiblichkeitswahns. Daher rät sie den jungen Frauen: "Ich glaube, eine Frau sollte sich vor der Falle der Mutterschaft und der Heirat hüten! Selbst wenn sie gern ein Kind hätte, muß sie sich gut überlegen, unter welchen Umständen sie es aufziehen müßte;

Mutterschaft ist heute eine wahre Sklaverei. Väter und Gesellschaft lassen die Frauen mit der Verantwortung für die Kinder ziemlich allein. ... Und wenn Frauen trotz alledem ein Kind wollen, sollten sie es bekommen, ohne zu heiraten. Denn die Ehe, das ist die größte Falle." (Schwarzer, S. 71) "Im Namen der Liebe werden Frauen erniedrigt und ausgebeutet und lassen sich ausbeuten." (Schwarzer, S. 75)

Die Ansicht der kulturellen und gesellschaftlichen Bedingtheit der "Weiblichkeit" zeigt für Beauvoir auch den Weg zur Befreiung. "Die Frau ist nicht Opfer eines geheimnisvollen, unabwendbaren Schicksals" (Das andere Geschlecht, S. 679), sie kann ihr Schicksal in die Hand nehmen. Auch ihr Ziel ist klar: "Es geht für die Frau nicht darum, sich als Frau zu bestätigen, sondern als ganzes, vollständiges, menschliches Wesen anerkannt zu werden." (Alles in allem, S. 465)

Ich bin Feministin!

Beauvoir stellt sich als prominente Frau der französischen Frauenbewegung "zur Verfügung", wie sie so schön bescheiden sagt, indem sie bekennt: "Ich bin Feministin!". Zusammen mit 343 Frauen unterstützt sie die Kampagne des MLF (Mouvement de la libération des femmes) und erklärt öffentlich: "Ich habe abgetrieben, und ich fordere dieses Recht für jede Frau!" - eine Aktion, die in der BRD im Stern wiederholt wird. Sie stellt ihre Wohnung für ambulante Abtreibungen mit der schonenden Absaugmethode zur Verfügung. In dem linken Männerblatt Les Temps modernes, in dem sie die einzige Frau in der Redaktion ist, richtet sie eine ständige Seite Gegen den alltäglichen Sexismus ein und betreut junge Frauen, die dort schreiben. Sie wird Vorsitzende der "Liga für Frauenrechte" und setzt sich für die Gleichberechtigung von Frauen auf allen Ebenen ein. Sie bekämpft die Gewalt gegen Frauen. Sie vertritt eine Doppelstrategie: für illegale und legale Arbeit. Die herrschenden Parteien lehnt sie ab und agiert ausschließlich außerparlamentarisch. (vgl. Vorwort von Schwarzer, S. 7-21)

Seit dem Zweiten Weltkrieg hat Beauvoir sich, zusammen mit Sartre, politisch eingemischt und auf Seiten der Linken engagiert. Im Zweiten Weltkrieg steht sie klar auf Seiten der Résistance, nach dem Krieg unterstützt sie den Versuch, die Linke in einem Sammelbecken jenseits der KPF zu vereinigen. In der Nachkriegszeit treten jedoch die Unterschiede zwischen den einzelnen linken Strömungen wieder stärker hervor, alte Freundschaften zerbrechen und neue Gräben tun sich auf. Sie identifiziert sich mit der Linken, behält jedoch einen kritischen und differenzierenden Blick. Besonders engagiert sie sich gegen den Krieg, den Frankreich gegen Algerien führt. "Meine Landsleute wurden mir unerträglich... Ich hatte die Menschen so gemocht; jetzt fühlte ich mich genauso verstoßen wie in der ersten Zeit der Besetzung. Eigentlich war es noch schlimmer, weil ich wohl oder übel zur Komplizin jener Leute wurde, deren Nähe ich nicht mehr ertragen konnte. ... Ich brauchte meine Selbstachtung, um weiterleben zu können, aber ich sah mich mit den Augen der zwanzigmal vergewaltigten Frauen, der Männer mit den zerbrochenen Knochen, der wahnsinnigen Kinder: eine Französin." (Der Lauf der Dinge, S.354) Ihr politischer Standpunkt ist klar: Nein zu Folter, Nein zu Krieg, Nein zur Herrschaft der Armee. Die existentialistische Forderung, nicht passiv hinzunehmen, sondern trotz alledem zu handeln - und so überhaupt erst Mensch zu werden - löst sie mit ihrem Leben und ihrem Werk ein.

gaf

7. Der Metallarbeiterstreik von 1956/57

Autor: Js. · Rubrik: Arbeiterbewegung; Zeitgeschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:07

"Gewerkschaften drohen mit Streik" - so stand es Mitte April 1996 auf den Titelseiten der Tageszeitungen. Falls die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall angetastet werde, drohten Konflikte, "wie sie diese Republik seit langem nicht mehr erlebt hat", warnte Klaus Zwickel. Der Vorsitzende der IG Metall und Erfinder des "Bündnis für Arbeit" erinnerte an den schleswig-holsteinischen Metallarbeiterstreik von 1956/57. Damals war nach 16wöchigem Streik die Lohnfortzahlung erkämpft worden. Heute werde sich die IG Metall nicht scheuen, "die Lohnfortzahlung auch durch Streik zu erhalten", erklärte Zwickel, unterstützt von DGB-Chef Schulte und anderen führenden Gewerkschaftern. Auch wenn sich heute von einer so kämpferischen Arbeiterbewegung wie anno 1956/57 nur träumen läßt - das Ergebnis des Streiks war, ebenso wie die Rolle der IG Metall, zwiespältig.

Als der Streik am 24. Oktober 1956 begann, ging ein Jahr seinem Ende entgegen, in dem die Herrschenden wichtige Erfolge erzielt hatten. Im Mai trat die BRD der NATO bei, im Juli wurde die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, im August die KPD verboten. Die Kapitalisten fühlten sich offensichtlich stark. So verschleppten die schleswig-holsteinischen Arbeitgeberverbände die Verhandlungen mit der IG Metall und bereiteten sich so, ebenso wie die Bundesregierung und die übrigen Unternehmer, auf das große Kräftemessen vor. Die wesentlichen Stationen bis zum Streikbeginn:

31.12.1955: Der Rahmentarifvertrag für die Metallindustrie in Schleswig-Holstein läuft aus.

14.3.1956: Die Große Tarifkommission der IGM beschließt den Entwurf eines neuen Rahmentarifvertrages mit den Hauptforderungen

- Arbeitszeitverkürzung

- Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

- Verlängerung des Urlaubs

- zusätzliches Urlaubsgeld.

21.4.1956: Der Forderungskatalog der Gewerkschaft wird den Unternehmern zugestellt.

28.7.1956: Die Gespräche beginnen. Die Unternehmer lehnen - mit Hinweis auf das inzwischen vereinbarte "Bremer Arbeitszeitabkommen" - Verhandlungen über die anderen Forderungen der IGM ab.

28.9.1956: Die Verhandlungen scheitern endgültig.

11./12.10.1956: Bei der Urabstimmung erklären sich 77,5% der Abstimmungsberechtigten bereit, für Lohnfortzahlung, Verlängerung des Urlaubs und Erhöhung des Urlaubsgeldes zu streiken.

15.10.1956: Die Große Tarifkommission beantragt beim IGM-Vorstand die Genehmigung zum Streik.

22.10.1956: Die Genehmigung wird erteilt.

24.10.1956: Der Streik beginnt.

Ein großer Kampf...

Der Streikbeschluß wird fast hundertprozentig befolgt. Anfangs streiken nur die Werftarbeiter, dann wird der Ausstand schrittweise ausgeweitet. Insgesamt legen 34.000 schleswig-holsteinische Metaller die Arbeit nieder, moralisch und finanziell unterstützt von ArbeiterInnen aus anderen Branchen und Regionen: Die Signalwirkung des Kampfes ist offensichtlich - auch wenn die IGM-Führung von einem "regional begrenzten Tarifkonflikt" spricht, der keineswegs ein "Modellfall" sei.

Auch die Gegenseite zeigt sich zur Klassensolidarität fähig. Die Kapitalisten gründen Kampffonds und drohen kompromißbereiten Unternehmen mit Ausschluß aus dem Verband. Gleichzeitig betreiben sie bundesweit eine Agitation, deren Argumente uns vertraut sind: Der Streik bedrohe die gesamte Wirtschaft; Zehntausende müßten deswegen entlassen werden; bei Lohnfortzahlung im Krankheitsfall werde "ein erhöhter Anreiz zum

Krankfeiern geschaffen" und die "Neigung zu kurzfristigem Arbeitsausfall begünstigt". In Zeitungsanzeigen und Leserbriefen wird der "Terror der zentralen Streikleitung" angeprangert. Teile der Presse diffamieren den Streik als "kommunistisch gesteuert".

Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung und die Bundesregierung bemühen sich, den Streik abzuwürgen. Unter Vorsitz des Kieler Ministerpräsidenten von Hassel (CDU) beginnen am 21.12.1956 die Verhandlungen zwischen Kapitalisten und Gewerkschaften. Am 31.12. beschließt die freiwillige Schlichtungsstelle mit 5:4 Stimmen (gegen die IGM-Beisitzer) einen Einigungsvorschlag. Am 7.1.1957 wird dieser Vorschlag von mehr als 97% der Gewerkschaftsmitglieder abgelehnt. Zehn Tage später empfangen Bundeskanzler Adenauer und sein Arbeitsminister die Tarifparteien zum Gespräch. Am 22.1. werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Sie führen am 25.1. zu einer Einigung. Die IGM ruft ihre Mitglieder zur Zustimmung auf, aber in der Urabstimmung sprechen sich 76,2% der Metaller gegen das Ergebnis aus.

Der Streik geht weiter. Die zentrale Streikleitung ruft die freiwillige Schlichtungsstelle an. Am 9.2.1957 kommt es zu einer Einigung. Die Große Tarifkommission ruft (bei zwei Gegenstimmen) wiederum zur Zustimmung auf. Am 13.2. findet die Urabstimmung statt: 57,6% lehnen ab, 39,6% stimmen zu. Für die Weiterführung des Streiks wären laut Satzung allerdings 75% Nein-Stimmen erforderlich gewesen. Die IGM ruft für den 15.2. zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, der Streik ist beendet.

... ein bescheidenes Ergebnis

Bei der Lohnfortzahlung für Arbeiterinnen und Arbeiter wurde ein Teilerfolg erzielt. Künftig sollten die Arbeiter ab dem dritten Tag der ärztlich bescheinigten Arbeitsunfähigkeit einen Zuschuß zum Krankengeld erhalten, und zwar "in Höhe des Unterschiedsbetrags zwischen dem Krankengeld und neunzig vom Hundert des Nettoarbeitsentgelts." Das war mehr als zuvor, aber eben doch nur 90% des Arbeitslohns und auch erst nach zwei unbezahlten Karenztagen.

Ob bei entschlossenerer Führung des Kampfes durch die IGM "mehr drin" gewesen wäre, ist natürlich schwer zu beantworten. Unbestreitbar ist immerhin, daß die Gewerkschaftsführung nicht gerade eine vorantreibende Rolle spielte. In seinem Geschäftsbericht 1956/57 versucht der IGM-Vorstand sich zu rechtfertigen: Vorstand und Große Tarifkommission seien der Meinung gewesen, "den Kollegen in Schleswig-Holstein nach 14wöchiger Streikdauer nicht mehr zumuten zu können". Deshalb hätten sie die Annahme des ersten Schlichtungsergebnisses empfohlen, dann aber die Ablehnung durch 76% der Kollegen "respektiert".

Nach dieser Schlappe drängte die IGM-Spitze dann auf die Annahme des geringfügig verbesserten zweiten Schlichtungsergebnisses - nicht zuletzt aus Gründen der Staatsräson. Die dänischsprachige Zeitung Flensborg Avis schrieb am 31.1.1957: "Nachdem die Metallarbeiter den Schlichtungsvorschlag von Bonn abgelehnt haben, wird befürchtet, daß der Streik auf andere Gebiete der Bundesrepublik übergreifen wird, besonders auf das Ruhrgebiet. Die Gefahr für umfassende Unruhe auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt scheint unmittelbar zu sein. Die Metallarbeiter im Ruhrgebiet beginnen sich zu rühren. In Hamburg sind die Verhandlungen zwischen 25.000 Hafenarbeitern und Arbeitgebern zusammengebrochen." Die IGM-Führung jedoch dachte zu keinem Zeitpunkt an eine Ausweitung des Streiks. So mußten nur 34.000 Arbeiter im keineswegs kampfstärksten Tarifbezirk die Kohlen aus dem Feuer holen. Auch die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftern mitbetriebene Hetze gegen die Kommunisten und die DDR trugen zur Spaltung und damit zur Schwächung der Streikbewegung bei.

Dennoch bewirkte der Streik einen wesentlichen Fortschritt in der Sozialgesetzgebung. Noch im Juni 1957 wurde ein Gesetz zur Lohnfortzahlung verabschiedet, das die erstreikten Vereinbarungen für alle Arbeiter in der BRD übernahm. Ein negatives Ergebnis des Kampfes wurde erst einige Jahre später wirksam. Auf Antrag der Metall-Kapitalisten verurteilte das Bundesverfassungsgericht die IGM zu einer Geldstrafe von 20 Mio. DM wegen Verletzung der Friedenspflicht: Die erste Urabstimmung über den Streik war vor einem Schlichtungsversuch durchgeführt worden. "Um die Zahlung dieser Summe zu vermeiden, stimmte die Gewerkschaft schließlich 1964 einem automatischen Schlichtungsverfahren zu. Durch das Urteil und seine Folgen waren Aktionsmöglichkeiten in der Interessenvertretung der Lohnabhängigen, insbesondere auch zur frühzeitigen Mobilisierung der Mitglieder, ein weiteres Mal eingeschränkt, was die Bereitschaft zur Klassenzusammenarbeit begünstigte." (Georg Fülberth)

Die IG Metall hat mit ihrer Weigerung, den Streik zur bundesweiten Kraftprobe zu eskalieren, dem höchsten bundesdeutschen Gericht die Arbeit erleichtert; der anschließende Deal mit den Kapitalisten diente nur noch der Schadensbegrenzung.

Js.

Quellen: Kommunistischer Bund: Der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956/57 (Unser Weg - Sondernummer); Georg Fülberth: Leitfaden durch die Geschichte der Bundesrepublik, Köln (Pahl-Rugenstein) 1987; Georg Fülberth: Geschichte der Bundesrepublik in Quellen und Dokumenten, Köln (Pahl-Rugenstein) 1983

8. Im Windschatten Singers: Norbert Hoersters Euthanasiepropaganda

Offener Brief an die Veranstalter des Kongresses Science/Fiction

Rubrik: Wissenschaftskritik · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:25

Dokumentation

Peter Singer offiziell wieder ausgeladen

Tödliche Ethik - Nein zur neuen Euthanasiedebatte!

Vom 1.-5. Mai findet in Heidelberg der Kongreß "Science/Fiction: Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" statt. Als ein Referent wurde der umstrittene australische Bioethiker und Euthanasiebefürworter Peter Singer, Direktor des Zentrums für Humane Bioethik an der Monash Universität in Melbourne, von den Kongreßorganisatoren eingeladen. Singer tritt für die Tötung von behinderten Neugeborenen oder von Menschen mit schweren geistigen Behinderungen ein, da diese Menschen keine "Personen" mit eigenen Lebensrecht seien.

Durch eine Welle des Protestes vor allem von Behindertenverbänden sahen sich die Veranstalter, das Heidelberger Institut für Systemische Forschung und Therapie, dazu veranlaßt, Singer offiziell wieder auszuladen, angeblich weil sie Gewaltaktionen von Rollstuhlfahrern befürchteten. Die Veranstalter verstiegen sich zu der Aussage, daß "mit Selbstverstümmelungen und ‚Harakiri-Aktionen` von Behinderten und deren Intressenvertretern gerechnet werden müsse. (Frankfurter Rundschau, 12.4.96)

Mit der Ausladung von Peter Singer ändert sich aber nichts an der behindertenfeindlichen Ausrichtung des Kongresses. Die Diskussion um die Kategorisierung von menschlichem Leben in lebenswert und lebensunwert, in Person und "Unperson", in sinnvolles, nützliches und sinnloses, nutzloses Leben bleibt Thema. Es geht um ein Weltbild der ökonomischen Rationalität in dem der Mensch als Kostenfaktor definiert und an seiner "Effizienz" gemessen wird.

Das "Forum gegen die neue Euthanasiedebatte" in Mannheim/Heidelberg schreibt in einer Presseerklärung: "Wir begrüßen, daß es so viel Druck auf die Veranstalter des Kongresses ‚Science/Fiction` gegeben hat, daß sie sich genötigt sahen, den berüchtigten Bioethiker Peter Singer offiziell wieder auszuladen. Von den inhaltlichen Argumenten der Singer-GegnerInnen zeigen sie sich allerdings unbeeindruckt und halten an ihrer verqueren Ansicht fest, man brauche einen Behindertenfeind, um über Behindertenfeindlichkeit diskutieren zu können. Es ändert tatsächlich nichts, wenn Singer in Australien bleibt und neben anderen der Mainzer Rechtsphilosoph Norbert Hoerster auf dem Kongreß seine extremistischen Positionen vertreten kann, daß behinderte Neugeborene kein Lebensrecht haben sollen. Deswegen werden wir auch trotz der Ausladung von Singer gegen den Kongreß und seine Referenten protestieren."

Die offizielle Stellungnahme zur Ausladung von Peter Singer, die wir im folgenden dokumentieren, richtet sich in keiner Zeile tatsächlich gegen die von Singer vertretenden Positionen. Die Organisatoren stellen sogar noch (an anderer Stelle) die Behauptung auf: "Wer die Diskussion mit Herrn Singer verhindert, gefährdet das Lebensrecht Behinderter." (Brief von Dr. F. Simon (Heidelberger Institut für Systemische Forschung und Therapie) an den Behindertenbeauftragten des Landes Niedersachsen; 21.3.1996).

Wir haben Peter Singer eingeladen, obwohl wir andere Ansichten vertreten als er, und wir nehmen die Einladung an ihn zurück, obwohl wir diesen Schritt für falsch halten. Wir haben uns dazu entschlossen, da wir ausreichend Hinweise dafür erhielten, daß andernfalls über legitime Proteste hinaus der Ablauf des Kongresses gewalttätig gestört werden könnte, so daß die Sicherheit Peter Singers, der Kongreßteilnehmer und der Referenten bedroht würde. Als Veranstalter hätten wir uns dann gezwungen gesehen, Rollstuhlfahrer, welche die Veranstaltung gewaltsam zu blockieren suchten, - wenn wir sie nicht diskriminieren wollten - durch die Polizei abtransportieren zu lassen. Dies wollen wir weder den betroffenen Demonstranten, noch der Polizei, den Kongreßteilnehmern, der Stadt Heidelberg oder uns an tun.(...)

Wir halten die Entscheidung, Peter Singer auszuladen, für falsch, weil sie zur Verleugnung des zugrundeliegenden Problems führt und unseres Erachtens langfristig eher zu einer Bedrohung des Lebensrechtes Behinderter beitragen könnte. Wo immer ein Problem personalisiert wird, scheint die Ausgrenzung des zur "Nicht-Person" erklärten Menschen ein probater Weg, das Problem zu lösen. Nach dem Motto: So lange Peter Singer in Australien ist, ist die Welt in Ordnung. Tatsache ist jedoch, daß in unseren Kliniken alltäglich die von Herrn Singer vertretenden Ansichten in (Be-)Handlungen umgesetzt werden.

Hintergrund Informationen zum Kongreß:

Die grundlegende Frage, der unser Kongreß gilt, lautet: Welche Denkweisen und Werte führen zu welchen Handlungs- bzw. Verfahrensweisen? - und umgekehrt: Welche Handlungs- und Verfahrensweisen führen zur Realisierung welcher Werte und Denkweisen - in der Familie, in der Therapie, in der Wissenschaft, in der Gesellschaft?

In Zeiten, in denen wir uns nicht mehr auf ein von allen selbstverständlich geteiltes Weltbild und Weltsystem stützen können, drohen unseres Erachtens zwei Gefahren: Ein Fundamentalismus, der seinen Autoritätsanspruch aus vermeintlich grundlegenden, nicht zu hinterfragenden und zu diskutierenden Werten wie der "Rationalität" oder einer prinzipiellen, "naturgegebenen" Ethik ableiten auf der einen Seite des Spektrums, und der Beliebigkeit des "Anythings goes", bei der individualistische Nützlichkeit als Rechtfertigung für alles herhalten kann, auf der anderen Seite. Wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, daß wir die Verantwortung für unsere Weltbilder und die Werte, an denen wir unser Handeln - im Alltag wie in Wissenschaft und Therapie orientieren, übernehmen müssen. Wir können sie nicht an eine äußere Autorität wie die vermeintlich "objektive" Rationalität oder die "Natur" abgeben, sondern müssen sie miteinander aushandeln.

So sind beispielsweise Leben und Tod nicht mehr allein biologisch definiert. Längst wird der Tod eines Menschen nicht mehr nur festgestellt, sondern Menschen werden "für tot" erklärt, obwohl ihr Herz noch schlägt usw. Ein semantischer Trick, um zu kaschieren, daß hier de facto zwischen "lebenswertem" und "lebensunwertem" Leben unterschieden wird. Die Frage, wer leben darf und wer nicht, die Herr Singer stellt (und theoretisch zu beantworten sucht), wird alltäglich in Kliniken praktisch entschieden. So wird beispielsweise ein großer Prozentsatz der jedes Jahr in Deutschland durchgeführten Abtreibungen wegen pränatal diagnostizierter Behinderung durchgeführt. Die Selektion findet also längst statt.

Die Auseinandersetzung über Werte, an denen wir uns als Ärzte, Eltern, Mitmenschen, Staatsbürger orientieren, ist nicht dadurch zu vermeiden, daß Herr Singer im fernen Australien bleibt. Derartige Fragen können nur verantwortungsvoll beantwortet werden, wenn wir sie nicht personalisieren und tabuisieren.

Diese Sichtweise wird offensichtlich von vielen Behinderten geteilt, die uns ausdrücklich ermutigt haben, die Einladung an Peter Singer aufrecht zu erhalten. Ihr Argument ist, man müsse mit ihm offensiv diskutieren. Empört haben sich vor allem selbsternannte, nicht-behinderte Anwälte der "Behindertenintressen". Ihre Empörung war offensichtlich in vielen Fällen das Resultat einer schlichten Form der "Dreisatzrechnung": Wir haben drei aus dem Kontext gerissene Sätze von Peter Singer gelesen, jetzt wissen wir, daß er das personifizierte Böse ist, er muß ausgegrenzt werden. Erschreckt mußten wir zur Kenntnis nehmen, daß Organisationen, welche den Kampf gegen die Ausgrenzung der Stigmatisierten in unserer Gesellschaft zu ihrem Programm gemacht haben, in ihrem eigenen Handeln Stigmatisierung und Ausgrenzung als Mittel der Ausgrenzung verwenden. Die Selbstgerechtigkeit, mit der in manchen Kreisen der Helfer-Szene Moralismus als Machtstrategie praktiziert wird, hat uns sehr nachdenklich gemacht (wir werden nach dem Kongreß eine Dokumentation und Analyse dazu publizieren).

Es ist sehr gut verstehbar, daß wir in Deutschland auf die Vorstellung der Tötung für "lebensunwert" erklärten Lebens sensibel reagieren. Aber es ist sicher auch kein Zufall, daß in Deutschland darauf mit Rufen nach der Zensur geantwortet wird. Der Verdacht ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß all die Bestialitäten der Nazi-Zeit auch deshalb stattfinden konnten, weil in Deutschland die Meinungsfreiheit nicht genügend geschützt wurde.

Langfristig sind Behinderte in dieser Gesellschaft ohne geschützte Meinungsfreiheit unseres Erachtens gefährdeter als in einer Gesellschaft, in der die Meinungsfreiheit unabhängig von den vertretenen Inhalten als

hoher Wert betrachtet wird. Wo dieses Recht beschnitten wird, muß das Verfahren rechtsstaatlich geregelt sein.

Soviel Verständnis wir für die Betroffenheit über Peter Singers Positionen haben und so sehr wir bereit sind, für das Lebensrecht Behinderter einzutreten: Keiner gesellschaftlichen Gruppe sollte das selbstherrliche Recht zugebilligt werden, über die Redefreiheit Andersdenkender zu entscheiden. Das wäre eine Form der Diskriminierung, deren Vorzeichen sich nur zu leicht umkehren ließen.

Insofern bedauern wir, zu solch einer Diskriminierung durch die Ausladung Peter Singers beizutragen. Allein die Abwägung der zu Debatte stehenden Werte rechtfertigt unsere Entscheidung. All die Behinderten, die uns wegen dieser impliziten Diskriminierung gebeten haben, an der Einladung Peter Singers festzuhalten, bitten wir hiermit öffentlich um Entschuldigung.

Heidelberg, 30.3.96

Für die Organisation des Kongresses: Dr. Hans-Rudi Fischer, Priv.Doz.Dr. Arnold Retzer, Priv.Doz.Dr. Fritz B. Simon, Dr. Gunthard Weber

"Freibrief der Wissenschaft"

Offener Brief an die Veranstalter des Kongresses Science/Fiction

Die Bioethik spricht von "Freiheit der Wissenschaft" und meint den Freibrief zur Tötung von behinderten Neugeborenen, chronisch Kranken und alten Menschen.

Sehr geehrte Herren,

... Ihre Presseerklärung enthält zunächst den Vorwurf, Singer-GegnerInnen würden sich auf wenige, aus dem Zusammenhang gerissene Zitate beschränken. Dieser Vorwurf wird seit Jahren benutzt. Grundsätzlich könnte man damit sogar leben, denn wir wollen tatsächlich - anders als Sie - Fragen der Ethik nicht im Rahmen eines elitären und teuren Kongresses diskutieren, sondern mit einer breiten Öffentlichkeit, also auch mit Menschen, deren täglich Brot nicht das Lesen philosophischer Texte ist.

Leseschwach?

Der Vorwurf der Unbelesenheit verfolgt jedoch einen anderen Zweck. Er unterstellt, daß Singer, wenn man seine angeblich anspruchsvolle Logik erst mal begriffen habe, mit Gewinn diskutierbar und akzeptabel sei. Dies lenkt bewußt davon ab, daß Singer logisch und rational nichts anderes begründet, als daß die Tötung von "lebensunwertem Leben" - konkret: kranke und behinderte Menschen - unter bestimmten Voraussetzungen kein Unrecht sei. Diese Unmenschlichkeit ist Konsequenz seines Denkens, unabhängig davon, wie heftig man studiert und gelesen hat. Tatsache ist es im übrigen, daß viele von uns sich seit Jahren sehr intensiv mit Singers Texten und dem, was sie in der Praxis bewirken, auseinandersetzen. Und das wissen auch Sie.

Ausgrenzung zur "Nicht-Person"?

Infam in Ihrer Presseerklärung ist auch die Vorhaltung, wir wollten durch "die Ausgrenzung des zur 'Nicht-Person' erklärten Menschen" Peter Singer das Problem lösen. Sie benutzen hier in polemischer Weise die Diktion Singers. Die Zuordnung zur "Nicht-Person" hat in Singers Logik zur Folge, daß z.B. Neugeborene oder geistig Behinderte nicht durch das Tötungsverbot geschützt sind. Konsequent fordert Singer, daß behinderte Neugeborene getötet werden dürfen und sollten. Uns zu unterstellen, wir würden Singer als einen ausgeladenen Referenten zur "Nicht-Person" erklären, ist mehr als ein abstruser Vorwurf. Niemand hat logisch und rational darüber diskutiert, ob eine Tötung Singers nach Abwägung aller Vor-und Nachteile für die Gesellschaft von Nutzen wäre. Diese Denkweise ist uns fremd. Sie uns zu unterstellen, ist reine Demagogie.

Zensur?

Wegbereiter des Faschismus?

Wir wollen verhindern, daß Singer in Deutschland ein öffentliches Forum zur Verbreitung seiner Thesen findet. Diese Forderung brandmarken Sie als Zensur und uns darüber hinaus als Wegbereiter des Faschismus. Sie äußern den "Verdacht, daß all die Bestialitäten der Nazi-Zeit auch deshalb stattfinden konnten, weil in Deutschland die Meinungsfreiheit nicht genügend geschützt wurde". Ursachen der NS-Verbrechen zu

benennen, wird offensichtlich immer beliebiger. Wo Argumente fehlen, darf jeder für sich Geschichtserklärung betreiben und sei es in einem Satz. Eine solche willkürliche Deutung der Geschichte zum billigen eigenen Argumentationsnutzen ist letztlich eine Verharmlosung der Nazi-Barbarei.

Freiheit der Wissenschaft?

Wir halten daran fest, daß Meinungs- und Redefreiheit ihre Grenzen hat, nämlich da, wo andere Menschen durch die geäußerte Meinung beleidigt, verletzt oder bedroht werden. Deshalb ist z.B. das Verbreiten der sog. "Auschwitz-Lüge" strafbar, weil damit die Opfer nachträglich verhöhnt werden. Eine rationale Diskussion darüber, wie lebenswert das Leben bestimmter Individuen ist, beleidigt und bedroht Menschen, die ihr Lebensrecht nicht rational zur Debatte gestellt haben wollen. Man kann über den Wert eines Menschenleben nicht verhandeln wie über den Preis eines Kleidungsstückes. Der Begriff Wert stammt aus der Ökonomie und wer mit diesem Begriff Leben bemißt, transportiert eine klare Botschaft an die, die sich unter dem Kosten-Nutzen-Aspekt als teuer erweisen. Die Bioethik spricht von "Freiheit der Wissenschaft" und meint den Freibrief zur Tötung von behinderten Neugeborenen, chronisch Kranken und alten Menschen.

Alltägliche Praxis?

Sicher, solche Debatten werden geführt, und nicht nur in Singers australischen Institut. Die Bioethik dient mittlerweile auch in Deutschland dazu, politische Entscheidungen zu legitimieren, die Menschen einem ökonomischen Kalkül unterwerfen. Es ist schon bemerkenswert, daß Sie auf die zunehmende Verschärfung der Lebensverhältnisse für Behinderte nur deshalb hinweisen, um zu begründen, daß Singer eingeladen werden muß, der für noch schlimmere Zustände eintritt. Die Begründung Ihrer Presseerklärung allerdings, die Diskussion sei unausweichlich, da "in unseren Kliniken alltäglich die von Herrn Singer vertretenen Ansichten in (Be-) Handlungen umgesetzt werden", ist ungeheuerlich. Entweder wollen Sie verschleiern, daß Singer letztlich offen den Mord als Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme propagiert. Oder Sie besitzen geheimes Wissen über vorsätzliche, aktive Tötungen von Kranken und Behinderten im Alltag bundesdeutscher Kliniken. Mitwisserschaft ist unseres Wissens auch strafbar.

Andere Ansichten?

Im übrigen können wir Ihnen Ihre einleitende Bemerkung, daß Sie "andere Ansichten als Singer vertreten", nicht recht abnehmen, denn an keiner Stelle Ihrer Presseerklärung benennen Sie Ihre eigene Auffassung. Sie haben dagegen auf Ihren Kongreß mit dem Juristen Norbert Hoerster und dem Philosophen Dieter Birnbacher noch weitere Vertreter der Bioethik eingeladen, die im Windschatten des öffentlichen Interesses an Peter Singer dessen Positionen vertreten und auf deutsche Rechtsverhältnisse anwendbar machen wollen. Insgesamt können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß sich Ihr Institut für systemische Forschung durch die skandalträchtige Ein- und Ausladung Peter Singers zum Wegbereiter des akademischen Diskurses über Euthanasie machen will.

PS: laut FR rechneten Sie mit "Selbstverstümmelungen und Harakiri-Aktionen von Behinderten" - verrechnet!

"Forum gegen die neue Euthanasiedebatte"

Im Windschatten Singers:

Norbert Hoersters

Euthanasiepropaganda

Singer wurde ausgeladen - für Norbert Hoerster und alle anderen Bioethiker hätten wir uns Gleichbehandlung gewünscht. Doch der Mainzer Rechtsphilosoph Hoerster referiert auf dem Kongreß über "Sterbehilfe und das Recht auf Leben". In seinen Schriften beschäftigt er sich ähnlich wie Singer mit der Aufhebung des Tötungsverbots und entwickelt Thesen, um die Tötung von Menschen juristisch zu rechtfertigen.

In seinem Buch "Neugeborene und das Recht auf Leben" (1995), das er Singer gewidmet hat, geht Hoerster davon aus, daß die Tötung von Neugeborenen prinzipiell möglich ist, da diese erst im Alter von drei Monaten ein konkret wahrnehmbares Lebensinteresse hätten. Daraus folgert er, daß in einer Gesellschaft, die Abtreibung bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erlaubt, es prinzipiell auch möglich sein sollte, einen

Neugeborenen zu töten, da sowohl der Säugling, wie auch der Fötus kein zukunftsbezogenes Lebensinteresse habe.

In der Praxis geht er (noch) nicht so weit. Als die Grenze, bis zu der eine Tötung juristisch erlaubt sein soll, schlägt er die 28. Schwangerschaftswoche vor. Jüngere Frühgeburten werden damit vom Lebensrecht ausgeschlossen, da "ihr Überleben nur an besondere und kostspielige medizinische Behandlungen geknüpft ist" (S. 59). Dies trifft auch für ältere Frühgeburten zu, sofern sie nicht ohne Hilfsmittel lebensfähig sind.

Bei kranken oder behinderten Neugeborenen tritt Hoerster für aktive "Sterbehilfe", d.h. deren Tötung ein. Ausgangspunkt ist hierbei die von ihm vertretene Vorstellung vom sogenannten Patienteninteresse. Danach soll der Arzt im Fall eines unerträglich lang anhaltenden Leidens so handeln, wie es dem Wunsch des Patienten entsprechen würde. Hoerster wendet dieses Prinzip vollkommen bedenkenlos auf Säuglinge an. "Wir wollen davon ausgehen, daß es im Interesse des betroffenen Neugeborenen liegt, zu sterben".

Wie gefährlich und anmaßend Hoersters Vorstellungen über "Sterbehilfe" bei Säuglingen sind, wird deutlich, wenn man deren Durchführung betrachtet. Der behandelnde Arzt soll, wenn er davon überzeugt ist, daß die Sterbehilfe im Interesse des Kindes liegt, auch gegen den Willen der Eltern, notfalls durch Entziehung der Vormundschaft, die Tötung vornehmen können.

"Wertigkeit" von Leben

Welche Menschen sollen von der Möglichkeit einer Tötung betroffen sein? Hoerster betont zwar immer wieder, daß alles Leben gleich sein solle, gleichzeitig spricht er ständig von der verschiedenen "Wertigkeit" von Leben. "Manche Leben sind offensichtlich für die Gesellschaft wertvoller (insbesondere nützlicher) ... das Gegenteil zu behaupten wäre Heuchelei" (S. 117). Entlarvend wird diese Selektion vor allem dann, wenn er über Behinderungen spricht: "Dies bedeutet jedoch, daß ein Leben mit einem Defizit, einer Schädigung oder einer Behinderung einen geringeren Eigenwert wie Fremdwert besitzt, als eine Leben ohne Behinderung" (S. 119).

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß Hoerster eine eugenische Indikation zum Schwangerschaftsabbruch begrüßt: "Sowohl das von der betreffenden Frau gewünschte Kind selbst, als auch die Gesellschaft insgesamt wird von einer solchen Abtreibung profitieren". Es wird deutlich, worin die eigentliche Motivation Hoersters für die Aufhebung des Tötungstabus liegt. Nicht die individuelle Situation des Betroffenen ist das Kriterium, sonders das gesellschaftliche Wohl, die vermeintlichen Gesundheit bzw. die höhere Wertigkeit der Bevölkerung ist für ihn entscheidend. Zieht man dann noch in Betracht, daß einen Tötung zum angeblichen Wohle des Kindes selbst gegen den Willen der Eltern durchgesetzt werden kann, so wird die Brutalität und Rigorosität deutlich, die von Hoersters Vorstellungen über den Wert des Lebens ausgeht.

Die vermeintliche Gleichheit, die Hoerster gewährleisten will, wird Lügen gestraft in einem Gedankengebäude, das den Wert des Menschen über seine gesellschaftliche Nützlichkeit definiert. An dem Beispiel von Norbert Hoerster wird deutlich, wie Bioethik als Machtinstrument zur Diskriminierung und Selektion Behinderter und Kranker verwendet werden kann. Im Windschatten des öffentlichen Interesses an Peter Singer können er und noch weitere deutsche Bioethiker mehr oder weniger unbehelligt dessen Position vertreten und sie auf bundesdeutsche Rechtsverhältnisse anwendbar machen.

Christian Winter

9. Zwischen Sparstrümpfen und Gigabytes. Ein Kommentar zum "Buko-Frauen-Papier" in ak 389

Ein Kommentar zum "BUKO-Frauenpapier" aus ak 389:

Autor: Ingrid Röder · Rubrik: Umweltpolitik; Frauen; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:39

Eine kritische Betrachtung der negativen Folgen für Frauen, die aus der Nachhaltigkeits-Debatte und speziell aus der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" resultieren, ist nicht nur notwendig, sondern sollte eigentlich selbstverständlicher Bestandteil von linken Diskussionen sein. Wenn der BUKO (Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) in seiner Stellungnahme zur Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" den Frauenaspekt vernachlässigt, wirft das kein gutes Licht auf sein antipatriarchales Selbstverständnis. Mit vorliegendem Frauen-Thesenpapier wurde ein Anfang gemacht. Es ist aber kein Zufall, daß dieses Papier nur von Frauen geschrieben wurde. Denn daß Frauenunterdrückung nur kompetent von Frauen thematisiert werden kann, ist ein altbekanntes Gespenst in linken Frauen- und Männerköpfen. Folglich sind es immer wieder die Frauen, die die Frauenproblematik in Diskussionszusammenhänge einbringen müssen, und folglich sind es die Männer, die kein kritisches Wort wagen. Ich hab' einfach keine Lust mehr auf jammernde Frauenplena und schuldbewußte Männer.

1. Täter-Opfer-Schema

Die in dem Frauenpapier vorgenommene Zuschreibung Männer = Täter, Frauen = Opfer ist so eindimensional wie sie falsch ist. Richtig ist, daß die Autoren der Studie mit ihren Angeboten zu einer gerechteren und ökologischeren Welt die bestehenden Herrschaftsverhältnisse (Nord-Süd, patriarchal, rassistisch, kapitalistisch) in keinster Weise ändern wollen. Und davon profitieren viele Frauen im kapitalistischen Norden nicht nur, sondern gestalten diese Herrschaftsverhältnisse auch aktiv mit. Die "Sicherung des Standortes Deutschland" ist nicht allen Sache des deutschen Mannes, von der Ministerin xy bis zur Arbeiterin yz sind auch deutsche Frauen daran interessiert.

2. Technik contra Natur

Bei Sätzen im Frauen-Thesenpapier wie "Die Kehrseite der Attacke auf ‚Natur` und Frauen ist die Eröffnung einer (öko-) technologischen Spielwiese für die Männer: Optimierung, Quantifizierung, Wachstum, Wettbewerb" wird eine Sichtweise reproduziert, die Frauen auf eine Stufe mit Natur stellt, passiv, aber gut, während die Männer auf einer Stufe mit (öko-)Technik stehen, aktiv, aber bedrohlich.

3. Die Wut der Männer

In dem Frauenpapier wird linken Männern Veröffentlichungs-, Planungs- und Diktierwut vorgeworfen, wohingegen die wirklich praktisch-politischen Auseinandersetzungen maßgeblich von Frauen initiiert und geführt würden. Zum einen war mir bisher nicht klar, daß Veröffentlichungen und Diskussionen, auch wenn sie gehäuft auftreten, als Veröffentlichungswut zu kritisieren sind. Zum anderen sind mir bei den BefürworterInnen und KritikerInnen der Nachhaltigkeitsdebatte genügend daran beteiligte Frauen aufgefallen, so daß von einer rein männlichen Domäne nicht die Rede sein kann. Dieser letzte Abschnitt des Frauen-Thesenpapiers erscheint mir reichlich klischeehaft. Welche Veröffentlichungswut hat eigentlich das Frauenpapier zustande gebracht? Ist die Veröffentlichung dieses Papier nicht ein Widerspruch zu dem an die Männer gerichteten Vorwurf der Veröffentlichungswut?

Was ich aber an vielen Veröffentlichungen und Diskussionen kritisiere, ist der oft wissenschaftliche, universitäre Sprachstil, der sich nicht um eine gleichermaßen verständliche und genaue Sprache bemüht. Verständlich auch für nicht studierte Linke und für Nicht-ExpertInnen, ohne die Inhalte zu verflachen. Durch den bisher praktizierten Sprachstil werden jedenfalls Leute von der Diskussion ausgeschlossen.

Ingrid Röder

(Arbeitet für AKTION 3. WELT Saar bei der BUKO-AG "Danke für den Fisch" mit, hat aber das Frauen-Thesenpapier nicht mit unterzeichnet.)

10. New Age auf dem Vormarsch. Zur Konjunktur rechter Wissenschaftstheorien - Annotation

Autor: Wolfgang Beran · Rubrik: Rechte, Neue; Wissenschaftskritik; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:24

Gero Fischer/Maria Wölflingseder (Hrsg.), "Biologismus - Rassismus - Nationalismus. Rechte Ideologien im Vormarsch." Promedia-Verlag, Wien 1995, 262 Seiten, DM 29,80.

Kürzlich erschien im Wiener "Promedia"-Verlag ein Buch, daß sich mit der derzeitigen Hochkonjunktur rechter Wissenschaftstheorien auseinandersetzt. Zahlreiche AutorInnen gehen in den drei Abschnitten "Natur versus Mensch", "Mensch-Barbar-Tier" und "Nationale Frage" dem Wiederaufleben längst obsolet geglaubter pseudo-wissenschaftlicher Theorien nach.

Im ersten Teil "Natur versus Mensch" liegen die Schwerpunkte auf Biologismuskritik einerseits und auf New Age Kritik andererseits. Der Ostberliner Philosoph Rolf Löther zeigt in seinem Beitrag "Der Mensch - Natur- und Gesellschaftswesen" die Möglichkeit der Biologismuskritik auf naturwissenschaftlicher Ebene auf. Eine solcherart vorgebrachte Kritik ermöglicht es, auf in "wissenschaftlicher" Weise geäußerte Rassismen und Sexismen zu antworten.

Maria Wölflingseder beschäftigt sich in "Biologismus - Natur als Politik" mit der immer größer werdenden Akzeptanz von "New-Age-Ideen". Sie zeigt schlüssig die Parallelen zwischen der sogenannten Esoterik und New-Age Szene mit biologistischen und naturalistischen Weltbildern und deren Rezeption durch rechte, bzw. rechtsextreme Strömungen auf. Es sei hier nur auf die Zusammenhänge von "Umvolkungsdebatte" und der § 218-Diskussion aufmerksam gemacht.

Der zweite Teil "Mensch-Barbar-Tier" befaßt sich mit der neuen Aktualität rassistischer Strömungen, bzw. mit deren wissenschaftlichem Background, mit den Folgen der Tier-Mensch-Projektionen, mit Rassismus und Geschlechterdifferenz sowie mit der rassistischen "Überbevölkerungstheorie". Imanuel Geiss untersucht die Entstehungsgeschichte des Begriffes "Rassismus" und den unterschiedlichen ökonomischen Hintergrund der zeitlich korrespondierenden "Rassismustheorien". Interessant sind in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen wissenschaftlichen Begründungsversuche von Imperialismus und Sklaverei.

Der dritte - umfangreichste - Teil beschäftigt sich mit der Nationalen Frage. Die Autoren untersuchen verschiedenste Aspekte der Nationenwerdung im Zuge der Entstehung bürgerlicher Staaten als Folge der Aufklärung. Hannes Hofbauer beschreibt in seinem Beitrag "Nationalismus als Ideologie der Moderne" die Entstehung von "Nationen" anhand gesellschaftlicher und ökonomischer Notwendigkeiten. Das Entstehen eines Bürgertums bei gleichzeitiger Zurückdrängung des alten feudalen Untertanenverhältnisses sei "notwendig" gewesen, um die entstehenden Märkte zumindest definieren und so von anderen abgrenzen zu können. Die Notwendigkeit, ein Abgrenzungskriterium zu definieren, führte in Europa zu unterschiedlichsten Konzepten. Genannt sei hier nur die französische Definition von Nation: "Franzose ist, wer in Frankreich lebt und Franzose sein will."

Der Erkenntnis, daß Nationen - und damit auch Nationalitätenkonflikte - ein historisch gewachsenes Produkt sind, geht Gero Fischer in "Die Abschaffung der Nation. Nationen - eine unausweichliche Notwendigkeit?" nach. In der überwiegend ökonomischen Argumentation erklärt der Autor die Nationenwerdung mit der Notwendigkeit der damals noch "einfachen" Einheiten, ein abgegrenztes und definiertes Gebiet zu schaffen, um unter den veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen des Frühkapitalismus weiter bestehen zu können. Die Entstehung von Rohstoff- und Absatzmärkten sowie die erforderliche Kapitalakkumulation bedurften der "Nation". Damit allerdings stelle sich im Zeitalter der Globalisierung der Märkte sofort die Frage nach dem weiteren Schicksal von "Nationen". Politik auf nationaler Ebene stehe ein immer enger werdender Gestaltungsspielraum zur Verfügung. Mit dem Verlust der Souveränität jeder territorial bestimmten Einheit über eine "globale Volkswirtschaft" sei die Existenz von "Nationen" allein aus kapitalistischer Logik nicht mehr weiter zu begründen.

Der Wiener Historiker Franz Schendl grenzt in "Nation - Überlegungen zu einem Begriff" ebendiesen vom "Staat" ab. Nation erscheint hier als etwas irreales, als etwas künstliches. Sie dient dazu, das Individuum

gegenüber dem Staat - welcher real und in herrschender Weise auftritt - dazu zu bewegen, den erlittenen Zwang als ein Wollen zu begreifen. Durch die mystifizierende Vorstellung einer kollektiven Zusammengehörigkeit wird das reale Leben unter der Staatsgewalt in ein angenehmeres Licht getaucht. So schreibt er: "Nation ist die reale Fiktion, in die der Staat seine Bürger zwingt. Aus dem Müssen der Unterworfenen muß jedoch ein Wollen werden. Nation meint die pathetische Überhöhung des Staates, sie ist dessen außerinstitutioneller Geist. Sie ist das, was den Bürger freiwillig an den Staat binden soll. (...) In der Nation glaubt man sich zwangsfrei wiederfinden zu können. Das durch sie Aufgeherrschte erscheint selbstverständlich und vorgegeben, ja noch stärker: angeboren."

Wer sich für diese Thematik interessiert, für den/die ist dieses Buch in seiner Aktualität und inhaltlichen Vielfalt eine gute und empfehlenswerte Anschaffung. Die flüssig zu lesenden Beiträge stellen aufgrund ihres wissenschaftlichen Niveaus eine brauchbare Argumentationshilfe für den täglichen Umgang mit den Rechten dar.

Wolfgang Beran

11. "Mauer des Schweigens". Rolf Gössner vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß "Hamburger Polizei"

Rubrik: Polizei; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:03

Am 9. Februar 1996 fand vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß (PUA) der Hamburger Bürgerschaft zur Aufarbeitung der Hamburger Polizeiskandale eine öffentliche Anhörung zum Thema "Mauer des Schweigens - Korpsgeist in der Polizei" statt. Eingeladen waren neben VertreterInnen der Gewerkschaft der Polizei und der Deutschen Polizeigewerkschaft im Beamtenbund der Oberstaatsanwalt Martin Köhnke (Landgericht Hamburg), Dr. Manfred Murck von der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup, die ProfessorInnen Dr. Thomas Feltes (Fachhochschule der Polizei, Villingen-Schwenningen), Dr. Uta Krüger und Dr. Karlheinz Merten (beide Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung, Hamburg), Dr. Hans-Dieter Schwind (Kriminologe, Universität Bochum) sowie die Rechtsanwälte Hartmut Scharmer (RA-Kammer Hamburg) und Dr. Rolf Gössner (Bremen).

Wir dokumentieren im folgenden Gössners schriftliche Antworten -in gekürzter Form- auf die Fragen des PUA.

Wie können die Phänomene "Kameradschaft" und "Kameraderie/Korpsgeist" voneinander abgegrenzt werden?

Diese Frage geht m.E. von einer falschen, zumindest problematischen Alternative aus. Der hier positiv verwendete Begriff "Kameradschaft", obwohl für verschiedene Lebensbereiche gebräuchlich, hat einen militärischen "Beigeschmack". Kollegiales Verhalten bzw. Kollegialität halte ich als Gegenbegriff für den Polizeibereich, wie für andere Arbeitsbereiche auch, für angemessener (so auch Thomas Feltes in seiner Stellungnahme vom 16.1. 1996).

Kameraderie und Korpsgeist bedeuten - in klarer Abgrenzung zur Kollegialität, also zu einem solidarischen Verhalten unter ArbeitskollegInnen -, daß die besonderen (Schutz-) Regeln der (mehr oder weniger abgeschotteten) Ingroup mehr gelten, als die allgemeinen Rechtsregeln außerhalb der Gruppe und sie insbesondere gegenüber den Rechten Außenstehender (polizeigewaltunterworfenen Bürgern) von den Gruppenmitgliedern als höherrangig begriffen werden.

Dies kann letztlich zu "verschworenen Gemeinschaften" und zu einer "Mauer des Schweigens" führen.

Gibt es innerhalb der Polizei Anzeichen für das Vorhandensein von Korpsgeist? Worauf stützt sich diese Einschätzung?

Innerhalb der Polizei gibt es nicht nur Anzeichen für das Vorhandensein von Korpsgeist, sondern in manchen Polizeibereichen und manchen Gegenden wird dieser geradezu gepflegt. Ich kenne Anzeichen aus der Beschäftigung mit dem Thema Polizei aus unterschiedlichen Perspektiven: zum einen als Anwalt von Opfern von Polizeiübergriffen, zum anderen als Rechercheur/Publizist im Zusammenhang mit Buchpublikationen und insbesondere aus authentischen Schilderungen von Insidern/ Polizeibeamten. (1)

Klassische Konstellation aus der Praxis (falls das Polizeiopfer sogenannte Beschwerdemacht hat und Täter überhaupt sicher identifizieren kann): Ein Opfer von Polizeiübergriffen zeigt Polizei-Täter an: Ermittlungsverfahren wird eingestellt, weil sich das Opfer die Verletzungen bei seiner "Widerstandshandlung" angeblich selbst beigebracht hat ("ist die Treppe hinuntergefallen", hat sich "gestoßen", "ist gegen den Schlagstock gerannt" etc.) und dies von Polizeikollegen unisono bestätigt wird (meist gekoppelt mit einer Anzeige wegen "Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte" und/oder wegen "Falscher Anschuldigung"). Da sich die Betroffenen häufig allein oder allenfalls mit "unglaubwürdigen" Komplizen mehreren Polizeibeamten gegenübersehen, ist ihre Beweislage äußerst schlecht.

Die notorische Sanktionsimmunität von Polizeibeamten, die sich auch vor Gericht fortzusetzen pflegt, beeinflußt sicherlich auch Denken und Handeln von Polizisten.

"Netz gegenseitiger Abhängigkeit"

Falls es einen solchen Korpsgeist gibt, worin besteht dieser und welches sind seine Ursachen?

Er besteht in der Regel in einem Gruppendruck oder -zwang, der darauf hinausläuft, polizeiliches Fehlverhalten in der Gruppe nach außen hin zu decken, zu leugnen und gegebenenfalls sogar gerichtliche Falschaussagen bis hin zum Meineid in Kauf zu nehmen (Abschottung nach außen). Motto: "Auf meine Kollegen kann ich mich verlassen, die würden mich nie verpfeifen". Dies kann sich ausdrücken in einer Bestätigung eines nicht selbst wahrgenommenen Vorgangs, im Verschweigen wesentlicher eigener Beobachtungen, in der Deckung von Fehlverhalten und Übergriffen anderer etc. Diese Art von "Solidarität" geht weit über einzelne Polizeigruppen oder Einheiten hinaus und umfaßt prinzipiell den gesamten Polizeiapparat als quasi eine große "Familie".

Gleichzeitig begeben sich die Beteiligten mit ihrem Schweigen in eine Abhängigkeit zu den Tätern, weil sie sich durch Strafvereitelung im Amt "selbst der Gefahr einer Strafverfolgung aussetzen" bzw. selbst zu "Kriminellen" werden. Der Kriminalsoziologe Manfred Brusten spricht insoweit von einem "Netz gegenseitiger Abhängigkeit" unter Polizeibeamten, das sie im Zweifelsfall zusammenhält.

Sich dem Korpsgeist oder auch nur der Gruppendynamik zu entziehen, bedeutet für die Betreffenden eisige Isolation: "Wer in solcher Isolation von der Behörde Polizei keine Unterstützung erfährt, muß letztlich den Beruf aufgeben", berichtet etwa Martin Herrnkind von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten. Erfahrungen einiger Kritischer PolizistInnen aus Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg belegen das. Dem seit geraumer Zeit ertönenden Appell, "das Schweigen zu brechen", folge später keinerlei Unterstützung für jene BeamtInnen, die es wagten, den Mund aufzumachen. Die "Nestbeschmutzer", "Verräter", "Kollegenschweine" waren teilweise übler Hetze der KollegInnen ausgesetzt.

Die Ursachen müssen in unterschiedlichen Bereichen gesucht werden. Dieses Verhalten dürfte zusammenhängen:

- zum einen mit einem geringen Selbstbewußtsein, mit autoritärer Prägung der Gruppenmitglieder vor und während ihrer polizeilichen Berufstätigkeit (psychosoziale Faktoren); hier sind die Probleme der Personalauswahl und mangelhafter Gegensteuerung in der Ausbildung angesiedelt;

- zum zweiten mit Korpsgeist begünstigenden Verhaltensweisen der Vorgesetzten, die ihre Gruppe als fehlerfrei darstellen wollen ("der Apparat muß sauber bleiben") und dabei auch die Vertuschung von Fehlverhalten tolerieren oder gar (indirekt) einfordern (mangelnde Führung); denn bei jeder Anschuldigung von außen steht nicht nur das individuelle Ansehen des beschuldigten Polizeibeamten auf dem Spiel, sondern gleichzeitig auch das des gesamten Polizeiabschnittes oder des gesamten Apparates;

- zum dritten mit Korpsgeist begünstigenden Strukturen im Polizeiapparat und in dessen Teilbereichen (insbesondere Spezialeinsatzkommandos, Sondereinheiten, verdeckt arbeitende Einheiten, Abschottung) und

- nicht zuletzt mit mangelnder apparativer und öffentlicher Kontrolle (s.u.).

Außerdem gerät die herrschende Sicherheitskonzeption vom "starken Staat" zum mitverursachenden Problem: Faktische "Allzuständigkeit" der Polizei, die polizeiliche Präventionsentwicklung weit hinein ins Vorfeld von Gefahren ("Gefahrenvorsorge") und von Straftaten ("vorbeugende Verbrechensbekämpfung"), die faktische und normative Entgrenzung polizeilicher Aufgaben und Befugnisse - diese Entwicklung führt zu dem verhängnisvollen Trend, soziale, sozialpsychische Konflikte und sozio-ökonomisch verursachte Probleme polizeilich "lösen" zu sollen bzw. zu wollen, was dann tendenziell zu einer Verpolizeilichung des sozialen und politischen Alltags führt. Polizei als Ausputzer einer verfehlten Sozial- und Wirtschaftspolitik vor Ort an der sozialen "Front" - hieraus resultieren u.a. Allmachtsvorstellungen und gleichzeitig eine permanente Überforderung der Polizei und damit auch mögliche Übergriffe und Überreaktionen, was sich besonders in Zeiten der (ökonomisch-sozialen) Krise, des Sozialabbaus, zunehmender Verarmung und Verelendung als verhängnisvoll herausstellt.

Insbesondere die Tatsache, daß es sich bei den meisten Opfern von Polizeiübergriffen um Angehörige ohnehin mißliebiger sozialer Randgruppen handelt (Ausländer, Obdachlose, Drogenabhängige, Prostituierte), die keine "Beschwerdemacht" haben, erleichtert den Polizeitätern die Vertuschung solcher Vorkommnisse.

Auch die im Polizeiapparat tradierten Feindbilder/Feindbildproduktionen - Linke, Extremisten, Terroristen, Sympathisanten, Sozialbetrüger, kriminelle Ausländer usw. - haben ihren ideologischen Anteil am Polizeiverhalten und an der Ausprägung eines besonderen Korpsgeistes. Die Polizei verharrte allzu lange und in weiten Teilen in obrigkeitsstaatlichem Sicherheits- und Staatsschutz-Denken, und ihre Feindbilder erweisen sich als erstaunlich resistent, wenn sie auch zunehmend brüchiger werden.

Können insbesondere Faktoren wie "Vorbild älterer Kollegen", "Einsatz in besonders belasteten Einsatzgebieten", "Schichtdienst" für die Entstehung von Korpsgeist eine Rolle spielen?

Selbstverständlich können die genannten Faktoren eine Rolle spielen, aber nur dann, wenn die psychischen Voraussetzungen der einzelnen Beteiligten, die spezifische Interaktion der Gruppenmitglieder und die apparativen Bedingungen die Entstehung und Ausprägung von Korpsgeist begünstigen. Sicher sind besonders belastete Einsatzgebiete - z.B. Drogenszene - oder die sozialschädlichen, -isolierenden Folgen des Wechselschichtdienstes verstärkend wirkende Umstände. Das "gemeinsame Durchleben häufigerer Extremsituationen verbindet Menschen. Daß daraus in Einzelfällen Kameraderie entstehen kann, ist für uns erkennbar", schreibt der GdP-Vertreter Bergmann; Manfred Murck spricht in diesem Zusammenhang von "Gefahrengemeinschaften".

Aber Streß und tendenzielle Überforderung dürfen nicht als Entschuldigung von Übergriffen und anschließendem Vertuschen dienen. Da dies aber häufig geschieht, muß der Polizei und ihren "Entlastungszeugen" zumindest insoweit unprofessionelles Verhalten bescheinigt werden.

Sondereinheiten

Gibt es Hinweise darauf, ob und in welcher Weise sich politische Vorgaben im Einzelfall (Beispiel: Schaffung von Sondereinheiten für Einsätze in "Problemvierteln", E-Schichten und Wache 16) auf das Verhalten der Beamten im Dienst negativ ausgewirkt und damit das Phänomen Korpsgeist befördert haben?

Spezifische apparative Strukturen und Bedingungen in Spezialbereichen verschärfen die Problematik in erheblichem Maße.

In Spezial-Einheiten mit spezieller Personalauslese, Sonderausbildung, Sonderausstattung und "Elitebewußtsein" bündeln sich erfahrungsgemäß fokusartig die Probleme der Verselbständigung von Teilen des Polizeiapparates, der Abschottung nach innen und nach außen, eines ausgeprägten Korpsgeistes sowie der mangelhaften Kontrolle von Polizeihandeln. Am Beispiel der GSG9 mag der Ablauf der Aktion "Weinlese" auf dem Bahnhof von Bad Kleinen und ihre dubiose Nachbereitung bzw. Aufarbeitung als Beispiel dienen (System von "Pannen"). (3)

Seit den frühen siebziger Jahren gibt es auf Bundes-, aber insbesondere auf Länderebene eine Vielzahl von Sonder- oder Spezialeinheiten - mit einer Gesamtstärke von zigtausend Polizeibeamten, die sich nicht selten als "Elite-Polizisten" begreifen. In der Tat sind es "Spezialisten" für bestimmte schwierige Fälle und Bereiche, die speziell trainiert und ausgebildet werden und entweder verdeckt-konspirativ oder als offene Zugriffseinheiten arbeiten.

Diese letztlich verhängnisvolle Spezialisierung in "Sondereinheiten" birgt die Gefahr der Abschottung und der Herausbildung eines ausgeprägten Korpsgeistes in sich. Nicht selten operieren SEK-Angehörige - u.a. auch im Verlaufe von Demonstrationseinsätzen - mit geschwärzten oder vermummten Gesichtern, um sich unkenntlich zu machen und entziehen sich so jeglicher Kontrolle. Die verdeckt arbeitenden Einheiten entziehen sich per Konspiration und sind auch innerhalb des Apparates abgeschottet, was eine spezifische Elite-Mentalität und Gruppendynamik erzeugt. Hier ist die "Mauer des Schweigens", andernorts "omerta" genannt, integraler Bestandteil. Fast alle genannten Spezialeinheiten sind im Laufe der Jahrzehnte immer wieder durch besondere Brutalität oder konspirative Machenschaften aufgefallen. (4)

Wenn es bei SEK-Einsätzen zu schweren Körperverletzungen kommt, haben die Opfer meist nur wenig Chancen, da in aller Regel entweder die Identifizierung der Täter nicht gelingt bzw. weil unabhängige Zeugen fehlen und die beteiligten bzw. beschuldigten Beamten sich gegenseitig decken oder weil die Polizeiführung den entsprechenden Einsatz und die Art und Weise der Durchführung für "angemessen" bzw. "verhältnismäßig" hält.

Verschärfend kommt hinzu, daß die Polizei bei entsprechenden Vorkommnissen in eigener Sache ermittelt und auch die Staatsanwaltschaften sich nicht gerade als unabhängige Kontrollinstanz erweisen (schließlich geht es um ihre "Hilfsbeamten" bei der Strafverfolgung).

Haben Mitglieder von MEKs oder "Anti-Terror"-Spezialeinheiten im Verlaufe eines Einsatzes einen Menschen erschossen oder schwer verletzt, so werden die Namen der beteiligten Polizeibeamten von den Sicherheitsbehörden auch den unmittelbaren Kontrollorganen und den Angehörigen der Opfer nicht bekanntgegeben. Ihre Vernehmung erfolgt unter Code-Nummern. Die Anonymität besonderer Polizeieinheiten müsse im Interesse ihrer Funktionsfähigkeit gegenüber der Öffentlichkeit gewahrt bleiben, so urteilen Verwaltungsgerichte über solche Praktiken. In manchen einschlägigen Urteilen wird auch offen ausgesprochen, daß die "Einsatzfreude" und "Risikobereitschaft" der Polizeibeamten nicht dadurch gemindert werden soll, indem man einzelne Beamte für ihre dienstlichen Verfehlungen (angemessen) hart zur Rechenschaft zieht.

Die an Todesschüssen beteiligten Spezialpolizisten werden auch speziell "betreut", und gezielt auf das spätere Gerichtsverfahren vorbereitet. Solche Sonderrechte gelten als rein "fürsorgerische" Maßnahme der Polizeiführung, dürften aber keineswegs dem rechtsstaatlichen Anspruch der Öffentlichkeit auf eine rückhaltlose Aufklärung dienen. Ebensowenig, wie die gebräuchliche, aus Gründen des "Staatswohls" ergehende behördliche Verweigerung oder Beschränkung von Aussagegenehmigungen für Polizeizeugen, wenn es um polizeistrategische oder -taktische Angelegenheiten geht - solche Praktiken grenzen an staatlich inszenierte Verdunkelung.

Parallel zur oben bereits erwähnten Aufgabenerweiterung wurden die Polizeibefugnisse (Geheimpolizeiliche Entwicklung) ebenfalls immer weiter gefaßt und damit die Eingriffsmöglichkeiten der Polizei in die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger und Bürgerinnen. Insbesondere der systematische Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (Verdeckte Ermittler, V-Leute, langfristige Observationen, verdeckter Einsatz technischer Mittel für Lausch- und Spähangriffe), die ursprünglich nur den Geheimdiensten vorbehalten waren (die keine exekutiven Befugnisse haben), werden mittlerweile der Polizei in der Praxis und per Gesetz zugestanden. Das verfassungsmäßige Gebot der Trennung von Geheimdiensten wird damit auf der Befugnis- und Methoden-Ebene ausgehebelt und die Polizei vereint nun exekutive und nachrichtendienstliche Befugnisse in einer Hand - eine fatale Machtkonzentration, die ursprünglich - nicht zuletzt auch aus historischen Gründen - in der Bundesrepublik verhindert werden sollte.

Im übrigen wird die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz ausgehebelt, da die Betroffenen - das ist die Regel - mangels Kenntnis von den geheimen Polizeieinsätzen sich rechtlich nicht oder erst verspätet dagegen zur Wehr setzen können. Die Grundrechte verlieren so ihre Hauptfunktion als Abwehrrechte der Bürgerinnen und Bürger gegen (hier: klandestine) Eingriffe des Staates.

Strukturelles Problem?

Unterscheidet sich insoweit die Polizei wesentlich von anderen Berufsgruppen oder ist gerade die Polizei aufgrund struktureller Bedingungen wie z.B. Persönlichkeitsprofil der Polizeibeamten (z.B. konservatives Weltbild?), Art der Tätigkeit, berufliches Umfeld und Form der Arbeitsorganisation (z.B. Schichtdienst, autoritäre Hierarchiestrukturen) besonders anfällig für das Entstehen von Kameraderie/Korpsgeist?

Die Polizei unterscheidet sich insgesamt von den meisten anderen Berufsgruppen. Die Polizei ist ausgestattet mit einer Fülle von exekutiven Vollmachten und Befugnissen, mit denen sie tief in die Grundrechte und die Privatsphäre der BürgerInnen einzugreifen vermag. Dabei steht ihr eine weitgehende Definitionsmacht zu. Die Polizei als gewichtiger Träger staatlich-exekutiver Macht muß sich in einem Rechtsstaat, verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechend, der öffentlichen Kontrolle stellen, soll sie nicht zum Staat im Staate werden.

Zum anderen ist der Polizeiapparat als staatlicher Sicherheits- und Ordnungsfaktor nicht irgendein Arbeitsplatz: Schließlich fühlen sich zum Polizeiberuf nicht nur verhinderte Sozialarbeiter hingezogen, sondern insbesondere junge Menschen, die starken Halt und Ordnung suchen, die zum Teil eine law-and-order-Mentalität verinnerlicht haben, eine Einstellung, die dann während ihres Polizeidienstes - quasi als Vertreter der Autorität und der Ordnung - permanent bedient und verstärkt wird - und zwar gleich zu Beginn

unter den prägenden Bedingungen einer "quasi-militärischen, kasernierten Ausbildungsphase in den Bereitschaftspolizeien" (Jaschke), in der eine Erziehung zu Anpassung und Kritiklosigkeit erfolgt.

Die Polizei ist von Natur aus ein konservativ gepägter Apparat, denn sie hat den jeweiligen status quo zu sichern und gegen Angriffe zu schützen. Die Polizei ist aufgrund ihres hoheitlichen und repressiven Charakters durchaus ein beruflicher Anlaufpunkt für Menschen mit autoritären Dispositionen, mit einer Orientierung an Ordnung, Autorität und hierarchischen, auf Befehl und Gehorsam basierenden Strukturen. Law-and-Order und ein konservatives bis rechtslastiges Weltbild vertragen sich bekanntlich gut - im Gegensatz zu kritischem Hinterfragen und zur Auseinandersetzung mit den (sozialen) Ursachen von abweichendem Verhalten und Kriminalität. Und auch die Macht- und Stärke-Mentalität von Gewalttätern außerhalb (illegal) und innerhalb des Polizeiapparates (prima facie legal) sind sich mitunter recht ähnlich.

Ein Anzeichen für das Vorhandensein von Kameraderie/Korpsgeist könnte die sogenannte "Mauer des Schweigens" sein. Gibt es eine solche "Mauer des Schweigens" oder nicht, und worauf gründet sich diese Einschätzung?

Es gibt deutliche Anzeichen für das Existieren von Korpsgeist, der sich - in bestimmten Polizeibereichen - zur "Mauer des Schweigens" verdichten kann. In Hamburg dürfte diese Qualität erreicht worden sein, worauf die Systematik der Übergriffe aus bestimmten Einheiten und ihre jahrelange beharrliche Leugnung bis in die Polizei- und politische Führung hinein hindeuten. An der Entwicklung des früheren Hamburger Innensenators läßt sich dies anschaulich nachvollziehen.

Mittlerweile konnten sich einige wenige Polizeibeamte dem Korpsgeist mit Mühe entziehen und haben die Mauer der Schweigens wenigstens teilweise durchbrochen. Die Konsequenzen sind bekannt (bis hin zum Ausstieg aus dem Polizeidienst). Der Appell an die einzelnen Polizisten, das Schweigen zu brechen, reicht also nicht aus, es bedarf tatkräftiger Unterstützung von innen und außen.

Abgesprochene Aussagen

Gibt es insbesondere Hinweise darauf, daß sich Polizeibeamte im Einzelfall bei Aussagen bewußt absprechen? Gibt es empirische Untersuchungen oder eine Auswertung des Aussageverhaltens von Polizeibeamten im gerichtlichen bzw. staatsanwaltschaftlichen Verfahren?

Empirische Untersuchungen zum polizeilichen Aussageverhalten gibt es m.E. bislang nicht. Aber immer wieder werden in gerichtlichen Verfahren - meist von Strafverteidigern - Praktiken aufgedeckt, die mit bewußter Absprache von Aussagen und mit Prozeßbetreuung umschrieben werden können. Nicht selten weisen die Zeugenaussagen von Polizeibeamten frappierende Übereinstimmungen in Formulierungen, Satzfolge und sogar von objektiven Fehlern auf, die zwingend darauf schließen lassen, daß die Aussagen abgestimmt worden sind, um Widersprüche frühzeitig zu tilgen (wenn auch häufig ohne den gewünschten Erfolg). (5)

Sofern es eine "Mauer des Schweigens" gibt, welches sind ihre Ursachen: falsch verstandene Kameradschaft, falsche Vorbilder oder Angst vor Nachteilen? Drohen den aussagebereiten Beamten Nachteile straf- oder disziplinarrechtlicher Art? Müssen aussagebereite Beamte mit beruflichen Nachteilen wie z.B. Verschlechterung des Arbeitsklimas (Stichwort: "Nestbeschmutzer", "mobbing") oder Benachteiligungen bei Beförderungen rechnen? Falls es die o.g. Nachteile gibt, welche sind für den einzelnen Beamten gravierender, die rechtlichen oder die faktischen?

Sicher fällt bei den Gründen für o.g. Verhalten die Angst vor beruflichen Nachteilen (die Aufstiegschancen für "Nestbeschmutzer" sinken), die Ausgrenzung, Verachtung bis hin zum Mobbing der Kollegen am stärksten ins Gewicht. Widersetzt sich ein Polizist dem Korpsgeist in der Gruppe, wird zumindest eine (Straf-)Versetzung unvermeidbar sein, nicht selten aber auch das Ausscheiden aus dem Polizeidienst.

Solche Betroffene sollten vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuß als Zeugen gehört werden. (6)

Sind Änderungen in den Rahmenbedingungen für die polizeiliche Arbeit erforderlich, um falsch verstandener Kollegialität und einer "Mauer des Schweigens" entgegenzuwirken und wenn ja, welche?

Um der "Mauer des Schweigens" bzw. dem Korpsgeist entgegenzuwirken und die Kontrolle über den Polizeiapparat zu verbessern, ist eine grundlegende Veränderung der apparativ-strukturellen und rechtlichen Bedingungen notwendig.

Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, um eine evtl. vorhandene "Mauer des Schweigens" zu durchbrechen? Sollte das Legalitätsprinzip eingeschränkt werden, damit aussagewillige Beamte nicht mit einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt durch Unterlassen konfrontiert werden? Wenn ja: Wem sollte sich der Beamte anvertrauen können (z.B. einem Polizeibeauftragten mit Zeugnisverweigerungsrecht, Konflikttrainer oder Vorgesetzten)? Ist die Einführung einer Kronzeugenregelung für aussagebereite Beamte sinnvoll?

Aussagewillige Polizeibeamte werden nicht nur mit strafrechtlichen Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt (durch Unterlassen) bedroht, sondern auch mit Strafermittlungs- und Disziplinarverfahren wegen falscher Verdächtigung, Beleidigung, Verleumdung, übler Nachrede, Verrats von Dienstgeheimnissen, Verstoßes gegen die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit, Schädigung des Ansehens der Polizei usw.

Die vorgeschlagene Einschränkung des Legalitätsprinzips für aussagewillige Polizeibeamte (oder generell) ist überlegenswert. Eine Kronzeugenregelung für aussagebereite (und selbst involvierte) Beamte hingegen ist abzulehnen, und zwar aus prinzipiellen Überlegungen. (7)

Welche sonstigen Möglichkeiten (wie z.B. Supervision, Betreuung und Nachbereitung von Einsätzen, häufigere Personalrotation; Verbesserung der Kommunikation zwischen den Hierarchieebenen) gibt es, um im Berufsalltag eine evt. vorhandene "Mauer des Schweigens" zu durchbrechen bzw. dem Entstehen von Kameraderie/Korpsgeist entgegenzuwirken? Welche Handlungsmöglichkeiten haben Vorgesetzte, Staatsanwaltschaft oder ggf. Polizeibeauftragte?

Die in Klammern genannten Beispiele sollten eigentlich selbstverständlich sein. "Eingeschworene Gemeinschaften" dürfen nicht entstehen, d.h. diesen ist mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Hier könnte - und dies gilt insbesondere für schwierige, konfliktbeladene Wirkungsbereiche - eine Rotationsregelung hilfreich sein (häufigere Personalrotation). Da jedoch Korpsgeist gerade in abgeschotteten Polizeibereichen blüht, wäre eine konsequente Forderung, die Abschottung weitgehend aufzuheben. Dies gilt besonders für geschlossene Einheiten (Demoeinsätze) und in zunehmendem Maße für klandestine Polizeibereiche, in denen die mittlerweile gesetzlich zugelassenen geheimen (verdeckten) Mittel und Methoden Anwendung finden.

Solange der Korpsgeist wesentlich Teile des Apparates beherrscht, versagt die Außenkontrolle durch die Justiz. Das Gefühl, immun zu sein, sich auf die Kollegen, auf die "Mauer des Schweigens" verlassen zu können, begünstigt weiteres Fehlverhalten und behindert die Ahndung künftiger Mißhandlungen.

Sinnvoll und eigentlich überfällig wäre die Einrichtung einer neuen, unabhängigen Kontrollinstanz im Rahmen der parlamentarischen Kontrolle: ein/e Polizeibeauftragte/r mit besonderen Kontrollbefugnissen nach dem Vorbild der Datenschutz- oder des Wehrbeauftragten. Der Polizeibeauftragte sollte eine Doppelfunktion erhalten: Er sollte sowohl Anlaufstelle für Beschwerdeführer aus der Bevölkerung sein als auch unmittelbarer Ansprechpartner für Polizeibedienstete, die im Falle von Übergriffen aus dem Korpsgeist ausbrechen oder sich über dienstliche Mißstände beschweren wollen. Sie sollen sich ohne Einhaltung von Dienstwegen und ohne Angst vor persönlichen oder dienstlichen Nachteilen an den/die Beauftragte/n wenden können.

Die Eingaben und Beschwerden sind vertraulich zu behandeln; die/der Polizeibeauftragte unterliegt nicht dem Legalitätsprinzip, sondern - auf Wunsch der Petenten - der Verschwiegenheitspflicht und hat ein Aussageverweigerungsrecht (Informantenschutz).

Ziel ist es, die Grundlagen für eine Verbesserung, Professionalisierung und Effektivierung der Kontrolle des Polizeiapparates und von Polizeihandeln zu schaffen. Die Einrichtung der Stelle einer/eines unabhängigen Polizeibeauftragten als Untersuchungs- und Beschwerdestelle sowie einer sie/ihn unterstützenden Polizei-Kontroll-Kommission wird für fachliche Kompetenz, mehr Intensität und Kontinuität in der Kontrolle sorgen.

Welche Maßnahmen können/müssen politische Leitung und Polizeiführung in bezug auf die Phänomene Korpsgeist und "Mauer des Schweigens" ergreifen? Gibt es insoweit Defizite in der inneren Führung der Polizei? Ist ein Schutz aussagewilliger Beamter vor beruflichen Nachteilen notwendig und ggf. gewährleistet?

Gerade in Bezug auf das Phänomen Kameraderie/Korpsgeist gibt es gravierende Defizite in der "inneren Führung" der Polizei - insoweit trifft auch das geruchsintensive geflügelte Wort zu, daß der "Fisch vom Kopf her

stinkt". Die politisch-fachlich Verantwortlichen, die Polizeipräsidenten, aber insbesondere die jeweiligen Innenminister/-senatoren neigen prinzipiell dazu, sich - nicht selten unbesehen - "vor ihre Polizei zu stellen", den berüchtigten "Schulterschluß" zu üben. Die Kontrollfunktion der Dienstaufsicht wird dabei vernachlässigt oder gänzlich vergessen.

Dabei versuchen die höheren und höchsten Führungsebenen immer wieder - meist aus Fürsorgepflicht gegenüber den Untergebenen, aber auch, um sich selbst aus der Verantwortung zu nehmen -, die Übergriffe zu bagatellisieren oder schlicht zu negieren: Vielfach seien die Beschuldigungen aus der Luft gegriffen; notorische Querulanten oder Straftäter, die vom eigenen Vergehen ablenken wollten, belasteten mißliebige, aber korrekte Polizisten mit konstruierten Vorwürfen - was in Einzelfällen stimmen mag, aber für die überwiegende Anzahl der Vorfälle kaum - und schon gar nicht routinemäßig - geltend gemacht werden kann.

Würde von der politischen "Leitung", von den Polizeiführungen und den jeweiligen Vorgesetzten dieses Problem ernster genommen, könnte einiges auf unterer Ebene bewegt werden. Doch gerade die Polizeiführungen sind geneigt, besonders darauf zu achten, daß der "Apparat sauber bleibt" - notfalls durch Vertuschung ... Der Schutz aussagewilliger Beamter vor beruflichen Nachteilen ist notwendig und auf keinen Fall in ausreichendem Maße gewährleistet.

Es bedarf schon ungewöhnlicher Anstrengungen der Polizeiführung, um dieses Netz gegenseitiger Abhängigkeit, von dem Manfred Brusten spricht (s.o.) zu durchschlagen oder wenigstens zu beschädigen. Weder in Hamburg noch in Berlin wurden ernsthafte Versuche in diese Richtung unternommen. Es ist eine Frau, die erste und einzige Polizeipräsidentin im vereinten Deutschland, seit Ende 1991 im Amt, die dieses Kunststück ansatzweise fertiggebracht hat: Uta Leichsenring aus Eberswalde, ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und Stasi-Auflöserin. Es geht um die Aufklärung einer ganzen Serie von Polizei-Übergriffen in Bernau (Brandenburg). Dort wurden die Polizisten, die vietnamesische Zigarettenhändler bei Verhören mißhandelt haben sollen, schon frühzeitig vom Dienst suspendiert, Dienststelle und Wohnungen der Beschuldigten durchsucht, Opfer und Zeugen der Übergriffe einfühlsam und schonend vernommen sowie Gegenüberstellungen durchgeführt; eine ganze Polizeischicht ("D-Schicht") wurde aufgelöst, eine zehnköpfige Sonderkommission zur Aufklärung der Vorfälle abseits von Bernau beim Landeskriminalamt gebildet ("Ermittlungskommission ‚DORA'"); die Ermittlungen wurden mit großer Entschlossenheit geführt, nicht zuletzt dank der zuständigen Staatsanwältin Kerstin Langen aus Frankfurt/Oder.

Ein Berliner Rechtsanwalt, der Vietnamesen aus Berlin und Bernau als Nebenkläger gegen deren Peiniger vertritt, spricht beim Vergleich der Aufarbeitung in Hamburg (Vertuschung und Manipulation), Berlin (gelangweilt und unwillig) und Bernau (engagiert und sensibel) von vollkommen unterschiedlichen Modellen der "Bewältigung". "Zwischen Berlin und Bernau", so titelte die "Frankfurter Rundschau", "liegen Welten" (28.2.95).

Was u.a. geschehen müßte, hier in Stichworten: Personalrotation, Abbau von Hierarchie, Kooperative Führung, Konfliktmanagement, Verbesserung der sozialen Kompetenz, kurz: eine grundlegende Polizeireform. (8)

Wird das Phänomen Kameraderie/Korpsgeist ausreichend in der Ausbildung behandelt? Wie kann ggf. die Ausbildung dahingehend verbessert werden, z.B. in bezug auf das Selbstverständnis der Polizeibeamten? Welche Bedeutung haben insoweit die Wissenschaft (Polizeiforschung in Deutschland), die Auswahl der Ausbilder (zu viele Ausbilder aus den eigenen Reihen?), die Lehrinhalte?

Das Phänomen Kameraderie/Korpsgeist wird m.E. in der Ausbildung und Fortbildung nicht in ausreichendem Maße behandelt. Dem Phänomen kann in diesem entscheidenden Bereich am ehesten durch eingehende Thematisierung und durch Öffnung der Aus- und Fortbildung hin zur Gesellschaft, unter weitgehender Einbeziehung externer Lehrkräfte, begegnet werden (Aufbrechen des weitgehend geschlossenen Systems). Der öffentlichen Kontrolle von Polizeihandeln und des Polizeiapparates müßte schon in der Ausbildung mehr Bedeutung beigemessen werden.

Anmerkungen:

1) Siehe dazu u.a. Gössner/Herzog, Der Apparat - Ermittlungen in Sachen Polizei, Verlag Kiepenheuer & Witsch Köln 1992, erw. Aufl. 1994; dies., Im Schatten des Rechts - Methoden einer neuen Geheim-Polizei, K &

W Köln 1994; Gössner (Neß), Polizei im Zwielicht - Gerät der Apparat außer Kontrolle? Campus-Verlag Frankfurt/M. - New York 1996 (erscheint voraussichtl. Ende April 1996).

3) vgl. Landgraeber u.a., Operation RAF, München 1994; Gössner in: ID Archiv (Hg.) Bad Kleinen und die Erschießung von Wolgang Grams, Berlin-Amsterdam 1994, S.181 ff.

4) Dazu ausführlicher: Gössner, ebd.

5) vgl. dazu: Maeffert, Polizeiliche Zeugenbetreuung, Frankfurt/M. 1980

6) vgl. dazu den aufschlußreichen Kriminalroman von Jürgen Alberts, Das Kameradenschwein, Heyne-Verlag München 1987

7) vgl. ausführlich dazu aus anderen Bereichen: Gössner, Handelsgeschäfte mit der "Wahrheit", in: ders., Das Anti-Terror-System. Politische Justiz im präventiven Sicherheitsstaat, Hamburg 1991, S. 244 ff.

8) vgl. dazu auch die Empfehlungen der Polizeireform-Kommission in Niedersachsen; Überblick in: Gössner (Hg.), Mythos Sicherheit - Der hilflose Schrei nach dem starken Staat, Baden-Baden 1995, S. 467 ff.

Nachtrag

Mitte Januar 1996 wurde in Auszügen eine Studie der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup bekannt, die von der Konferenz der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Länder in Auftrag gegeben worden war. Thema des Projektes: "Polizei und Fremde" - "Belastungen und Gefährdungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im alltäglichen Umgang mit Fremden". Der 150seitige Abschlußbericht der Professoren Dr. Manfred Bornewasser (Universität Münster) und Dr. Roland Eckert (Universität Trier) datiert bereits vom Juli 1995, wurde mit dem Geheimhaltungsstempel "VS (Verschlußsache) - Nur für den Dienstgebrauch" versehen und von der Innenministerkonferenz (bis Februar 1996) unter Verschluß gehalten.

Diese aufschlußreiche Studie sollte vom PUA herangezogen und ausgewertet werden.

Die Studie, die mir seit geraumer Zeit vorliegt, gibt einen Einblick in die nicht selten erschreckende Gedankenwelt von Polizeibeamten, die häufig von sozialen Vorurteilen und Feindbildern geprägt ist. Sie macht Mechanismen im Polizeidienst - besonders an sozialen Brennpunkten, aber auch in Spezialeinheiten - aus, die zu Gruppendruck und Korpsgeist führen und die so die Aufdeckung von polizeilichem Fehlverhalten verhindern. Dabei wird eine Fülle von Faktoren benannt, die als Erklärung für fremdenfeindliche Einstellung, vermehrte Polizeiübergriffe und zunehmende Verrohung dienen, die aber leicht auch als "Entschuldigung" für Diskriminierungen und illegales Polizeihandeln mißverstanden werden können. Die Studie kommt in ihrem Fazit zu einem "abgewogenen" Weder-noch-Schluß (S. 146 f): "Die Ergebnisse unserer qualitativen Untersuchungen deuten darauf hin, daß es sich weder um ‚bloße Einzelfälle` noch um ein ‚systematisches Verhaltensmuster der Polizei` handelt, sondern daß die Kumulation von Belastungen in Ballungszentren mit hoher illegaler Einwanderung und Kriminalität sowie bei Großeinsätzen gegen verbotene Demonstrationen manche Beamte überfordert."

Dieses Überlastungs- und Überforderungssyndrom durchzieht die gesamte Studie, die in ihrem Fazit die Sicht der Polizeibeamten vor Ort so wiedergibt und sich zu eigen macht: "Insbesondere die Erfolg- und Folgenlosigkeit des alltäglichen und allnächtlichen Handelns, die innerbetriebliche Tabuisierung der Konflikte und aggressiven Emotionen, die mit Ausländern zu tun haben, und die mangelhafte justitielle Verarbeitung von Anzeigen sind es, die die Beamten auf der Straße am Sinn ihres Handelns zweifeln lassen."

Dies führe zu der Gefahr, daß die eingesetzten Polizeibeamten entweder resignierten und auch bei offenkundigen Konflikten gezielt wegschauten (da eine Anzeige "doch nichts bringe"), oder andererseits mit "Ersatzjustiz" ihrem "Gerechtigkeitsgefühl" oder ihrer Frustration und Überlastung "illegalen Ausdruck" verleihen. Für beide Verhaltensweisen enthält die Studie deutliche Hinweise.

Die Studie, die insbesondere die Polizei-Führungsebenen mit harter Kritik bedenkt, mahnt deshalb "Gegenmaßnahmen" an - u.a. etwa verhaltensnahe Streß-, Konfliktbewältigungs- und Antidiskriminierungstrainings, kontinuierliche Supervisionen durch externe Fachkräfte. Außerdem seien "strukturelle Veränderungen" überfällig (u.a. Reform der inneren Organisation, Personal-Rotation, Runde Tische, Ombudsmann).

Bornewasser/Eckert, Abschlußbericht zum Projekt "Polizei und Fremde" - Belastungen und Gefährdungen von Polizeibeamtinnen und -beamten im alltäglichen Umgang mit Fremden, Münster/Trier (Juli) 1995 (Manuskript "VS-Nur für den Dienstgebrauch").

12. Kein Abgrund, sondern ein Marianengraben! Kritische Anmerkungen zum Abschlußbericht des Projektes "Polizei und Fremde"

Kritische Anmerkungen zum Abschlußbericht des Projektes "Polizei und Fremde" (1)

Autor: M. Herrnkind · Rubrik: Polizei; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:21

Seit Sommer 1995 reifte die Studie in den Schubladen diverser Polizeimöbel - eine Delikatesse für JournalistInnen. Rassismus à la police, nach deutscher Art, versteht sich. Gewürzt mit zahllosen Zitaten deutscher PolizistInnen - oder waren es doch Sheriffs aus dem wilden Westen? Manchmal bin ich nicht sicher. Das Sahnehäubchen für die MedienvertreterInnen prangte auf Seite 1 - fett und quer gestempelt: "VS-Nur für den Dienstgebrauch". Das Stempelkissen soll vor Lachen geprustet haben: "Na, das bleibt ja lange geheim!" Immerhin erst Mitte Januar wurde der Festschmaus angeschnitten. Den ersten Happen verschlang die ARD, rülps, den nächsten großen gönnte sich die taz, schmatz! Und bis heute zehrt die Zunft davon. Für die Köche hingegen, die grün-weißen, scheint das Mahl ungenießbar. Angewidert streiten sie ab, auch nur einen Löffel gerührt zu haben. Und auch die Küchenchefs lehnen jede Verantwortung ab, wie immer in solchen Fällen ...

Genug der Laiensatire. Die Umstände der Veröffentlichung sind die einzig belustigenden. Alles andere ist bitterernst. Immerhin kann es als historisches Ereignis bewertet werden, daß die Innenminister der Länder als politisch Verantwortliche erstmals eine wissenschaftliche Untersuchung mit derart brisantem Forschungsziel in Auftrag gaben. Die Ergebnisse der Erhebungen und die daraus entstandenen wissenschaftlichen Deutungen und Reformvorschläge decken sich in weiten Teilen mit dem, was die Kritischen PolizistInnen seit Jahren thematisiert haben. Die Installation von Ombudsleuten wird ebenso empfohlen wie Modifikationen des Führungsverhaltens, Supervisionen und Antidiskriminierungs-Trainings.

Unter Federführung des Psychologen Manfred Bornewasser und des Soziologen Roland Eckert erstellten MitarbeiterInnen von Polizeischulen und WissenschaftlerInnen ein Stimmungsbild der deutschen Polizei. Sie befaßten sich mit "spezifischen Ursachen und Ausdrucksformen von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei. (...) Das praktische Ziel (...) sollte es sein, die Polizei besser auf die Kontakte und auch Konflikte mit Bürgern ausländischer Herkunft vorzubereiten. Hierzu sollten Vorschläge zur Verbesserung der Aus- und Fortbildung und zu anderen hilfreichen Maßnahmen entwickelt und zur Diskussion gestellt werden." Über die Universitäten Trier und Münster führten sie je vier Workshops mit insgesamt 115 PolizistInnen durch. Die Teilnahme sollte auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Seminargruppen unterschieden sich in Hierarchieebene, Herkunftsregion und Erfahrungshintergrund; zudem wurden die Workshops in sechs verschiedenen Bundesländern durchgeführt.

Zweitägige Arbeitstagungen

mit Workshops

Vier Workshops setzten sich zusammen aus (a) BeamtInnen der Bereitschaftspolizei, (b) Dienststellenleiter und Dienstgruppenleiter, (c) Schutz- und KriminalbeamtInnen von Revierwachen aus städtischen Problemgebieten und (d) Schutz- und KriminalbeamtInnen aus weniger belasteten Regionen. Die zweitägigen teilnehmerorientierten Arbeitstagungen bestanden aus drei größeren Arbeitseinheiten: einer Problemsammlungsphase, einer Vertiefungsphase und einer Vorschlagsphase (Verbesserungsvorschläge und Lösungsansätze). Methodisch verwandten die Teamer Gruppendiskussionen, Metaplan-Techniken (Wandzeitungen, Kartenabfragen und Manuskripte) und vertiefende Einzelinterviews.

Erste Meldungen über die Studie fanden sich schon Ende 1994 in den Medien. Die Innenministerkonferenz (IMK) erteilte in Magdeburg am 25.11.94 den Auftrag für eine bundesweite Studie über das Thema "Fremdenfeindlichkeit und Polizei". Allerdings war der vermittelte Eindruck falsch, die IMK reagiere aktuell auf die seinerzeit hochgekochte Debatte über Polizeiübergriffe. Die Studie war längst beschlossen, bevor die Minister in Magdeburg Platz genommen hatten. (2) Denn insbesondere der rheinland-pfälzische Innenminister Walter Zuber war einige Monate zuvor durch eine nicht in seinem Auftrag erstellte Projektarbeit der

Verwaltungsfachhochschule Koblenz aufgeschreckt worden. (3) Die in ihrem Rahmen auf Rheinland-Pfalz begrenzte Projektarbeit förderte unter anderem Affinitäten der befragten PolizistInnen zu den Republikanern zutage, ebenso wie erhebliche Vorbehalte gegenüber AsylbewerberInnen. Nachdem einige Versuche mißlangen, den wissenschaftlichen Wert der Studie zu diskreditieren, schienen die Verantwortlichen kalte Füße zu bekommen. Eine bundesweite Erhebung sollte her, aber von Anfang an unter die Fittiche der IMK gestellt werden. Damit waren die Weichen gestellt. Denn schon die Auftragstellung wissenschaftlicher Arbeiten kann bekanntlich Ergebnisse beeinflussen.

Der deutlichste Hinweis für die Bedeutung, die die IMK dem Thema beimaß, läßt sich an dem für die Studie zur Verfügung gestellten Finanzrahmen ablesen: 50.000 DM - sind nach Adam Riese etwa dreitausend Mark für jedes Bundesland - ein lächerlicher Betrag.

Keine breit angelegte Untersuchung

Manfred Murck, der mit der Durchführung beauftragte Wissenschaftliche Direktor an der Polizeiführungsakademie, stellte schließlich resigniert fest: "Die Untersuchung wird daher nicht sehr breit angelegt sein." (2) In der Projektskizze und im Fazit finden sich Hinweise auf diesen eingeschränkten Erhebungsrahmen: "Ziel der insgesamt acht Workshops war es nicht, quantitative Aussagen über die Verbreitung von ausländerfeindlichen Einstellungen, Übergriffen und Straftaten innerhalb der Polizei zu treffen. Dazu wäre eine aufwendige Dunkelfeldforschung notwendig gewesen, für die die Mittel nicht bereitstanden." (S. 4, 146) Aber gerade diese Dunkelfeldforschung wäre erforderlich gewesen, um die Virulenz, die Tragweite möglicher Reformkonzepte sowie dazu angemessene Budgetansätze auszuloten.

Die Bedeutung des Themas nennt so gut wie niemand beim Namen. Einer, der es mal tat, war Hamburgs Erster Bürgermeister Henning Voscherau (SPD): "Die Vorwürfe (von Polizeiübergriffen - der Verfasser) sind, wenn sie belegt werden können, so gravierend, daß sie die Staatsidee Deutschlands berühren." (4) Was Voscherau meinte, war die von Polizeiübergriffen ausgehende Gefahr für das Rechtsstaatsprinzip. So hört man von immer mehr Rechtsanwälten, die ihren Mandanten von berechtigten Strafanzeigen gegen Polizeibeamte abraten, weil man gegen den Korps-Geist in der Polizei vor Gericht praktisch nicht ankommt. Wenn dieses Verständnis sich ausbreitet, käme das einer Kapitulation des Rechtsstaates gleich. Voscherau schätzte also die Brisanz des Problems angemessen ein - ein Kompliment, das man der IMK nicht machen kann. Sie zeigte zu keinem Zeitpunkt Interesse an der Aufhellung des Dunkelfeldes. Allein das, was Kriminologen "Tatgelegenheitsstrukturen" nennen, wird bei Polizeiübergriffen mehr als deutlich. Wenn beispielsweise zwei Polizeibeamte einen Festgenommenen in einer Zelle mißhandeln, tendieren die juristischen Chancen des Opfers gegen Null. Weiterhin sind die potentiellen Opfer in aller Regel "Personen mit geringer Beschwerdemacht", wie der Kriminologe Manfred Brusten zutreffend feststellte. So sind beispielsweise die Angaben von zur Tatzeit stark alkoholisierten Polizeiopfern in einer späteren Beweisaufnahme von geringem Gewicht.

Unzureichender Etat gab

den Forschungsansatz vor

Die Kritischen PolizistInnen vertreten seit ihrem Zusammenschluß vor zehn Jahren die These, daß Übergriffe täglich vorkommen. Eine Reihe von Studien aus der kriminologischen Polizeiforschung lassen ein Dunkelfeld vermuten. (5) Doch die zu befürchtenden Ergebnisse einer validen Dunkelfeldforschung schrecken nicht ohne Grund ab. Denn negative Ergebnisse würden die Reputation der Polizei belasten und die subjektive Sicherheit in der Bevölkerung negativ beeinflussen. Die verantwortlichen Minister können derzeit alles andere gebrauchen. Schließlich würden Außenstehende bei zu erwartenden Forschungsresultaten Fragen nach Verantwortung und Versäumnissen der politisch Verantwortlichen stellen.

Mit dem unzureichenden Etat der Studie war der Forschungsansatz praktisch vorgegeben, womöglich hatte sie von Anfang an Alibicharakter.

Für die beauftragten WissenschaftlerInnen waren aufwendige opferbezogene Ansätze ebenso undurchführbar wie "die Entwicklung neuer Meßinstrumente" oder "exakte systematische Erhebungen über repräsentative Stichproben". (vgl. S. 13) Somit wählten die Forscher den fast einzig gangbaren Weg und traten an die

PolizistInnen selbst heran. Sie lauschten in Workshops den jeweils zwischen zehn und zwanzig Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten.

Dazu einige Auszüge der Dokumentation: Kommentar zum Tod eines Tatverdächtigen, der von Polizeibeamten auf der Wache offensichtlich geschlagen worden war: "Es werden Tausende (von der Polizei) geschlagen und sterben nicht - das war Pech!" (S. 76) "Wenn mich jemand anbrüllt, gibt's den Knüppel." (S. 77) "Wenn man mit solchem Abschaum zu tun hat, muß man die Handschuhe bis zur Schulter hochziehen." (S. 77) "Kosovo-Albaner = Messerstecher." (S. 78) "Wenn Du einen Ausländer kontrollierst, der dazu noch schlampig aussieht, beträgt die Trefferquote 99 %." (S. 123) Vor allem nach Einbruch der Dunkelheit sei die Innenstadt "fest in ausländischer Hand"; viele deutsche Frauen "trauen sich nachts kaum mehr vor die Tür." (S. 134)

"Zigeuner als Schmarotzer"

Jugoslawen und Albaner könne man meist den Bereichen Organisierte Kriminalität, Menschenhandel und Prostitution zurechnen. (...) Schwarzafrikaner seien häufig Dealer und Verführer der Jugend, viele müsse man als primitive, dumme und verantwortungslose Untermenschen bezeichnen ("haben AIDS, vögeln unsere weißen Frauen"). (...) Osteuropäer (besonders Polen) seien zumeist illegal als Schwarzarbeiter in Deutschland. Im Grunde seien sie "arme Schweine", doch viele "klauen wie die Raben, saufen, randalieren und sind asozial". (...) Der prototypische Zigeuner "schafft nix" und lebt als "Schmarotzer"; dafür seien Betrügereien und Diebstahl an der Tagesordnung. (...) Türkische Dealer "stinken nach Knoblauch, fahren große Autos und haben eine mittelalterliche Mentalität." (S. 135f)

Es erscheint aufgrund des Forschungsansatzes unmöglich, diese Äußerungen und Einstellungen zu verallgemeinern. Trotzdem zeigt sich ein Stimmungsbild, das in Zusammenhang mit anderen Arbeiten der kriminologischen Polizeiforschung signifikante Auswirkungen auf das praktische Polizeihandeln vermuten läßt. Dies sei anhand des Problembereiches "polizeilicher Verdachtsschöpfung" erläutert. Doch zunächst zurück zur Studie und anknüpfend an die vorstehend dokumentierten Stereotypen: "Als Polizeibeamter sei man sich natürlich darüber im klaren, daß es sich hierbei um stark vereinfachende Kategorien handele, welche die Gefahr einer zu starken Generalisierung beinhalten.

Andererseits zeige die polizeiliche Alltagserfahrung, daß derartige Klischees durchaus realistisch sind und z.B. bei Kontrollen ein erfolgversprechendes Raster darstellen. Wer einmal eine Nachtschicht auf dem ‚Ho-Tschi-Minh-Pfad` (6) mitgemacht habe, komme nicht umhin, diese Realität anzuerkennen." Dazu vermerken die WissenschaftlerInnen in einer Fußnote: "Die Moderatoren wurden eingeladen, eine Nachtschicht im Innenstadtrevier mitzumachen. Bei der Begehung des ‚Ho-Tschi-Minh-Pfads` konnten sich die Moderatoren selbst davon überzeugen, daß die Seminarteilnehmer bei ihren Schilderungen keineswegs übertrieben hatten." (S. 136)

Der Kriminologe Jürgen Mansel wies die Selektion polizeilicher Kriminalitätsbekämpfung nach ethnischen Gesichtspunkten über Statistiken nach. (7; 8) Auch Cornelia Schmalz-Jacobsen, Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, unterstellt diesen "Polizeieffekt". (9) In der Tat fügt sich solche Theorie nahtlos in die Logik polizeilicher Verdachtsschöpfung. Im Standardwerk der wissenschaftlichen Kriminalistik bezeichnet der Kriminalbeamte Störzer als geläufigste Verdachtsgewinnungsstrategie die "intuitive", die er auf Berufserfahrung und Menschenkenntnis gründet. Aus dem "professionellen Wissen der Beamten" ergäben sich "Erfahrungssätze und Typisierungen", die "betreffen, was normal ist, und dann das, was Verdacht erregt, was sich als mit dem Normalen nicht übereinstimmend erweist". (10) In der Praxis kann hingegen selten von "professionellem" Wissen im Sinne kriminologischer Erkenntnisse gesprochen werden. Störzers "Typisierungen" sind zumeist nichts anderes als spießbürgerliche Stereotypen, "latente Vorurteile gegenüber ethnischen Minderheiten", wie Schneekloth in einer Untersuchung über polizeilichen Jugendschutz feststellte. (11)

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte Polizeiforscher Jo Reichertz in seinem Aufsatz mit dem vielsagenden Titel "Meine Schweine erkenne ich am Gang". (8) Edmund Funke diagnostizierte den von ihm befragten PolizeibeamtInnen einen "relativ niedrigen Professionalisierungsgrad der Asozialitätssichtweise". (11) In seiner Studie standen die PolizistInnen der Aussage "Zigeuner sind asozial" näher als der Aussage "Wirtschaftskriminelle sind asozial" und bezeichneten Asozialität mehrheitlich als ein "anlagemäßiges

Charakterproblem". (11) Nach einer Studie der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen glauben 74 Prozent der PolizistInnen, "ausländische Arbeitnehmer anders behandeln zu müssen als den Normalbürger". (12) Daß diese Einstellungen dem Stammtisch näherstehen als einer professionellen rechtsstaatlichen Polizei, bedarf keiner Erläuterung. Doch nicht nur solche, die tägliche Praxis betreffenden Einstellungen sind von Interesse. So stellte Rodel 1976 fest, daß die von ihm befragten Polizisten im Vergleich zu anderen Berufsgruppen die wenigsten allgemeinen Kontakte zu Gastarbeitern hatten, seltener in Mittelmeerländer reisten, ihre Kenntnisse über Ausländer eher vom Hörensagen erwarben, Gastarbeitern negative Eigenschaften zuschrieben und dazu tendierten, ausländische Arbeitnehmer mit Merkmalen "deutscher Hilfsarbeiter" und "Krimineller" zu belegen.

Ferner zeigte sich unter den Polizisten die geringste Übereinstimmung zwischen dem Selbstbild von Gastarbeitern und den Vorstellungen, welche die Polizisten von ihnen hatten. (12) Fünf Arbeitstagungen der Hessischen Polizeischule im Jahr 1993 mit 109 BeamtInnen des gehobenen Dienstes ergaben, daß viele von ihnen rechten Positionen mehr oder weniger offen Sympathien entgegenbrachten und in der Wahl rechter Parteien, wie z.B. der REPs, sehr wohl ein Mittel sahen, ihre politische Unzufriedenheit zu artikulieren. Außerdem neigten sie dazu, die im Dienst erworbenen Erkenntnisse - z.B. die Anteile nichtdeutscher Tatverdächtiger - generell auf "die Ausländer" zu übertragen. (13)

Schon dieser kleine Rückblick auf die Polizeiforschung relativiert den Neuigkeitswert der in der Studie analysierten Gefahr fremdenfeindlicher Typisierungen. Ebensowenig neu, aber im Ergebnis doch hilfreich, erscheint die Analyse der Streßfaktoren im Polizeidienst. Allerdings ist Kritik an der Deutung dieser Streßfaktoren angebracht. Denn der von den PolizistInnen subjektiv wahrgenommene Streß fängt bei "veralteten Akkus für Funkgeräte" an, führt über die Entfernung des Wohnortes vom Dienstort, bis hin zur Besorgnis über steigende finanzielle Belastungen der öffentlichen Haushalte durch Migrationsprobleme. Zwar sehen die AutorInnen die geäußerte dienstliche Unzufriedenheit "nur zum Teil mit der Ausländerproblematik" und viel mehr "in den allgemeinen Dienstverhältnissen begründet." (S. 73) Dennoch hätten sie deutlicher machen müssen, daß Maßnahmen und Reformvorschläge weniger am subjektiven Streß ansetzen sollten. Die zu vernachlässigende Bedeutung des subjektiven Stresses brachte drastisch, aber treffend, der Bundesjugendvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Günter Meiners, auf den Punkt: "Entschuldigen Sie bitte die Mißhandlung und die kleine Folter, aber ich bin leider gestreßt, demotiviert, unterbezahlt und überarbeitet!" (Contact 2/95, S. 2) Wissenschaftlich nahm der Psychologe Rainer Wensing in seiner Dissertation zum Konfliktverhalten von Polizeibeamten Stellung: "Streßursachen sind von sekundärer Bedeutung." (14) Entscheidend sei, wie PolizistInnen selbst mit den von ihnen empfundenen Streßursachen umgehen.

"98 Prozent aller

Polen sind Abzocker"

Die Autoren des Münsteraner Projektteams unter der Leitung von Dr. Bornewasser scheinen hier andere Schlüsse gezogen zu haben: "Eine Äußerung wie ‚98% aller Polen sind Abzocker` belegt exemplarisch die Einstellung einiger Beamter zu dieser Ausländergruppe. Dieser Aussage wurde kaum widersprochen und das zeigt, daß es starke Vorbehalte gegen einige Ausländergruppen gibt. Für uns stellt sich nicht so sehr die Frage, ob dies nun ein Beleg für die Fremdenfeindlichkeit der Polizei ist. Wichtiger erscheint uns der Hintergrund dieser Vorbehalte. In Anbetracht der negativen Erfahrungen im Umgang mit Ausländern werden solche Äußerungen nachvollziehbar und bestätigen die Vermutung, daß Polizeibeamte im Umgang mit Fremden gefährdet sind." (S. 73f) Oder: "Sicherlich sind unter Polizeibeamten auch kritische und distanzierte, rassistische und fremdenfeindliche Einstellungen gegenüber einzelnen Ausländergruppen wiederzufinden, wie sie auch in anderen Teilen der Bevölkerung existieren. (15) Die Ursachen fremdenfeindlicher Übergriffe von Polizeibeamten sind freilich nicht einfach in diesen Einstellungen zu sehen, sondern vielmehr in den Arbeitsbedingungen, die sich - je länger sie andauern - in feindseligen Einstellungen und Affekten sedimentieren." (S. 90f)

Die Belastung soll nicht weiter anwachsen

Das Fazit der Studie: "Wenn Fremdenfeindlichkeit innerhalb der Polizei zunächst weniger ein Problem individueller Einstellungen als vielmehr struktureller Belastungen ist (aus denen dann Einstellungsänderungen

resultieren), wird es vor allem darauf ankommen, die Belastungssituationen nicht weiter anwachsen zu lassen (also etwa die Verdienstmöglichkeiten durch Drogenhandel und Zuhälterei zu begrenzen, der illegalen Einwanderung und ethnischen Segregation entgegenzuwirken). Dies ist eine Aufgabe der Politik. Angesichts der wachsenden Probleme ist rasches Handeln erforderlich." (S. 147)

Solche sozialwissenschaftlichen Deutungen des Problems verkennen die daraus fast zwingende staatspolitische Konsequenz: Unser Modell des Rechtsstaats versagt innerhalb gegenwärtiger gesellschaftlicher Realitäten! Denn hinter polizeilicher Fremdenfeindlichkeit, wie sie die gesamte Studie durchzieht, steht die faktische Außerkraftsetzung eines ganzen Bündels von Grundgesetzartikeln. Hinter den zigfachen Belegen für polizeilichen Rassismus verbirgt sich ganz zentral ein autoritäres und nicht mit dem Geist unserer Verfassung in Einklang zu bringendes Staats- und Berufsverständnis. Die in der Studie vorzufindenden kriminal- und asylpolitischen Äußerungen der PolizeibeamtInnen bewegen sich auf dem Niveau von Boulevardblättern und Stammtischen. Bedenklich genug, wenn solche Äußerungen aus den Reihen der Durchschnittsbevölkerung erklingen. Aus den Mündern von PolizeibeamtInnen werden solche, nicht zuletzt unprofessionellen Einstellungen zu einer Gefahr für Staat und Verfassung.

Mehrfach liest sich die Studie so, als fließe fremdenfeindliches Verhalten in logischer Konsequenz aus der Kontaktstruktur mit nichtdeutschen Kriminellen. Es wird nicht die Frage gestellt, ob es eine "andere Polizei" geben könnte, die "anders", nämlich im Geiste und mit dem Menschenbild unseres Grundgesetzes dieselben Aufgaben zu bewältigen imstande wäre. Explizit wird eine These der Kritischen PolizistInnen abgelehnt: "Als nächstes könnte man vermuten, daß im Laufe der beruflichen Sozialisation sich bei Polizeibeamten spezifische Einstellungen, Wahrnehmensmuster und Verhaltensweisen entwickeln, welche fremdenfeindliches Handeln begünstigen. Diese These, die in der öffentlichen Diskussion geäußert wird, (4) ist jedoch in ihrer Pauschalität zurückzuweisen.

Es ist weniger die berufliche Sozialisation als solche als vielmehr die Sozialisation über schwer zu verarbeitende Interaktionserfahrungen, die zu entsprechenden Einstellungen und Handlungsweisen führen kann. Ähnliches gilt für die Vermutung, daß es sich letztlich um Kompetenzdefizite handele, aufgrund derer spezifische Streßsituationen des Polizeialltags sowie berufstypische Belastungen und Frustrationen (z.B. aufgrund von Mißerfolgserfahrungen) nur unzureichend bewältigt werden können. Gewiß ließen sich durch sorgfältige Personalauswahl und vorbildliche Führung Kompetenzen verbessern und sicherstellen. Gleichwohl können die praktischen Probleme auch hochkompetente Mitarbeiter irgendwann einmal überfordern." (S. 88f)

Diese Analyse ist in ihrer Schwerpunktsetzung anzuzweifeln. Menschen, die diesen Beruf wählen, sind häufig autoritäre Charaktere. Und Menschen mit autoritären Charakteren sind diejenigen, die traditionell in diesem Beruf protegiert wurden und zum großen Teil auch noch werden. Sie haben dem Berufsbild ihren Stempel aufgedrückt.

Die Polizei hat diffuse Ziele

So finden beispielsweise die nahezu überflüssigen militärischen Strukturen polizeilicher Organisation ihre Entsprechung in einem autoritären Staats- und Polizeiverständnis leitender PolizeibeamtInnen und PolitikerInnen. Aus ihnen resultiert eine Organisationskultur, die nach innen und außen ein "Schwarz-Weiß-Denken" fördert. Und genau hier ist "polizeiliche Sozialisation" zu erkennen, die das in der Studie herausanalysierte und zu kritisierende Fehlverhalten in der Polizei erheblich begünstigt. Denn jedwedes Schwarz-Weiß-Denken ist in bezug auf kriminologische Probleme gesellschaftlich inadäquat. Stramme "Law-and-order"-Vertreter mit mangelndem sozialen Gespür müssen in einem gewaltengeteilten, sozialen Rechtsstaat fast zwangsläufig an ihrer Aufgabe resignieren. Denn sie definieren regelmäßig unerfüllbare und falsche Ansprüche.

Ähnlich argumentierte der Organisationspsychologe Achim Schüller, der der Polizei eine "Zieldiffusität" attestierte. (5) Wer beispielsweise einen Drogenkrieg gewinnen will, hat schon verloren, bevor er angefangen hat. Das Ziel eines drogenfreien Hamburger Hauptbahnhofes über rechtsstaatlich angemessene Wege impliziert bereits das individuelle Gefühl der Sinnlosigkeit polizeilicher Arbeit. (5) Wer sich als letzte Bastion von Recht und Ordnung versteht, muß sich in der Konsequenz gesellschaftlicher Realität in den Werten wiederfinden, die uns in Charles-Bronson-Filmen vermittelt werden. So steht die in vielen deutschen Wachen gelebte Polizeikultur derjenigen diametral entgegen, die sich logisch aus unserem Grundgesetz ergeben sollte.

Die Polizeikultur korreliert insbesondere in Extremsituationen mit rechtmäßigem Polizeihandeln. Denn Werte beeinflussen das Handeln. Das Grundgesetz mit seinen Werten und die sich aus ihm ableitenden Begrenzungen staatlicher Macht, die Grund- und Menschenrechte, müssen von Polizei-"VollzugsbeamtInnen" quasi internalisiert sein. Kaum jemand riskiert seine Gesundheit für Normen, die er persönlich nicht mitträgt. Deshalb müssen PolizistInnen nicht nur die Normen kennen, sondern auch die Normzwecke und ihre sozialwissenschaftlichen Begründungen! Genau hier tut sich in den Äußerungen der "Workshop-PolizistInnen" nicht nur ein Abgrund auf, sondern ein Marianengraben.

Martin Herrnkind

Anmerkungen:

*) Vielen Dank an Reini für diese geile Metapher! (Marianengraben: Tiefseegraben im Pazifik - bis 10.924 m unter dem Meeresspiegel)

1) Manfred Bornewasser/Roland Eckert u.a.: Abschlußbericht "Belastungen und Gefährdungen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im alltäglichen Umgang mit Fremden" zum Projekt "Polizei und Fremde" (soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Seitenangaben im Text auf diese Studie)

2) Diederichs: Hilfe, Polizei - Auswüchse oder System? in Bürgerrechte & Polizei/CILIP/Diederichs, Otto (Hrsg.): Hilfe, Polizei - Fremdenfeindlichkeit bei Deutschlands Ordnungshütern; Berlin 1995, S. 41-53

3) Liebel, Urban: Die Bekämpfung fremdenfeindlicher Straftaten - eine Herausforderung für die Polizei! in Unbequem Nr. 20, Dezember 1994

4) Herrnkind, Martin: Der Fehler im System - Betrachtungen eines Insiders in Bürgerrechte & Polizei/CILIP/Diederichs (Hrsg.), Berlin 1995, S. 54-61

5) Schüller, Achim: Orientierungsmuster in Nonprofit-Organisationen - Eine organisationspsychologische Untersuchung der Kölner Schutzpolizei - Reihe Kölner Arbeiten zur Wirtschaftspsychologie; Frankfurt 1991

6) Gemeint sind die sogenannten vietnamesichen Zigarettenscgmuggler

7) Mansel, J.: Die Selektion innerhalb der Organe der Strafrechtspflege am Beispiel von jungen Deutschen, Türken und Italienern, Frankfurt a.M., Bern, New York 1989

Mansel, J. Gezielte Produktion von Kriminellen? Das Ausmaß der Kriminalisierung von Gastarbeiternachkommen durch Organe der Strafrechtspflege in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kaiser, Günther/Kury, Helmut/Albrecht, Hans-Jörg (Hrsg.): Kriminologische Forschung in den 80er Jahren (Band 35/2), Freiburg 1988

8) Reichertz, J./Schroer, N.: Beschuldigtennationalität und polizeiliche Ermittlungspraxis, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 4/93.

Dies. (Hrsg.): Polizei vor Ort, Stuttgart 1992

9) Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer (Hrsg.): "Ausländerkriminalität" oder "kriminelle Ausländer", Bonn 1993

10) Kube/Störzer/Timm: Kriminalistik, Band 1, 1992

11) Funke, Edmund: Soziale Leitbilder polizeilichen Handelns, Holzkirchen 1990

12) Franzke, Bettina: Polizei und Ausländer in: Kriminalstatistik 10/93, S. 615 ff

13) Korell, J.: "Schläger in Uniform?" in Unbequem 20 (Schwerpunkt Polizeiübergriffe), 1994

14) Wensing, Rainer: Konfliktverhalten von Polizeibeamten, Münster, New York 1990

15) vgl. Willems et. al.: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen - Täter - Konflikteskalation. Opladen 1993;

Ders.: Analyse fremdenfeindlicher Straftäter. Follow-up-Studie. In: BmI (Hrsg.), Texte zur inneren Sicherheit, 1994

Der Artikel ist in der Zeitschrift der Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Polizisten und Polizistinnen"Unbequem" vom April 1996 abgedruckt. Er ist redaktionell bearbeitet und etwas gekürzt. Der Autor Martin Herrnkind ist Polizeibeamter in Schleswig-Holstein und Vorstandsmitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten.

13. Internationale Untersuchungskommission konstituiert. Lübecker Staatsanwaltschaft mauert und lügt

Autor: j., Hamburg · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Antirassismus, Antinationalismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/luebeck3.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:luebeck3

Am 23. April nahm in Lübeck eine "Internationale Unabhängige Kommission" die Arbeit auf. "Wir gehören zu den Menschen in Europa, die mehr und mehr alarmiert sind von den Nachrichten, die aus Deutschland kommen", heißt es in einer Erklärung. Die Kommission wird die Vorgänge um den Brand in der Lübecker Hafenstraße und die Ungereimtheiten der staatsanwaltschaftlichen und polizeilichen Ermittlungsarbeiten untersuchen. Sie wendet sich dagegen, daß die Staatsanwaltschaft "die Brandstifter und Mörder nicht mehr bei den Rassisten und anderen fremdenfeindlichen Gruppen sucht, sondern eine Person verhaftet hat, deren Familie selbst bedroht ist".

Der Kommission gehören aus Frankreich Beate Klarsfeld und der Marseiller Rechtsanwalt Christian Bruschi an, aus Italien die Anwälte Angelelli (Rom), Gracci (Florenz), Saleri (Rom) und Pecorella (Mailand). Weiter der Londoner Anwalt Bindman und aus den Niederlanden der Utrechter Langenberg. Aus Israel bzw. der BRD kommt dazu die Rechtsanwältin und Menschenrechtlerin Felicia Langer.

Ein Gespräch mit dem Beschuldigten Safwan Eid kam nicht zustande, da die Kommissionsmitglieder nicht unüberwacht mit dem inhaftierten Libanesen sprechen durften, ein Kriminalbeamter zu dem vereinbarten Besuchstermin jedoch nicht erschien.

Anfang April hatte eine Begehung des Brandhauses durch den renommierten Frankfurter Brandsachverständigen Prof. Achilles stattgefunden. Seine Feststellungen widersprechen eklatant den bisherigen Behauptungen der Staatsanwaltschaft. Diese geht davon aus, daß das Feuer im ersten Stock ausbrach und brennendes Benzin dann das Treppenhaus hinunterlief. Achilles sieht dafür "überhaupt keine Hinweise". Benzinrückstände konnten nicht nachgewiesen werden. Der Fußboden steigt vom angeblichen Brandausbruchsort zum zehn Meter entfernten Treppenhaus hin an (selbst die Kripo hat "13 cm negatives Gefälle" gemessen). Auch weist das zweite Stockwerk über dem Brandherd keine charakteristischen Brandspuren auf, die Kacheln in dem betreffenden Badezimmer sind intakt, die Tapeten unversehrt, eine Toilettenpapierrolle war nicht einmal rußgeschwärzt. "Wäre der Brand in der Küche im ersten Stock gelegt worden", so Achilles, "hätte er in dem Raum darüber verheerende Schäden verursacht. Das paßt einfach nicht zusammen."

Achilles will auch einen Schwelbrand im Erdgeschoß als Brandursache nicht ausschließen, weist aber insbesondere darauf hin, daß "die Fenster im Erdgeschoß leicht von außen zu öffnen (waren), eines war zerstört - die Scherben lagen im Inneren." (Mopo, 18.4.96) Achilles kritisiert insbesondere, daß die Ermittlungsbehörden nicht im sogenannten "großen Eliminationsverfahren" alle denkbaren Möglichkeiten untersucht und durchgespielt hätten. Statt dessen habe man sich relativ rasch auf eine These festgelegt - nämlich einen Brandausbruchsort, der eine Brandstiftung von außen ausschließen soll.

Die Verteidigerin von Safwan Eid, Gabriele Heinecke aus Hamburg, geht aufgrund der Akten und der Aussagen zahlreicher unbeteiligter Beobachter von einem Brandausbruch im Erdgeschoß - dem hölzernen Vorbau -, möglicherweise aber auch von drei unabhängig voneinander bestehenden Brandherden aus. Sie weist auf den Tod des Hausbewohners Sylvio A. hin, der nicht in die staatsanwaltschaftliche Theorie paßt: Weder sei bisher geklärt, was es mit einem laut Todesermittlungsakte um die Leiche gewundenen dünnen Draht auf sich hat, noch warum Sylvio A. nicht an Rauchgasvergiftung gestorben ist oder auch nur wesentliche Rauchgaseinatmung festgestellt werden konnte.

Inzwischen hat die Verteidigung Haftprüfung beantragt. Dabei wird auch das Brandgutachten von Achilles eine Rolle spielen. Weiter gibt es Aussagen, die denen des Hauptbelastungszeugen (Safwan Eid habe ihm gegenüber gestanden) diametral widersprechen. Darüber hinaus ist das gesamte bisherige juristische Verfahren in Frage gestellt, da nach Dokumenten der libanesischen Behörden Safwan Eid zum Zeitpunkt des Brandes erst 20 Jahre alt war und mithin das Jugendgericht zuständig gewesen wäre.

Die Staatsanwaltschaft beantwortet bislang alle konkreten Nachfragen zu den offenkundigen Widersprüchen ihres Konstrukts mit stereotypen Feststellungen: "Wir haben seinerzeit den Gesamtsachverhalt bewertet." - "Der Gesamtsachverhalt spricht nach unserer Auffassung nicht für einen von außen begangenen Brandanschlag. Für andere Spekulationen gibt es keinerlei Fakten."

Besonders hartnäckig werden alle Nachfragen zu den drei Skinheads abgewehrt, die in der Brandnacht am Ort des Geschehens aufgegriffen worden waren. Eisern wird daran festgehalten, die Skins hätten ein Alibi aufgrund einer polizeilichen Kontrolle, obwohl im zweiten Haftbefehl gegen Safwan Eid der Zeitpunkt des Brandausbruchs eine halbe Stunde früher angesetzt wird als bisher und obwohl die räumliche Distanz der angeblichen Polizeikontrolle vom Brandort völlig unklar ist. Die doch sehr bemerkenswerte Tatsache, daß die Skins angesengte Haare und Augenbrauen hatten, war für den zuständigen Staatsanwalt "überhaupt nichts Neues"; seine Behörde habe das auch früher schon bekanntgemacht. Richtig ist genau das Gegenteil, diese Fakten wurden strengstens geheim gehalten. Heute wird kolportiert, die Skins hätten sich die Verbrennungen durch das Anstecken geklauter Autos zugezogen. Offiziell wird das aber nicht bestätigt. Nicht einmal die Frage, ob überhaupt wegen Diebstahls und Zerstörung von Kraftfahrzeugen gegen die Skins ermittelt werde, mochte der Staatsanwalt beantworten. (jw, 29.3.96)

j., Hamburg

14. Die Invasion der Retter. Wie UN-Hilfsorganisationen in Afrika alles niedertrampeln

Wie UN-Hilfsorganisationen in Afrika alles niedertrampeln - von Alex de Waal (London)

Autor: Alex de Waal · Rubrik: UN - Vereinigte Nationen; Interventionspolitik und Kriege; Somalia · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:06

Angesichts der Eskalation von regionalen militärischen Konflikten in aller Welt haben auch manche Linke begonnen, UN-Blauhelm-Einsätze und andere "friedensstiftende Maßnahmen" zu befürworten. Nach dem Abzug der internationalen Fernsehkameras wird freilich nur selten zur Kenntnis genommen, welchen Schaden solche Interventionen vor Ort anrichten. Dies gilt auch für viele "zivile" Hilfsorganisationen, die neue Abhängigkeiten schaffen und Ansätze zur Selbstverwaltung plattwalzen. Alex de Waal, der zusammen mit der somalischen Anwältin Rakiya Omaar die Menschenrechtsorganisation "African Rights" in London leitet, gehörte 1992 zu den schärfsten Kritikern der UN-Intervention (Operation "Restore Hope") in Somalia.

Es kommt nur selten vor, daß ein "Gesellschaftsvertrag" nicht nur eine nützliche Fiktion von politischen Philosophen ist. In diesen seltenen Fällen wird er tatsächlich bei einer realen Zusammenkunft von Männer und Frauen geschlossen, die debattieren und entscheiden, welchen Weg ihre Gesellschaft einschlagen soll. Ein solcher Fall trat im Dorf Debi in den sudanesischen Nuba-Bergen zwischen dem 30. September und 5. Oktober 1992 ein. Die Nuba drohten durch die sudanesische Armee massakriert und Opfer eines gigantischen Umsiedlungsprogramms zu werden.(1)

In dieser Situation rief der Kommandeur der sudanesischen Befreiungsarmee (SPLA), Jussef Kuwa Mekki, zweihundert Gemeindeobere zu einem beispiellosen sechstägigen Treffen zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: Krieg oder Unterwerfung. Oberst Jussef schloß seine Eröffnungsrede mit den Worten: "Bis zum heutigen Tag übernehme ich für alles, was dem Volk der Nuba geschehen ist, die Verantwortung. Aber von heute an liegt die Verantwortung bei Euch". Obwohl isoliert und von der Welt vergessen, beschloß das soeben geborene Nuba-Parlament, den Kampf fortzusetzen.

Eine solche klare Neuverhandlung eines "Gesellschaftsvertrags" ist fast einzigartig. Aber es gibt andere Beispiele für eine politische Wiedergeburt am Rande des Abgrunds: (...) Unter etwas anderen Umständen ergriffen 1992 viele Älteste in Somaliland (Nord-Somalia) die Initiative, die vielen Konflikte zu lösen, die das Land in den Abgrund zu stürzen drohten. Sie handelten mühsam eine Reihe von Abkommen aus, die schließlich zum Frieden im ganzen Land führten.

Alle diese politischen Führer hatten eine Vision. Keiner von ihnen verfügte über die Mittel, seinen Willen mit Gewalt durchzusetzen. Abtrünnige konnten sich jederzeit aus dem Gesellschaftsvertrag lösen, indem sie zur anderen Seite überliefen. Zwang wird bedeutungslos, wenn Menschen vor ihrer Vernichtung stehen. Große Gesten und hochtrabende Versprechungen bedeuteten nichts, Überzeugungskraft alles. Charakter und Fähigkeiten der Führer waren dem Volk bekannt, der Nimbus der Macht war abgeblättert. Die Streitgegenstände, über die man einig werden mußte, waren in Somaliland bekannt genug: Ackerland, Brunnen, Weiden, Märkte, gestohlene Güter und erschlagene Menschen. Die Verhandlungen zwischen den Menschen und ihren Führern wurden direkt von Angesicht zu Angesicht geführt.

Die Versammlung der Nuba stimmte nicht einfach für die Fortsetzung des Krieges, sie verlangte soziale Leistungen. Jussef Kuwa hatte schon die Errichtung von Kliniken (trotz fehlender Medikamente), einer Schwesternschule (ohne Lehrbücher) und von Gerichten (mit einem einzigen, von Hand kopierten Gesetzbuch) eingefädelt. Die Versammlung erklärte sich selbst für permanent, richtete Schulen ein und schuf eine Hilfsorganisation, deren Hauptaufgabe darin bestand, ohne äußere Hilfestellung Gemeinschaftsfarmen zu ermutigen, deren Erträge den Opfern von militärischen Aktionen zugute kommen sollten. Im vergangenen Jahr wurde eine Konferenz muslimischer und christlicher Führer einberufen, um sich über religiöse Toleranz zu verständigen. Aber kollektive Solidarität allein kann die militärische Flut nicht eindämmen.

Das wirkliche Ausmaß des Völkermords an den Nuba wird jetzt erkennbar - nach sechs Jahren, in denen die Nuba-Berge durch die sudanesische Regierung völlig abgeriegelt waren. Sollten die Großmächte der Humanitären Internationale jetzt zum Eingreifen gedrängt werden? Es ist zu befürchten, daß die

Hilfsagenturen nur alles niedertrampeln würden, was für die politische Wiedergeburt der Nuba so kostbar ist. Man kann sich das Szenario leicht ausmalen: Die wenigen Englisch sprechenden Nuba-Zivilisten in den von der Volksbefreiungsarmee kontrollierten Gebieten nehmen Jobs bei den Hilfsagenturen an und geben dafür ihre Arbeit in der zivilen Verwaltung und den Nuba-Hilfsorganisationen auf. Die politische Tagesordnung wird im weiteren von Verhandlungen über Landerechte für die Vereinten Nationen auf bestimmten Startbahnen beherrscht. Es gibt gute Gründe für die Nuba, die Invasion ihrer angeblichen Retter zu fürchten.

Internationale Hilfe für die Leidgeprüften ist ein edles Vorhaben. Die Chartas der UN sind erfüllt von der Sprache des Gesellschaftsvertrags und geben feierliche Versprechungen zugunsten der Völker in aller Welt ab. Einige Theoretiker sprechen neuerdings von einem "Entwicklungsvertrag" (developmentalist contract) zwischen den Entwicklungsorganisationen und den Menschen. Doch diese Redeweise ist irreführend. In Wirklichkeit handelt es sich um ein Entwicklungsversprechen und einen Dreiparteien-Vertrag zwischen den Hilfsagenturen, den herrschenden Autoritäten und den Menschen.

Undurchsichtige Hilfsorganisationen

Von Entwicklungsinstitutionen geht, ob bewußt oder nicht, ein Mythos von Reichtum und Macht aus. Sie sind in ebenso viele Legitimationssymbole eingehüllt wie Ludwig XIV. oder Mobutu Sese Seko. Was ihre Versprechungen wirklich wert sind, kann nicht exakt gemessen werden. In den meisten Hilfsorganisationen weiß man selber nicht genau, wie die Entscheidungen zustande kommen. Den Empfängern ihrer Großzügigkeit sind die Prinzipien ihres Vorgehens ganz und gar undurchsichtig. Projektvorschläge und Bewertungen sind in eine Sprache verpackt, die an mittelalterliche theologische Erörterungen erinnert. Ein Dokument für eine Entwicklungsorganisation zu verfassen, verlangt oft genug eine subtile, aber systematische Verzerrung und Verhüllung - Fähigkeiten die zwar nicht gelehrt werden, aber doch gelernt werden müssen, wenn man finanzielle Mittel erhalten will.

Im besten Fall ist das Verhältnis zwischen Entwicklungsorganisation und der örtlichen Bevölkerung eines von Patron zu Klient, wobei die Klienten in der fraglosen Loyalität die wichtigste Forderung sehen, die an sie gestellt wird. Während des Kalten Krieges haben pro-westliche afrikanische Regierungen gelernt, daß die amerikanische Hilfe aus voller Kraft sprudeln würde unter einer einzigen Bedingung: rückhaltlose Loyalität. Auf die eigene Innenpolitik kam es dabei nicht an. Gegenwärtig sind die Melodien, die zu pfeifen sind, nicht mehr so leicht zu erkennen. Die Hilfsempfänger bemühen sich eifrig, den rätselhaften Signalen Sinn abzugewinnen und dahinterzukommen, ob "Demokratisierung" oder "strukturelle Anpassung" gefordert ist.

In den Hilfsorganisationen würde man erschrecken, wenn man wüßte, wie tief das Mißtrauen ihrer "Partner" ist. Es gehört zum Wesen von Organisationen, die von öffentlichen Spenden oder Regierungszuschüssen leben, daß sie ihre Versprechungen nicht garantieren können. Bei den Hilfsorganisationen bezieht sich Redlichkeit nur auf die guten Absichten. Es handelt sich nicht um Verträge zwischen Partnern, die sich gegenseitig rechenschaftspflichtig sind. Die Hilfsorganisation, die den Status ihrer Versprechungen offen erkennen ließe, würde schwach wirken und leicht von anderen übertrumpft werden. Nur selten wird ein Versagen zugegeben.

Ironischerweise kann es ebenso verheerend sein, hochgeschraubten Erwartungen zu entsprechen, wie Versprechen nicht einzuhalten. Der größte Teil der Hilfe wird durch etablierte Machtstrukturen verteilt. Einiges davon mag durchaus die Armen und Bedrohten erreichen, freilich nur zu den Bedingungen der Reichen und Mächtigen. In der Spätphase des Kalten Krieges erhielten den größten Teil der amerikanischen Entwicklungshilfe die undemokratischen Regimes von Sudan, Zaïre, Liberia, Kenia und Somalia. Alle Entwicklungshilfe hat eine antidemokratische Tendenz, sie untergräbt selbst die stärksten Gesellschaftsverträge.

Entwicklung gleich Fortschritt?

Doch die Ideologie, daß Entwicklung Fortschritt sei, ist tief verwurzelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es jahrzehntelang ein Glaubensartikel, daß durch internationale Hilfe Fortschritt in Gestalt höherer Einkommen und besserer Sozialleistungen für alle möglich würde. Eine Zeitlang schien dies auch zu klappen, jedenfalls an hinreichend vielen Orten, um die Hoffnung zu nähren, es könne überall funktionieren.

Aber Somalia ist das klassische Beispiel dafür, welchen Schaden fremde Hilfe anrichten kann. Obwohl Präsident Mohammed Siad Barre der Hauptschuldige an der Zerstörung des Landes war, wurde sein

nationales Zerstörungsprogramm durch großzügige internationale Hilfe finanziert. Diese Hilfe schuf auf allen Ebenen Konflikte. Die Brunnenbohrungen erlaubten es regierungstreuen Clans, Land in Besitz zu nehmen, das bisher anderen, weniger mächtigen Clans gehört hatte. Der 700 Millionen Dollar teure Baradheere-Damm war nicht nur eine Fehlinvestition, sondern die dafür vorgesehenen Entschädigungs- und Umsiedlungsprojekte waren für die Politiker eine günstige Gelegenheit zu lohnendem Landraub. Agrar-Kredite führten ebenfalls zu Landraub: Kleinbauern wurden enteignet, damit die Eliten Weltbankkredite für die neuen Landtitel erhalten konnten. Dann verwendeten sie das Geld für ihren Konsum. Lebensmittelhilfe, die für Flüchtlinge gedacht war, ging an Milizen oder wurde von Händlern und Offizieren verkauft.

Der Staat war der größte Hilfsposten von allen: Die Politiker konnten Gunst verteilen, Verträge vermitteln, ja buchstäblich Geld drucken. Siad Barre erhielt Jahr für Jahr etwa 250 Millionen Dollar an ausländischer Hilfe. Damit konnten die Rädchen seines Regimes noch lange nach seiner Vertreibung geschmiert werden.

Als General Mohammed Farah Aidid 1989 unzufriedene Hirten und Offiziere um sich sammelte und den Aufstand organisierte, wollte er den durch fremde Hilfe gestützten Staat nicht demontieren, sondern erobern. Just in diesem Augenblick entfiel der strategische Grund für die ausländische Unterstützung Somalias. Mit dem Hilfs-Staat war es vorbei, obwohl die somalischen Politiker erst einige Jahre später begriffen, daß die Ressourcen, um die sie kämpften, inzwischen nur noch Erinnerung und Phantasie waren. Es war klar, daß der Staat nicht einfach übernommen werden konnte, sondern von Grund auf neu geschaffen werden mußte, und daß dies verlangte, die vielen örtlichen Konflikte ohne Hilfe von außen zu lösen.

Ein langsamer und schmerzlicher Prozeß der Zersplitterung der bestehenden Parteien hatte schon eingesetzt. Das offensichtliche Chaos auf nationaler Ebene war aber zugleich ein politischer Prozeß, der eine Lösung der örtlichen Konflikte erlaubte. In Somaliland führte dieser Vorgang im Laufe etwa eines Jahres zur Versöhnung. Im Süden Somalias hätte es wahrscheinlich etwas länger gedauert, aber so viel Geduld brachten die Vereinten Nationen, "Care" und das Weiße Haus nicht auf. Wer diese Geduld forderte, wurde niedergeschrien.

Operation Restore Hope

Gerade in dem Augenblick, als somalische Politiker zu glauben begannen, daß sie für die Lösung ihrer Probleme nicht auf die US-Kavallerie hoffen konnten, wurde der Traum von der Hilfe durch die Operation "Restore Hope" noch einmal belebt. Der politische Prozeß wurde in die alten Bahnen zurückgelenkt, und wieder glaubten die Führer der Parteien, daß der nächste Herrscher Somalias einen Blankoscheck auf das amerikanische Schatzamt und auf die UN-Entwicklungsfonds erhalten werde. Die Intervention zentralisierte den Krieg wieder auf einen Kampf um die Kontrolle des Staates. Dies hatte zur Folge, daß der politische Prozeß in Somalia nach dem Abzug der internationalen Truppen wieder ganz von vorne beginnen mußte.

"Entwicklung" ist mitschuldig am Untergang Somalias. Das Wort sollte aus dem Vokabular von Leuten verschwinden, die vorgeben, sich um die Armen zu kümmern. Das Wort läßt sich nicht definieren. Für manche bedeutet es "Wirtschaftswachstum", andere verstehen es als "soziale Emanzipation". Es gibt keine Kriterien für "Entwicklung" - wenn ein Projekt scheitert, kann man den Begriff neu definieren und damit zeigen, daß das Projekt doch erfolgreich war. Letztlich ist "Entwicklung" nichts anderes als das, was die Entwicklungsorganisationen tun und was die Wissenschaftler in den Institutionen der Entwicklungsforschung sagen, was sie tun sollten. Entwicklung ist untrennbar mit den damit beauftragten Institutionen verbunden und mit ihren finanziellen Mitteln. Die Anziehungskraft des Entwicklungs-Gedankens beruht jedoch nach wie vor auf der stillschweigenden Beschwörung von schmerzfreiem Wachstum und Gerechtigkeit.

NGOs sind nicht besser

Solches relativ schmerzfreie Wachstum kam in den siebziger Jahren zum Stillstand. Es wurde von der neoliberalen Lehre abgelöst, daß Austeritätsprogramme die Voraussetzung für Wachstum seien. Mit dem Ende der Entwicklung ist die Entwicklungshilfe aber noch nicht gestorben. Wer Hilfsprogrammen skeptisch gegenübersteht, hört an dieser Stelle gewöhnlich auf, logisch zu denken, und nimmt die freiwilligen Organisationen aus Feigheit von der Kritik aus. Aber die "Nicht-Regierungs-Organisationen", die "NGOs", wie sie sich selber gern nennen, sind durchaus nicht über Kritik erhaben wegen ihrer Größe, ihrer Unabhängigkeit von Regierungen oder der moralischen Immunität, die sie in den Medien genießen.

Ihre Hilfe kann die sozialen Beziehungen oft genauso beeinflussen, wie dies die staatlichen Hilfen tun. Die NGOs sind nicht weniger undurchsichtig als die offiziellen Institutionen, oft sind sie sogar noch undurchsichtiger. Die afrikanischen "Partner" der NGOs neigen ebenso zu Machtpolitik und Patronismus. Das Problem ist nicht die Größe. Entscheidend ist, ob die Hilfe so geleistet wird, daß sie den Gesellschaftsvertrag festigt. Eine Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds ist für ein demokratisches Land (wie gegenwärtig Botswana oder Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg) wirkungsvoller als viele kleine kommunale Projekte in einer Diktatur.

Eine Alternative hierzu ist die Unterstützung aus Solidarität. Solidarität ist sowohl politisch als auch konkret. Sie bedeutet, daß man beim Bemühen um einen gerechteren Gesellschaftsvertrag politische Ziele und Risiken teilt. Eine der Möglichkeiten, Solidarität zum Ausdruck zu bringen, ist beispielsweise die Unterstützung von Gewerkschaften oder bäuerlichen Genossenschaften in Indien, die dort um ihre bürgerlichen und politischen Rechte kämpfen. Solche Unterstützung geht über die von Organisationen hinaus, die von Ideologien humanitärer Neutralität oder von Entwicklungsideologie beeinträchtigt sind - wie etwa die UN-Institutionen.

Auf sich allein gestellt und von Genozid bedroht, brauchen die Nuba dringend die internationale Solidarität. Materielle Grundversorgung ist in ihrem Krieg eine Waffe. Von Elend und Nacktheit demoralisierte Dorfbewohner werden von den angebotenen Wohltaten in den "Peace Camps" der Regierung geblendet. Als Gegengewicht brauchen die Nuba, die weiterhin frei sind, Medizin, Kleidung und Schulbücher. Aber ihre Führer lehnen dies ab, weil es für sie "das Gift der Wohltaten" ist.

In dem Roman "Die Pest" läßt Albert Camus Doktor Rieux sagen: "Es geht nicht um Heldentum, sondern um Ehrgefühl. Die Idee mag lächerlich erscheinen, aber der einzige Weg, die Pest zu bekämpfen, ist das Ehrgefühl." Dasselbe gilt für die Überwindung von Armut und Völkermord. Kann eine Hilfsagentur den Nuba mit jenem Ehrgefühl gegenübertreten, wie die Nuba es einander entgegengebracht haben? Angesichts der systematischen Täuschung, vor allem der Selbsttäuschung, die die Welt von Hilfe und Entwicklung durchzieht, ist dies äußerst schwierig. Die meisten UN-Hilfsorganisationen sind unfähig zu durchsichtigem und verantwortlichem Engagement, das dafür erforderlich ist. Sie verdienen nicht das Privileg, mit den Nuba zusammenzuarbeiten. Die Nuba sind ohne sie besser dran.

Dieser (hier leicht gekürzte) Aufsatz erschien im November 1995 unter dem Titel "Negative Culpability" im Index on Censorship. Adresse: 33 Islington High Street, London N19LH. Wir danken dem Index für die Nachdruckerlaubnis. Übersetzung: ak.

Anmerkung:

(1) 1985 begann die sudanesische Regierung einen Ausrottungsfeldzug gegen die rund 1,5 Millionen Nuba im Nord-Sudan. Siehe dazu: African Rights: Facing Genocide (358 Seiten), London 1995.

15. Das Manifest der liberalen Revolution. Ansichten des Kandidaten Prodi

Italien nach dem "historischen Sieg der Linken"

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:41

Der Jubel war groß, die Analyse ist ernüchternd: Italiens "Linke" (im weitesten Sinne) gewinnt erstmals die Wahlen, muß aber nun unter extrem ungünstigen Bedingungen regieren. Die Staatsschuld beträgt zwei Billionen DM. Eine rigorose Sparpolitik zu Lasten der Armen wird nicht nur die sozialen und regionalen Gegensätze verschärfen sondern auch die WählerInnen der siegreichen "Linken" gegen ihre Regierung aufbringen. Auch die geschlagenen Rechten werden kaum fünf Jahre lang stillhalten.

Kurz nach Schließung der Wahllokale begann die "Nacht der Euphorie für die Lira", so die Tageszeitung La Repubblica am Tag danach - die geschwächte italienische Währung erholte sich flugs gegenüber Dollar und D-Mark und stieg auf ihren höchsten Stand seit 16 Monaten. Tags darauf zogen auch die Börsenkurse an. Die aktuellen Schaubilder entsprechen haargenau denen von vor zwei Jahren: Auch damals verursachte das Wahlergebnis einen Boom. Im März 1994 allerdings gewann der von Silvio Berlusconi geführte Rechtsblock mit deutlichem Vorsprung vor den linken progressisti und der zwischen den Blöcken zerriebenen Mitte. Diese Mitte hat sich nun zurückgemeldet und im Bündnis mit dem postkommunistischen PDS die Wahl gewonnen.

Das Mitte-Links-Bündnis (centro-sinistra) stellt mit dem ehemaligen Christdemokraten Romano Prodi den künftigen Regierungschef, der fünf Jahre lang regieren und dem Land damit zu politischer Stabilität verhelfen will. "Das neue Italien entsteht", jubelte La Repubblica - mit derselben Schlagzeile hatte das Blatt vor knapp drei Jahren schon einmal die Wendung zum Guten angekündigt. Damals sprachen sich die ItalienerInnen in einem Referendum für die Einführung des Mehrheitswahlrechts aus, das nach Ansicht seiner BefürworterInnen wahre Wunderdinge bewirken sollte. Die unerfüllten Erwartungen von 1993 lasten auch auf der neuen Regierung. Sie und die sie tragende Parlamentsmehrheit sollen die zerrütteten Staatsfinanzen sanieren, das politisch und regional gespaltene Land "wiedervereinigen" (Prodi) und - im Konsens mit den Rechten - die staatlichen Institutionen reformieren. Oberste Priorität hat der "Eintritt in Europa" - bei zwei Billionen DM Staatsschulden ein fast unlösbares Vorhaben.

Keine linke Mehrheit

Das Mitte-Links-Bündnis hat eine taktische Meisterleistung vollbracht und mit nur 43,3% der Zweitstimmen eine parlamentarische Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments zusammen bekommen. Vor zwei Jahren hatten es die siegreichen Rechten immerhin auf 46,4% gebracht. In dieser Zahl sind die Stimmen der seinerzeit mit Berlusconis Forza Italia verbündeten Lega Nord enthalten, die diesmal allein antrat. Zieht man deren Stimmen vom 1994er Ergebnis ab, bleiben für die Rechten lediglich 38%. Heute hat derselbe Block 44% bekommen, weil alle rechten Parteien hinzu gewonnen haben:

- Forza Italia verliert zwar 0,4%; die 21% des Jahres 1994 wurden aber gemeinsam mit dem christdemokratischen CCD (Erklärung der Abkürzungen in nebenstehendem Kasten) erzielt;

- Der CCD kommt (gemeinsam mit Buttigliones CDU) auf zusätzliche 5,8%;

- Alleanza Nazionale gewinnt 2,2% hinzu. Das wird vielfach als "nicht so schlimm" bewertet, weil nach allen Umfragen noch erheblich mehr neofaschistische Stimmen (teilweise mehr als 20%) zu befürchten waren.

Zu den rechten Stimmen müssen zusätzlich die 0,9% der rechtsextremen Fiamma um den MSI-Dissidenten Pino Rauti hinzugezählt werden - und vor allem die 10,1% der Lega Nord. Denn die Lega bleibt auch nach dem Bruch mit Berlusconi eine rechtspopulistische und rassistische Partei, die mit Wohlstandschauvinismus und Abgrenzung vom "parasitären" Süden Stimmen gewinnt. Daß sie auch "ProtestwählerInnen" anzieht, denen das Gekungel der großen Parteien zuwider ist, ändert daran nichts.

Die "Linken" verdanken ihren Vorsprung bei den Direktmandaten einer weit nach rechts greifenden Bündnispolitik. Ausschlaggebend war die Verständigung mit dem amtierenden Ministerpräsidenten Lamberto Dini, der 1994 noch zu Berlusconis Regierungsmannschaft gehört hatte. Dinis Liste für die "italienische

Erneuerung" holte die entscheidenden 4,3%. Die "Linke" im herkömmlichen Sinne (incl. Grüne und die winzigen Reste der Sozialistischen Partei) kamen auf 32,6%; der PDS ist mit 21,1% erstmals stärkste Partei.

An der regional sehr unterschiedlichen Stimmenverteilung hat sich wenig geändert. Die Rechten haben ihr Hochburgen im Süden: Forza Italia auf Sizilien (32%), Alleanza Nazionale in Kalabrien (23,4%), aber auch im Zentrum (30,9% im Wahlkreis Lazio 1). Im Norden liegen Lega Nord (20,5%), Forza Italia (20,1%) und PDS (18,6%) fast gleichauf. Die Lega erzielt ihre Spitzenergebnisse in den Wahlkreisen Lombardia 2 (35,8%) und Veneto 2 (32,8%). Die Menschen im "roten Gürtel" in Mittelitalien (Emilia-Romagna, Toskana, Umbrien) wählen weiterhin links: In der Toskana kommen PDS (34,7%) und Rifondazione (12,5) gemeinsam auf über 47%.

Zur Verdeutlichung der regionalen Zerrissenheit des Landes im folgenden einige Ergebnisse aus den großen Städten (berücksichtigt werden nur die jeweils stärksten drei Parteien):

Turin: PDS: 20; FI: 19,1 AN: 13,9

Mailand: FI: 30; PDS: 18,3; Lega: 12

Venedig: PDS: 20,3; FI: 20,1; Lega: 17,6

Genua: PDS: 30,5; FI: 16,8; AN: 13,3

Bologna: PDS: 36,5; AN: 15,8; FI: 13,3

Rom: AN: 31,4%; PDS: 25,2; FI: 12,4

Neapel: PDS: 25,5; FI: 22,3; AN: 20,5

Palermo: FI: 37,1; AN: 15,8; PDS: 12,6

In den genannten Städten (mit den Ausnahmen Bologna und Venedig) belegt Rifondazione Comunista den vierten Platz mit Stimmenergebnissen zwischen 13,7% (Turin) und 8,4% (Palermo).

Der Kampf um die "Mitte"

Der Leitartikler der Wochenzeitschrift L'Espresso, Giorgio Bocca, sehnte sich angesichts des Wahlkampfs nach den Zeiten zurück, als Craxi in Jeans und die Kommunisten in Hemdsärmeln die politische Bühne betraten. Heute sehen die Politiker aller Lager und Parteien einander zum Verwechseln ähnlich: "Alle sind gekleidet wie Berlusconi, der sich so kleidet, wie ein Selfmademan sich vorstellt, daß die wichtigen Personen sich kleiden." Der Uniformierung der Politiker entsprach die Angleichung ihrer Botschaft: Sprachwissenschaftler fanden heraus, daß alle die selben Schlüsselwörter verwendeten, namentlich die wohlklingenden Vokabeln Arbeit, Solidarität, Effizienz, Verantwortung und ähnliche. Prodi beklagte sich gar, die Rechten hätten aus seinem Programm abgeschrieben.

Ansätze einer Konfrontation gab es nur dann, wenn einer der Protagonisten aus der Rolle fiel. Berlusconi beschimpfte immer wieder die Staatsanwälte, von denen er politisch verfolgt werde. Den größten Wirbel verursachte er mit einer gezielten Provokation: Er sorgte sich, ob es denn nach einem Wahlsieg des Ulivo in Italien überhaupt noch freie Wahlen geben werde. Prodi konterte, das sei Terrorismus, während Fini beschwichtigte: Es handele sich eben um eine Provokation, und die sei nicht wörtlich zu nehmen.

Der selbe Fini wiederum entlarvte PDS-Sekretär Massimo D'Alema als Atheisten und folgerte, daß für gute Katholiken das gottlose Mitte-Links-Bündnis nicht wählbar sei. Auf diese Demagogie antwortete Prodi mit einem Gegenangriff, der Gottes Stellvertreter auf Erden und dessen Schäfchen gefallen haben muß: Berlusconi verdanke seinen Aufstieg zum Medienmogul allein der hemmungslosen Ausstrahlung von Sex&Crime-Schund - von christlichen Werten solle er also lieber schweigen.

Höhepunkt des Wahlkampfs war der Kampf der Parteiführer vor laufenden Kameras, der die höchsten Einschaltquoten erreichte. Die "Elefantenrunde" mit Berlusconi, Fini, Bossi, Dini und D'Alema brachte allenfalls Politikersatz - eine Show eben, bei der TV-Star Berlusconi es ungewohnt schwer hatte. Er profitierte dafür ein weiteres Mal von der tendenziösen Berichterstattung seiner eigenen Programme. Nach Medienanalysen wurde über ihn und Fini auch in den Nachrichtensendungen der staatlichen RAI durchweg positiver berichtet als über Prodi und Dini. Auf Wahlspots mußten die Parteien in diesem Wahlkampf verzichten.

Zu einem der letzten großen TV-Duelle trafen sich wenige Tage vor der Wahl Fini und D'Alema. Fini lobte D'Alemas Bemühungen, aus der exkommunistischen eine sozialdemokratische Linke zu machen; D'Alema gab das Kompliment zurück: "Du unternimmst große Anstrengungen, die ich schätze, um aus der Rechten eine europäische Rechte zu machen." Die Demoskopen hielten zu diesem Zeitpunkt ein Patt für den wahrscheinlichsten Wahlausgang; so betonte denn D'Alema seine ungebrochene Bereitschaft, die Anfang des Jahres mit den Rechten vereinbarten Verfassungsänderungen auch nach der Wahl gemeinsam, "im breitestmöglichen Konsens", durchzusetzen.

Lehren aus Berlusconis Sieg von 1994

PDS-Sekretär Massimo D'Alema ist der strategische Kopf des Mitte-Links-Bündnisses. Schon kurz nach dem Triumph der Rechten im März 1994 hatte er der Partei den Weg gewiesen - nach rechts. "Warum Berlusconi gewonnen hat" ist sein Beitrag für die PDS-Zeitung L'Unità (5.5.1994) überschrieben. Die Linke müsse den "wahren Kern" begreifen, der in der von Berlusconi kanalisierten "Revolte der dynamischsten und modernsten sozialen Schichten" liege. Der Sieg der Rechten beruhe keineswegs vorrangig auf dem skrupellosen Gebrauch des Fernsehens. Anders als die Linken habe der Rechtsblock aus Forza Italia, Lega Nord, Neofaschisten und rechten Christdemokraten es verstanden, "konkrete Bedürfnisse und soziale Interessen" zu vertreten. "Dagegen hätte nur ein politisches Angebot gewinnen können, das sich als Pakt zwischen der Linken und dem demokratischsten und modernsten Teil jenes Komplexes von Kräften, Kulturen, sozialen Interessen präsentiert hätte, den wir ‚die Mitte` nennen..."

Ein solches Bündnis kam 1994 bekanntlich nicht zustande. Der "linke" Teil der "Mitte" kandidierte allein und wurde - eine Folge des neu eingeführten Mehrheitswahlrechts - zwischen den Blöcken zerrieben. D'Alema besteht allerdings darauf, daß Wahlabsprachen allein an der Niederlage von 1994 nichts geändert hätten. Gefehlt habe "ein innovativer Vorschlag für eine Regierung, der Ausdruck einer wirklichen Annäherung, eines Kompromisses und einer Synthese zwischen verschiedenen kulturellen Traditionen und sozialen Interessen gewesen wäre." Der PDS müsse im Lager der "demokratischen Oppositionen" die "Konvergenz der Werte" voranbringen, insbesondere bei so "kontroversen und schwierigen Fragen wie Schule, Familie, Reorganisation der sozialen Solidarität in unbürokratischer und außerstaatlicher Form".

D'Alemas Aufforderung an seine Partei, mit der - mehrheitlich christdemokratischen - "Mitte" auch programmatisch zusammenzugehen, war und ist für die aus dem PCI kommenden Genossinnen und Genossen keine kleine Zumutung. Um so beharrlicher trat die PDS-Führung in den vergangenen zwei Jahren für diesen Kurs ein. Der hier zitierte Artikel ist Bestandteil eines im August 1995 erschienenen Buches von Massimo D'Alema. Es trägt den bemerkenswerten Titel Un paese normale - La sinistra e il futuro dell'Italia ("Ein normales Land - Die Linke und die Zukunft Italiens") und ist nicht nur das "Buch zum Parteitag" des PDS im Juli 1995, sondern auch das "Buch zur Kampagne", dem jetzt beendeten Wahlkampf.

Mit dem erfolgreichen Wahlbündnis Ulivo ist für D'Alema der Transformationsprozeß der ehemals kommunistischen Linken noch keineswegs beendet. Schon am Tag nach der Wahl brachte er die Gründung einer "großen Kraft der Linken" ins Spiel, die - ausdrücklich auch auf Leitungsebene - "unterschiedliche Kräfte und Kulturen" organisieren müsse.

Die Wiedergeburt der Democrazia Cristiana

Während die Tage der linksdemokratischen Partei gezählt sind (wenn es nach dem Willen ihres Vorsitzenden geht), steht die voreilig totgesagte Democrazia Cristiana vor ihrer wundersamen Wiederauferstehung. Die einzelnen Spaltprodukte der einst alles beherrschenden Staatspartei haben allerdings nur bescheidene Ergebnisse erzielt. Rocco Buttigliones CDU kam (zusammen mit Casinis CCD) auf gerade mal 5,8% - trotz offener Unterstützung durch den Vorsitzenden der gleichnamigen deutschen Partei: Helmut Kohl hatte seinem schwächlichen "Freund" Buttiglione, hinter Berlusconi und Fini dritter Mann des Rechtsblocks, öffentlich Erfolg gewünscht und ihm "jede nur mögliche Unterstützung" zugesagt. Das Video mit dem Kohl-Interview wurde von den "Vereinten Christdemokraten" im Wahlkampf bei jeder Gelegenheit eingesetzt.

Auch die "linken" Christdemokraten des Partito Popolare (PPI), die Prodi unterstützen, sind zur Kleinpartei geschrumpft. Der tatsächliche Erfolg der ehemaligen Democrazia Cristiana ist nicht auf den ersten Blick erkennbar. Nach Untersuchungen der linken Zeitschrift Le ragioni del socialismo kandidierten allein in den 705 Wahlkreisen für Abgeordnetenkammer und Senat 366 ehemalige Christdemokraten, 186 für den Polo und 180

für den Ulivo. In einigen Wahlkreisen standen sich zwei ehemalige christdemokratische Parteifreunde als Direktkandidaten gegenüber.

Nach der Wahl signalisierten die Unterlegenen aus CDU und CCD grundsätzlich Bereitschaft, das Lager zu wechseln und sich der Gruppierung von Lamberto Dini anzunähern. Der designierte Ministerpräsident Prodi sieht es mit Freuden: "Je breiter die Regierungsmehrheit desto besser."

Die Drohungen der Lega

Ein Bündnis mit der Lega Nord hatten die Strategen des Ulivo kategorisch ausgeschlossen. Dabei wird es fürs erste bleiben: Für die Konstituierung der Regierung Prodi ist man auf die Stimmen der Lega nicht angewiesen. Das könnte sich bald ändern, wenn die Kommunisten dem Haushaltsgesetz die Zustimmung verweigern. Prodi hat bereits vorgebaut. Er ist zum Dialog mit der Lega bereit. Einzige Voraussetzung: Sie muß ihren Sezessionismus aufgeben. Durch eine föderalistische und antibürokratische Politik will Prodi die norditalienischen Kleinunternehmer, die für Bossi stimmen, für die staatliche Einheit gewinnen. Das sei das geeignete "Gegengift gegen die Lust auf Sezession".

Einstweilen aber gebärdet sich Lega-Anführer Bossi als Fundi. Das treibt den Preis für potentielle Geschäftspartner hoch, hat aber auch innerorganisatorische Gründe. Der charismatische Leader ist längst nicht mehr unangefochten, hat er es doch mit zuweilen ziemlich frechen "Realos" zu tun. Irene Pivetti, die Präsidentin der Abgeordnetenkammer, hatte zwischenzeitlich sogar erwogen, der Lega den Rücken zu kehren und zu Dini überzulaufen. Die Dame darf allerdings nicht als "Linksabweichlerin" mißverstanden werden: Frau Pivetti vertritt einen extrem reaktionären Katholizismus und sorgte 1994 für einen mittelgroßen Skandal, als sie Bewunderung für Mussolinis "Frauenpolitik" äußerte.

Der beachtliche und unerwartete Erfolg der Lega hat die "Frage des Nordens" erneut auf die Tagesordnung gesetzt. So albern die Ausrufung der unabhängigen "Padania" (die Regionen um die pianura padana, die Po-Ebene) auch erscheinen mag - die im Wahlkampf besonders betonte Distanzierung von "Rom" hat der Lega Nord nicht geschadet. Sie hat auch die Stimmen erhalten, die mit der immer mal wieder proklamierten "Republik des Nordens" schon deshalb nichts anfangen können, weil der Separatismus ihren materiellen Interessen schaden würde.

Prodis Regierungsprogramm

Für die Anhänger der Lega Nord hat Prodi ein besonderes Angebot parat: "Europa". Wer wie die norditalienischen Kleinunternehmer auf den Export in die Nachbarländer angewiesen ist, sei mit der Europa-Orientierung seiner Regierung gut bedient. Die Rückkehr der Lira in das EWS sei kurzfristig möglich, verkündete Prodi. Eine wesentliche Bedingung dafür ist, daß die italienische Währung gegenüber der D-Mark ihren derzeitigen Wert behält. Die Inflationsrate soll unter vier Prozent gedrückt und der Haushalt um 50 Mrd. DM gekürzt werden. Kurzfristig müssen mal eben 10 Mrd. DM eingespart werden.

Das "Europa der zwei Geschwindigkeiten" fürchtet Prodi nicht: "Besser, die europäische Währungsunion beginnt als französisch-deutsche, als daß sie gar nicht beginnt." Italien werde sich dann "in kürzester Zeit" anschließen - "die nächsten zwei oder drei Haushalte werden mit den Maastricht-Kriterien im Einklang stehen". An Steuersenkungen sei erst nach dem italienischen Beitritt zur Währungsunion zu denken. Einziges "Geschenk" an die Steuerzahler ist die Vereinfachung des extrem bürokratischen Steuersystems.

Der Staatsverschuldung soll mit einem umfangreichen Privatisierungsprogramm begegnet werden. Noch in diesem Jahr will Prodi den staatlichen Telekommunikationsriesen STET verscherbeln. Die schon begonnene Privatisierung der staatlichen Energiekonzerne ENI und ENEL soll beschleunigt werden.

Bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von 12% (21% in den Südregionen) ist die neue Regierung in besonderer Weise gefordert. Prodi, der gern den "deutschen Einfluß" auf sein Denken herausstellt, wird demnächst deutsche Importware in die italienische Politik einführen: die "Kanzlerrunde". Gewerkschaften, der Unternehmerverband Confindustria, Vertreter der Regionen und Vereinigungen der Handwerker und Kleinunternehmer sollen sich zu einem "Megagipfel" treffen. Ein konkreter Vorschlag liegt bereits auf dem Tisch: Lohnsenkung im Süden gegen Arbeitsplätze. Die Gewerkschaftsverbände sind in dieser Frage gespalten.

Die Forderungen von Rifondazione Comunista hat Prodi gleich am Wahlabend abgelehnt: Arbeitszeitverkürzungen (etwa die 35-Stunden-Woche) seien mit Lohnausgleich zu teuer und ohne Lohnausgleich unzumutbar. Auch von der Wiedereinführung der scala mobile (automatische Angleichung der Löhne an die Inflation) will er nichts wissen, obwohl RC-Sekretär Bertinotti schon Entgegenkommen signalisiert hatte: Die Angleichung solle nicht, wie bisher gefordert, alle vier Monate, sondern nur noch einmal im Jahr vorgenommen werden.

Das Dilemma

der Kommunisten

Inzwischen hat der RC-Sekretär seine Forderungen an die kommende Regierung weiter relativiert. Es handele sich lediglich um "Vorschläge", die "Zeit zum Reifen" brauchten. Die Kommunisten werden nicht umhin kommen, der Regierung Prodi zum Leben zu verhelfen. Ob das auf dem Wege der direkten Zustimmung oder über Stimmenthaltung geschehen wird, lassen sie einstweilen offen. Gleichzeitig kündigen sie an, sie würden einer solchen "Null-Tolerierung" (ohne Vorbedingungen) dann, falls geboten, eine harte Opposition folgen lassen. Das ist nach den bisherigen Erfahrungen leichter gesagt als getan. Wenn Prodi die Abstimmung über ein unsoziales Gesetzesvorhaben mit einem Vertrauensvotum für seine Regierung verbindet, ist das Dilemma da: Soll man, mit den Rechten, gegen die "linke" Regierung oder, gegen die Rechten, für das unsoziale Gesetz stimmen? Im vergangenen Jahr, unter der Regierung Dini, führte eine ähnliche Situation zur Spaltung der Parlamentsfraktion und zum Parteiaustritt etlicher Abgeordneter.

Das "Zünglein an der Waage" wird RC nicht sein, zumal mit der Lega Nord ein weiterer potentieller Mehrheitsbeschaffer vorhanden ist. Gerade in den Fragen, wo gegen die Armen regiert werden soll, steht die Lega dem Ulivo näher als RC. Eine Einigung des Ulivo mit der Lega (oder mit den christdemokratischen Teilen des Polo) wiederum würde es den den Kommunisten erlauben, nach Herzenslust zu opponieren und sich als Partei der Entrechteten zu profilieren. Auswirkungen auf die Regierungspolitik hätte das erst dann, wenn der Druck der Straße so stark wird, daß er von den Regierenden nicht mehr übergangen werden kann.

Eine solche Situation gab es in Italien zuletzt im Herbst 1994, als die Rentenreform der Berlusconi-Regierung durch Streiks und Massendemonstrationen verhindert wurde. Die Kommunisten haben zuletzt am 25. Februar dieses Jahres ihre Mobilisierungsfähigkeit bewiesen: An diesem Tag nahmen in Rom 150.000 Menschen an einer von RC organisierten Demonstration teil. Fausto Bertinotti kündigte damals an, das Mitte-Links-Bündnis nach der Wahl mit den Forderungen der Arbeiter und der Rentner zu konfrontieren.

Damals war das Beispiel der französischen Streikbewegung noch in frischer Erinnerung. Anders als in Frankreich könnten von sozialen Unruhen in Italien auch die Rechtsextremen profitieren. Schon jetzt sind die Neofaschisten - neben den Kommunisten von RC - in der Gruppe der JungwählerInnen (18 bis 25 Jahre) stärkste Partei. Gerade auch jüngere ArbeiterInnen schwanken heute zwischen Alleanza Nazionale und Rifondazione Comunista. Der PDS dagegen gilt bei vielen mittlerweile als Partei der padroni, der Chefs. Der "historische Sieg der Linken" hat seinen Preis.

Js.

Quellen: Corriere della sera, L'Espresso, il manifesto, La Repubblica; Massimo D'Alema: Un paese normale. La sinistra e il futuro dell'Italia, Mailand (Mondadori) 1995; Romano Prodi: Governare L'Italia. Manifesto per il cambiamento, Rom (Donzelli) 1995

Italien 1994 - 1996

Für LeserInnen, die es genau wissen und noch einmal nachlesen wollen, hier ein Hinweis auf wesentliche ak-Artikel:

Herrn Silvio Berlusconis Umwälzung des Parteiensystems (ak 365, 13.4.1994)

Faschismus, autoritäres Regime, Mediendiktatur? 100 Tage Berlusconi-Regierung (ak 370, 21.9.1994)

Der starke Mann zeigt Schwächen. Berlusconis Regierung wankte, aber sie fiel nicht (ak 373, 14.12.1994)

Silvio Berlusconi gibt nicht auf (ak 374, 11.1.1995)

La storia in FINIta. Italiens Neofaschisten wechseln das Hemd (ak 375, 8.2.1995)

Der Anwalt der Süchtigen - Berlusconi eint das Fernsehvolk (ak 380, 1.7.1995)

"Normalität ist unser Ziel". Italiens Linksdemokraten drohen mit der "liberalen Revolution" (ak 381, 24.8.1995)

Ansichten des Kandidaten Prodi (ak 381, 24.8.1995)

Der angekündigte Staatsstreich. Forza Italia, Linksdemokraten und Neofaschisten demontieren die italienische Verfassung (ak 387, 8.2.1996)

Nun wählen sie wieder. Italiens Neofaschisten ließen die große Koalition platzen (ak 388, 7.3.1996)

Das Manifest der

liberalen Revolution

Ansichten des

Kandidaten Prodi

Romano Prodi wurde 1939 in der norditalienischen Provinz Reggio Emilia geboren. Die Medien nennen ihn il professore - er ist Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Bologna. 1978/79 war er kurzzeitig Industrieminister unter Giulio Andreotti, zwischen 1982 und 1989 und noch einmal in den Jahren 1993/94 hatte er die Leitung der Staatsholding IRI ("Istituto per la ricostruzione industriale") inne, zu der u.a. die Großbetriebe Alitalia, Banca Comerciale Italiana, Banco di Roma, Rai-TV, SIP gehörten. Prodi brüstet sich, er sei der "Architekt" von 70 Prozent der italienischen Privatisierungen. Der ehemalige Christdemokrat war bis zur Gründung des Wahlbündnisses l'Ulivo parteilos.

Governare l'Italia ("Italien regieren") - Romano Prodis im März 1995 erschienenes "Manifest für den Wechsel" enthält auf 40 Seiten die wesentlichen Vorstellungen des neuen Mannes. Insbesondere diejenigen WählerInnen des Rechtsblocks wolle er zurückgewinnen, die sich im März 1994 "von den Progressiven beunruhigt fühlten" und - wegen des Mehrheitswahlrechts - in einer Stimmabgabe zugunsten der chancenlosen "Mitte" keinen Sinn sahen. Die Linke müsse lernen, daß bei Neuwahlen die "Gemäßigten" den Ausschlag geben würden. Statt "radikaler politischer und ökonomischer Experimente" sei die Verständigung auf ein Programm notwendig, "das allen Italienern vorgeschlagen werden kann, in der Weise, daß die soziale Sensibilität einer wirklich modernen Linken sich mit dem Liberalismus einer Mitte trifft, die fähig ist, den Bedarf unseres Landes an Modernität effektiv zu interpretieren."

Diesem Programm als Leitmotiv vorausgeschickt wird die Kritik "an der übertriebenen staatlichen Präsenz", die "in fast allen Ländern" geäußert werde. Der "schlanke" Staat (lo Stato leggero) ist für Romano Prodi "das fundamentale Element jeder modernen Wirtschaftspolitik". Berlusconi habe sein Privatisierungsprogramm entgegen seinen Ankündigungen verlangsamt, während sein Bündnispartner Alleanza Nazionale immer noch für die "direkte Präsenz des Staates in der Wirtschaft" eintrete.

Aus den folgenden 13 Abschnitten sollen hier Prodis wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen vorgestellt werden:

- Oberste Priorität hat für ihn die Bekämpfung der Staatsverschuldung. Soziale Leistungen für die Benachteiligten sind wünschenswert, solange sie "kompatibel" sind mit der "gebührenden Verpflichtung der einzelnen gegenüber dem Staat und mit dem nötigen Ausgleich der öffentlichen Haushalte". Der Begriff der "Kompatibilität" taucht in Prodis Programm überall dort auf, wo es um soziale Forderungen geht.

- Fast ebenso oft wie das Wort compatibilità verwendet Prodi zur Kennzeichnung seiner Ziele ein anderes Reizwort: il modello tedesco - "das deutsche Modell" ist für ihn ein Beispiel, dem nachgeeifert werden soll. Richtungweisend findet er u.a. den Föderalismus, die Sondersteuer mit dem sympathischen Namen "Solidaritätszuschlag" und die innerdeutsche Ostpolitik.

- Anders als unter dem Maulhelden Berlusconi soll kräftig privatisiert werden: Schulen und Universitäten ebenso wie Krankenhäuser, natürlich nur zum Besten aller Betroffenen.

- Eine "wahre Tragödie" sei es, daß Italien, "wegen einer Welle emotionaler und nicht gerechtfertigter Proteste" nicht "den Mut gefunden hat", in der wissenschaftlichen Forschung "eine enge Zusammenarbeit von Universitäten und Privatbetrieben" zu organisieren. Hier hätten "alle anderen fortgeschrittenen Länder" einen erheblichen Vorsprung, den Italien dringend aufholen müsse.

- Auch andere Passagen seines Manifests erinnern an das Programm von Forza Italia. Mehrfach wird auf den nicht nur in der ärmeren Bevölkerung beliebten Brauch hingewiesen, sich auf nicht ganz legale Weise Nebeneinkünfte zu verschaffen. Den unverhältnismäßig hohen Anteil von Menschen, die eine Invaliditätsrente erhalten, will Prodi durch verschärfte Kontrollen reduzieren.

- In Italien soll wieder länger gearbeitet werden. Prodis beschäftigungspolitische Vorstellungen sind peinlich nebulös. Als Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit nennt er bessere Ausbildung, "Entbürokratisierung" und mehr "Flexibilität" - über dieses "Programm" wird sich auch mit großen Teilen der rechten Opposition Konsens erzielen lassen.

Ulivo, Polo, Lega

Bündnisse, Parteien, Wahlergebnisse

Bei der Wahl standen sich zwei große Blöcke gegenüber. Das "Mitte-Links"-Bündnis (Centro-sinistra) mit dem Olivenbaum (l'Ulivo) und der rechte Polo per le libertà ("Pol für die Freiheiten"). Die Lega Nord trat allein an, ebenso die rechtsextreme Gruppierung Fiamma - Movimento sociale tricolore, eine Abspaltung von Alleanza Nazionale (Führer der Fiamma ist der ehemalige MSI-Sekretär Pino Rauti).

Zum Ulivo gehören der aus der kommunistischen Partei hervorgegangene Partito democratico della sinistra (PDS; Sekretär: D'Alema), die Grünen, die Sardische Aktionspartei (PSd'Az), die Lista Dini des amtierenden Ministerpräsidenten Lamberto Dini und das Bündnis Per Prodi. Zu letzterem gehören: der aus der christdemokratischen Partei (DC) hervorgegangene Partito popolare italiano (PPI; Bianco); die Südtiroler Volkspartei (SVP); der Partito repubblicano italiano (PRI) und die Unione democratica (UD). Rifondazione Comunista (RC; Bertinotti) hatte mit dem Ulivo Wahlkreisabsprachen getroffen, die allerdings insbesondere von den ehemaligen Christdemokraten nicht immer eingehalten wurden (Bertinotti spricht von 17 Mandaten, die seiner Partei auf diese Weise verlorengegangen seien).

Zum rechten Polo per le libertà gehören Berlusconis Forza Italia, die Neofaschisten von Alleanza Nazionale (AN; Fini) und die beiden aus der zerfallenen DC stammenden Gruppierungen Centro cristiano democratico (CCD; Casini) und Cristiano democratici uniti (CDU; Buttiglione). Absprachen gab es mit der Liste Pannella-Sgarbi um den ehemaligen Radikalen-Führer Marco Pannella und den Kunsthistoriker und TV-Star Vittorio Sgarbi.

Listenwahl

zur Abgeordnetenkammer in %

(in Klammern Ergebnisse von 1994)

Ulivo/RC:, ,

PDS, 21,1, (20,3)

Rifondazione Comunista (RC), 8,6, (6,0)

Per Prodi, 6,8,

Lista Dini, 4,3,

Grüne, 2,5, (2,7)

, ,

Polo per le libertà:, ,

Forza Italia, 20,6, (21,0)

Alleanza Nazionale, 15,7, (13,5)

CCD-CDU, 5,8,

Pannella-Sgarbi, 1,9, (3,5)

, ,

Fiamma MST, 0,9,

, ,

Lega Nord, 10,1, (8,4)

Listenwahl zur Abgeordneten- kammer in absoluten Stimmen

Ulivo (incl. RC), 16.232.961

Polo per le libertà, 16.481.785

Lega Nord, 3.777.786

Fiamma MST, 338.721

Der Rechtsblock hat also über die Listenwahl mehr Stimmen bekommen; das Mitte-Links-Bündnis hat gewonnen, weil es mehr Wahlkreiskandidaten (246) durchbekommen hat als die Rechten (169): 75% der Sitze werden über die Wahlkreise vergeben (uninominale - Mehrheitswahl), das restliche Viertel über Parteilisten (proporzionale - Verhältniswahl).

Sitzverteilung

in der Abgeordnetenkammer

Ulivo, 284

Rifondazione Comunista, 35

Polo per le libertà, 246

Lega Nord, 59

Ulivo und Rifondazione Comunista verfügen damit über 319 Sitze (von 630), haben also zusammen die absolute Mehrheit.

Sitzverteilung im Senat

Ulivo, 157

Rifondazione Comunista, 10

Polio per le libertà, 117

Lega Nord, 27

Fiamma MST, 1

Im Senat hat das Mitte-Links-Bündnis auch ohne die Kommunisten eine Mehrheit: Zu den 157 Sitzen (von 315) kommen noch fünf Stimmen der Senatoren auf Lebenszeit hinzu. Der Senat (senato) ist die zweite Kammer des Parlaments mit den gleichen Kompetenzen wie die Abgeordnetenkammer (camera dei deputati); wahlberechtigt für den Senat sind alle ItalienerInnen, die das 25. Lebensjahr vollendet haben (die Kammer darf auch schon von 18jährigen gewählt werden).

Statt eines Kommentars:

Freuen dürfen wir uns trotzdem

Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate.

(Dante Alighieri)

"Laßt, die ihr eingeht, alle Hoffnung fahren!" Die berühmte Zeile aus der "Göttlichen Komödie" kam mir unwillkürlich in den Kopf, als ich über die Perspektiven der italienischen Mitte-Links-Regierung nachdachte - auch wenn es bei Dante nicht um den Beitritt zu einer Koalition, sondern um die Hölle geht. So schlimm wird es also nicht werden. Aber Hoffnungen? Es scheint, daß diese Koalition ihren größten Triumph schon hinter sich hat: den Sieg über den Rechtsblock. Das ist kein kleiner Erfolg.

Vor fast genau zwei Jahren, als die Sache anders ausging, war nicht nur bei Linken das Entsetzen groß: Italien auf dem Weg in einen neuen Faschismus und damit wieder historischer Vorreiter, der unweigerlich Nachahmer, auch in Deutschland, finden würde? In dieser Zeitung wurde damals versucht, dem - häufig kenntnislosen - Katastrophismus entgegenzutreten. Daß Berlusconis Regierung so schnell und so kläglich abtreten würde, war aber damals nicht vorauszusehen.

Wer heute den Zustand des Ulivo und die düsteren Perspektiven der Regierung Prodi beklagt, muß immerhin eines zugestehen: Das weitaus kleinere Übel hat die Wahl gewonnen. Mehrere Schreckensvisionen des Jahres 1994 sind nicht Wirklichkeit geworden, insbesondere die von der Allmacht des Fernsehens. Die vermeintliche "Telekratie" Italien hat sich als ganz normale parlamentarische Demokratie erwiesen. Berlusconi, der Gebieter über mindestens die Hälfte der Fernsehkanäle, hat von seiner enormen Medienmacht nicht entscheidend profitieren können. Er wird den Rechtsblock nicht noch einmal als Spitzenkandidat anführen.

Mit Berlusconis voraussehbarem Rückzug aus der Politik verliert auch die als Zukunftsmodell gepriesene Firmenpartei Forza Italia an Ausstrahlung. Die Finanzierung durch den Fininvest-Konzern und die Organisierung der neuen Partei durch die hauseigene Werbeagentur Publitalia haben dem Projekt nur in der Anfangsphase außergewöhnliche Durchschlagskraft verleihen können.

Auch Berlusconis Juniorpartner Gianfranco Fini hat nicht das erreicht, was die Demoskopen versprachen. Der Trend allerdings ist auf seiner Seite: Alleanza Nazionale und seine Rechtsabspaltung Fiamma gewannen gegenüber 1994 3,1 Prozentpunkte hinzu; nur Rifondazione Comunista konnte mit 2,6 Prozentpunkten ähnliche Zugewinne verbuchen. Wenn man bedenkt, daß RC die Politik des "eurokommunistischen" PCI fortzusetzen bemüht ist, wird die Rechtsverschiebung des italienischen Parteiensystems deutlich.

Die Folgerung, daß es früher doch "irgendwie besser" war, bringt allerdings nicht weiter. Erstens haben die Ereignisse des Jahres 1989 Italien ebenso verändert wie andere europäische Länder. Zweitens gab es in Italien vor 1989 zwar eine starke Linke, aber keinerlei Chance auf wirklichen politischen Wandel. Die Democrazia Cristiana herrschte als Staatspartei. Die staatlichen Institutionen und Unternehmen dienten ihr und ihren Bündnispartnern zur Absicherung der Macht und zur Bereicherung. Italien war das wichtigste Bollwerk des "freien Westens" im Mittelmeerraum; seine politische Elite stand unter dem Schutz der Führungsmacht USA. Ein politischer Wechsel, in bürgerlichen Demokratien durchaus üblich, war nicht vorgesehen.

Die schon lange nicht mehr revolutionären Kommunisten wurden zwar zuweilen für informelle große Koalitionen gebraucht. Von der Regierung wurden sie aber stets ferngehalten. Erst mit dem Kollaps des alten Parteiensystems erlangte Italien nach 1992 europäische "Normalität": Der durch Wahlen herbeigeführte Wechsel der Regierungen ist jetzt zumindest möglich.

Die erste Wahl nach dem Ende des "alten Systems" hat die Rechte, die Neofaschisten eingeschlossen, gewonnen. Die zweite hat sie nur deshalb verloren, weil sie sich verkalkuliert hat. Der Direktor der Repubblica, Eugenio Scalfari, schreibt: "Hätte Fini die von D'Alema und Berlusconi vorangetriebene Übereinkunft akzeptiert, wäre er heute Teil der Regierung der großen Koalition und nähme persönlich an der Neufassung der berühmten Spielregeln teil" - der Verfassungsänderungen nämlich, die eine autoritäre Wende bringen sollten. Diese Wende wird, früher oder später, kommen; nur kann Fini heute nicht mehr, wie noch Anfang des Jahres, allein die Bedingungen diktieren. Seine Hoffnung, mit Alleanza Nazionale stärkste Partei des Rechtsblocks zu werden, hat sich fürs erste zerschlagen.

Wenn diese Wahl schon keinen "Sieg der Linken" bedeutet, dann brachte sie den Rechten doch immerhin einen Rückschlag. Wenn das kein Grund zur Freude ist...

Js.

16. Israels Krieg gegen den Libanon

Autor: Brigitte al-Jaber, Libanon · Rubrik: Israel / Palästina; Libanon · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:33

175 Tote, 1000 Verletzte, eine halbe Million Flüchtlinge und Sachschäden in bislang unbekannter Höhe sind die vorläufige Bilanz des israelischen Krieges gegen den Libanon. Nicht erst das Massaker von Qana am 18. April 96, bei dem 98 Menschen getötet und über 120 verletzt wurden, offenbarte, daß die israelischen Angriffe neben Hizbullah ebenso die Zivilbevölkerung und die Infrastruktur zum Ziel haben. Israel will die libanesische Regierung zwingen, ihre Haltung gegenüber dem Widerstand im Südlibanon und der West-Beqaa zu ändern.

Das Ende des Bürgerkriegs im Libanon bedeutete eine Einstellung der Kriegshandlungen zwischen den verfeindeten libanesischen Kräften und Parteien sowie ihren Verbündeten, nicht jedoch ein Ende des Kriegszustands mit Israel, das noch immer rund 12% des libanesischen Territoriums entlang der südlichen und südwestlichen libanesischen Grenze als "Sicherheitszone" besetzt hält.

Um sich vor Aktionen des Widerstandes zu schützen, beschießen die israelische Armee und die mit ihr verbündete Südlibanesische Armee (SLA) die nördlich an dem besetzten Streifen anliegenden Gebiete häufig mit Artillerie, setzen Felder in Brand, behindern die BäuerInnen an der Bearbeitung ihres Bodens, unternehmen Razzien aus dem besetzten Gebiet heraus, um des Widerstands Verdächtige zu töten, zu verschleppen oder um deren Häuser zu sprengen.

Der 7-Tage-Krieg von 1993

Im Sommer 1993, als das Land gerade die Phase des Wiederaufbaus und einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung erreicht hatte, führte Israel einen einwöchigen Krieg gegen den Libanon, der der libanesischen Regierung nachhaltig klarmachen sollte, daß die Durchführung der libanesischen Aufbaupläne jederzeit von Tel Aviv aus verhindert worden könne. Nur ein zu Israels Bedingungen abgeschlossener israelisch-libanesischer Friedensvertrag gewähre Libanon innere Stabilität. (1)

Eine der israelischen Forderungen war die Entwaffnung von Hizbullah, die sich zu der aktivsten Widerstandsorganisation gegen die israelische Besetzung entwickelt hatte. Die libanesische Regierung hielt dagegen, daß Israel libanesisches Territorium besetzt halte, der Widerstand Hizbullahs also legitim sei. Vor einem israelischen Rückzug aus dem Südlibanon, der schon 1978 vom Sicherheitsrat in seiner Resolution 425 gefordert wurde, komme eine Entwaffnung der "Partei Gottes" nicht in Frage. Die libanesische Armee sei nach einem israelischen Rückzug durchaus bereit und in der Lage, die Sicherheit an seiner Südgrenze aufrechtzuerhalten. Hizbullah müsse in diesem Falle unverzüglich ihre Waffen abliefern.

Durch US-amerikanische Vermittlung kam im Juli 1993 zwischen Hizbullah und Israel eine Regelung zustande, der zufolge Zivilisten beider Seiten aus Kampfhandlungen herausgehalten werden sollten. Hizbullah respektierte diese Abmachung weitestgehend, während in den letzten zwei Jahren von der israelischen Armee und der SLA die Bombardierungen aus dem besetzten Streifen heraus auf die angrenzenden Gebiete intensiviert und nahezu täglich Sachschäden verursacht und auch immer wieder Zivilisten verletzt wurden. Auch hält die israelische Marine libanesische Territorialgewässer entlang der südlichen Küste bis nach Saida seit über einem Jahr besetzt und hindert die libanesischen Fischer daran, sich weiter als 500 bis 1000 Meter von der Küste zu entfernen; den Hafen von Sour anlaufende Handelsschiffe wurden schon oft von der israelischen Marine aufgehalten und durchsucht.

Auslöser

des gegenwärtigen Krieges

Anfang April wurden in Yater, einem an der Grenze zum besetzten Streifen und in Sichtweite eines israelischen Stützpunktes liegenden Dorf, Bauarbeiten durchgeführt. In Begleitung von zwei UNIFIL-Soldaten, die obendrein die blaue Fahne der UNO mit sich führten, begannen zwei Arbeiter mit den Straßenbauarbeiten. (2) Als sich die UNIFIL-Soldaten für einige Zeit von den Arbeitern entfernten, wurden diese aus einer israelischen Panzerkanone direkt beschossen und getötet. Während der SLA-Rundfunk "Sawt al-Janub" (Stimme des Südens) die Arbeiter als bewaffnete Elemente ausgab, die gesichtet und erschossen wurden, erklärte ein israelischer Militärsprecher später, es habe sich um ein Versehen gehandelt. (3)

Am Abend des 8.4. explodierten auf der Straße nach Bara'ashit, ebenfalls an der Grenze zum besetzten Streifen gelegen, vier miteinander gekoppelte Sprengsätze, als ein PKW die Stelle passierte. Einer der Insassen, ein 16jähriger Jugendlicher, wurde getötet, die drei anderen, darunter zwei Kinder im Alter von acht und sechs Jahren wurden verletzt.

Hassan Nasrallah, der Chef Hizbullahs, warf den Israelis den Bruch der Abmachung von 1993 vor, laut der Zivilisten zu schonen seien. Am 9.4. beschoß Hizbullah die nordisraelischen Orte Kiryat Shmonah und Nahariyah mit 16 Raketen. 36 Menschen wurden verletzt.

Vier israelische Luftangriffe und Hunderte von Artilleriegeschossen auf das Gebiet nördlich des besetzten Streifens folgen. Viele LibanesInnen flüchteten in nördlichere Landesteile. (4)

Flucht der Zivilbevölkerung

Uri Or, stellvertretender israelischer Verteidigungsminister, fordert die libanesische Regierung und Syrien am 10.4. auf, die Aktivitäten Hizbullahs zu unterbinden. Am Tag darauf greift die israelische Luftwaffe zahlreiche Ziele im Süden, an der Küste und in Dahia, einem hauptsächlich von Schiiten bewohnten Stadtviertel Beiruts, und in der Beqaa an. Uri Or macht deutlich, daß es bei den Angriffen nicht nur um die Vernichtung Hizbullahs geht: "Die libanesische Regierung brüstet sich damit, eine stabile Wirtschaft zu haben, und etwa eine Million syrischer Arbeiter genießen diese wirtschaftliche Stabilität. Diese Stabilität wird nicht weiter existieren, solange es keine Ruhe an der nördlichen Grenze geben wird." (5) - Es ist der 11.4.1996, der erste Tag des Krieges.

Am 12.4. fordert der SLA-Rundfunk im Namen der israelischen Armee die BewohnerInnen von 41 Dörfern auf, ihre Wohnorte zu verlassen. Darunter befindet sich auch die Ortschaft Sohmor in der West-Beqaa, deren EinwohnerInnen bis um 18.00 Uhr das Gebiet räumen sollen. Schon um 14.00 Uhr beginnt der Artilleriebeschuß, 12 Geschosse des Kalibers 155 mm gehen auf die Ortschaft nieder. Neun Menschen sterben, darunter zwei Kinder und fünf junge Frauen. Vier Menschen werden verletzt. (6)

400.000 Menschen verlassen in den folgenden Tagen ihre Wohnorte und flüchten sich nach Sour, Saida, Beirut und die mittlere Beqaa. (7) Die Frühjahrsferien müssen im ganzen Land um mindestens zwei Wochen verlängert werden, da die meisten Schulen Flüchtlinge beherbergen. Auch die Fluchtwege werden beschossen. Mehrere Krankenwagen, die zur Evakuierung von Familien eingesetzt werden, werden gezielt durch Artillerie und aus der Luft beschossen. (8)

Trotz wiederholter Aufforderungen der israelischen Armee weigern sich viele Menschen, ihre Dörfer, Häuser und ihren Besitz zu verlassen. Es ist die Zeit der Aussaat. Die Kühe, Schafe und Ziegen müssen versorgt werden. Und die palästinensische Erfahrung ist immer gegenwärtig.

Am 16.4. intensivieren die Kriegsschiffe der israelischen Marine die Bombardierung der Küstenstraße. Der SLA-Rundfunk verbreitet, daß nunmehr jedes Fahrzeug, daß sich von Saida aus in südliche Richtung begebe, als verdächtig angesehen werde und mit Angriffen zu rechnen habe. Die Versorgung des gesamten Südens, insbesondere aber die Versorgung der Flüchtlinge, denen es noch immer an Matratzen, Decken, Kindernahrung, Kochstellen und -geräten sowie Medikamenten mangelt, ist damit erschwert.

Die Straße zwischen Nabatiyeh und Msaileh, wo sich im Haus des Parlamentssprechers Berri eine Hilfsgütersammelstelle befindet, wird von israelischen Flugzeugen bombardiert. Die Verbindungswege nach Nabatiyeh sind unterbrochen. (9)

Seit dem 22.4. beschießen die Kriegsschiffe die südliche und die nördliche Zufahrtsstraße nach Saida, dessen BewohnerInnen jetzt vom Rest des Landes abgeschnitten sind. (10) Das Telefonnetz im Süden ist zusammengebrochen.

Die Massaker von Qana

und Nabatiyeh

Mehr als 2500 LibanesInnen haben Schutz in den Basen der UNIFIL gesucht, (11) 250 allein in der UNIFIL-Basis in Qana. Dort haben UNIFIL-Soldaten den aus Qana und den umliegenden Dörfern stammenden Familien zwei Pavillons zur Verfügung gestellt. Am 18.4. gegen 14.00 Uhr beginnt israelische Artillerie die UNIFIL-Basis zu beschießen. Die Pavillons der Flüchtlinge werden direkt von den einschlagenden Granaten

getroffen. Eine halbe Stunde dauert das Bombardement, erst eine Stunde später können Rettungsfahrzeuge den Ort des Massakers erreichen. 98 Menschen sterben. Es sind fast ausschließlich Kinder, Frauen und alte Leute. Etwa 120 werden verletzt, darunter auch 12 UNIFIL-Soldaten.

Am selben Tag greifen israelische Flugzeuge ein Wohnhaus in Nabatiyeh an. Dort lebt die Familie al-'Abed mit ihren acht Kindern. Der Vater Hassan al-'Abed ist vor einigen Tagen zur Pilgerreise nach Mekka aufgebrochen. In seiner Abwesenheit ist die Tochter Nour zur Welt gekommen. Sie wird nur vier Tage alt. Außer dem abwesenden Vater überleben nur zwei der Geschwister den Luftangriff. In der Nachbarschaft wird eine fünfköpfige Familie verletzt. Der israelische Ministerpräsident Peres erklärt sich "überrascht", daß Zivilisten in Nabatiyeh geblieben sind. (13)

Die libanesische Infrastruktur im Schußfeld

Die gezielten Angriffe auf die libanesische Infrastruktur beginnen am 14.4., dem vierten Tag des Krieges. Das Elektrizitätswerk Jumhur in Beirut, nur vier Kilometer vom Palast des Staatspräsidenten entfernt, wird zum Teil, das Werk Bsalim nordöstlich von Beirut völlig zerstört. Die ohnehin prekäre Lage in der libanesischen Stromversorgung ist dadurch weiter verschärft und die Wiederaufbauarbeiten am Stromnetz um eineinhalb Jahre zurückgeworfen worden. (14)

Täglich beschießt die israelische Marine einen nördlicheren Abschnitt der Küstenstraße Beirut-Saida. Sie ist seit dem 22.4. nun schon auf der Höhe von Rmeiloh, knapp 30 km vom Zentrum Beiruts entfernt, unterbrochen. (15)

Kriegsschiffe sperren nicht nur die Häfen von Saida und Sour, sondern blockieren alle Beirut anlaufenden Frachter, um deren Ladung und die Personalien der an Bord befindlichen Personen zu kontrollieren. (16)

Während die entstandenen Schäden am Trinkwassernetz in Ost-Saida am 22.4 repariert werden konnten, wurde am selben Tag das Wasserreservoir bei Sultanlyeh, das mehr als 20 Dörfer im Sektor Bint Jbeil mit Wasser versorgt, zerstört. (17)

Bis jetzt werden die direkten Sachschäden auf 100-150 Mio. US-Dollar geschätzt, die indirekten Schäden, die durch Produktionsausfälle und gesunkene Nachfrage entstanden sind, auf 300-350 Mio. US-Dollar. Auch die rund 700 Mio. US-Dollar, die Touristen in diesem Jahr im Libanon ausgegeben hätten, werden der Volkswirtschaft fehlen. Der Ökonom und Abgeordnete Maruam Iskandar vermutet, "daß das wichtigste und direkte Ziel der israelischen Operation ökonomisch ist." Israel befürchte, daß der Libanon seine Rolle als regionales Zentrum der größten internationalen Unternehmen und Banken wiedererlangen und zu einem Konkurrenten auf wirtschaftlicher Ebene werden könne. (18)

Angriffe auf den Widerstand

Über die Zahl der Hizbullah zugefügten Verluste gibt es von der Organisation selbst keine genauen Angaben. (19) Ein Radiosender, einige Fahrzeuge der Organisation sowie Wohnungen von Funktionären werden getroffen. Mindestens neun Kämpfer kommen ums Leben. Tatsache ist, daß Hizbullah auch am 15. Tag des Krieges noch in der Lage ist, aus dem Südlibanon heraus Raketen auf israelische Ziele abzuschießen.

Während die Formulierungen in den westlichen Medien vom "gegenseitigem Beschuß", vom "Krieg zwischen Israel und Hizbullah" ein Gleichgewicht der Kräfte suggerieren, muß festgestellt werden, daß Israel Luftwaffe, Marine und Infanterie einsetzt und bisher Ziele bis rund 96 km in den Libanon hinein bombardiert hat. Hizbullah verfügt dagegen über 122mm-Raketen, die eine maximale Reichweite von 21 km haben, also 9-16 km über Libanons Südgrenze hinaus, und die zudem nur relativ ungezielt abgefeuert werden können.

Während die Besatzungearmee allein in der ersten Kriegswoche 1.200 Luftangriffe durchführt und 12.000 großkalibrige Granaten (120-175mm, ab der zweiten Kriegswoche auch Granaten des Kalibers 240mm) auf den Libanon feuert, (20) beziffert der Bürgermeister von Kiryat Shmonah die Gesamtzahl der im Verlauf der letzten 27 Jahre auf den Ort niedergegangenen Raketen mit 3749. (21)

Am 6. Tag des Krieges erfolgt der erste Angriff auf ein palästinensisches Ziel. Das Wohnhaus Munir Maqdahs in Ain al-Heluah, einem Führer der Opposition innerhalb al-Fatahs gegen Arafat, wird getroffen; eines seiner Kinder und ein Nachbar kommen ums Leben, eine Nachbarin wird schwer verletzt. (22) Eine Rakete explodiert in der Nähe des Büros des al-Fatah-Verantwortlichen Sultan Abu Ainain am 19.4 in Rashidiyeh und am 22.4.

folgen zehn Luftangriffe auf Einrichtungen und Basen des PFLP-Generalkommandos in Naameh, 12 km südlich von Beirut.

Die Rolle

der libanesischen Armee

Die libanesische Armee hat nur in wenigen Fällen auf den israelischen Beschuß reagiert, obwohl schon einige ihrer Basen angegriffen und mehrere Soldaten getötet und verletzt wurden. Kampfhandlungen zwischen der libanesischen und israelischen Armee würde auch die syrische Armee kraft des Verteidigungsabkommens mit dem Libanon in eine militärische Auseinandersetzung mit Israel zwingen. Darauf wollen sich weder Libanon noch Syrien einlassen.

Die libanesische Armee ist damit beschäftigt, bei der Versorgung von Flüchtlingen zu helfen, zerbombte Straßen auszubessern, Behelfsbrücken zu bauen, und den Verkehr auf ungefährlichere Nebenstraßen umzulenken.

Aber nicht nur die Armee ist im Einsatz. Neben dem Roten Kreuz sind zahlreiche Wohlfahrtsorganisationen und Einzelpersonen aus fast allen Teilen des Landes dabei, die Flüchtlinge zu unterstützen. Schulen, Sportclubs und Familien haben ihre Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Die Solidarität geht über konfessionelle Grenzen hinaus.

Die politischen Ziele Israels

Israel strebt im Rahmen der Friedensverhandlung mit den arabischen Staaten bilaterale Verhandlungen und Abkommen mit einzelnen, und daher schwächer dastehenden Staaten an, um ein Maximum an Konzessionen zu erreichen. Die einige Haltung von Syrien und Libanon gewährleistet beiden Staaten eine günstigere Ausgangsbasis in den - zur Zeit unterbrochenen - Verhandlungen. Israel will zwischen dieses Bündnis einen Keil treiben. Käme es zu einem bilateralen Abkommen mit dem Libanon, wäre Syrien isoliert. Ebenso will Israel die syrisch-iranischen Beziehungen stören. Könnte Syrien zu Zugeständnissen bezüglich der Entwaffnung Hizbullahs gezwungen werden und somit zur Verminderung des iranischen Einflusses beitragen, würde dies eine enorme Belastung des syrisch-iranischen Verhältnisses zur Folge haben.

Der Krieg stellt eine direkte Drohung für Syrien dar. Nicht zufällig wurden zu Beginn der Kriegshandlungen syrische Basen und ein syrisches Munitionslager in Beirut getroffen.

Der Zeitpunkt zum Losschlagen schien Tel Aviv günstig:

- Am 15.4. konnten die ersten acht israelischen Militärflugzeuge in der Türkei landen. Das im Februar und als praktisches Ergebnis der Konferenz in Sharm al-Sheikh abgeschlossene Abkommen mit der Türkei erlaubt der israelischen Luftwaffe u.a., den türkischen Luftraum für Aufklärungsflüge zu nutzen. (23)

- Am 12.4. trafen die meisten der 34 US-Bomber und US-Tankflugzeuge in Jordanien ein, die dort für zwei Monate stationiert sein werden, um den Luftraum über Südirak zu kontrollieren. (24)

Nicht zuletzt stehen in Israel Wahlen an, bei denen Ministerpräsident Peres ein soldatisches Profil offensichtlich nur von Vorteil sein kann.

Die libanesische Haltung

Für Israel ist der Krieg bis jetzt als politischer Mißerfolg zu werten: Weder hat der Massenexodus der Bevölkerung zu einer allgemeinen Destabilisierung geführt, die die Regierung unter Druck der Öffentlichkeit und der politischen Opposition gesetzt hätte, noch hat sich die schiitische Bevölkerung des Südens von Hizbullah distanziert.

Auch wenn die meisten politischen Kräfte aller Konfessionen, von der Amal bis zur Kataeb, die Entwaffnung Hizbullahs mehr oder weniger laut wünschen, kommt heute niemand darum herum, dies Verlangen unter den gegenwärtigen Umständen bis auf weiteres zurückzustellen.

Selbst die Kreise um einige maronitische Politiker, die die eigentliche Schuld an dem Krieg der Anwesenheit Syriens geben und die den Rückzug Israels mit dem Rückzug der etwa 35.000 syrischen Soldaten aus dem Libanon gekoppelt sehen möchten, haben sich nicht zur "fünften Kolonne" Israels hergegeben.

Die libanesische Regierung ist bis jetzt nicht von ihrem Standpunkt abgewichen, daß die Durchführung der UN-Resolution 425 der Entwaffnung den Widerstandes vorangehen müsse.

Ministerpräsident Hariri hat wiederholt betont, daß der Widerstand im Süden ein durch internationale Konventionen garantiertes Recht sei und es nicht Aufgabe der libanesischen oder syrischen Regierung sein könne, der israelischen Armee die Besetzung zu erleichtern. Staatspräsident Hrawi forderte die UNO-Vollversammlung am 23.4. auf, folgende Punkte zu verabschieden: Die Verurteilung Israels, die sofortige Durchsetzung der Resolution 425 und die Zahlung von Schadenersatz durch Israel an den Libanon. (25)

Es hat den Anschein, daß die US-amerikanischen und französischen Vermittlungsversuche einen Waffenstillstand zum Ergebnis haben werden. Ein solches Abkommen kann jedoch nur ein Provisorium darstellen. Seine Sicherheit kann Israel nicht herbeibomben, sondern nur erlangen, wenn es sich aus den besetzten Gebieten zurückzieht.

Brigitte al-Jaber, Libanon

25.4.1996

Quellen und Anmerkungen:

1. Vgl. hierzu Volker Perthes: Der Libanon nach dem Bürgerkrieg, Baden-Baden, 1994. 2. UNIFIL-Truppen sind seit 1978 Im Südlibanon stationiert. Ihre Aufgabe sollte es sein, den in der UN-Sicherheitsresolution geforderten israelischen Abzug zu überwachen und dem libanesischen Staat zu helfen, seine Autorität in dem Grenzgebiet wieder herzustellen. 3. Vgl. al-Safir, 4.4.1996. 4. Vgl. al-Safir, 10.4.1996. 5. al-Safir, 12.4.1996. 6. Vgl. al-Safir, 13.4.1996. 7. Die 400.000 Flüchtlinge entsprechen 10% der libanesischen Bevölkerung. Die Anzahl der israelischen Flüchtlinge aus der Region um Kiryat Shmonah und Nahariyah wird mit 20.000 angegeben, was 0,4% der israelischen Gesamtbevölkerung entspricht. Vgl. L'Orient- Le Jour, 20.4.1996. Die Zahl der Flüchtlinge im Libanon ist mittlerweile auf eine halbe Million angestiegen. Vgl. Präsident Hrawis Rede vor der UNO-Vollversammlung. 8. Vgl. Television Liban (TL) 14.4.1996 und as-Safir, 17.4.1996. 9. TL, 10.4.1996. 10. Vgl. L'Orient-Le Jour, 22.4.1996. 11. Vgl. al-Safir, 13.4.1996. 12. Vgl. L'Orient-Le Jour, 19.4.1996. 13. A.a.0. 14. TL, 16. und 17.4.1996. Der Schaden an den Werken Jumhur und Baalim wird mit etwa 80 Mio. US-Dollar beziffert. 15. TL, 22.4.1996. 16. Vgl. L'Orient-Le Jour, 19. und 23.4.1996. 17. Vgl. L'Orient-Le Jour, 22.4.1996. 18. Vgl. L'Orient-Le Jour, 20.4.1996. 19. CNN berichtet, von Hizbullah die Zahl von 38 getöteten Kämpfern erhalten zu haben. Im Libanon hat Hizbullah bisher den Tod von neun Kämpfern bekanntgegeben. 20. Vgl. al-Safir, 22.4.1996. Die Zahlen über die Luftangriffe und abgefeuerten Granaten stammen laut CNN vom israelischen Außenministerium. 21. Vgl. L'Orient-Le Jour, 22.4.96. Diese Zahlen wurden dem französischen Botschafter in Israel bei einem Besuch in Kiryat Shmonah am 21.4.96 vom Bürgermeister des Ortes, Prosper Azran, genannt. 22. Augenzeugenbericht. 23. Vgl. al-Safir, 17.4.1996. 24. Vgl. International Herald Tribune, 13./14.4.1996. 25. Vgl. L'Orient-Le Jour, 24.4.1996.

17. Ein Jerusalem für zwei Staaten. Interview mit Hanan Ashrawi (Vorabdruck aus "Jerusalem - Hauptstadt zweier Staaten?" Palmyra-Verlag)

Rubrik: Israel / Palästina · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:37

Völlig ungeklärt sind auch nach zweieinhalb Jahren des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses die zwei "großen Fragen" Siedlungen und Jerusalem. So wenig wie ein palästinensischer Staat entstehen kann, wenn die Siedlungen in den besetzten bzw. autonomen Gebieten nicht aufgelöst werden, ebenso wenig wird ein vollständiger Friedensschluß möglich sein, wenn Israel auf der Alleinherrschaft über Jerusalem beharrt.

Im UNO-Teilungsplan von 1947 war Jerusalem als internationale Zone vorgesehen. Im Ergebnis des ersten israelisch-arabischen Kriegs wurde Jerusalem zwischen Jordanien und Israel aufgeteilt. Im sog. Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzte Israel neben den Golan-Höhen, dem Gazastreifen und der Westbank auch den palästinensischen Teil Jerusalems. Im Jerusalem-Gesetz von 1980 wurde das gesamte Gebiet zur "ewigen Hauptstadt Israels", die "nie wieder geteilt" werden solle, erklärt.

Noch 1967 wurde das Stadtgebiet von vormals 38 auf 108 Quadratkilometer erweitert, der größte Teil der Erweiterungsfläche (59%) liegt auf der Westbank. Wurden im Jahr der Besetzung etwa 90% Ostjerusalems von Palästinensern kontrolliert, hat sich heute das Verhältnis genau umgekehrt: 87% des Gebiets kontrolliert der Staat Israel. Das Mittel dieser Verkehrung der Verhältnisse wurde "Stadtplanung" genannt. (S.a. ak 382, S. 22) Mit dieser "Stadtplanung" wurde auch erreicht, daß die jüdisch-israelische Bevölkerung von Null im Jahre 1967 auf rund 160.000 Personen angewachsen ist, womit jetzt in Ostjerusalem etwa gleich viele Israelis und Palästinenser leben.

Ende Mai erscheint im Heidelberger Palmyra-Verlag eine Sammlung von Interviews mit palästinensischen und israelischen PolitikerInnen und SchriftstellerInnen unter dem Titel Jerusalem - Hauptstadt zweier Staaten? Als Vorabdruck aus dieser Publikation bringen wir einen Auszug aus einem Gespräch, das Uri Avnery mit Hanan Ashrawi über ihre Vorstellung von der Zukunft Jerusalems geführt hat. Hanan Ashrawi, christliche Palästinenserin, war die offizielle Sprecherin der palästinensischen Delegation bei den Friedensgesprächen "vor Oslo". Seit Januar 1996 ist sie Vertreterin Jerusalems im gewählten Palästinensischen Rat.

Wie sehen Ihre persönlichen Lösungsvorstellungen für Jerusalem aus? Wie soll die Stadt künftig politisch und hinsichtlich eines gemeinsamen Zusammenlebens aussehen?

Der entscheidende Punkt ist, daß die Situation Jerusalems meines Erachtens bereits sehr verzerrt ist, daß wir es mit einer Wirklichkeit zu tun haben, die der Stadt aufgezwungen wurde. Wir befinden uns in einem status quo, der auf die machtpolitischen Konstellationen und die Besatzung zurückgeht. Daher glaube ich in mehrfacher Hinsicht, daß die Belagerung Jerusalems aufgehoben werden muß. Die Siedlungsaktivitäten in und um Jerusalem müssen thematisiert werden. Es muß für die vielen Einwohner Jerusalems, die entweder vertrieben oder zur Umsiedlung gezwungen wurden, die aus wirtschaftlicher Not oder in Ermangelung einer Baugenehmigung wegziehen mußten und ihren Grund und Boden verloren haben, irgendeine Form der Entschädigung geben. Es muß etwas gegen das demographische Ungleichgewicht getan werden, weil in und um Jerusalem viele Israelis leben, die vor allem deshalb angesiedelt wurden, damit eine jüdische Bevölkerungsmehrheit entsteht.

Das palästinensische Jerusalem wird lange schon benachteiligt, und es wird bewußt eine Politik der Verzerrung und der einseitigen Schaffung vollendeter Tatsachen betrieben, die nicht der Jerusalemer Wirklichkeit entspricht. Daher würde ich Jerusalem gerne in vielerlei Hinsicht als eine freie Stadt erleben. Ich möchte die Kontrollpunkte und Absperrungen verschwinden sehen. Die Beschlagnahmung von Grund und Boden muß aufhören. Die enteigneten Böden müssen zurückgegeben werden, und die Palästinenser müssen die Möglichkeit haben, auf ihren Grundstücken zu bauen und ein normales Leben zu führen.

Auch stelle ich mir Jerusalem als eine Stadt vor, in der es - das wäre zumindest mein Ideal - nicht jene unsichtbaren Barrieren gibt, die heute deutlich erkennbar zwischen West- und Ostjerusalem existieren. Im palästinensischen Teil, das heißt in Ostjerusalem, fühle ich mich sehr wohl. Es gehört zu meiner Welt, meiner

Kultur, meiner Sprache, meiner Wahrnehmung. In Westjerusalem jedoch empfinde ich ein Gefühl völliger Entfremdung, fühle ich mich äußerst unwohl. Ähnlich fremd fühlen sich vermutlich viele Israelis in Ostjerusalem. Insofern gibt es also zahlreiche unsichtbare Barrieren, die sich sehr konkret auswirken. Wir können sie allerdings nicht beseitigen, indem wir sichtbare Barrieren errichten, sondern nur, indem wir Bedingungen schaffen, die es den Menschen ermöglichen, ihr Leben zu führen, ohne das Gefühl haben zu müssen, daß auf der anderen Straßenseite Feindesland ist. Dies muß jedoch Teil einer umfassenden Friedensregelung sein.

Im Rahmen dieser Ideallösung soll Jerusalem also eine ungeteilte Stadt bleiben, möglicherweise sogar weniger deutlich geteilt als heute.

Ich behaupte nicht, daß Jerusalem ungeteilt bleiben wird. Es ist geteilt, unrechtmäßig annektiert. Ich kann also nicht behaupten, es werde so bleiben, wie es ist, denn es ist ja geteilt. Ich akzeptiere auch nicht die israelische Souveränität beziehungsweise Verwaltungshoheit über Ostjerusalem. Meiner Meinung nach muß Ostjerusalem zuallererst Teil eines palästinensischen Staates sein. Daran führt kein Weg vorbei. Es muß die Hauptstadt eines palästinensischen Staates sein.

Und was ist mit Westjerusalem?

Wenn die Israelis Westjerusalem zu ihrer Hauptstadt machen wollen, in Ordnung - vorausgesetzt, es herrscht rechtliche Gleichstellung. Sie können jedoch nicht West- und Ostjerusalem beanspruchen. Sie können nicht Anspruch auf Westjerusalem erheben und dann unser Jerusalem mit uns teilen wollen - nein, das geht nicht. Wenn sie teilen wollen, teilen wir uns die Stadt als ganze. Außerdem: Wenn es um die nationale Souveränität geht, ist Jerusalem palästinensisch. In der Frage, wie dies in die tatsächlichen Verhältnisse vor Ort umgesetzt werden kann, muß man von einer Gesamtheit Jerusalems ausgehen, die wiederum mehr wiegt als die Summe ihrer Bestandteile und die gewissermaßen zu einem Symbol des Miteinanders, der nationalen Rechtfertigung für beide Völker wird. Gleichzeitig muß man die Rechte beider Völker an der Stadt anerkennen. All dies läßt sich auf vielerlei Art und Weise umsetzen - nicht aber lediglich auf der kommunalen Ebene.

Was schwebt Ihnen diesbezüglich als Wunschlösung vor?

Ostjerusalem sollte Sitz der palästinensischen Regierung und der palästinensischen Institutionen sein, sollte quasi das Herzstück werden, von dem alles ausgeht, zumal es auch in geographischer und jeder anderen Hinsicht das Zentrum Palästinas verkörpert. Westjerusalem könnte israelischer Regierungssitz sein.

Wie würde sich unter diesen Umständen die Situation in der Stadt gestalten? Es wäre ja eine Stadt, deren eine Seite zum Staat Palästina und deren andere zum Staat Israel gehören würde. Beide Seiten sähen in Jerusalem ihre Hauptstadt.

Ich möchte, daß die Stadt von beiden geteilt wird, aber auch, daß sie offen wird ohne Kontrollpunkte und Grenzen. Im Gegenteil: Wir brauchen ein hohes Maß an Durchlässigkeit, an Interaktion und Kooperation, da es um ein und dieselbe Stadt geht.

Sollte Jerusalem eine oder zwei Stadtverwaltungen haben?

Auf kommunaler Ebene sollte es meiner Meinung nach zwei Stadtverwaltungen geben, die sich allerdings auf übergeordneter Ebene miteinander abstimmen sollten. Diese Ebene darf allerdings keine ausschließlich israelische sein. Ich möchte jetzt zwar nicht zu sehr ins Detail gehen, aber dennoch betonen, daß die Möglichkeit besteht, zwei Stadtverwaltungen einzusetzen. Ich versichere Ihnen nämlich, daß es im Fall von nur einer Verwaltung - da wir gerade beim Thema Ost- und Westjerusalem sind - infolge des demographischen Ungleichgewichts, das hier momentan erzeugt wird, eine noch stärkere israelische Mehrheit gäbe. Diese gibt es ja bereits. Es findet seit langem ein Prozeß statt, der darauf ausgerichtet ist, die Palästinenser in Ostjerusalem in die schwächere Position zu drängen, vollendete Tatsachen zu schaffen und gewaltsam durchzusetzen.

Wenn man also von den gegenwärtigen Bedingungen ausgeht, findet man eine sehr nachteilige Ausgangsposition vor. Deswegen sage ich auch, daß wir einige der Nachteile ausgleichen müssen, die zu zwei entgegengerichteten Bewegungen geführt haben: Die eine besteht in dem Versuch, die Palästinenser dazu zu zwingen, Jerusalem zu verlassen, ihre Rechte, ihren Grundbesitz, ihre Institutionen in Jerusalem zu

untergraben; die andere besteht darin, ganz bewußt Siedler nach Jerusalem und Umgebung zu holen und das Land übernehmen zu lassen. Wenn man also diese Tatsachen von vornherein in Kauf nimmt, akzeptiert man damit ungerechte, unfaire und unnatürliche Gegebenheiten. Deshalb wünsche ich mir eine Entschädigung, eine Rückerstattung von Grund und Boden beziehungsweise eine Wiederherstellung der Möglichkeiten, sich als palästinensischer Einwohner der Stadt etwas aufzubauen und die Kontinuität in Jerusalem zu wahren. Das sind die Fragen, die wir diskutieren sollten.

Was sollte Ihrer Meinung nach mit denjenigen Menschen geschehen, die derzeit in den Stadtteilen leben, die Sie gerade erwähnt haben, das heißt in den israelischen Vierteln, die in den Ostteil Jerusalems "implantiert" wurden?

Schon die Definition der Grenzen Jerusalems bereitet mir Probleme. Ich weise die israelische Neudefinition Jerusalems zurück. Wir sprechen von der Stadt Jerusalem, dem Verwaltungsbezirk Jerusalem, von einer Einheit mit ihren Vororten und sonstigen Gebieten, aber wir können die israelische Definition nicht akzeptieren, die auf den Versuch hinausläuft, die am dünnsten besiedelten Gebiete zu annektieren, die Gebiete mit hoher palästinensischer Bevölkerungsdichte jedoch auszugliedern. Diese Definition ist absolut künstlich und dient nur bestimmten politischen Zwecken.

Eine Möglichkeit, dieses Problem zu lösen, wäre, Jerusalem noch weiter auszudehnen, indem man diejenigen arabischen Viertel, die derzeit nicht zur Stadt gehören, zum Stadtgebiet hinzurechnet - also etwa Abu Dis, Aram oder El-Azariya.

Meiner Meinung nach sollten Jerusalem und seine Vororte zusammengelegt werden. Dabei dürfen wir allerdings keine Umdefinition Jerusalems zulassen, indem wir uns von den Israelis diktieren lassen, daß unser Jerusalem aus Abu Dis, El-Azariya und vielleicht auch noch Shufat besteht - das wäre töricht -, während Israel die Altstadt und das Stadtzentrum übernähme.

Das ist, soweit ich weiß, ein alter Vorschlag Teddy Kolleks.

Ja, und er wird wieder hervorgeholt, obwohl es sich dabei um einen sehr gefährlichen Vorschlag handelt. Ich halte überhaupt nichts davon, weil die Altstadt und dieser Teil der neuen Stadtgebiete alle zum palästinensischen Jerusalem gehören. Außerdem bin ich auf nationaler Ebene gegen eine Fragmentierung der religiösen Souveränität. Ich lehne eine dreifache Oberhoheit über die heiligen Stätten ab, weil ich der Auffassung bin, daß die Souveränität über Ostjerusalem bei den Palästinensern liegen sollte; in gewissem Sinne verkörpern wir ja sowohl die christliche als auch die moslemische Souveränität. Man kann also nicht fordern, eine Oberhoheit über die heiligen Stätten zu importieren. Diese Stadt besteht eben nicht nur aus den heiligen Stätten, und die Palästinenser sind nicht alle Moslems. Ich wünsche mir, daß es in Palästina weiterhin diesen Pluralismus gibt - Christen, Moslems und auch Juden, wenn diese das wollen. Allerdings müßte sich das alles im Rahmen der Definition einer palästinensischen Identität abspielen.

Sie sind also gegen die von jordanischer Seite ins Gespräch gebrachte Idee, der Altstadt Jerusalems internationalen Status zu verleihen und sie der Autorität der drei Religionen oder den Vereinten Nationen zu unterstellen beziehungsweise eine vergleichbare Regelung zu treffen? Sie wollen, daß sie den Palästinensern gehört.

Ja. Ich habe von dem Vorschlag gehört. Darin ist wiederum die Rede von einer Internationalisierung durch eine dreifache Zuständigkeit, eine dreifache Souveränität und Oberhoheit über die heiligen Stätten. Das wird jedoch nicht funktionieren. Wer soll denn sozusagen die Oberhoheit über die heiligen Stätten der Christen ausüben? Es kann doch nicht eine Souveränität und Zuständigkeit sowie diverse Sub-Souveränitäten und eine Sonderbehandlung der heiligen Stätten gegenüber ihrer Umgebung geben. Die heiligen Stätten sollten keine Museen sein. Sie sind nicht tot, sondern ein Teil der Wirklichkeit der Menschen, Teil einer menschlichen Wirklichkeit - das muß man anerkennen und berücksichtigen.

Ein gemeinsamer Freund von uns, der Völkerrechtler John Whitbeck, vertritt den Gedanken einer gemeinsamen palästinensisch-israelischen Souveränität über ganz Jerusalem, die sich nicht auf eine palästinensische Oberhoheit über Ostjerusalem und eine israelische im Westteil der Stadt beschränkt, sondern darauf hinausläuft, die gesamte Stadt beiden Seiten gemeinsam zu unterstellen.

Ich kenne diesen Vorschlag. So etwas ist denkbar, müßte aber noch genauer ausgearbeitet werden. Voraussetzung einer gemeinsamen Souveränität ist aber, daß man den Grundsatz der Gleichstellung respektiert. Es wäre einen Versuch wert. Ich möchte aber, wie gesagt, nicht auf irgendwelchen von außen aufgepfropften Spezifika zur Zukunft Jerusalems herumreiten. Noch einmal: Ich sähe Jerusalem am liebsten als freie, offene, tolerante Stadt, die mit dem Pluralismus leben kann, aber gleichzeitig dem Anspruch auf ausschließlichen Besitz widersteht. Jerusalem ist keine Stadt, die man zum Gegenstand von Eroberungsgelüsten machen kann - zumindest zum jetzigen Zeitpunkt. Und in diesem Sinne verbietet sich jedwede Anwendung der Logik von Eroberung und Herrschaft auf Jerusalem.

Ich spreche hier lediglich verschiedene Ideen an - nicht etwa, um uns auf einen bestimmten Plan festzulegen, sondern nur, um Ihre Reaktion auf die verschiedenen Ansätze zu hören, etwa demjenigen einer gemeinsamen Stadtverwaltung Jerusalems, die so verfaßt wäre, daß sie je zur Hälfte von Palästinensern und Israelis gewählt würde.

Das gehört wieder zu diesen Spezifika, die ich nicht erörtern möchte. Ich habe alle diese Vorschläge gelesen und an sämtlichen Konferenzen teilgenommen - darum gehe ich auch inzwischen nicht mehr hin. Es werden einfach zu viele. Deshalb hüte ich mich auch grundsätzlich davor, spezifische Modell-Lösungen vorzugeben. Meiner Meinung nach sollte über die Situation verhandelt werden, sollten alle beteiligten Parteien Strategien erarbeiten, um dann darüber zu debattieren.

Modellentwürfen kann aber eine gewisse Bedeutung zukommen, wenn es darum geht, die Menschen mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß sie in der Praxis funktionieren könnten.

Wir sprachen von der Entmystifizierung Jerusalems und der Frage der Zerstörung des mythischen Konsenses bezüglich der Stadt in den Köpfen der Israelis. Lösungsentwürfe sind gewiß sehr nützlich, solange sie der Sondierung dienen, vorläufig sind und Optionen und Möglichkeiten aufzeigen, statt sich im Rahmen einer Identitätskrise selbst als Gegenstand der Verhandlungen aufzufassen. Sofern dies gewährleistet bleibt, habe ich nichts dagegen. Doch kann ich mir viele durchaus praktikable Pläne vorstellen. Ich habe ja auch schon erwähnt, daß eine ganze Reihe von Optionen offensteht. Die Frage lautet, ob wir über den Willen verfügen, im Fall Jerusalems auch pragmatisch vorzugehen. Das gilt für beide Seiten. Nach meiner Auffassung besteht die Schwierigkeit nämlich darin, daß die Israelis wollen, daß wir alles pragmatisch angehen, und selbst so tun, als verhielten sie sich im Friedensprozeß pragmatisch, sich im Fall Jerusalems aber ideologisch äußern. Im Friedensprozeß können aber nicht gleichzeitig zwei verschiedene Sprachen gesprochen werden. Andernfalls werden die Palästinenser selbst einen ideologischen Vorschlag unterbreiten. Und Ideologie läuft immer auf ein "Entweder-Oder" hinaus.

Es existieren ja auf beiden Seiten gewisse Schlagworte. Wenn ich Diskussionen beiwohne, achte ich immer besonders darauf. Die Israelis gebrauchen gern den Begriff "realistisch": "Bleiben wir doch realistisch!", "Gehen wir das doch einmal realistisch an!" Die Palästinenser dagegen sprechen ständig von "Rechtmäßigkeit" - das mag ihr stärkeres Argument sein.

Die Israelis äußern sich über Jerusalem aber nicht realistisch, sondern ideologisch - ungeachtet des jeweiligen politischen Lagers. Meiner Meinung nach sollte die Jerusalemfrage aber nicht ideologisch, sonder realistisch angegangen werden, weil man diese Frage nicht außerhalb der nationalen Frage beziehungsweise des Friedensprozesses lösen kann. Sie ist ein Bestandteil des Friedensprozesses, steht auf der Tagesordnung der Verhandlungen und sollte entsprechend den Kriterien der Formel "Land gegen Frieden" - die ja im Prinzip bereits 1967 in der UN-Resolution 242 festgelegt wurde - gelöst werden.

Sind wir nicht alle insofern auf die eine oder andere Art bezüglich Jerusalems ein wenig paranoid, als wir alle pragmatisch und realistisch sein wollen und uns mit den Gegebenheiten vor Ort befassen, während gleichzeitig unsere Köpfe voll sind mit Gefühlen, Emotionen, Religion und Ideologie?

Natürlich, das gilt für beide Seiten. Eine Lösung für Jerusalem darf jedoch nicht ideologisch ausfallen - ungeachtet der eigenen Bindungen. Gleichzeitig kann sie die vollendeten Tatsachen nicht einfach hinnehmen und zu ihrem Ausgangspunkt machen - sonst könnten wir ja gleich die Besatzung als Gegebenheit akzeptieren und uns danach richten. Seit 1967 haben die Israelis die Oberhand, weil sie das Westjordanland besetzt halten. Sie konnten daher vollendete Tatsachen schaffen, die völlig unnatürlich sind. Wenn man also diese Gegebenheiten in eine Lösung einbezieht, so bedeutet dies, daß solch ein Lösungsansatz die Saat weiterer

Auseinandersetzungen in sich trägt. Genau das passierte auch mit dem Oslo-Abkommen für die Übergangsphase. Wer sich auf ein derart mangelhaftes Abkommen einläßt, muß sich auf Instabilität und potentielle Konflikte gefaßt machen.

Sie gehören bekanntermaßen zu den Kritikern dieses Abkommens.

Jedenfalls erkenne ich seine Mängel und Fehler. Ich sehe auch die Probleme bei der Umsetzung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein einziger Palästinenser das Übergangsabkommen als ideal oder in vielerlei Hinsicht auch nur als durchführbar empfindet. Daher habe ich stets eine sehr mutige Beurteilung der tatsächlichen Probleme auf der Grundlage derjenigen Fragen gefordert, die bei der Umsetzung aufgetaucht sind - und wonach man sich richten sollte.

Daher zum Schluß noch eine Frage an Hanan Ashrawi als Mitglied des Palästinensischen Rates. Dient Ihre Arbeit in diesem Rat dazu, die Jerusalemfrage besonders hervorzuheben? Werden Sie im Rat als Vertreterin Jerusalems auftreten?

Als Mitglied des Rates vertrete ich alle Palästinenser - Männer wie Frauen, Christen wie Moslems, die Einwohner Jerusalems wie die der übrigen Gebiete. Ich habe ja von Anfang an gesagt, daß man weder das Land noch Jerusalem, noch den einzelnen Menschen fragmentieren kann. Obgleich also Jerusalem einen Schwerpunkt darstellen wird, heißt dies nicht, daß es sich dabei um mein ausschließliches Anliegen handeln wird. Ich werde mich mit Fragen befassen, die mit der Stadt zu tun haben, allerdings nicht wie ein Mitglied der Stadtverwaltung mit funktionalen Fragen, sondern im Rahmen der Verhandlungen und der Vertretung mit Themen wie der Entwicklungsplanung, der Unterstützung und Stärkung der palästinensischen Rechte und Institutionen in Jerusalem sowie in diesem Zusammenhang mit der politischen und wirtschaftlichen Vertretung; aber all dies im Rahmen der Gesamtrepräsentation.

Ich wünsche Ihnen dabei viel Erfolg.

Danke.

18. Gerechtigkeit für Bill Clinton. Klarstellungen zum Verhältnis USA-Kuba

Autor: kuk · Rubrik: Diskussion; US-Imperialismus; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:27

Al. widersprach in der letzten ak (389, S.17, "Wider die Bündnislogik des Kalten Kriegs") meiner Einschätzung, daß der Abschuß zweier exilkubanischer Cessna-Flugzeuge, die den kubanischen Luftraum verletzt hatten, gerechtfertigt gewesen sei. In seiner Argumentation weist Al. darauf hin, daß von den Luftraumverletzern keine Gefahr für Kuba ausgehen würde und das das Land heute keiner ernsthaften militärischen Bedrohung von außen mehr ausgesetzt sei. Die bisherige Politik der Clinton-Regierung habe Anzeichen einer Neuorientierung und einer vorsichtigen Annäherung an Kuba getragen. Dieser Prozeß habe durch kubanische Überreaktion einen Rückschlag erlitten. Der Luftzwischenfall sei letztlich von der Castro-Regierung inszeniert worden, um innenpolitische soziale Spannungen auf einen äußeren Feind abzulenken.

Al. unterliegt m.E. einer Reihe von Fehleinschätzungen, wobei die angeblich auf Annäherung bedachte Clinton-Politik die offensichtlichste ist. Unklar bleibt, ob Kuba für den Autor noch ein Land ist, auf das sich die Linke mit einer durchaus kritischen Solidarität beziehen sollte.

Wie gefährlich sind Luftraumverletzer?

Für Al. steht fest, daß von den Luftraumverletzern der vergangenen zwei Jahre keine ernsthafte militärische Aktion gegen Kuba ausgegangen sei. Daher sei es nicht gerechtfertigt, den Abschuß der Cessnas damit zu rechtfertigen, daß die Eindringliche möglicherweise terroristische Ziele verfolgen. Andererseits gebe es da in Florida noch ein paar Verrückte, die zu bedeutungslosen Winzlingsaktionen imstande wären, die auf der Insel ein bißchen herumschießen und einige Leute töten könnten. Wie sieht angesichts dieser Situation - provozierende, aber friedliche Hermanos al Rescate (Brüder zur Rettung) auf der einen, ein paar durchgeknallte Kommikiller auf der anderen Seite - die legitime kubanische Reaktion aus. "Laßt sie doch fliegen", legt Al. nahe und setzt darauf, daß die richtigen drin sitzen. Das Gesetz der Serie wäre auf seiner Seite, doch soll eine Regierung, die Verantwortung für Land und Leute trägt, sich darauf verlassen? Und überhaupt: Soll man Leuten, die erklärtermaßen das Ziel haben, mit ihren Aktionen zu einem (angeblich friedlichen) Umsturz des bestehenden Systems beizutragen, den eigenen Luftraum öffnen?

"Warum wurden die Eindringlinge nicht nur abgedrängt oder zur Landung gezwungen?", fragt Al. Mit dieser Frage ist der Vorwurf verbunden, Kuba habe übertrieben reagiert. Doch die angebliche Alternative erweist sich bei näherem Hinsehen als Scheinalternative. Will man ein einfliegendes Flugzeug abdrängen, muß man rechtzeitig an Ort und Stelle sein. Ein sich bereits wieder auf dem Rückflug befindliches Flugzeug hingegen läßt sich nicht abdrängen. Und was heißt eigentlich abdrängen? Da denkt jeder an spannende Autoverfolgungsjagden, bei denen unter Inkaufnahme reichlichen Blechschadens ein Fahrzeug von der Straße gedrängt wird. Doch in der Luft? Jede Berührung kann den sicheren Tod für beide Beteiligten bedeuten. Waghalsiges dichtes Kreuzen des Flugweges ist nicht mehr als eine Drohgebärde, wenn der Eindringling stur an seinem Kurs festhält.

Ähnlich sinnlos ist die Forderung, jemanden zur Landung zu zwingen. Es gibt de facto nur eine Möglichkeit dazu, indem nämlich die Alternative "Landung oder Abschuß" per Funk übermittelt wird. Weigert sich der Angesprochene, der Landeaufforderung Folge zu leisten (die Hermanos al Rescate ignorieren grundsätzlich alle kubanischen Aufforderungen), dann ist es nichts mit "zur Landung zwingen". Wir kennen bis heute nicht den vollständigen Wortlaut des Funkverkehrs vor dem Cessna-Abschuß. Fest steht nur (vergleiche ak 388), daß die Piloten gewarnt waren, daß sie alle Aufforderungen mißachteten und in vollem Bewußtsein der Gefahr agierten. Für Kuba stellte sich nicht die Frage "Abdrängen oder zur Landung zwingen", sondern "Luftpiraten bekämpfen oder sie gewähren lassen".

Verhältnis USA-Kuba

Al. behauptet, daß die Clinton-Regierung nicht mehr das Ziel verfolge, Castro zu stürzen. Als Indizien nennt er das Migrationsabkommen von Mai 1995 sowie die (richtige, aber nie bestrittene) Beobachtung, daß es keine akute Interventionsdrohung gebe. Daraus leitet er ab, daß Washington auf ein Arrangement mit Havanna aus

sei. Ich bin nach wie vor der Überzeugung, daß das alleinige Ziel der Clinton-Regierung der Sturz der Castro-Regierung, die Auflösung der KP und aller Massenorganisationen, die Einführung von freedom und democracy nach Washingtoner Vorstellungen, die Wiedereinsetzung der alten Eigentümer usw. ist. Das Migrationsabkommen beweist nicht eine Annäherung zwischen beiden Staaten, sondern nur, daß Clinton sich als erfolgreicher Manager von Migrationskrisen betätigte. Seine Weigerung, auch über andere das gegenseitige Verhältnis belastende Fragen zu reden und zu verhandeln, zeigt, daß Kuba für ihn ein Paria ist, mit dem man nur in Ausnahmefällen vernünftig umgeht. (1)

Solange von Kuba fortgesetzte Zeichen wirtschaftlicher Reformen ausgingen, war Clinton zu substanzarmen Minizugeständnissen bereit. Die Embargo-Lockerungen vom Oktober 1995 (siehe ak 383) können jedoch nicht als Anzeichen für eine politische Annäherung gewertet werden. Der Präsident erklärte, daß keineswegs an eine Normalisierung der Beziehungen gedacht sei und daß das bestehende Embargo durch schärfere Kontrollen lückenloser durchzusetzen sei. (2) Regierungsbeamte und Medien erklärten übereinstimmend, daß die Lockerungen allein dem Ziel dienten, die kubanische Bevölkerung von der Notwendigkeit eines politischen Wandels zu überzeugen (Vorbild Osteuropa) und die interne Opposition zu stärken. Die Washington Post schrieb am 9.10.: "Keiner dieser Schritte wird die Diktatur stabilisieren oder auch nur im geringsten zur Gesundung der am Boden liegenden Wirtschaft beitragen."

Andererseits gab es eine Reihe von Besuchen amerikanischer Politiker und Geschäftsleute, die z.T. sogar mehrstündige Gespräche mit Castro führten. Keine dieser Initiativen wurde von Clinton angeschoben oder dazu genutzt, Bewegung in den Dialog zu bringen. Der Versuch interessierter Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die Dialogbereitschaft Kubas auszuloten, wurde von der US-Regierung mißtrauisch geduldet.

Die Kontakte zwischen der US-Luftfahrtbehörde und kubanischen Stellen über exilkubanische Flugoperationen beweisen zwar, daß auf bestimmten Ebenen eine gewisse Normalisierung erreicht worden ist - es ist allerdings eine Fehlinterpretation, daraus schon ein Anzeichen für ein Arrangement zu machen. Das Grundproblem besteht doch darin, daß die USA bis heute Aktivitäten in ihrem Land dulden und über ihre Geheimdienste fördern, die auf den Sturz mißliebiger Regierungen hinarbeiten. Es herrscht in den Staaten bestimmt kein Mangel an Gesetzen, mit denen solches Treiben unterbunden werden könnte. Doch keine Regierung hat bis heute davon Gebrauch gemacht. Der Grund liegt nicht darin, daß die exilkubanischen Gruppen zu mächtig wären oder bei Wahlen zu einflußreich. Vielmehr will man Länder wie Kuba von mehreren Seiten unter Druck setzen: heute vor allem ökonomisch und durch Unterstützung oppositioneller Gruppen, die von Außen oder im Inneren arbeiten. Die Hermanos al Rescate nutzen ihre Basis auf dem US-Flughafen Opalocka/Florida erklärtermaßen dazu, die Unzufriedenheit auf Kuba anzuheizen und die Bildung klandestiner oppositioneller Zirkel zu fördern. Damit befinden sie sich in Übereinstimmung mit der Clinton-Regierung, die ebenfalls den Versuch unternimmt, die mit der ökonomischen Öffnung einhergehenden Freiräume dazu zu nutzen, die interne Opposition zu vereinen und ihr auf der Insel größeres Gehör zu verschaffen. Sichtbarstes Resultat ist das Konstrukt des Concilio Cubano (siehe ak 389).

Die kubanische Regierung hat die USA wiederholt aufgefordert, die provokatorischen Luftraumverletzungen der Hermanos al Rescate, die gegen internationales wie gegen US-Recht verstoßen, zu unterbinden. Die Flüge gingen jedoch weiter. Glaubt wirklich irgendjemand, den US-Behörden seien die Hände gefesselt? Hätte man auch nur zwei derartige Unternehmungen geduldet, die sich gegen den Sturz der kanadischen oder mexikanischen Regierung richten? Hätte es Clinton wirklich geschadet, wenn er dem Treiben der Luftpiraten ein Ende gesetzt hätte? Für mich jedenfalls steht weiterhin fest, daß Clinton voll hinter allen Aktivitäten steht, die zu einer Destabilisierung der Castro-Regierung beitragen. Und in diesem Sinn bleiben es auch "Clintons Luftpiraten". (3)

Gerechtigkeit für Clinton

Al. bezweifelt sowohl die "anticastristischen Obsessionen" des amerikanischen Präsidenten, die sich m.E. aus dem bisher gesagten eindeutig ablesen lassen, als auch dessen Unterstützung der Luftpiraterie. Nun kann mensch natürlich darüber streiten, inwieweit die Duldung rechtswidrigen Handelns als Unterstützung ausgelegt werden kann. Die von dem mutmaßlichen kubanischen Doppelagenten Juan Pablo Roque, der längere Zeit für die Hermanos al Rescate geflogen und unmittelbar vor dem 24.2. nach Kuba zurückgekehrt ist, aufgestellten Behauptungen (4) über Verbindungen des FBI zu den Luftpiraten können von hier aus nicht überprüft werden.

Glaubt man Roque, dann hat man den Beweis für die Unterstützung der Basulto-Truppe durch eine Bundesbehörde. Wenn es so wäre, dürfte es wohl niemanden überraschen.

In der Einschätzung Bill Clintons zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Al. und mir. Al. geht, vereinfacht formuliert, davon aus, daß der amerikanische Präsident eigentlich ganz gutwillig sei, aber durch kubanisches Fehlverhalten zur Unzeit (bevorstehende Wahlen) gezwungen werde, gewissermaßen gegen besseres Wissen und Wollen, den harten Mann zu spielen und an der Sanktionsschraube (Helms-Burton) zu drehen. Ich glaube hingegen, daß Clinton nichts weniger will, als einen vernünftigen Ausgleich mit Castro. Vielmehr geht es ihm um die Zerstörung des kubanischen Modells, bzw. dessen, was von ihm noch übrig geblieben ist. Es spricht vieles dafür, daß Clinton bis dahin an dem - von Al. zurecht als unzeitgemäß bezeichneten - Embargo festhalten wird. Ein Blick auf seine politische Vergangenheit stützt, so meine ich, eher meine als Al.s Einschätzung.

Als Gouverneur des kleinen Bundesstaates Arkansas (1979-1992) profilierte sich Clinton als Law and Order Politiker und unterzeichnete mehrere Hinrichtungsbefehle. Mitte der 80er Jahre befürwortete er die Reagansche Aggression gegen das sandinistische Nikaragua, unterstützte Waffentransporte an die Contra von Arkansas aus und verlieh Auszeichnungen an bekannte Contra-Führer. Seine Wahlplattform für die Präsidentschaftswahlen 1992 wurde allgemein als "wie aus den republikanischen Programmen Ronald Reagans abgeschrieben"charakterisiert. Ausdrücklich polemisierte er gegen die angeblich zu liberalen oder sozialstaatlich orientierten "Dogmen" der Demokratischen Partei. Ebenfalls 1992 unterstützte Clinton den Cuban Democracy Act ("Torricelli-Gesetz"), der eine Verschärfung des Kuba-Embargos zum Inhalt hatte. Diese Politik überzeugte Teile der organisierten exilkubanischen Gemeinde, die sich mit Spenden für seine Wahlkampfkasse erkenntlich zeigten. Jorge Mas Canosa, Gründer der Kubanisch-Amerikanischen Nationalstiftung und bekanntester Castro-Gegner im Lager der ExilkubanerInnen, unterstützte die Wahlkampagne Clintons. (5) Die daraus entstandene Männerfreundschaft gipfelte darin, daß Clinton sich in Krisenzeiten (balsero-, Cessnakrise) mit Mas Canosa traf, um sich von ihm Ratschläge für seine Entscheidungen geben zu lassen.

Warum hat Clinton in den vergangenen Jahren nicht den Versuch unternommen, die sichtbar gewordene Spaltung der exilkubanischen Gemeinde - nämlich in die zum Ausgleich mit Castro bereite Gruppe auf der einen und in die "one bullet for Castro" Fraktion auf der anderen Seite - zum Anlaß zu nehmen, um die Pferde zu wechseln? Warum hat er nicht die Gesprächsbereiten gestärkt? Warum hat er immer wieder demonstrativ die Nähe der unversöhnlichsten Castro-Feinde gesucht? Warum hat er deren Infrastruktur (höhere Zuschüsse und mehr Frequenzen für deren Radiostationen) gefördert? Es hätte m.E. Clinton - auch aus wahltaktischen Überlegungen - nicht geschadet, die unzeitgemäßen Hardliner mit finanziellen und juristischen Mitteln auszutrocknen, bzw. die offen terroristische Fraktion auszuschalten, (6) und statt dessen den gemäßigten Teil zu stärken. Er hatte die Wahl, daß wohl noch bestehende Übergewicht der Unversöhnlichen, daß nicht zuletzt mit Gewalt gegenüber Andersdenkenden aufrechterhalten wird, umzudrehen. Clinton gerecht zu werden, heißt für mich, ihn an seiner konkreten Parteinahme für diejenigen zu bemessen, denen er sich politisch verbunden sieht.

Daß Clinton dem Helms-Burton Gesetz lange Zeit mit seinem Veto drohte, hatte nicht nur mit außenpolitischen Rücksichtnahmen auf Partnerstaaten zu tun (die hat er ja schnell über Bord geworfen, auch wenn ihm in dieser Hinsicht ein Vetorecht verblieben ist), sondern diente dazu, erst einmal abzuwarten, wie weit die Reformen auf Kuba getrieben werden. Die Flugzeugkrise nutzte Clinton ohne Zögern für eine Verschärfung der Konfrontation, anstatt sie mit dem Hinweis herunterzukochen, erst einmal die internationale Untersuchung abzuwarten. Nach Ablauf der dann verstrichenen Zeit wäre der Handlungsdruck viel geringer gewesen. Statt dessen hat Clinton sich wieder einmal auf die Seite der ultrarechten Exilkubaner und der von ihnen geschmierten Politiker gestellt. Wenn Al. schreibt, daß sich Clintons Konfrontationskurs nach den Wahlen schnell wieder ändern könnte, spricht daraus m.E. nicht nur Wunschdenken. Vielmehr unterstellt er damit dem amerikanischen Präsidenten ein Maß an Opportunismus, gegen das ich ihn - ungerne - in Schutz nehmen muß.

Warum wurden die

Cessnas abgeschossen?

Unter der Überschrift "Der exemplarische Feind" stellt Al. eine Reihe von Fragen, die die Antwort nahelegen, den Abschuß als politisch falsch, überflüssig sowie als Ausdruck einer unzeitgemäßen Kalten Kriegs-Mentalität zu bewerten: "Was die Führung betrifft, scheint mir eine andere Erklärung (für den Abschuß; kuk) wahrscheinlicher. Daß nämlich nicht versehentlich, sondern bewußt auf harte militärische Mittel und das ganze Drumherum mit aufgeregten Bedrohungsdebatten gesetzt wurde." (7) Als Grund hierfür führt er an: "Der so erzeugte ideologische Kitt soll eine Gesellschaft zusammenhalten, die nicht mehr vom allgemeinen, aber weithin für alle gleichen Mangel gekennzeichnet ist. Heute vollzieht sich auf Kuba eine scharfe soziale Polarisierung, die den bisherigen ideologischen Konsens über kurz oder lang in Frage stellen wird. Die Ablenkung von innenpolitischen sozialen Spannungen auf einen äußeren Feind ist ein ideologisches Muster, das nicht zum ersten Mal mit Erfolg angewendet wird. Die bundesdeutsche Linke täte gut daran, über diese Zusammenhänge nachzudenken, statt sich im traditionellen Stil mit dem Feind des Feindes zu verbünden."

Diese Argumentation geht m.E. von falschen Voraussetzungen aus. Sie bestreitet, daß es der kubanischen Regierung in erster Linie darum gegangen ist, Luftraumverletzern - nach unzähligen Warnungen und Protesten - die tödliche Konsequenz ihres Tuns klar zu machen und Wiederholungen möglichst zu verhindern. Ich halte nach wir vor daran fest, daß der Schutz des Luftraums das Hauptmotiv war. Der Entschluß zum Abschuß fiel spätestens nach den Aktionen vom 9. und 13.1.1996, als Flugzeuge der Hermanos al Rescate regierungsfeindliche Flugblätter über Havanna abwarfen. Höchstwahrscheinlich haben die Kubaner durch den übergelaufenen Piloten Roque gewußt, daß sich José Basulto am 24.2. in einem der Flugzeuge befinden würde und das eine erneute Luftraumverletzung geplant war. Die Möglichkeit, einen der führenden Köpfe quasi in flagranti zu erwischen, mag auch eine Rolle gespielt haben.

Al. liegt richtig, wenn er eine soziale Polarisation in der kubanischen Gesellschaft feststellt. Er weiß sicherlich auch, daß die kubanische Regierung eine Vielzahl von gesetzlichen Maßnahmen ergriffen hat und weitere plant, um diese Polarisation zu regulieren. Dennoch sind Konflikte zwischen Besserverdienenden und der Regierung genauso wenig auszuschließen wie Proteste von sozial an den Rand gedrängten Menschen. Der kubanischen Regierung zu unterstellen, sie würde den Abschuß unternommen haben, um diese Menschen an sich zu schweißen, unterstellt ihr zugleich ein gehöriges Maß an Dummheit: Erstens ist es unwahrscheinlich, daß diejenigen, die mit Castro gebrochen haben, durch solche Maßnahmen wieder die Fahne in die Hand nehmen. Zweitens ist der von Al. beschriebene Progagandawirbel nur von sehr kurzer Wirkungsdauer. Wollte man ihn zur Machtsicherung einsetzen, dann müßte man immer wieder Zwischenfälle herbeiführen. Daß dies mit wirtschaftlicher Öffnung und Integration unvereinbar ist, dürfte selbst dem ältesten Dinosaurier klar sein. Es gibt aber keinerlei Anzeichen, daß ein Kurswechsel auf ein Ende der Reformen hin vollzogen werden soll. Und drittens ignoriert diese Argumentation zahllose Aussagen führender Politiker, die immer wieder betonen, daß die Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung das wichtigste Ziel der Politik sei. Und letztlich ist das der entscheidende Kitt, der die kubanische Gesellschaft zusammenhält. Nicht die Fähigkeit der kubanischen Luftabwehr sichert Castros Überleben, sondern das offensichtlich immer noch vorhandene Vertrauen der Bevölkerungsmehrheit, daß die Reformpolitik Erfolg haben wird.

Kuba und die Linke

Aus Al. Artikel läßt sich nicht klar erkennen, ob Kuba für ihn ein Land ist, auf das sich Linke positiv beziehen können. Die US-Sicht auf Kuba beschreibt er so: "Die Castro-Regierung vertritt heute lediglich einen renitenten und wirtschaftlich recht schwachen Kleinstaat, geht jedoch nicht wie soviele andere Hinterhofregierungen gleich in die Knie, wenn bilaterale Differenzen auftreten." Ich unterstelle Al. nicht, daß er Renitenz als das alleinige oder hauptsächliche bilaterale Problem ansieht. Ich würde jedoch bei der Aufzählung der Gründe für die Unversöhnlichkeit andere Schwerpunkte setzen: Castros fortgesetzte Präsidentschaft, die weltweit mit Unbeugsamkeit gegenüber dem amerikanischen Diktat gleichgesetzt wird; das (durchaus hinterfragbare) Festhalten an dem Begriff sozialistisch für das kubanische Gesellschaftssystem; der im Vergleich zu anderen Staaten stark kontrollierte und eingeschränkte Handlungsspielraum des Kapitals und die Unterdrückung aller politischen Kräfte, die auf eine Restauration unter US-Hegemonie hinarbeiten.

Daß sich angesichts der wirtschaftlichen Reformen, der Einführung marktwirtschaftlicher Elemente, der Hofierung ausländischen Kapitals usw. einige Linke aus der Kuba-Solidarität verabschieden, ist durchaus verständlich. Das von Castro ständig wiederholte Bekenntnis zum Sozialismus kann einem/r als trotziges Lippenbekenntnis erscheinen, das im krassen Gegensatz zu der tatsächlichen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung steht. Wer heute noch zu Kuba hält, weil er/sie dort ein linkes, fortschrittliches oder

sozialistisches Regime zu unterstützen glaubt, der/die muß manche Kröte schlucken. Außerdem muß er/sie eine große Portion Vertrauen in die kubanische Führung setzen: daß es ihr schließlich gelingen wird, das ökonomische Überleben unter Weltmarktspielregeln zu sichern; daß sie den gesellschaftlichen Transformationsprozeß sozial gerechter gestaltet als alle anderen alternativen politischen Kräfte, die Castro gerne beerben möchten; daß in dem selben Maß, wie die wirtschaftliche Erholung gelingt, eine linke/fortschrittliche/sozialistische Handschrift sichtbarer wird. Wer heute sowohl bei der Cessna-Krise als auch in der Frage des politisch-wirtschaftlichen Kurses an einer kritischen Solidarität mit Kuba festhält, hat dafür gute Gründe und kann den Vorwurf, "sich im traditionellen Stil mit dem Feind des Feindes zu verbünden", von sich weisen.

kuk

Anmerkungen:

1) Die völlige Unbeweglichkeit Clintons wird auch bei den regelmäßig stattfindenden US-kubanischen Migrationsgesprächen deutlich, von denen beide Seiten immer wieder beteuern, daß es um nichts anderes, als um die Umsetzung des Abkommens geht. Kubas Außenminister Roberto Robaina erklärte im August 1995, daß es ein Irrtum sei zu glauben, die Beziehungen zu den USA hätten sich verbessert oder hinter den Kulissen werde ein geheimes politisches Pingpong gespielt. Auf Kubas wiederholtes Drängen nach guter Nachbarschaft sei total ablehnend reagiert worden: noch mehr Blockade, verstärkte Versuche, Kuba von innen zu demontieren, nicht die geringste Bereitschaft zu akzeptieren, das Kuba anders sein will. ND, 7.8.1995.

2) Dies war keineswegs nur zur Beschwichtigung der Konservativen gedacht: Noch im selben Monat wurde der US-Pharmakonzern Merck wegen Embargo-Verstoßes zur Zahlung einer Strafe von 127.000 Dollar an das Finanzministerium verurteilt. ND, 27.10.1995. Die anläßlich der balsero-Krise von Clinton erlassenen Restriktionen (siehe ak 381) sind bis heute in Kraft.

3) Dieses Bild bezieht sich auf Romane nach dem Motto "Der Pirat der Königin", in denen britische Freibeuter mit Duldung und Unterstützung der englischen Königin einen Kleinkrieg gegen die spanischen Schiffe führten, die mit geplünderten Schätzen aus Südamerika nach Spanien unterwegs waren. Die Krone erhoffte sich davon eine Schwächung der konkurrierenden Weltmacht, ohne daß es zum offiziellen Krieg beider Länder kommen mußte.

4) Roque behauptete außerdem, daß sich die Flugstaffel schon seit Monaten auf Landeunternehmen in Kuba vorbereite, um Waffen und Sprengstoff einzuschmuggeln. Außerdem habe sie die technischen Bedingungen geschaffen, den Funkverkehr des nationalen Verteidigungssystems Kubas zu stören oder seine Informationen zu verfälschen. ND, 29.2.1996.

5) Zum Verständnis der Clinton-Politik auch heute noch lesenswert: Konkret 10/92, "Jetzt sind wir dran".

6) Die Gruppen Alpha 66 und Commando L kündigten um die Jahreswende 1993/94 auf Pressekonferenzen an, Touristen und touristische Einrichtungen auf Kuba anzugreifen. Sie beschossen im Oktober 1993 und im März 1994 von See aus Hotels mit Schnellfeuergewehren. Sie besorgten Sprengstoff und versuchten, Stinger-Raketen zu kaufen. Da die US-Gesetzgebung bewaffnete Aktionen gegen andere Staaten von ihrem Territorium aus verbietet (Ausnahme ist der Kriegsfall), wäre es durchaus möglich, diese offen operierenden Gruppen auszuschalten.

7) Die von Al. beobachtete Propaganda in den staatlichen Medien entspricht sicherlich nicht unseren Vorstellungen einer sozialistischen Öffentlichkeitsarbeit. Daraus jedoch eine Eskalation der kubanischen Seite zu machen, ist nur die halbe Wahrheit: Andere BeobachterInnen vor Ort stellten fest, daß der ruhige Tagesablauf der KubanerInnen durch die Cessna-Krise in keinster Weise berührt worden sei. Von offizieller Seite sei sogar darauf verzichtet worden, die übliche Protestdemonstration zur amerikanischen Interessensvertretung durchzuführen.

19. Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald - Annotation

Autor: Jörn Boewe, Berlin · Rubrik: Mexiko; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:30

Subcomandante Insurgente Marcos: Botschaften aus dem Lakandonischen Urwald. Über den zapatistischen Aufstand in Mexiko. Edition Nautilus: Hamburg 1996. DM 29,80.

Daß Subcomandante Marcos, Sprecher der EZLN, Verfasser zapatistischer Kommuniqués, zahlreicher Briefe mit noch zahlreicheren P.S., ein ziemlich guter Schriftsteller ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Allen, die das nachprüfen wollen, sei die jüngst beim Edition-Nautilus erschienene Anthologie dringend empfohlen.

Bei den Werken des "Sub", die in Mexiko zum größten Teil in der linksliberalen Tageszeitung "La Jornada" erschienen sind, handelt es sich teils um programmatische Texte, wie den 1992 entstandenen Essay "Chiapas: Der Südosten in zwei Winden ...", "Neoliberalismus, vom lakandonischen Urwald aus gesehen" oder das Dokument über die "Spiegel"-Texte, die sehr viel über das strategische Denken der Zapatistas verraten. Also über etwas, was viele Leute hier schon wieder langweilig finden, weil sie es als "reformistisch" durchschaut haben. Für alle, die nicht ganz so schlau sind und beim Lesen die Augen offen halten, gibt das Buch einiges her, was politisch neu, interessant und radikaler ist, als das meiste was wir schon hatten.

Ein anderer Teil der Texte umfaßt (offene) Briefe von Marcos an Intellektuelle (Carlos Fuentes, Eduardo Galeano u.a.), an "alle Jugendbanden", an die maoistische Busfahrergewerkschaft und an "ein junges PRD-Mitglied, das gefoltert wurde". Ein dritter Teil besteht aus Texten, die in Mexiko die Funktion tagespolitischer Publizistik haben, die auf aktuelle Entwicklungen reagieren und in der Zeitung "La Jornada" ihre Plattform haben. Obwohl sie diese Funktion für die deutschen LeserInnen nicht haben können, sind sie nicht nur als Dokumente interessant, sondern bieten eine hervorragende Skizze der Gesellschaft des Landes und der Ambitionen ihres Verfassers und seiner Waffengefährten. Hier darf natürlich eine Auswahl der "Durito-Geschichten" nicht fehlen, jene von Miguel de Cervantes "Don Quijote" inspirierten Abenteuer des Nashornkäfers Don Durito de la Lacandona und seines Schildknappen Sancho Marcos. Die Dialoge der beiden sind eindeutig das beste, was der manchmal zur Weitschweifigkeit neigende Autor hingekriegt hat:

"Mein erster Befehl lautet, daß Du die Vorhut bildest, in der Mitte geht niemand, um den Feind zu verwirren, und ich gehe am Ende der Nachhut", befiehlt Durito.

"Ich? In der Vorhut? Ich protestiere!"

"Protest zurückgewiesen", erklärt Durito entschieden.

"Na gut", schließlich bin ich ja Soldat.

"So ist es richtig. Achtung! So lautet der Angriffsplan: Erstens: Wenn es viele sind, hauen wir ab. Zweitens: Wenn es wenige sind, verstecken wir uns. Drittens: Wenn niemand da ist, vorwärts, denn das Leben führt in den Tod!"

Für einen Angriffsplan kam er mir zu vorsichtig vor, aber schließlich war Durito jetzt der Chef ...

Die Anthologie der Marcos-Texte wird ergänzt durch zwei ebenfalls bei Nautilus erschienene Sonderausgaben der Zeitschrift "Die Aktion" mit gesammelten Dokumenten des Geheimen Revolutionären Indígena-Komitees der EZLN. Es ist erfreulich, daß die Herausgeber die "persönlichen" Schriften von Marcos nicht mit offiziellen EZLN-Dokumenten vermengt haben. In verschiedenen mexikanischen Dokumentationen zapatistischer Texte wurde dies nicht so gehandhabt, da die EZLN-Texte größtenteils vom "Sub" verfaßt sind und andererseits seine Briefe natürlich auch die Positionen der EZLN ausdrücken. Der Autor erklärt im Vorwort, warum er großen Wert auf die Unterscheidung legt.

Alles in allem eine überwiegend gute Auswahl, gute Übersetzungen und ein angenehmes Layout. Das Buch ist in erster Linie ein literarischer Genuß. Daß Marcos einer der besten Schriftsteller Lateinamerikas ist, wie auf dem Einband behauptet wird, läßt sich schwerlich bestreiten und wird auch nicht dadurch widerlegt, daß manchmal weniger gelungene Sachen darunter sind. Er erklärt im Vorwort, warum das so ist: Im labilen

Waffenstillstand ist es nie ausgeschlossen, daß das nächste Schreiben das letzte sein könnte, so daß oftmals "ständig die gleichen Ideen wiederholt werden."

Jörn Boewe, Berlin

20. Dieses Land ist auf Revolution gegründet. Mexikos Indígenas zwischen Autonomie und Staatspartei

Autor: Jörn Boewe, Berlin · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:12

Kein Zweifel, das sozialwissenschaftliche Denken in Mexiko ist ungleich fortgeschrittener als in Deutschland. Ein findiger Soziologe beschrieb den von der zapatistischen Rebellion ausgelösten Prozeß kürzlich als "Revolution niedriger Intensität". Zwei Leute vom Berliner Journalistenkollektiv Sexto Sol - Producciones Latinoamericanas besuchten das Land im Februar und sahen sich um.

Mexico City ist die größte Stadt der Welt. "Die schönste Stadt der Welt", behauptet einer ihrer größten Radiosender, wenn er allmorgendlich seine Hörer weckt. Ganz sicher ist sie die Stadt mit der dreckigsten Luft der Welt. Du riechst es schon beim Landeanflug. "Ist nicht möglich", sagt Juan, "die Flugzeugkabine ist hermetisch abgeschlossen." Juan hat keine Ahnung von Technik. Ich bin nur zweimal dort gelandet, aber ich habe es jedesmal gerochen.

Mario holt uns vom Flughafen ab. Früher war Mario Diazmercado ein bekannter Moderator beim Fernsehen, aber aufgrund seiner kritischen Haltung wurde er censurado, wie das Kaltstellen kritischer Journalisten hier genannt wird. Mario arbeitete beim Radio, aber auch das ging nicht lange gut. Als Carlos Salinas am 6. Juli 1988 durch einen Wahlbetrug bislang unbekannten Ausmaßes zum Präsidenten der Republik aufstieg, gründeten kritische Fernsehjournalisten, darunter Diazmercado, das Kollektiv Canal 6 de julio. Während die audiovisuellen Medien und fast die gesamte Presse das perfide Spiel der Staatspartei mitspielten, produzierte die Gruppe ihren ersten Videofilm Crónica de un fraude, Geschichte eines Betrugs. Die Verbreitung dieses Videos war enorm. Es wurde in Stadtteilzentren, Universitäten, Gewerkschaftshäusern und Dorfkirchen aufgeführt. Weitere Filme folgten. Ein Netzwerk des Kassettenaustauschs entstand. Die Technik des Videos wurde in der gleichgeschalteten mexikanischen Medienlandschaft zu einem Massenkommunikationsmittel völlig neuer Qualität. Andere Videogruppen bildeten sich. Professionelle Teams, wie 6 de julio, eine Vielzahl reiner Amateurgruppen, Jugendliche in den barrios populares, Campesinos und Indígenas begannen, ihre eigenen Videos zu drehen und auszutauschen.

Oaxaca, tierra indígena

Aber erstmal weg aus dem DF, Distrito Federal, wie Mexico City hier genannt wird. So schlimm wie in diesem Winter war der Smog seit Jahren nicht, meint Mario, vielleicht noch nie. Kommt von der inversión térmica, sagen sie im Fernsehen, was soviel heißt wie, daß die Kaltluft wie ein Deckel auf dem Hochtal von Mexiko liegt und der Dreck nicht abziehen kann. Es hängt aber auch mit dem Autoverkehr zusammen, nein, das wird keineswegs verschwiegen, und die Regierung vom DF verhängt zeitweise zwei Tage Fahrverbot pro Auto und Woche, statt wie normal nur einen. Natürlich nicht alle am selben Tag, sondern aufgeschlüsselt nach Autonummern. Die Familien der oberen Mittelklasse, die sich Zweit- und Drittwagen leisten können, dazu das Schmiergeld für den Beamten, wo man das Kennzeichen bekommt, sind fein raus. Aber bessere Luft atmen auch sie nicht.

Nein, sagt mir eine Kollegin, ihr Asthma käme nicht von der Luftverschmutzung, sondern daher, daß bei ihr in der Familie alle Asthma hätten, von Geburt an. Außer chronischen und akuten Erkrankungen der Atemwege befördert der Smog die Entstehung von Augenbrennen, Nasenbluten, Hautkrankheiten, Kopfschmerzen, Depressionen und Popeln. Die müßte man analysieren lassen! Wir könnten ein paar mitnehmen und zum Labor der Grünen Liga in Berlin bringen, schlage ich Juan vor. "Die kriegen wir nicht durch die Grenze", meint er. Stimmt, sie sehen aus wie "Schwarzer Afghan".

Wir fahren nach Oaxaca, einem Staat im Süden, an der Pazifikküste. 70% seiner Bevölkerung sind Indígenas, das ist mehr als irgendwo sonst in der Föderation. Die Region hat eine lange kämpferische Tradition. Eine Aufzählung der zahlreichen Rebellionen ist nahezu unmöglich. Einige der radikalsten und anerkanntesten Figuren des mexikanischen Liberalismus kommen von hier. Benito Juárez, der im letzten Jahrhundert als erster indianischer Präsident der Republik die Macht der Kirche brach und die europäischen Interventionstruppen aus dem Land jagte. Die Brüder Flores Magón, die am Anfang unseres Jahrhunderts den Partido Liberal Mexicano auf der Basis eines anarchosyndikalistischen Programms neu gründeten und einen Guerillakrieg gegen die Diktatur von Porfirio Díaz organisierten.

Heute geht es etwas ruhiger zu, auch wenn erstaunlich viele Leute Parallelen zur Spätphase der Diktatur von Díaz, dem Vorabend der Revolution von 1910, sehen wollen. Im Augenblick gibt es in Oaxaca noch keinen Guerillakrieg, wohl aber bewaffnete Gruppen, wie uns allerorten versichert wird. Das kann allerdings viel heißen. Immerhin ist unübersehbar, daß nahezu jeder irgendein Gewehr besitzt, wenigstens auf dem Land. Und organisiert sind die Campesinos durchaus.

Liberale verwandeln sich heutzutage seltener in anarchistische Revolutionäre, aber Regierungsfunktionäre können schon mal zu Zapatisten werden. Im Instituto Nacional Indigenista, dem staatlichen Institut für "Indianerpolitik" kommen wir zufällig gerade zu einer Videowerkstatt, auf der Leute aus den entlegensten Bergdörfern der Sierra Madre del Sur über Blenden, Bildschnitte, soundtracks und andere Dinge fachsimpeln. Einige haben eigene Produktionen mitgebracht, andere haben zum ersten Mal eine Kamera in der Hand.

Ausrüstung, Material und Seminar zahlt die Regierung. Versuche, auf die Inhalte der Videoproduktionen politischen Einfluß zu nehmen, halten sich bisher in Grenzen. "Setzt wenigstens das Logo des INI in den Abspann, drängelt die Regierung", erzählt uns Guillermo Monteforte, Chef des INI in Oaxaca und der, der seine Hand über das Video Indígena hält. "Aber wir werden das von den Leuten, die die Videos machen, nicht verlangen." Wer die Hand über Monteforte hält, erfahren wir nicht - immerhin aber, daß in Mexiko nicht nur das Opposition ist, wo auch Opposition draufsteht. Monteforte ist Berater der EZLN beim Dialog in San Andrés. Aber das erfahren wir erst später aus der Zeitung.

Wir sprechen mit Gabriela Bermúdez Santos, 25 Jahre alt und Reporterin bei der unabhängigen Wochenzeitung La Hora. Es ist eine Regionalzeitung, die ein wichtiges Forum für die sozialen Bewegungen der Gegend zu sein scheint. In den letzten Ausgaben finden wir eine Reportage über den ersten unabhängigen Frauenkongreß von Oaxaca, viel über das Thema der Indígena-Autonomie und ein Interview mit Leuten vom Bloque de Fuerzas Proletarias, einer marxistischen Organisation, die in dieser Gegend sehr stark ist. Als marxistischer Revolutionär bist du in Mexiko nicht außerhalb der gesellschaftlichen Diskussion. "Dieses Land ist einfach auf eine Revolution gegründet", meint Gabriela. Und deren Impuls durchdringt die gesamte politische Kultur bis heute. Natürlich kannst du erschossen werden, wie dir das auch als liberaler Journalist oder als kritischer PRI-Funktionär passieren kann.

Gabriela ist Zapoteca. Die Zapotecas sind eines der großen und traditionsreichsten Indígena-Völker von Oaxaca. "In der Generation meiner Großeltern übte die Regierung sehr starken Druck auf die Indígenas aus, ihre Sprache und Kultur aufzugeben. Mit meinen Eltern sprachen sie nur Spanisch."

Was bedeutet es Indígena zu sein? Ich erzähle ihr von einer Diskussion am Berliner Lateinamerikainstitut. Jemand vertrat die Ansicht, daß die Indígenas aufhören müßten, Indígenas zu sein, um in die Moderne einzutreten - wozu ihnen realistisch keine Alternative bliebe. Ein anderer meinte, es wäre furchtbar mitanzusehen, wie die Indígenas anfingen, westliche Bedürfnisse zu entwickeln, sich Fernseher kaufen, Coca Cola trinken und Rockmusik hören. "Totaler Blödsinn", meint unsere zapotekische Kollegin. "Beide Visionen sehen die indigene Kultur als etwas völlig Statisches an. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Schau dir an, wie sich unsere Leute die modernen Kommunikationstechnologien aneignen. Aber sie geben deshalb nicht ihre Weltsicht auf." Unsere Leute wollen Bauern, Arbeiter, Ingenieure, Rocksänger oder Astronauten werden, sagte Marcos einmal, und trotzdem Indígenas bleiben. Vielleicht ist das der Sinn der zapatistischen Revolution.

Seit den Zeiten von Gabrielas Großeltern hat sich einiges geändert, das indigene Selbstbewußtsein ist stärker geworden, die Akzeptanz in der Gesellschaft größer. Die Politik des INI hat sich gewandelt, auch Mexiko hatte nach 1968 seinen Marsch durch die Institutionen. Und genau wie in Europa haben die Nachwirkungen von '68 vieles verändert - mit Ausnahme der zentralen Machtpositionen im Staate.

"Die klassische ‚Indianerpolitik`, der Indigenismo, der die pueblos indios kulturell assimilieren wollte, funktioniert nicht mehr, und sie werden ihn fallen lassen", meint Gabriela, als wir sie nach den Perspektiven des Dialogs Regierung - EZLN befragen. Was kommt dann? Wird die Regierung die indianische Autonomie akzeptieren? "Schwer vorstellbar. Zu starke ökonomische und politische Interessen stehen dagegen. Die Partei behält die Macht, und diese Frage wird sich nicht am Verhandlungstisch lösen lassen." Trotzdem, meint Gabriela, wäre ein Abbruch des Dialogs katastrophal. Das leuchtet uns ein.

Die Redaktionsräume von La Hora befinden sich in einer Art Garage. Also, in Deutschland wäre es eine Art Garage, in Mexiko eher eine kleine Wohnung. Vor der Redaktion treffen wir Héctor, Mitglied der

Basisorganisation servicios del pueblo mixe. In San Juan Juquila, einer Mixe-Gemeinde in der Sierra Madre feiern sie diese Woche die Fiesta de La Candelaria. Juquila ist eine autonome Gemeinde, wie überhaupt viele Gemeinden in der Mixe-Region autonom sind. Wir wollen uns ansehen, was das heißt, also schmeißen wir unsere Rucksäcke auf den Dodge-Pick-up der Mixes und fahren hin. Héctor ist natürlich auch begeisterter Videofilmer, und wir machen es uns zwischen den Kameragehäusen und Stativen bequem.

Sierra Mixe

Nach der Hälfte der Strecke verlassen wir die Landstraße und müssen auf einem schmalen Gebirgsweg weiter. Héctor und Gabriela wechseln sich am Lenkrad ab. Nach Einbruch der Dunkelheit kommen wir an. Juquila liegt weit in der Sierra, aber es ist fast eine kleine Stadt. Wir übernachten bei Max, einem Freund von Héctor. Max baut ein bißchen Kaffee an, dazu Mais und Bohnen, wie alle. Den Mezcal brennen sie auch selber. An jeder Straßenecke bekommen wir einen angeboten, schließlich ist Fiesta. In Oaxaca haben sie den Mezcal erfunden. Dieser hier ist verdammt gut, wir werden nie wieder Tequila trinken.

Héctor holt eine Broschüre raus, in der erklärt wird, was indianische Autonomie ist. Servicios del pueblo mixe beteiligt sich am Foro Nacional Indígena, in dem sich die unabhängige Indígenabewegung auf Initiative der EZLN neu formiert hat. In Oaxaca kann sich keine Regierung halten, die nicht die Interessen der pueblos indios berücksichtigt. Die Landesregierung beginnt demnächst eine Volksbefragung. Wieviel Autonomie wollen die Gemeinden? In welchen Bereichen? Wie sollen die Beziehungen zum Bundesstaat und zur Föderation aussehen? Héctor verteilt seine Broschüren und diskutiert mit den Leuten. Hier sind viele Sachen selbstverständlich, für die die EZLN in Chiapas kämpft. Viele Mixe-Gemeinden haben seit jeher eine gewisse politische Autonomie. Auch in Juquila wird der Gemeinderat nicht nach dem Wahlgesetz, sondern nach alter Tradition, usos y costumbres, in der Vollversammlung in offener Abstimmung gewählt. "Ich hab einmal unentschuldigt gefehlt", erzählt Max, "da haben sie mich gleich zu hundert Pesos Strafe verdonnert. Anderen haben sie den Strom abgedreht." Muß das sein? "Wichtige Entscheidungen werden in der Versammlung getroffen. Wenn alle da sind, kann hinterher keiner sagen, ich bin nicht verantwortlich."

An einigen Häusern sind Losungen von Parteien, der PRI, der PRD. "Die Leute vermieten das als Werbefläche", erklärt Max, "das hat nichts zu sagen." Wir stellen uns dem Gemeinderat vor. Sein Vorsitzender, der presidente municipal übersetzt, weil nicht alle Spanisch verstehen. Im Gemeinderat sitzen nur Männer. Wir würden gern ein Interview machen. Schön, sagt der Präsident, wenn ihr uns eure Veröffentlichungen schickt, fürs Gemeindearchiv. Wir laden euch zum Essen ein, sagt der Präsident, und der Gemeinderat nickt. Ist schließlich Fiesta. Nach dem dritten Mezcal ist klar, daß wir kein Interview mehr machen werden.

"Manchmal schließen sie sich auch Parteien an", antwortet Héctor auf meine Nachfragen, "so bei Landtags- oder Präsidentschaftswahlen. Dann gleich die ganze Gemeinde. Aber nur für diesen Moment." Welche Parteien denn so, frage ich Héctor, der mehr weiß als er erzählt. Die PRD? Oder die PRI, grinst er. Ich soll das nicht so eng sehen, wenn ich was von diesem Land begreifen will. Bueno.

Ein Dutzend Soldaten ist zur Zeit in Juquila stationiert. Zur Sicherheit wegen der Fiesta, heißt es. Sie mischen sich in nichts ein, also werden sie freundlich behandelt. Einer fordert etwas schüchtern ein Mädchen auf, sie tanzen eine polka ranchera, Gewehr über der Schulter. Als sich plötzlich zwei alkoholisierte Campesinos prügeln wollen, zündet sich der sargento erstmal eine Zigarette an. Die Leute von Juquila kriegen das schon selbst in den Griff. Ab in die Ausnüchterungszelle.

Juquilas Autonomie wird auch deshalb respektiert, weil die Gemeinde nicht in Agrarkonflikte verwickelt ist. Es gibt hier keinen Großgrundbesitz, die Gegend ist zu zerklüftet. Trotzdem sympathisieren alle mit der EZLN. Das Land wirft nicht mehr genug ab, viele sehen sich woanders nach Arbeit um. Max, der sechsunddreißig ist und drei kleine Töchter hat, ist geschieden. Geschieden? Papst Woytila lächelt von der Wand. Jedenfalls ist seine Frau vor ein paar Jahren nach Mexico City gegangen, weil sie was anderes anfangen wollte. "Was soll ich da", meint Max, "ich bin doch Campesino."

Viele gehen in die USA, zweitausend Pesos für den coyote, den Schlepper, der dich rüberbringt, ohne daß dich die border patrol, die Grenzpolizei, erwischt. "Ach, du bist Deutscher", freut sich einer. "Ich habe bei 'nem Deutschen in L.A. in einer Sägemühle gearbeitet. 16 Stunden am Tag. Er hat zehn Dollar die Stunde gezahlt, das war mein bester Arbeitgeber, ein Deutscher." Offensichtlich will er mir eine Freude machen.

Arbeitsunfälle? "Klar, Mann, wie denn nicht, in einer Sägemühle. Wir haben bloß drei Stunden am Tag geschlafen, gleich in der Werkstatt. Aber bei mir sind noch alle Finger dran."

Viele bleiben drei, vier Jahre und kommen dann zurück. Oder auch nicht. "Hör mal", sagt einer, der Semiliano Careño Cruz heißt, "wo kommst du her? Aus Deutschland? Dann kennst du doch vielleicht meinen Bruder, Aureliano Careño Cruz." Wo der denn wohne. "In Washington", meint Semiliano todernst. "Hör mal", sage ich, "alter Mezcalero, du bringst da was durcheinander." Ich hole mein Notizbuch raus und male ihm, so gut ich kann, eine Weltkarte. Das scheint ihn zu überzeugen. "Aber dann", sagt er, "kennst du mit Sicherheit meinen anderen Bruder, Anastasio Careño Cruz. Der ist bei der Armee."

Die Mixe-Region plant, eine autonome Regionalregierung zu bilden, damit die Ressourcen der Gemeinden effektiver genutzt werden können - beim Straßenbau oder bei der Elektrifizierung. Solche Sachen diskutieren sie im Foro Indígena. "Und dann bringen sie wieder alles mit der Frente Zapatista durcheinander. Für die Compas ist es alles dasselbe. Du kannst diskutieren und diskutieren ...", beklagt sich Héctor bei Max. Max träumt von einem kleinen Sonnenkraftwerk für seine Kaffee-Pflanzung. Ob ich ihm sowas nicht aus Deutschland mitbringen könnte. Und ein russisches Sturmgewehr, cuerno de chivo, Ziegenhorn, wie die AK 47 hier heißt. Und wenn sie dort demnächst Marihuana legalisieren würden, könnten wir ja ein joint venture gründen.

Los Altos de Chiapas

San Cristóbal, die alte Hauptstadt der Kolonialzeit ist schön. Wenn du länger hier bleibst, merkst du, daß die Gedankengänge ihrer Bewohner, der coletos, so schmal sind wie ihre Straßen.

Die alte Kolonialhauptstadt wurde wahrscheinlich mehr durch den Tourismus als durch alle Revolutionen verändert. Ihr aristokratisch fühlendes und provinziell denkendes Bürgertum lebt heute noch wie zu Zeiten des spanische Vizekönigreichs vom ungleichen Tausch mit den tzotzilisch-tzeltalischen Campesinos und Kunsthandwerkern des sie umgebenden Zentralen Hochlandes. Nur ein paarmal in der Geschichte wurde der Alptraum der coletos Realität und sämtliche pueblos vereinigten sich, um die Stadt wirtschaftlich zu boykottieren. Sie streikten sozusagen. In all diesen "Wirtschaftskriegen" mußten die coletos klein beigeben und sich den Bedingungen der Indígenas fügen. Aber jedesmal siegten sie am Ende dennoch: durch Vertragsbruch, Spaltung der Indígenas und politischen Mord.

"Als die Zapatisten im Januar 94 hier runterkamen, waren die coletos verdammt kleinlaut", erzählt uns Justus, der eigentlich aus Kiel kommt und hier seit ein paar Jahren ein Projekt zur Rettung der Gemeindearchive leitet. "Als sie sich dann in die Selva zurückzogen und die Armee dazwischen war, hatten sie wieder die große Schnauze. Aber als dann der Dialog losging, kam Marcos plötzlich aus San Andrés" - San Andrés liegt auf der entgegengesetzten Seite der Stadt - "da haben sie sich fast in die Hosen geschissen."

Wir fahren zu Amado Avendaño, dem "Gegen-Gouverneur" der "Übergangsregierung in Rebellion", die die radikalen Campesinoverbände und die Opposition im Dezember 1994 gebildet hatten. Er lebt in der Gemeinde Nicolas Ruiz, 100 Kilometer von San Cristóbal entfernt, die sich für autonom erklärt und den Gemeinderat ausgewechselt hat. Sie verhält sich loyal zur "Übergangsregierung in Rebellion". Im Unterschied zu anderen autonomen Municipios wird Nicolas Ruiz offiziell anerkannt. Die Gemeinde, erzählt Justus stolz, hat auch eines der am besten erhaltenen Archive. Leider haben sie den Archivar auch rausgeschmissen, als sie sämtliche Gemeindeangestellten auswechselten. Der neue hat keine Ahnung. Justus will den Archivar zurückholen und hofft, daß Avendaño ein gutes Wort für ihn einlegt. Wir wollen ein Interview.

Im Dezember 1994 saß die "Übergangsregierung in Rebellion" auf dem ehemaligen INI-Gelände. Ein paar Campesinos vor der Einfahrt schoben Wache und durchsuchten jeden Besucher nach Waffen. Es gab viele Besucher. Die Regierung hatte verschiedene Ressorts und ein Faxgerät, das nie stillstand.

Heute sitzt Avendaño wieder in seinem alten Büro, in seinem kleinen Häuschen, wo früher auch die Redaktion der Zeitung Tiempo war. Die Zeitung Tiempo gibt es nicht mehr. Gibt es die Übergangsregierung auch nicht mehr? "Die Übergangsregierung befindet sich", doziert Avendaño, der übrigens ein lustiger Typ ist, "wie ihr Name schon andeutet - im Übergang." Um das INI-Gelände streiten sich zwei ihrer ehemaligen Protagonisten, beides Führer irgendwelcher Massenorganisationen und daher mit beträchtlicher Klientel versehen. Der eine will einen Bauernmarkt darauf einrichten, der andere hat ehrgeizige Pläne für eine Indígena-Universität. Na ja,

geht doch vielleicht beides. Juan versucht, einen praktischen Vorschlag zu machen. Irgendwie wäre es aber doch nicht das, wozu sich diese "Übergangsregierung" mal gebildet hätte. Sie hätte vor allem symbolischen Wert, meint Avendaño. Vor allem. Und sonst?

Avendaño, der Rechtsanwalt weicht mancher Frage aus und verliert trotzdem nicht den Faden. Als er die Geschichte mit dem corned beef erzählt, wird mir endgültig klar, daß er dasselbe Interview gibt wie im Dezember '94, (siehe ak 375). Er muß nur ein paar Sachen weglassen, neue sind kaum dazu gekommen. Natürlich, der Dialog von San Andrés. Aber das verfolgen wir ja in der Zeitung. Am Wochenende ist das nächste Treffen, und Avendaño fährt zur Pressekonferenz. Die Volksbewegung scheint viel schwächer als Ende '94. Ob das nicht auch daran liege, daß alle nur noch hoffnungsvoll nach San Andrés schielten? Avendaño ist zwar ein lustiger Typ, aber nicht mehr ganz so optimistisch wie damals. Er beschönigt nichts. Er erzählt einfach was anderes. Etwas in der Art von: Wer ein Attentat überlebt hat, der kann noch ganz andere Dinger vertragen.

Wir fahren mit Justus nach Nicolas Ruiz. Luftlinie sind es nur vierzig Kilometer von San Cristóbal, Straße hundertzwanzig. Das zentralchiapanekische Hochlands, Los Altos, franst am Rand aus. Lange Hochplateaus, die mesetas, die von tiefen Schluchten durchschnitten werden. Wenn die Armee die Straßen dicht macht, kann sie den gesamten Autoverkehr kontrollieren. Der Rest ist unkontrollierbar. Ab und zu sehen wir schmale Trampelpfade, die die meseta verlassen und sich fünfzig Meter weiter unten zwischen ein paar Maispflanzen und Agaven verlieren.

Nicolas Ruiz ist eine kleine Gemeinde von knapp 140 Quadratkilometern. Fast das gesamte Land ist Kommunalbesitz und wird vom Gemeinderat unter den comuneros aufgeteilt. Die bauen vor allem Mais an, von dem sie einen guten Teil verkaufen können. Um Verkauf, Transport und all diese Dinge muß sich jede Familie selber kümmern, aber oft tun sich Leute zusammen. Wenn eine Familie Zuwachs bekommt oder der Boden erschöpft ist und nicht mehr genug Ertrag bringt, kann sie ein anderes Stück Land bekommen. Verkauft werden darf das Land nicht. Bei den letzten Gouverneurswahlen, im August '94 gaben sämtliche der um die 1.500 Wahlberechtigten ihre Stimme an Amado Avendaño. Im November letzten Jahres machten sie Manuel de Jesús Ramírez López zum presidente municipal. Der 52jährige erklärte sich und seine Gemeinde für "zapatistisch" und "in Rebellion".

Seit März '94 halten comuneros aus dem Dorf Teile der Finca Gran Poder, "Große Macht", besetzt. Wem gehört die? Na, "a un rico, einem Reichen", antwortet Don Bernardo Díaz Garcia, Dorfkommissar für bienes comunales, Gemeindebesitz. Was für eine Frage. Der wohnt irgendwo in Tuxtla Gutiérrez und läßt sich hier nie sehen. Das Land lag größtenteils brach, vielleicht wartete er auf steigende Bodenpreise, um später damit zu spekulieren.

Nicolas Ruiz, 1868 von tzotzil- und tzeltal-Indianern gegründet, die keine Lust mehr hatten, auf fremden Haciendas zu schuften, hat die älteren Landrechte. Ein Teil der Besitztitel ging in der Revolution verloren, "als die Banditen kamen", erzählt Don Bernardo. Dann ging mal hier, mal da was verloren, wie das mit solchen Papieren in hundert Jahren eben so ist. Aber den größten Teil ihrer Besitzansprüche konnte die Gemeinde bis heute wieder rekonstruieren und nachweisen. "Bis auf ein paar kleine Stückchen die noch zu Gran Poder gehören, haben wir alles zurückbekommen." Don Bernardo schätzt die Arbeit von Justus hoch ein, denn ohne die ganzen Anstrengungen zur Rettung der Archive wäre der Kampf um die alten Landrechte noch viel schwieriger. Aber den alten Archivar will der Gemeinderat trotzdem nicht wieder einstellen, obwohl sie gar nichts gegen ihn haben. Einmal in der Dorfversammlung entschieden ist entschieden, und genug Geld für zwei haben sie nicht, auch nicht für eine Übergangszeit. Aber sie werden den neuen Verwalter demnächst zum Lehrgang nach San Cristóbal schicken. "Immerhin", meint Justus, "in anderen Dörfern hätten sie den ganzen Kram vielleicht schon weggeschmissen."

Bis zum 1. Januar 1994 lief die Zeit in Chiapas sehr langsam. Dann lief sie plötzlich sehr schnell, viel schneller als im Rest der Republik. Jetzt läuft sie wieder langsamer, aber nicht so langsam wie vorher.

Eraclio Zepeda ist aus der PRD ausgeschlossen worden, sagen sie im Radio. Das wollten sie schon im Dezember 1994 machen, als er in die PRI-Regierung eingetreten ist. Die PRI versucht, Avendaño umzubringen und schlägt ihn dann durch Wahlbetrug aus dem Rennen. Und der Altkommunist und

Schriftsteller Eraclio Zepeda wird Innenminister. Als seine PRD-Genossen daraufhin ein Parteiverfahren gegen ihn anstrengen, jammert er, das wäre Stalinismus, lange Jahre hätte er das erleben müssen.

Zwei Wochen nachdem wir mit Don Bernardo Ruiz sprechen, wird die Landesregierung eine weitgehende Landreform für Chiapas unterzeichnen, die die Forderungen der meisten unabhängigen Campesinoorganisationen übertreffen wird.

Drei Wochen später, am 21. März, wird der langjährige Stalinist Eraclio Zepeda eine Hundertschaft Polizei mit Helikoptern nach Nicolas Ruiz schicken, um die Finca Gran Poder zu räumen. Nach sechsstündigem Feuergefecht werden die Campesinos Alfonso Moreno, Baldo Ramírez und José Lara nicht mehr nach Nicolas Ruiz zurückkehren.

Selva

Hinter Ocosingo kommt der Kontrollposten der Migrationsbehörde. Wir kriechen unter die Plane auf der Ladefläche der Ford camioneta und tun so als ob wir schlafen. Sie wollen die Gegend für Ausländer dicht machen, in den letzten Wochen sind mehrere ausgewiesen worden. Besonders heiß sind sie auf Priester und Journalisten. Seit zwei Wochen braucht man irgendeine Sondergenehmigung, die praktisch nicht zu bekommen ist.

Wir fahren mit ein paar Leuten von CONPAZ, einer Menschenrechtsorganisation aus San Cristóbal, nach San Antonio, einem kleinen Dorf im zapatistischen Gebiet. Die CONPAZ-Leute wollen ein Menschenrechtsseminar abhalten. Die Nacht verbringen wir in Nueva Estrella, drei Stunden von Ocosingo entfernt. Wir nehmen noch ein paar Compañeros mit, die an dem Seminar teilnehmen wollen. Die Art, wie sie marschieren und ihre Rucksäcke tragen, ist ziemlich verräterisch. Aber hier spielt das keine Rolle. "In Ocosingo kann ich mich nicht mehr blicken lassen", erzählt Gerardo, der so eine Art Unteroffizier ist. "Zu viele Ladenbesitzer, die mich identifizieren würden." Im Januar hatten die Zapatisten in Ocosingo den Palacio Municipal bis auf die Grundmauern zerstört. Danach kam es zu heftigen Gefechten.

Am frühen Nachmittag kommen wir nach San Antonio. Ein winziges Dorf, 200 Leute, fast alle Zapatisten. Aber auch hier gibt es drei bis vier Häuser mit der weißen Fahne drauf. "Die sind von der ARIC-oficial", erklärt uns Don Pedro, der hier vor elf Jahren als erster, als primerito, wie er stolz betont, in die zapatistische Organisation eingetreten ist. ARIC oficial ist der hiesige Bauernverband der PRI. Bis 1988 wären die auch alle bei den Zapatisten gewesen. Warum sind sie dann wieder zur PRI? Wir kriegen keine sehr klare Antwort. Offenbar bekamen sie kalte Füße, als die Dinge immer eindeutiger auf den bewaffneten Aufstand hinausliefen. Immerhin haben sie niemanden verpfiffen, was ihnen von den Zapatisten hoch angerechnet wird.

Die Nachbargemeinde, La Unión - der Name ist bittere Ironie - ist mittendurch gespalten. Hundert Zapatisten, hundert PRI-Leute. Die von der PRI haben die Schule, die Kirche und das Basketballfeld. Die Zapatisten müssen Fußball spielen. Wir treffen Don Manuel, den zapatistischen Bürgermeister, und fragen, ob wir uns nicht mit ein paar Leuten unterhalten können. Als wir zum Termin kommen, sitzt die gesamte Zapatistengemeinde im Versammlungsraum. Wir müssen nach vorn ins Präsidium. Es ist sonst nicht viel los in La Unión. Wir sind etwas überrascht. Die Dorfbevölkerung amüsiert sich. Wir sind ein Ereignis. Wir erzählen von unserer Arbeit und stellen unsere Fragen. Don Manuel übersetzt. Außer Don Manuel antworten ab und zu noch zwei andere Compañeros. An manchen Stellen schalten wir das Aufnahmegerät ab, da wir auf dem Rückweg ja wieder durch die Militärkontrolle müssen.

Die Spaltung hat die zapatistische Gemeinde von La Unión noch enger zusammengeschweißt. Die linke Hälfte von La Unión - auf der linken Seite des Flusses, der das Dörfchen in EZLN und PRI teilt - steht geschlossen hinter Don Manuel. Don Manuel ist weder optimistisch noch pessimistisch. Er ist einfach entschlossen. "Das in San Andrés sind keine Verhandlungen", sagt er, "sondern ein Dialog. Das ist etwas anderes. Wir werden dieses kapitalistische System ändern. Dazu brauchen wir eine soziale Bewegung in Mexiko und der ganzen Welt. Solange werden wir weitermachen."

Die insurgentes von San Antonio zeigen uns die Berge, auf denen sie im Februar letzten Jahres gesessen haben und die Truppenbewegungen des Bundesheeres beobachteten. "Die trauten sich nicht aus dem Tal", lacht Gerardo. "Ein Fernglas wäre sinnvoll gewesen?", fragt Juan. "Klar, Mann", antwortet Gerardo. "Nimm meins", sagt Juan. "Zeiss-Hunter. DDR-Optik, die beste der Welt."

"Habt ihr in Deutschland auch so eine Organisation wie wir?", fragt mich Evaristo. "Nee", sage ich, "aber ich bin in der IG Medien".

"Das", meint er - etwas enttäuscht - "ist auch wichtig".

"Habt ihr keine Berge?"

"Ist alles voller Autobahnen", sage ich.

"Ach", sagt er. "So 'ne Scheiße."

Wir fahren mit einem Viehtransporter zurück nach Ocosingo. Er gehört der ARIC oficial. Wir brauchen nicht zu fragen. Die Zapatisten kriegen von der Regierung kein Benzin mehr. Außerdem ist die Kleiderordnung verschieden. Sie tragen baseball-caps und kaputte T-Shirts. "Ist am billigsten", meint Gerardo, "lo más económico." Die Leute von der Partei tragen Sombreros und weiße Baumwollhemden. Aber auch nicht alle. Ansonsten sind sie tzeltales, wie die von der EZLN auch. Kurz vor Nueva Estrella nehmen wir noch einen Jungen mit, der dorthin will. Es sind nur zehn Minuten Fahrzeit. Trotzdem wird er abkassiert. Der Fahrer berechnet ihm einen halben Peso. Nueva Estrella ist zapatistisch.

Diesmal kommen wir nicht unbemerkt am Kontrollposten vorbei. Unsere Personalien werden aufgenommen. "Grund der Reise?", fragt einer, der aussieht, als ob er gern mit Officer angesprochen werden würde. "Erholung", schreiben wir in die Liste. Es stehen schon ein paar Deutsche und US-Amerikaner drauf. Alle waren zur Erholung hier.

Kurz vor Ocosingo hält der Fahrer an, um das Fahrgeld abzukassieren. In Ocosingo würden ihm vielleicht Leute weglaufen. Dreißig PRIisten schlagen am Straßenrand ihr Wasser ab. "Wieso pinkeln die alle hier", fragt Juan einen, der aussieht, als wäre er der Parteisekretär. "Ist in Ocosingo Pissen verboten?" Der Parteisekretär guckt etwas irritiert. "Wer weiß, Señor", antwortet er höflich. Nicht mal Spaß verstehen sie.

Jörn Boewe, Berlin, 28.3.96

21. Pressefreiheit á la Mexicana. Regierungspartei verstärkt den Druck auf die Medien

Autor: Juan Eduardo und Jörn Boewe · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:10

In Mexiko-Stadt gibt es mehr als 30 Zeitungen und eine etwa gleich große Zahl an Zeitschriften. Das Land zählt etwa 1.200 Radio- und 250 Fernsehsender. Man könnte meinen, daß das mexikanische Volk damit zu den bestinformierten der Welt gehört. Die Zahl derer jedoch, die eine Zeitung lesen, beträgt bundesweit nur 1,5%. Bei den elektronischen Medien sieht es anders aus: Mehr als 90% der mexikanischen Haushalte besitzen einen Fernsehapparat, einen Rundfunkempfänger praktisch jeder. Für die große Mehrheit der Bevölkerung sind die elektronischen Medien damit die einzige Informationsquelle.

Die Regierung hat das Konzessionierungsmonopol, was im Laufe der letzten zehn Jahre dazu geführt hat, daß sich einige wenige Medienkonzerne fast alle Frequenzen sichern konnten. In der Geschichte Mexikos hat es immer eine sehr eingeschränkte Pressefreiheit gegeben; mit der wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes verschärften sich allerdings die Angriffe der Exekutive auf die Pressefreiheit. Andrerseits wuchs aber auch die Bereitschaft vieler Presse- und Kulturschaffenden, sich zu organisieren und gegen die Eingriffe zu kämpfen.

Demokratisierung der Medien

Eine dieser Organisationen, die den Namen Comunicadores por la Democracia (Kommunikationsschaffende für die Demokratie) trägt, bezeichnet sich als "eine plurale und breite Gruppe von Medienarbeitern, die besorgt sind wegen der allgemeinen Offensive gegen die Meinungsfreiheit, die die Regierung und der Konzessionsträger von Rundfunk und Fernsehen entfesselt haben." (Auszug aus ihrer Selbstdarstellung) Seit Beginn der Amtszeit von Präsident Zedillo im Dezember 1994, so erzählt uns Mario Diazmercado, einer der Mitarbeiter von Comunicadores por la Democracia, wurde mehr als 5.000 Angestellten der staatlichen Radio- und Fernsehsender gekündigt. Sendeanstalten, die durch eine unabhängige Berichterstattung aufgefallen waren, wie der Fernsehsender von Tlaxcala oder das Lokalradio von Huayacocotla, wurden "wegen technischer Mängel" geschlossen. Diazmercado, früher ein bekannter Moderator, wurde wegen seiner oppositionellen Tätigkeit zur Persona non grata in Radio und Fernsehen erklärt.

Die Comunicadores por la Democracia beschränken sich nicht auf die Kritik einer fehlgeleiteten Medienpolitik, sondern haben auch konkrete Vorschläge erarbeitet, um diese Situation zu verändern. So schlagen sie vor, einen "Nationalen Rat für Kommunikation und Fernmeldewesen" zu schaffen, sowie einen entsprechenden Rat in jedem Bundesland. In diesen Räten sollen Vertreter von Institutionen des öffentlichen Rechtes, von sozialen, privaten und kulturschaffenden Organisationen, sowie von Medienarbeitern und Personen aus der Zivilgesellschaft sitzen. Aufgabe dieser Medienräte wäre es, Meinungsfreiheit, Rechtmäßigkeit, Transparenz, Vertraulichkeit und die Einhaltung des Rechtes auf Information zu garantieren.

Comunicadores por la Democracia hat Vorschläge für ein neues Mediengesetz ausgearbeitet, das die Vormachtstellung der Zentralregierung, der großen politischen Parteien und der Medienkonzerne einschränken und unterprivilegierten gesellschaftlichen Gruppen den Zugang zu den Kommunikationsmedien ermöglichen könnte. "Bei den Konzessionen für Radio und Fernsehen müssen die Rundfunkräte mitentscheiden", sagt Diazmercado. "Bisher liegt die Vergabe der Lizenzen allein in der Hand der Regierung." Die Gruppe fordert weiterhin, daß die 12,5% der Sendezeit, die sich der Staat in den Medien reserviert hat, nicht nur für Regierungskampagnen benutzt wird, sondern auch, um Bürger und Volksorganisationen zu unterstützen. Interessant ist auch der Vorschlag, in jedem Bundesland mindestens einen Rundfunksender und ein Fernsehprogramm zu gründen, die durch Bürgerabonnements bezahlt und kollektiv verwaltet werden. Eine Antwort auf diese Vorschläge gab es weder seitens der Regierung noch vom Parlament oder von den Parteien.

So müssen Journalisten wohl auch weiterhin solche Verrenkungen machen, wie sie die Schriftstellerin und Journalistin Marta Durán beschreibt: "Es kommt nicht selten vor, daß Zeitungen kritische, politisch brisante Artikel im (weniger beachteten) Gesellschaftsteil statt im politischen Teil drucken, um die Zensur zu umgehen".

Die Medien sind jedoch nicht nur Opfer von Gängelung und Zensur sondern häufig selber Täter. Die Comunicadores klagen die privaten Medienkonzerne Televisa, Televisión Azteca, Multivisión, Canal 13 und Radio Fórmula an, systematisch Informationen zu manipulieren. Das Nationale Zentrum für gesellschaftliche Kommunikation, CENCOS, ein schon 30 Jahre bestehender Zusammenschluß von Journalisten, die für Demokratie und gegen Repression und Zensur in den Medien kämpfen, schließt sich dieser Auffassung an. Außerdem, so kritisiert CENCOS, hätten sich die großen Medienmonopole an Verleumdungs- und Hetzkampagnen gegen Oppositionelle und Regimekritiker beteiligt. Als etwa der sozial engagierte Bischof von San Cristóbal de las Casas, Samuel Ruiz, von der Oligarchie des Bundesstaates Chiapas wegen seiner Arbeit unter den marginalisierten Indígenas bedroht und angegriffen wurde, verbreiteten manche Medien diese Beschuldigungen in einer Weise, als gehörten sie zu den Organisatoren der Kampagne.

Journalisten leben gefährlich

Die Zahl der während der letzten 25 Jahre ermordeten Journalisten geht gegen 100. Dabei hat die Gewalt von Jahr zu Jahr zugenommen. Außerdem landen nicht wenige wegen der Ausübung ihres Berufes hinter Gittern. Der bekannteste Fall ist der von Javier Elorriaga, der seit dem 9.2.1995 aufgrund der Aussage eines seitdem verschwundenen Zeugen der Mitgliedschaft in der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) beschuldigt wird. Seit über einem Jahr sitzt Elorriaga nun ohne Beweismittel im Gefängnis.

Auch ausländische Journalisten, die sich über die Realität im Bundesstaat Chiapas informieren wollen, müssen die bittere Erfahrung machen, daß der Presseausweis eher ein Hindernis als eine Hilfe ist. Meist ist es besser, sich als Tourist auszugeben. Mord, Gefangenschaft, anonyme Morddrohungen und Zensur gehören zum Alltag der mexikanischen Journalisten. In den staatlichen Medien läuft aber die größte Erpressung über den Haushalt. Wenn nämlich ein Redakteur der Regierung unbequem ist, wird seine Sendung "wegen Verknappung der Haushaltsmittel" gestrichen. Wie sagte noch Adolfo López Mateos, ein Präsident Anfang der 60er Jahre: "Es gibt außerhalb des Haushalts keine Realität".

Der allmächtigen Staatspartei ist es keineswegs peinlich, Vorwände finanzieller, technischer oder rechtlicher Art zu finden, wenn es darum geht, kritische Geister mundtot zu machen. So kann die wichtigste unabhängige Lokalzeitung des Bundesstaates Chiapas, die Zeitung Tiempo, nicht mehr erscheinen, weil ihr die Regierungsbehörden unter zweifelhafter Berufung auf zollrechtliche Vorschriften eine dringend benötigte Druckmaschine vorenthalten, die der katalanische Journalistenverband der Zeitung geschenkt hat. Nun verrostet sie im Hafen von Veracruz. Das Blatt war der regierenden PRI aufgrund seiner kritischen Berichterstattung und politischen Nähe zur zapatistischen Rebellenbewegung schon lange unangenehm. Für Tiempo-Herausgeber Amado Avendaño gehören derartige Schikanen zu den harmloseren: Als der engagierte Journalist und Anwalt sich vor anderthalb Jahren für die linke Opposition als Kandidat für den Gouverneursposten des Bundeslandes aufstellen ließ, wurde ein Attentat gegen ihn verübt. Avendaño überlebte nur knapp, einer seiner Mitarbeiter wurde getötet.

Juan Eduardo und Jörn Boewe

22. Die GSR in der GIS in der GUS. Prozesse der Re-Integration innerhalb der "Gemeinschaft Unabhängiger Staaten"

Autor: Sabine Ott · Rubrik: Sowjetunion und Nachfolgestaaten · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:14

Mit großen Schritten gehen die Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) auf eine stärkere Kooperation zu. "Lockerer als die UdSSR, enger als die GUS" ist für diesen Prozeß das Motto Boris Jelzins. So folgt ein Händeschütteln dem anderem: Am 29. März 1996 haben die Präsidenten der Russischen Föderation, Weißrußlands, Kasachstans und Kirgistans einen Vertrag über engere Zusammenarbeit beschlossen, eine "Mini-GUS in der GUS", wie eine türkische Tageszeitung kommentierte. Das neue Gebilde firmiert als "Gemeinschaft Integrierter Staaten" (GIS). Vereinbart wurde der Abbau von Zollschranken, eine gemeinsame Währung und freier Waren- und Kapitalfluß. Aber auch Sozialpolitik und Kultur sind Gegenstand des Vertrages. Welche Faktoren führen zu diesem Reintegrations-Prozeß?

Noch enger als die vier GIS-Staaten wollen die Russische Föderation und Weißrußland innerhalb der "Gemeinschaft Souveräner Republiken" (GSR) zusammenarbeiten. Am 2. April unterschrieben die Präsidenten der beiden Länder den bisher weitgehendsten Kooperationsvertrag innerhalb der GUS. Er umfaßt die Bereiche Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungspolitik. Vorgesehen ist die Schaffung überstaatlicher Organe: das höchste Organ wird der "Oberste Rat" sein, dem die Staats-, Minister- und Parlamentspräsidenten der beiden Länder sowie der Vorsitzende des zu bildenden Exekutivkomitees angehören werden. Außerdem soll eine zwischenparlamentarische Versammlung geschaffen werden, die paritätisch besetzt ist. In dem Vertrag ist eine Übergangszeit von rund zwei Jahren vorgesehen, während der u.a. eine gemeinsame Währung eingeführt und ein gemeinsames Grundgesetz, nebst Nationalflagge und Hymne, entworfen werden sollen. Die anderen GUS-Staaten können diesen Verträgen beitreten, die bezeichnenderweise in Moskau unterschrieben wurden.

Wie ist nun die Eile zu verstehen, mit der Moskau die Reintegration der GUS-Staaten forciert? Sicher benötigt Boris Jelzin, der ein weiteres Mal für die Präsidentschaftswahlen am 16. Juni kandidiert, diplomatische Erfolge, nachdem sein Vorgehen in Tschetschenien auf heftige Kritik gestoßen ist. Einer seiner aussichtsreichsten Konkurrenten, der KP-Vorsitzende Gennadi Sjuganow, verspricht in seiner Wahlplattform: "Ich werde alle erforderlichen Maßnahmen dazu treffen, die brüderlichen Bande freiwillig vor allem zwischen Rußland, der Ukraine, Weißrußland und Kasachstan wiederherzustellen. Das wird das Fundament für die schrittweise Gestaltung eines Unionstaates auf freiwilliger Basis schaffen."

Freilich ist die Regierung der Ukraine zur Zeit alles andere als bereit, enger mit der Russischen Föderation zu kooperieren. Auch ist Jelzin bemüht, den "Erhalt der staatlichen Souveränität" innerhalb solcher Abkommen zu betonen und auf den "konföderativen Charakter" einer integrierten GUS hinzuweisen. Dennoch ist Jelzins Buhlen um WählerInnenstimmen nicht zu übersehen. Den Beschluß der Staatsduma vom 15. März 1996, das Abkommen von Belowesch, das die Auflösung der UdSSR besiegelte, für ungültig zu erklären, hatte Jelzin noch heftig kritisiert. Nun ist er selbst zum Vorreiter einer engeren Kooperation innerhalb der GUS avanciert. Trotz anderslautender Beschwichtigungen gründet diese auf den Strukturen, die die Sowjetunion überdauert haben.

Das Bemühen, den "brüderlichen Banden" zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken wieder Ausdruck zu verleihen, ist aber kein schnell in Szene gesetztes Wahlkampfmanöver. Schon seit Jahren bestehen Bestrebungen im russischen Machtapparat, die Kontrolle über die GUS-Staaten wiederzugewinnen. Zwar gibt es dabei unterschiedliche Strategien und Schwerpunkte, was die wirtschaftlichen und/oder sicherheitspolitischen Aspekte betrifft, über das Ziel ist man sich jedoch einig: die Vormachtstellung der Russischen Föderation innerhalb und mittels einer gestärkten GUS. Nicht geteilt wird dieses Ziel nur von jenen wenig populären Kreisen, die entweder die Schaffung eines `ethnisch reinen Rußland' auf ihre Fahnen geschrieben haben, oder jenen die aus Kosten-Nutzen-Gründen eine engere Zusammenarbeit - zumindest aller - GUS-Staaten ablehnen.

Daß die Russische Föderation die Reintegration der GUS zum Schwerpunkt ihrer Außenpolitik machte, wird nicht von allen Regierungen dieser Staaten mit Begeisterung aufgenommen. Denn die Angst vor einem

starken Moskau prägt noch immer die gegenseitigen Beziehungen. Auch sind die Beziehungen der einzelnen Staaten zur Russischen Föderation und untereinander nicht einheitlich, auch wenn das viel bemühte Wort "Gemeinschaft" dieses suggeriert.

Die Russische Föderation

und ihr "Nahes Ausland"

War die Russische Föderation nach der Auflösung der Sowjetunion ausschließlich auf Beziehungen mit westlichen Ländern konzentriert, so wurden ab Mitte 1993 ihre Interessen im "Nahen Ausland"(1) wieder zum festen Bestandteil russischer Außenpolitik. Begonnen hatte diese Entwicklung bereits 1992 mit dem "Vertrag über Kollektive Sicherheit" zwischen der Russischen Föderation, Armenien und den zentralasiatischen Republiken (mit Ausnahme Turkmenistans). Unter dem Druck Moskaus traten Georgien und Aserbaidschan im September 1993 sowohl diesem Vertrag wie auch der GUS bei. Mit der neuen Militärdoktrin vom November 1993 stand endgültig fest, daß Rußland Entwicklungen in den anderen GUS-Staaten als Belange russischer Sicherheitspolitik definierte. Die Militärdoktrin erlaubt den in den zentralasiatischen Republiken und im Kaukasus stationierten russischen Truppen, die Interessen Moskaus "aktiv" durchzusetzen.

Die nationalen Grenzen mit einer Pufferzone zu schützen, war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges die sowjetische Verteidigungskonzeption. Auch heute spiegelt sich diese Konzeption wider in dem Entwurf der Russischen Föderation, die GUS als einen einheitlichen strategischen Raum zu betrachten, dessen Außengrenzen im Interesse der nationalen Sicherheit geschützt werden müssen. Dabei soll Rußland die militärpolitische Führungsrolle zukommen.

In diesem Zusammenhang steht auch die Ankündigung Rußlands, die im "Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa" festgelegten regionalen Obergrenzen nicht einhalten zu können. Diese Sicherheitspolitik wird mit der Sorge begründet, regionale Konflikte könnten auf das russische Territorium übergreifen. Oder es wird die Gefahr des islamischen Fundamentalismus beschworen. Auch das Gefühl der Bedrohung, das eine NATO-Osterweiterung hervorrufen würde, wird gepflegt. Dagegen enthält die "Verteidigung der Interessen der russischen Bevölkerung im Ausland" implizit bereits das Recht, diese notfalls auch durch eine militärische Intervention zu schützen.

Weitere Instrumente der russischen Regierung, militärpolitisch die Führung innerhalb der GUS zu übernehmen, sind die Durchführung sogenannter Friedensoperationen (so in Südossetien, Abchasien, Karabach und Tadschikistan), die Stationierung russischer Truppen (in Armenien, Georgien, Kirgistan, Kasachstan und Tadschikistan) und die Unterstützung der Regierungen der GUS-Staaten beim Aufbau eigener militärischer Strukturen. Letzteres verschafft der russischen Regierung politischen Einfluß und der russischen Rüstungsindustrie Absatzmärkte.

An dem Netz kollektiver Sicherheitsstrukturen wird weiterhin mit bilateralen Verträgen gestrickt. In Turkmenistan ist russisches Militär in den Luftstreitkräften und bei der Grenzsicherung präsent. Im Januar 1995 unterzeichnete der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew mit der Russischen Föderation einen Vertrag über militärische Kooperation, in dem die Aufstellung vereinter russisch-kasachischer Truppenverbände vorgesehen ist.

Am 21. Oktober 1994 wurde auf einem GUS-Gipfeltreffen in Moskau die Bildung eines "Zwischenstaatlichen Wirtschaftskomitees" vereinbart. Einer der wichtigsten Kontrollbereiche dieses von Moskau dominierten Komitees wird der Energiesektor sein. Eine Zollunion vereinbarten Weißrußland, die Russische Föderation und Kasachstan im Januar 1995. Seit dem 29. März 1996 gehört auch Kirgistan dieser Zollunion an; Usbekistan und Tadschikistan sollen ihr demnächst beitreten. Ziel ist, daß alle GUS-Staaten einer Wirtschaftsunion angehören. Des weiteren wurden auf einem GUS-Treffen am 12. April in Moskau Leitlinien zur Zusammenarbeit nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik für die kommenden zwei Jahre ausgearbeitet.

Begriffe wie "Zusammenarbeit", "Vereinigung" und "Re-Integration" zieren so manche Abkommen und Regierungserklärungen. Nur mißt ihnen jeder eine andere Bedeutung bei.

Die "Südflanke" der GUS

Gibt es einerseits Stimmen in der Russischen Föderation, sich von den armen Ländern Zentralasiens loszusagen, so steht diese rein ökonomische Argumentation im Gegensatz zu den Teilen im russischen Machtapparat, die Sicherheitsinteressen geltend machen. Insbesondere militärische Kreise betrachten den Süden der ehemaligen Sowjetunion als die Region, von der aus die größten Gefahren für die eigenen nationale Sicherheit ausgehen können. Hegemonialansprüche werden so als `natürliche ' Interessen definiert.

Die zentralasiatischen Länder bilden jedoch keinen einheitlichen Block. Die Wirtschaft Tadschikistans, das sich seit vier Jahren im Bürgerkrieg befindet, liegt völlig am Boden und die Regierung in Duschanbe kann sich nur durch die Unterstützung Moskaus an der Macht halten. Auf der anderen Seite konkurrieren die zwei bevölkerungsreichsten Staaten Zentralasiens, Kasachstan und Usbekistan, um die Vorherrschaft in der Region. Kasachstan favorisiert dabei eine Integration der GUS-Staaten. Dagegen ist Usbekistan bemüht, sich von den auf Moskau gerichteten Strukturen zu lösen. Während die Regierung des kleinen Kirgistan eine Integrationspolitik hinsichtlich seiner Nachbarn Usbekistan und Kasachstan wie innerhalb der GUS verfolgt, steht Turkmenistan einer engeren Zusammenarbeit innerhalb der GUS skeptisch gegenüber.

Die Präsidenten Kasachstans und Usbekistans unterzeichneten im Januar 1994 ein Abkommen zur Bildung eines "Gemeinsamen Wirtschaftsraumes", dem sich Kirgistan drei Monate später anschloß. Im Juli 1994 vereinbarten sie die Gründung der "Zentralasiatischen Bank für Entwicklung und Zusammenarbeit". Diese Abkommen hatten eher den Charakter politischer Absichtserklärungen, wobei genau diese divergierten. Für den usbekischen Präsidenten Karimow waren diese Vereinbarungen die Grundlage für eine regionale Integration, während der kasachische Präsident Nasarbajew in ihnen das Herzstück einer neuen GUS sah.

Nasarbajew verband mit einer "neuen GUS" seinen Vorschlag, nach dem Vorbild der EU eine "Eurasische Union" zu gründen, die alle GUS-Länder umfassen soll. Kernpunkt ist die Bildung überstaatlicher Organe, die die Wirtschafts-, Außen- und Verteidigungspolitik der einzelnen Staaten koordinieren. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben wäre laut Nasarbajew die Verhinderung regionaler Konflikte. Dafür sollen die einzelnen gleichberechtigten Staaten einen Teil ihrer Souveränität auf die Organe der "Eurasischen Union" übertragen. Dieser Vorschlag ist der ökonomischen und politischen Situation Kasachstans geschuldet.

Kasachstan

Kasachstan ist eine der rohstoffreichsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Es verfügt über große Erdöl- und Gasreserven, aber auch über reiche Vorkommen an Zink, Uran, Blei, Silber, Gold und Kupfer.(2) In der Vergangenheit war Kasachstan der größte Fleischlieferant und der zweitgrößte Exporteur von Getreide. So könnte das rohstoffexportierende Land seine Abhängigkeit von Rußland durch eine Abhängigkeit vom Weltmarkt eintauschen. Auf diesem Weg befindet sich bereits das Nachbarland Usbekistan.

Aber Kasachstan teilt nicht nur seine lange nördliche Landesgrenze mit der Russischen Föderation, es ist auch auf Transportwege angewiesen, die allesamt über russisches Territorium laufen. Besonders spürbar ist diese Abhängigkeit auf dem Ölsektor. Die Ausbeutung des kasachischen Öls wird nicht in dem möglichen Umfang realisiert, weil die Pipelines, durch die das Öl auf die Weltmärkte gelangt, alle über Rußland führen. Dies ist der Hebel für die russische Regierung, um auf die Vermarktung der Ölvorkommen im Kaspischen Meer Einfluß zu nehmen.

Der kasachische Präsident Nasarbajew hat noch einen anderen Grund, auf eine Integration der GUS zu drängen: In Kasachstan liegt der Anteil der russischen Bevölkerung - trotz Abwanderung - bei 35% (der Anteil der Kasachen beträgt 45%). Nasarbajew muß befürchten, daß der russisch geprägte Norden Kasachstans wegbricht.

Hinter dem Ethnopoly stehen handfeste soziale Konflikte. Die städtisch orientierte russische Bevölkerung stellte zu sowjetischer Zeit den Großteil der hochqualifizierten Fachkräfte, während die kasachische Bevölkerung einen minderen Rang einnahm - eine Hierarchie, von der alle zentralasiatischen Republiken geprägt sind. Möchte die Bevölkerung der Titularnation nun auch einmal zum Zuge kommen, fürchtet die andere Seite den sozialen Abstieg - was in wütenden Nationalismen Ausdruck finden kann. Daß sich die russische Regierung nicht scheut, im eigenen Interesse sogenannte ethnische Konflikte zu schüren, hat sie schon mehrmals bewiesen.

Usbekistan

Durch die Erschließung eigener Öl- und Erdgasvorkommen, mit denen sich Usbekistan nahezu selbst versorgen kann, ist es diesem Land gelungen, sich ein Stück weit aus der Abhängigkeit von Moskau zu lösen. Neben Kohle und Buntmetallen ist die Grundlage der usbekischen Wirtschaft die Baumwoll- und Goldproduktion. Der Export von Baumwolle macht 83% der Exporte insgesamt aus. Auch die nicht unbedeutende Industrie des Landes ist eng mit dem Baumwollanbau verbunden. Usbekistan war und ist aufgrund dieser Monokultur von Lebensmittelimporten abhängig. Außerdem haben der immense Einsatz von Düngemitteln und die künstliche Bewässerung verheerende ökologische Folgen. Andererseits stützen die Baumwoll-Erlöse die Wirtschaft des Landes, die jedoch von Krediten westlicher Länder und des Internationalen Währungsfond (IWF) abhängig ist.

In den letzten beiden Jahren wuchs der Außenhandel Usbekistans mit den Nicht-GUS-Ländern. 1995 war dies 63% des gesamten Außenhandels. So steht und fällt die usbekische Wirtschaft mit dem Auf und Ab der Weltmarktpreise. Vor diesem Hintergrund ist es dem usbekischen Präsidenten Karimow möglich, von einer engeren Integration der GUS Abstand zu nehmen.

Turkmenistan, Kirgistan

Auch Turkmenistan steht der GUS-Reintegration abwartend gegenüber. Im Gegensatz zu der Zurückhaltung Usbekistans setzt der turkmenische Präsident Nijasow auf bilaterale Vereinbarungen, insbesondere mit der Rußland, aber auch mit dem Iran und der Türkei. Nach Angaben Nijasows besitzt Turkmenistan weltweit die viertgrößten Erdgasvorkommen. Im Januar 1995 wurde der Bau einer Pipeline über den Iran in die Türkei vereinbart, an dem die Russische Föderation jedoch beteiligt werden soll. Daß die russische Regierung Druck ausübt, das Monopol über die Pipelines nicht zu verlieren, ist Teil ihrer Strategie der Herrschaftssicherung.

Neben Erdölprodukten und Baumwolle ist Erdgas das wichtigste Exportgut Turkmenistans, das 70% seiner Exporte in die GUS ausführt. Die Importe (an erster Stelle stehen Nahrungsmittel) kommen zu 80% aus der GUS. Mit Hilfe ausländischer Investitionen will die turkmenische Regierung die verarbeitende Industrie ausbauen, insbesondere im Textilsektor.

Eher geostrategische als wirtschaftliche Bedeutung hatte in der Vergangenheit das an China grenzende Kirgistan. Wasser ist der größte Reichtum des ansonsten rohstoffarmen Landes. Baumwolle, Leicht- und Textilindustrie sind im Vergleich zu den anderen GUS-Staaten unbedeutend. Der kirgisische Präsident Akajew, der als einziger Staatspräsident in Zentralasien nicht aus der sowjetischen Nomenklatura kommt, setzt angesichts der ökonomischen Schwäche Kirgistans auf Kredite der westlichen Länder und des IWF. Zugleich versucht Akajew, durch eine engere Zusammenarbeit innerhalb der GUS die wirtschaftliche Lage seines Landes zu verbessern.

Die zentralasiatischen Republiken gehörten zu den ärmsten der Sowjetunion. Trotzdem waren sie bis Mitte der 80er Jahre das Vorzeigemodell für eine gelungene Transformation sogenannter rückständiger Gebiete in moderne sozialistische Industriegesellschaften. Die Gründung von Nationalstaaten läßt die andere Seite der "gelungenen" Entwicklung verstärkt zutage treten. Der größte Teil der Bevölkerung lebt in Armut, die Arbeitslosigkeit ist hoch und die gesundheitlichen und ökologischen Problemen sind so groß, daß sie weder in finanzieller noch in sozialer Hinsicht von den jeweiligen Regierungen einzeln gelöst werden können. An den Lebensbedingungen der Bevölkerung ändert es wenig, ob sie in einer "Dritten Welt Moskaus" oder in einer "Dritten Welt des Weltmarktes" leben.

Sabine Ott

Anmerkung:

1. Als "Nahes Ausland" werden im russischen Machtapparat die anderen GUS-Staaten bezeichnet.

2. In Kasachstan, dessen Territorium zu Zeiten der UDSSR zu atomaren, chemischen und biologischen Testzwecken genutzt wurde, sind noch atomare Sprengköpfe stationiert; außerdem befindet sich hier das ehemalige sowjetische Raumfahrtzentrum.

23. Streit um die Einheitspartei. Drei neue Bücher zur SED-Gründung

Anmerkungen zur SED-Gründung vor 50 Jahren

Autor: Kt. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:16

Im April wäre sie 50 geworden, die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland). "Von der Parteien Haß und Gunst verzerrt schwankt ihr Charakterbild in der Geschichte", oder so ähnlich hat es wohl mal einer der Klassiker unseres humanistischen Erbes formuliert.

Die SPD zog am 21. April an historischer Stätte, im Metropol-Theater an der Friedrichstraße, eine Gedenkveranstaltung durch, die es in sich hatte. Da meinte man, noch die rostigen Räder und Ketten der Folterwerkzeuge knirschen zu hören, mit denen vor fünfzig Jahren biedere Sozialdemokraten unters kommunistische Joch gezwungen wurden. "Euer Leiden war nicht vergebens, Euer Andenken bleibt uns Verpflichtung", rief Oskar Lafontaine pathetisch aus, als hätte er versehentlich ein Redemanuskript für die Opfer des Faschismus eingesteckt.

Die SPD besteht auf dem Reizwort "Zwangsvereinigung", auf das sie sich schon vor Jahrzehnten festgelegt hat. Dieser Kampfbegriff geht meilenweit an den unterschiedlichen Motivationen und Stimmungen vorbei, mit denen nach dem 21./22. April 1946 Hunderttausende Sozialdemokraten in der Sowjetisch Besetzten Zone und Ostberlin den Beitritt zur neugegründeten SED vollzogen. Die SPD-Politiker der Westzonen haben damals nicht begriffen, was vor sich ging, oder sie wollten kein Verständnis dafür entwickeln, und sie wirken auch fünfzig Jahre später noch kein Stück schlauer.

Andererseits: Betrachtet man den gesamten Zeitraum der Formierung der SED, der sich über mehrere Jahre erstreckte, so gewinnt der Begriff der "Zwangsvereinigung" an Berechtigung. Die SED entwickelte sich nicht zu einer Synthese sozialdemokratischer und kommunistischer Elemente, sondern zur einseitigen Fortsetzung der KPD unter gewandelten Bedingungen. Es gab für Sozialdemokraten keine eigenständige Betätigungsmöglichkeit in der DDR. In dem Land, das sich - wenn auch als domestiziertes Deko-Stück - sogar eine Nationaldemokratische Partei leistete, waren sozialdemokratische Gruppen nur ein Fall für die Justiz. Die Umformung der SED zur stalinistischen "Partei neuen Typs" erfolgte mit Massenausschlüssen, "Säuberungen" (die oft mit der Kriminalisierung der Betroffenen einhergingen) und über den Parteiaustritt von zigtausenden Sozialdemokraten als Reaktion auf diese Entwicklung.

Das alles zusammengenommen bedeutet, daß es zur Verschmelzung mit der KPD überhaupt keine praktische Alternative gab, also auch keine wirkliche Entscheidungsfreiheit zwischen Aufgehen in der SED oder eigenständiger Fortexistenz. Das ist aber eine Schlußfolgerung aus dem Rückblick; im Frühjahr 1946 stellte sich die Sache noch keineswegs in dieser Schärfe und Eindeutigkeit dar. Die Mehrheit der ostzonalen Sozialdemokraten traten der SED bei, weil sie von ihrer Parteiführung ständig in der Logik des "kleineren Übels" und der Anpassung ans "Machbare" erzogen worden waren, weil sie erwarteten, Kraft ihrer überlegenen Zahl die neue Partei wesentlich mitformen zu können, oder einfach aus dem Wunsch nach einer einheitlich organisierten Arbeiterklasse, als zentrale Voraussetzung für antifaschistische und antikapitalistische Veränderungen der Gesellschaft. Mit dieser klassenkämpferischen Zielstellung hat die heutige SPD der Gesundbeter des Kapitalismus kaum noch etwas zu tun. Insoweit ist in der Sache Franz Walter zuzustimmen, der in der "Zeit" schrieb: "Es mag die Sozialdemokraten schmerzen, aber in der PDS sind gewiß mehr - personelle, mentale, organisatorische, normative und kulturelle - Traditionselemente der alten, 1946 untergegangenen SPD aufbewahrt als in der neuen SPD der protestantischen Pfarrer und Individualisten." (15.3.96)

Exkurs: Die Einheit

der Arbeiterklasse

Die Forderung nach organisatorischer Einheit der Arbeiterklasse kam nach dem Zusammenbruch des NS-Systems zunächst in erster Linie aus sozialdemokratischen Basiskreisen. Zu diesem Zeitpunkt wäre sie

darauf hinausgelaufen, von Anfang an eine gemeinsame neue Partei aufzubauen, die Wiedergründung von SPD und KPD in den vier Besatzungszonen gar nicht erst zuzulassen.

Die KPD-Führung, in deren Anhängerschaft solche Stimmungen gleichfalls vorhanden waren, stieg erst ungefähr Mitte September 1945 auf die Einheits-Parole ein, dann aber bald mit großem Einsatz und Druck aufs Tempo. Für ihr anfängliches Abwarten fallen zwei Gründe vor allen anderen ins Auge: 1. Der Neuaufbau und die Stabilisierung der eigenen Partei stand im Vordergrund, da ohne diese Voraussetzung eine sozialdemokratische Dominanz in einer Einheitspartei zu erwarten gewesen wäre. - 2. Im gemeinsamen Interesse der KPD und der sowjetischen Besatzungsmacht sollte vor Lancierung einer Einheitskampagne die Besetzung wesentlicher Verwaltungsstellen in der SBZ mit kommunistischen Kadern abgeschlossen sein.

Realpolitisch war außerdem zu berücksichtigen: Die SPD hatte nahezu überall und insgesamt in Deutschland weit mehr Mitglieder als die KPD. Auf der Ebene der Anhängerschaft und des Wählerpotentials war der Unterschied noch stärker. Bei einem Zusammenschluß der beiden Parteien wäre die KPD durch das Gewicht der sozialdemokratischen Zahl majorisiert worden. Nur in der SBZ bestand die Möglichkeit, mit Hilfe der Besatzungsmacht eine politische und personelle Hegemonie der KPD in einer Einheitspartei durchzusetzen. Die kommunistische Führung konnte ihren Druck auf das Tempo der Vereinigung also erst steigern, als aus der unterschiedlichen Entwicklung in den Besatzungszonen und aus dem kategorischen Nein der West-SPD klar zu erkennen war, daß die Bildung der Einheitspartei auf die SBZ beschränkt bleiben würde.

Die nach Kriegsende in der Arbeiterbewegung aufgrund der Erfahrung mit dem Faschismus verbreitete Vorstellung, die "Spaltung der Arbeiterklasse" müsse und könne durch den Zusammenschluß von SPD und KPD in verhältnismäßig kurzer Zeit überwunden werden, war ebenso gutwillig wie bodenlos naiv. Es wäre auch falsch, die dahinter stehende, im Grunde herzlich unpolitische Blauäugigkeit einfach nur als proletarische Tugend zu glorifizieren. Wenn viele Mitglieder und Anhänger der Arbeiterparteien oftmals nicht recht begriffen, worüber sich ihre Führer eigentlich stritten und was die Bedeutung dieser oder jener Meinungsverschiedenheit war, lag darin ebenso viel Richtiges wie Falsches. Richtig deshalb, weil es sich oft tatsächlich um parteibornierte Zuspitzungen und Haarspaltereien handelte. Falsch aber deshalb, weil sich in dem Unverständnis vieler "einfacher Arbeiter" für politischen Streit auch Theoriefeindlichkeit, mangelndes Problembewußtsein und ein fragwürdiges Harmoniebedürfnis ausdrückten.

In Verlautbarungen der KPD während des Krieges und in der ersten Nachkriegszeit erscheint die "Spaltung der Arbeiterbewegung" als großes tragisches Ereignis, für das natürlich in erster Linie die SPD-Führer verantwortlich waren, aber das jedenfalls schnellstens rückgängig gemacht werden müßte. So wurde es auch Bestandteil der offiziellen SED-Geschichtsschreibung.

Die "Spaltung der Arbeiterbewegung" ist aber kein historischer Unfall, sondern wurde von ihrem revolutionären Flügel bewußt herbeigeführt und organisatorisch verfestigt. Lenin hat einen großen Teil seiner Energie darauf verwendet, die Unvermeidlichkeit dieser Spaltung argumentativ zu begründen und die "Einheits"-Illusionen gnadenlos zu zerpflücken. Die "Spaltung der Arbeiterbewegung" ist ihrer Entstehung nach nichts anderes als die Abspaltung revolutionärer Organisationen vom reformistischen Mainstream, der sich mit dem Kapitalismus zu arrangieren begonnen hatte. Jenseits beklagenswerter Überspitzungen - wie das böse Wort vom "Sozialfaschismus" - war die Gegnerschaft von SPD und KPD in der Weimarer Republik darin begründet, daß man sehr unterschiedliche Ziele verfolgte und verschiedene Wege ging.

Hierzu gehört:

- daß die SPD sich 1918 bis zum Anfang der zwanziger Jahre mit den rechtsextremen Kräften der "Freikorps" verbündete, um die revolutionäre Bewegung niederzuschlagen, und daß sie auf diese Weise die Vorläufer der Nazi-Diktatur organisierte und bewaffnete.

- daß sich das Sozialismus-Bild der SPD zum Ziel eines humanisierten Kapitalismus wandelte.

- daß die SPD die Wiederwahl des Weltkrieg-Generals Hindenburg zum Reichspräsidenten ermöglichte, der dann Hitler zum Kanzler machte.

- daß die SPD kategorisch jede Zusammenarbeit mit der KPD gegen die nazistische "Machtergreifung" ablehnte, was mit den Fehlern der KPD keineswegs zu rechtfertigen ist.

Besonders der letzte Punkt verdient Beachtung, wenn heute SPD-Politiker eine Schuld-Debatte zu Lasten der PDS anzuzetteln versuchen. Zweifellos hat die KPD vor 1933 versucht, die sozialdemokratische Basis von ihren Führern zu trennen. Übrigens ist das parteipolitisch ein völlig legitimes Verhalten; Lafontaine hat das gerade eben wieder als Taktik gegenüber der PDS empfohlen. Ebenso zweifellos hatte die KPD allezeit ein "taktisches Verhältnis" zu ihren Einheitsfront-Angeboten an die SPD. Auch das ist, solange es in Maßen praktiziert wird, das normale Verhalten jeder Partei, die mit anderen konkurriert und selbstverständlich ihre eigene Position zu verbessern trachtet.

Der größte, grundlegende Fehler der KPD vor 1933 bestand in der Theorie vom "Sozialfaschismus". Das war nicht nur ein leichtfertig dahergesagtes Schlagwort, mit dem überflüssigerweise und sinnlos alle Sozialdemokraten vor den Kopf gestoßen wurden, sondern drückte auch eine verkehrte Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung aus. Dahinter stand die These, daß die SPD die "soziale Hauptstütze der Bourgeoisie" sei, was für einen bestimmten Zeitraum der Weimarer Republik halbwegs zutraf, aber angesichts des schnellen Anwachsens der Nazi-Bewegung seit 1930 katastrophaler Unfug war. Zu diesen Fragen hat sogar die offizielle DDR-Geschichtsschreibung selbstkritische Positionen entwickelt.

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die KPD tatsächlich eine Vielzahl von Aufforderungen zur gemeinsamen antifaschistischen Aktion an die SPD gerichtet hat. Die SPD-Führung hat sie alle ausgeschlagen, offenbar in der grundfalschen Annahme, daß es überhaupt kein größeres Übel geben könnte als eine Zusammenarbeit mit der KPD.

Daß eine breite Mehrheit der Sozialdemokraten 1945 zur Aktionseinheit mit der KPD grundsätzlich bereit war, stellte auch eine Antwort auf die Verweigerungshaltung der SPD-Führung vor 1933 dar. Oft verband sich damit das Schuldbewußtsein, angesichts der nazistischen Herausforderung letztlich versagt zu haben - eine Haltung, die den Lafontaines, Schröders und Scharpings selbstverständlich völlig fremd ist.

Mittel zum Zweck

Die von der KPD-Spitze in Absprache mit der sowjetischen Militärverwaltung forcierte Kampagne für die einheitliche Arbeiterpartei bediente sich des verbreiteten Einheitsbedürfnisses nach der Niederlage und Unterdrückung durch den Nazismus. Daß die maßgeblichen Politiker aber selbst von dieser Stimmung infiziert und mitgerissen waren, kann mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Die Selbständigkeit und Handlungsfähigkeit als Partei aufzugeben zugunsten eines neuen Zusammenschlusses, in dem die eigene Hegemonie nicht gesichert gewesen wäre, wäre nach den Maßstäben der kommunistischen Tradition eine Riesendummheit gewesen. Auch die sowjetische Besatzungsmacht, an der nicht vorbei gehandelt werden konnte, hätte an der Auflösung der KPD zugunsten einer unberechenbaren neuen Partei keine Freude gehabt.

Nach Lage der Dinge stellte die Bildung der SED für die KPD-Führung in der SBZ und Ostberlin den zweckmäßigsten Weg dar, um sich den großen sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung unterzuordnen und der SPD die Basis für eine selbständige Politik in diesem Teil Deutschlands zu entziehen. Nichts spricht dafür, daß die KPD-Spitze diese Möglichkeit erst im Laufe der Zeit allmählich entdeckte.

Einschränkend ist anzumerken: Die Zukunft war 1945/46 nicht so eindeutig planbar, daß das Unternehmen Einheitspartei für die Führungsspitze um Ulbricht und Pieck absolut berechenbar und risikofrei war. Es bestand zu dieser Zeit immer noch die - wenn auch vermutlich geringe - Möglichkeit, daß sich die alliierten Mächte auf die Wiederherstellung eines gesamtdeutschen Zusammenhangs verständigten. Das hätte die Wiederzulassung der SPD in der SBZ, andererseits die Ausdehnung der SED auf die drei Westzonen und schließlich eine für die KPD/SED aussichtslose Konkurrenzsituation in freien Wahlen bedeuten können. Gerade darum sahen auf der anderen Seite viele ostzonale Sozialdemokraten, die eigentlich keine unbedingten Einheitsbefürworter waren, im Beitritt zur SED eine reale Chance, die Entwicklung politisch mitzugestalten und eine sozialdemokratische Basis in der SBZ zu erhalten.

"Einheit von unten"

Am 20./21. Dezember 1945 fand eine erste gemeinsame Konferenz zwischen Vertretern des Zentralausschusses der SPD - praktisch die Leitung der Partei in der SBZ - und dem Zentralkomitee der KPD statt. Ergebnis war die Einsetzung einer Studienkommission aus je vier Mitgliedern beider Parteien; sie sollte das Programm der künftigen Einheitspartei entwerfen. Ansonsten enthielt die vereinbarte Entschließung außer

dem allgemeinen Bekenntnis zur Notwendigkeit einer "Einheitspartei der Arbeiter" kaum Konkretes. Die KPD hatte vergeblich versucht, die SPD darauf festzulegen, den Vereinigungsprozeß mit Parteitagen der Provinzen und Länder in der SBZ unmittelbar einzuleiten. Die Gegenposition des Zentralausschusses war, daß der Zusammenschluß nicht zonal, sondern gleich gesamtdeutsch erfolgen müsse. In diesem Zusammenhang bestand der Zentralausschuß zunächst darauf, daß nur ein Reichsparteitag der SPD definitiv über die Verschmelzung mit der KPD entscheiden könne.

Äußerungen des westdeutschen SPD-Führers Schumacher und Beschlüsse von SPD-Funktionärskonferenzen in der britischen und in der amerikanischen Zone machten aber sofort deutlich, daß von einem gesamtdeutschen Parteitag kein Votum für die Vereinigung zu erwarten war. Schumacher - ein verbissener Kommunistenfresser und nationalistischer Demagoge - sprach erstmals von der beabsichtigten "Zwangsvereinigung", die "auf Befehl der sowjetischen Besatzungsmacht und ihrer kommunistischen Handlanger" erfolgen solle. Sein Verhalten gegenüber dem SPD-Zentralausschuß war von gnadenloser Arroganz und Kompromißlosigkeit geprägt: Schumacher demonstrierte, daß er die Sozialdemokratische Partei in der SBZ bereits abgeschrieben hatte, daß er ihre Führer nicht als gleichberechtigte Gesprächspartner akzeptierte. Tatsächlich empfahl er Anfang Februar 1946 sogar die Selbstauflösung der Partei in der Ostzone.

Das bedeutete, daß die Politik der SPD in den Westzonen für die Masse der sozialdemokratischen Mitglieder in der SBZ keine Alternative zum Zusammengehen mit der KPD und noch nicht einmal einen Rückhalt darstellte. Denn die große Mehrheit dieser Sozialdemokraten wollte ja, ganz anders als Schumacher und andere westdeutsche SPD-Führer, eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Sehr viele befürworteten offenbar auch die Bildung einer gemeinsamen Partei, nur nicht in dem von der KPD aufgezwungenen Eiltempo und nicht unter dem Drängen und den Drohungen der sowjetischen Besatzungsmacht.

Die KPD setzte in dieser Phase auf organisierten und inszenierten "Druck von unten". In vielen Betrieben wurden Resolutionen von Arbeiterversammlungen herbeigeführt, in denen die "schnellste Vereinigung beider Parteien" gefordert wurde. In Thüringen und Sachsen, den ostzonalen Hochburgen der Sozialdemokratie, fanden Mitte 1946 gemeinsame Funktionärskonferenzen beider Parteien statt, um Bekenntnisse zum Zusammenschluß abzulegen.

In Sachsen erfolgte zugleich die Bildung zahlreicher gemeinsamer Kommissionen, Bildung eines zentralen Büros zur Koordinierung der Arbeit, Organisierung einer einheitlichen Schulung und gemeinsame Herausgabe von Schulungsmaterial, Beratungen der Redaktionen der Parteizeitungen "zwecks Einstellung der Arbeiterpresse auf die gemeinsame Politik" usw.

In Mecklenburg-Vorpommern beschloß der Landesarbeitsausschuß beider Parteien am 6. Januar 1946 "die unmittelbare Durchführung einer breiten Kampagne unter den Mitgliedern und Funktionären der beiden Arbeiterparteien mit dem Ziel, die Einheit zu schaffen". Dazu gehörte die Bildung gemeinsamer Ausschüsse für die zentralen Politikbereiche, die "sofortige Durchführung gemeinsamer Schulungsarbeit" und die Ansetzung gemeinsamer Funktionärskreiskonferenzen noch im Januar.

Die Entscheidung auf zentraler Ebene fiel am 11. Februar: Auf einer Tagung des SPD-Zentralausschusses gemeinsam mit den ostzonalen Landesvorsitzenden wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, "sofort einen Parteitag für die sowjetische Besatzungszone, einschließlich Berlin, einzuberufen," der über das Zusammengehen mit der KPD entscheiden sollte. Damit war der Einwand fallengelassen worden, daß nur ein Reichsparteitag aller vier Zonen über die Vereinigung beschließen könne.

Otto Grotewohl - SPD-Chef in der SBZ und später erster Ministerpräsident der DDR - begründete das so: In einer Verhandlung am 8. Februar habe ihm der westdeutsche SPD-Vorsitzende Schumacher ausdrücklich erklärt, "daß die Abhaltung eines Reichsparteitages nicht in Frage kommen könne, bevor nicht Deutschland wieder ein Reich sei". Daher seien die Parteiorganisationen in der SBZ, mit Ausnahme des Bezirks Berlin, der Meinung, daß "eine weitere Herauszögerung der eigenen Entscheidung in der Frage der Vereinigung der beiden Organisationen unter keinen Umständen mehr tragbar sei".

Am 26. Februar fand die zweite Konferenz der zentralen Gremien von SPD der SBZ und KPD statt. Die insgesamt 60 Vertreter beider Parteien verständigten sich darauf, zu Ostern, zwischen 19. und 22. April 1946, zunächst getrennte Parteitage stattfinden zu lassen und im Anschluß daran die Gründung der SED offiziell zu

vollziehen. Noch vorher kam es auf allen Ebenen, von Betrieben bis hin zu Bezirken und Kreisen, zu Vereinigungskonferenzen.

Nach offiziellen Angaben repräsentierte der Gründungsparteitag der SED 679.159 sozialdemokratische und 619.256 kommunistische Mitglieder; die von der KPD selbst angegebene Stärke war möglicherweise übertrieben. Vereinbarungsgemäß wurden in der SED die Positionen auf allen Ebenen zunächst paritätisch mit Mitgliedern beider Parteien besetzt. Dieses Prinzip wurde offiziell Anfang 1949 außer Kraft gesetzt, nachdem es in den Landesverbänden bereits durchlöchert worden war. Zur Begründung hieß es, daß man die unterschiedliche Herkunft der SED-Mitglieder nicht verewigen dürfe und daß es bei dem Paritätsverfahren keinen Platz für die sehr zahlreichen Neu-Mitglieder gebe, die weder der SPD noch der KPD angehört hatten.

20.000 Vereinigungsopfer?

Die SPD spricht heute davon, daß etwa 20.000 Sozialdemokraten der SBZ Opfer von Verfolgung geworden seien, weil sie sich der Vereinigung widersetzten. Das entspräche knapp drei Prozent der SPD-Mitglieder in der SBZ. Die Zahl ist willkürlich gewählt - Erkenntnisse liegen dazu nicht ausreichend vor - und sie faßt qualitativ sehr verschiedene Formen des Leidens zusammen: von Parteiausschlüssen, Einschüchterungsversuchen durch sowjetische Besatzungsoffiziere, Übersiedlungen in die Westzonen, bis hin zu Haft und Mißhandlungen. Letzteres war aber zu dieser Zeit offenbar eine seltene Ausnahme.

Es war keineswegs so, daß es generell eine große persönliche Gefährdung bedeutete, gegen den Zusammenschluß zu diesem Zeitpunkt und unter den gegebenen Umständen Stellung zu nehmen. Viele Sozialdemokraten, die sich anfangs gegen die Vereinigung ausgesprochen hatten, traten dann doch der SED bei. Nicht zu bestreiten ist aber, daß zahlreiche besonders aktive Vereinigungsgegner, vor allem deren Wortführer, "Schwierigkeiten" bis hin zur Inhaftnahme bekamen. Außerdem bestand generell absolut keine Chancengleichheit zwischen den Positionen; für Gegner des Zusammenschlusses gab es (außer in Berlin) praktisch keine Möglichkeit, sich publizistisch zu äußern, geschweige denn in der Parteipresse zu Wort zu kommen.

Andererseits kann das Zustandekommen formal korrekter, demokratischer Beschlußfassungen zugunsten der Einheitspartei auf allen Ebenen der SPD mit Zwang allein oder in der Hauptsache nicht erklärt werden. Niemand war gezwungen, der SED beizutreten, und für die meisten Sozialdemokraten war dieser Schritt noch nicht einmal aus Opportunitätsgründen notwendig. Die Motivationen nachträglich zu differenzieren und Klarheit über ihren jeweiligen Anteil am Entscheidungsprozeß zu gewinnen, ist unmöglich. Daß viele Sozialdemokraten diesen Schritt aus eigenem Willen taten, weil sie Hoffnungen in die Einheitspartei setzten - Erwartungen, die zwar von der SED nicht erfüllt wurden, aber auch nicht von der SPD in Westdeutschland - ist Teil der Wirklichkeit.

Die Urabstimmung

in Westberlin

In Berlin verlief die Entwicklung anders als in der SBZ. Vor allem im Westteil der Stadt formierte sich in der SPD starker Widerstand gegen den Zusammenschluß. Mehrere Kreisdelegiertenkonferenzen forderten, die geplante Vereinigung zum Gegenstand einer Urabstimmung in ganz Berlin zu machen und dieses Verfahren auch in der SBZ anzuwenden.

Am 1. März 1946 schloß sich eine Funktionärskonferenz der Berliner Sozialdemokratie mit etwa 2.500 Teilnehmern mit deutlicher Mehrheit der Urabstimmungsforderung an. Vertreter des Zentralausschusses der SPD und sogar KPD-Sprecher äußerten daraufhin zunächst die sichere Zuversicht, daß dieser Mitgliederentscheid eine große Mehrheit für die Einheitspartei ergeben werde. Am 4. März bestätigte der SPD-Bezirksvorstand die Entscheidung der Funktionärskonferenz und legte den 31. März als Datum für die Urabstimmung fest. Am 12. März kippte der SPD-Parteiausschuß die Urabstimmung, indem er sie als statutenwidrig bezeichnete. Zwei Tage später stimmte eine Kreis- und Abteilungsleitersitzung mit großer Mehrheit doch wieder für die Mitgliederbefragung.

Die Urabstimmung konnte schließlich nur in Westberlin durchgeführt werden. Der Zentralausschuß rief alle Sozialdemokraten zum Boykott auf. In Ostberlin verhinderte die Macht der sowjetischen Militärregierung (SMAD) die Befragung. Dabei ist es ein müßiger Streit um Worte, ob sie den Vorgang verboten oder lediglich

aus formalen Gründen nicht genehmigt hatte. Eine kleine Anzahl von Wahllokalen in Ostberlin, die trotzdem eingerichtet worden waren, wurden mit Polizeigewalt geschlossen.

Die Abstimmung vom 31. März nimmt in der Parteilegende der SPD einen zentralen Platz ein: Die klare Ablehnung der "Zwangsvereinigung" in Westberlin wurde umstandslos auf die gesamte SBZ hochgerechnet, um daraus zu beweisen, wie sich alle ostzonalen Sozialdemokraten verhalten hätten, wenn ihnen die freie Entscheidung gelassen worden wäre. Zugespitzt gesagt könnte man nach dieser Logik auch vermuten, daß die CSU in ganz Deutschland die absolute Mehrheit bekommen würde, falls sie bundesweit kandidieren würde.

An der Abstimmung beteiligten sich 71,5% der Westberliner SPD-Mitglieder. Davon stimmten 82,2% gegen einen sofortigen Zusammenschluß; 12,4% sprachen sich dafür aus, was erstaunlich ist, denn der Zentralausschuß hatte die Einheitsbefürworter ja zur Stimmenthaltung aufgefordert.

Gegenstand des Votums war eine geschickt formulierte Doppelfrage. Teil 1 lautete: "Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien?" - Es handelte sich also nicht, wie die SPD-Legende heute vortäuscht, um einen grundsätzlichen Entscheid über die Vereinigung von SPD und KPD, sondern nur über Zeitpunkt und Modalitäten. Offensichtlich kalkulierte die westdeutsche SPD-Führung damals, daß sie mit einer frontalen Fragestellung gegen die Einheitspartei Schiffbruch erleiden würde.

Die zweite Frage war: "Bist Du für ein Bündnis beider Parteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und Bruderkampf ausschließt?" - 61,7% der Abstimmenden antworteten mit Ja, 23,4% mit Nein.

Die Urabstimmung enthielt also nicht nur die Ablehnung der sofortigen Vereinigung, sondern auch einen eindeutigen Auftrag zur Aktionseinheit mit der KPD. Die praktische Umsetzung durch die SPD-Führung erfolgte selbstverständlich nicht. Schon Ende 1945 hatte sie in den drei Westzonen jede Zusammenarbeit mit der KPD, die nach dem 8. Mai in Gang gekommen war, eingestellt. Die Doppelfrage stellte also einen vorgeplanten Betrug an den Westberliner SPD-Mitgliedern dar: Sie war bewußt so formuliert, daß eine maximale Stimmenzahl gegen den Zusammenschluß mit der KPD erreicht wurde. Zu diesem Zweck war anfangs sogar geplant gewesen, die beiden Fragen durch ein "oder" alternativ gegeneinander zu stellen.

Absolute Mehrheit

knapp verfehlt

Am 20. Oktober 1946 wurden die Landtage der SBZ gewählt. Es war die erste und letzte im wesentlichen freie Wahl. Später gab es nur noch eine Einheitsliste, auf der die Blockparteien und verschiedene andere Organisationen nach einem genau festgelegten Proporz vertreten waren. Die SED erreichte in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen Ergebnisse von über 49%, verfehlte aber überall die absolute Mehrheit. Ihr "schwächstes" Ergebnis hatte sie im Land Brandenburg mit 43,9%. Umgerechnet auf die ganze SBZ (ohne Ostberlin) lag die SED bei 47,6%. Die ostzonale CDU und die Liberale Partei lagen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, insgesamt ungefähr gleichauf mit jeweils etwa einem Viertel aller Wählerstimmen. In einer Reihe größerer Städte wurde die LDP stärkste Partei. Zur Regierungsbildung in den Ländern mußte die SED die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, VdgB, heranziehen, die zwischen 1,7 (Sachsen) und 4,9% (Brandenburg) erreicht hatte.

Mit dem Ergebnis hätte die SED durchaus zufrieden sein können, aber offenbar hatte man erwartet, in den Ländern die absolute Mehrheit zu erreichen. Zur Enttäuschung trug auch bei, daß die SED gegenüber den Gemeindewahlen im September relativ und absolut verloren hatte. Zwar war die SED in den Gemeinden auf 57,1% gekommen. Allerdings war sie aufgrund der Eingriffe der SMAD vielerorts die einzige kandidierende Partei gewesen, so daß ein Vergleich mit den Landtagswahlen irreführend ist.

Aus beiden Lagern der Einheitspartei gab es Schuldzuweisungen und Schlußfolgerungen. Viele aus der SPD gekommene Funktionäre machten für das als unbefriedigend eingestufte Wahlergebnis die Politik der sowjetischen Militärbehörden verantwortlich. Vor allem die Demontagen - Abtransport ganzer Fabrikanlagen oder großer Teile der Produktion in die UdSSR als Entschädigung für die Kriegsschäden - waren eine ewige Quelle der Kritik. Die SED müsse sich vom Ruf der "Russenpartei" freimachen, Unabhängigkeit gegenüber den sowjetischen Besatzungsbehörden demonstrieren, argumentierten viele Sozialdemokraten. Otto Grotewohl entfuhr gar das unbedachte Wort, die SED-Mitglieder dürften nicht als "Quislinge" erscheinen - in Anlehnung an den von der deutschen Besatzung in Norwegen eingesetzten Marionettenpolitiker Quisling.

Auf der anderen Seite machten aus der KPD stammende Politiker die organisatorische Uneinheitlichkeit und das mangelnde politische Bewußtsein vieler Mitglieder für das mangelhafte Erscheinungsbild der SED und damit auch für das Wahlergebnis verantwortlich. Von "rücksichtsloser Entfernung parteischädigender Elemente" war die Rede, von der Überwindung der Passivität vieler Mitglieder und von der Verbesserung der innerparteilichen Schulungsarbeit. Letzten Endes lief alles auf die Zurückdrängung des sozialdemokratischen Einflusses in der Einheitspartei hinaus.

Ein Sonderfall war Berlin. Da die Stadt insgesamt unter gemeinsamer Kontrolle der vier Alliierten stand, blieb die SPD auch im sowjetischen Sektor eine zugelassene Partei mit legalen Wirkungsmöglichkeiten. Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 92,3% wurde die SPD am 20. Oktober 1946 in ganz Berlin mit 48,7% stärkste Partei. Die SED wurde nur von 19,8% gewählt, so daß sie an dritter Stelle hinter der CDU mit 22,1% lag. Sogar in Ostberlin schnitt die SPD mit 43% deutlich besser ab als die SED, die es auf rund 30% brachte.

Die Jagd auf die "Schumacher-Leute"

Ende Juni 1948 wurde auf einer Tagung des Parteivorstandes die Parole ausgegeben, die SED müsse zu einer "Partei neuen Typs" umgestaltet werden. Einen Monat später veröffentlichte der Parteivorstand seine Resolution "Für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen". Neben Mitgliedern mit "parteifeindlicher" und "sowjetfeindlicher" Haltung wurde in dieser Resolution eine weitere Feindgruppe klar umrissen: "Mitglieder, bei denen begründeter Verdacht besteht, daß sie im Interesse parteifeindlicher Kräfte (Agenten des Ostsekretariats der SPD) ... in der Partei wirken."

Es begann die Jagd auf die "Schumacher-Leute", das heißt auf illegale Zellen der SPD in der DDR. Die Bekanntgabe der Aufdeckung solcher Gruppen erfolgte in einem Ton, als würde es um scherbewaffnete Bandenkriminalität gehen. Regelmäßig kam der Vorwurf der Spionage und feindlichen Agententätigkeit hinzu. Entsprechend drakonisch fielen oft die Urteile der Justiz aus.

Zugleich wurde dem "Sozialdemokratismus" in der SED der Kampf angesagt. Die Rede war von "sozialdemokratischen Genossen, die mit ihrer Vergangenheit noch nicht restlos gebrochen haben" und vom "Erbübel der reformistischen Tradition, die unsere ehemaligen SPD-Mitglieder noch immer mit sich herumtragen und die nur durch eine verstärkte marxistisch-leninistische Schulung überwunden werden kann".

Offen wurde nun auch davon gesprochen, daß der SED 1946 sehr viele Sozialdemokraten beigetreten seien, die innerlich mit der Vereinigung nicht einverstanden waren. Das wurde aber nicht selbstkritisch gewendet zu einer Auseinandersetzung mit dem Druck, dem die SPD damals seitens der KPD und der SMAD ausgesetzt war.

Abgesehen von zahlreichen Fällen der Kriminalisierung verließen von 1946 bis 1951 etwa 350.000 ehemalige SPD-Mitglieder die Sozialistische Einheitspartei wieder, wurden ausgeschlossen oder aus der Kartei gestrichen; nur ungefähr 200.000 blieben in der Partei. Der Historiker Jan Foitzig schätzt sogar, daß Ende 1951 höchstens noch 80.000 frühere Sozialdemokraten Mitglied in der SED waren.

Fast alles hätte dafür gesprochen, sich 1946 nur mit denjenigen Sozialdemokraten zusammenzuschließen, die dazu wirklich aus eigenem Entschluß bereit waren und die einen Bruch mit der verhängnisvollen Tradition der SPD von der Bewilligung der Kriegskredite 1914 bis zur Niederwerfung der revolutionären Bewegung nach dem Ersten Weltkrieg vollziehen wollten. Den übrigen Sozialdemokraten hätte gestattet und ermöglicht werden sollen, als politischer Zusammenhang in der SBZ/DDR weiterzubestehen. Allerdings, dies hätte für die SED eine Konkurrenz bedeutet, der sie unter demokratischen Verhältnissen höchstwahrscheinlich nicht gewachsen gewesen wäre. Die DDR war unter den gegebenen Umständen wohl nur mit diktatorischen Mitteln zu sichern. Dabei kam der Ausschaltung der Sozialdemokratie eine entscheidende Bedeutung zu. Nachträglich gesehen, angesichts des restlosen Scheitern des DDR, scheint klar: Man hätte es auf den Versuch eines demokratischen Wettbewerbs ankommen lassen sollen.

Kt.

Streit um die Einheitspartei

Drei neue Bücher zur SED-Gründung

Hans-Joachim Krusch:

Irrweg oder Alternative? Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/46 und gesellschaftspolitische Forderungen. Pahl-Rugenstein Nachfolger 1996.

Hans-Joachim Krusch war in der DDR zuletzt am Berliner Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung tätig. Man tut dem Verfasser und seinem Buch sicher nicht Unrecht, wenn man darauf hinweist, daß es sich bei Pahl-Rugenstein um den ehemaligen Hausverlag der DKP handelt. Krusch' Darstellung liest sich streckenweise wie klassische DDR/SED-Geschichtsschreibung. Offenbar hat sich der Autor in eine andere Richtung entwickelt als Andreas Malycha, mit dem zusammen er 1990 die Quellenedition "Einheitsdrang oder Zwangsvereinigung?" herausbrachte.

Das Schwergewicht von Krusch' Buch liegt eindeutig auf den insgesamt 181 Dokumenten, von denen viele, vor allem aus der Parteipresse der SPD und KPD, als Faksimiles wiedergegeben sind. Sich zurechtzufinden ist leider etwas mühsam, denn die Texte sind nicht einfach in chronologischer Reihenfolge abgedruckt, sondern in mehreren Blöcken (Zeitabschnitten), die jeweils nach Landesverbänden gegliedert sind. Berücksichtigt sind dabei auch die drei westlichen Besatzungszonen. Nach Ansicht Krusch' waren es hier vor allem die von der amerikanischen Militärregierung in Aussicht genommenen baldigen Wahlen, die die SPD-Führung veranlaßten, nach anfänglicher Zusammenarbeit auf Distanz zur KPD zu gehen. "Im Spätherbst (1945 - ANM. Kt.) mehrten sich die Anzeichen für eine Rückläufigkeit der Einheitsbestrebungen. Bis zum Jahresende kam in den Westzonen auf Bezirksebene die Zusammenarbeit von KPD und SPD in Aktions- und Arbeitsausschüssen zumeist zum Erliegen." - Mit anderen Worten: Das Thema Einheitspartei war in den Westzonen bereits erledigt, als es in der SBZ auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Zu recht macht der Autor auf die oft ignorierte Tatsache aufmerksam, daß auch die KPD in den Westzonen starken Behinderungen und Pressionen durch die Besatzungsmächte ausgesetzt war; die Gründung der SED im Westen wurde sogar durch Verbote verhindert.

Krusch relativiert aber unzulässig, wenn er auf diesem Weg das Verhalten der vier Alliierten gleichstellt: Das Vorgehen der sowjetischen Behörden war doch sehr viel rigider als das der Amerikaner und Briten. Die Behauptung, daß alle Fälle von "administrativen Eingriffen" sowjetischer Kommandanten in den Bildungsprozeß der SED "entgegen anderslautenden strikten Befehlen der SMAD" erfolgt seien, ist wenig glaubwürdig, da die Fälle von Drohungen und Erpressungen einfach zu zahlreich und dauerhaft waren.

Allzu arglos ist auch der Satz: "Verschiedene Darstellungen sprechen auch von Verhaftungen." (S. 60) Daß eine Reihe von SPD-Funktionären in Haft genommen wurden, ist nach Quellenlage überhaupt nicht zu bestreiten. Einige dieser Fälle waren offenbar auch der KPD sehr peinlich, zumal sie oft zugeben mußte, daß nicht einmal der Verbleib der betreffenden Personen bekannt war und sie sich bei den sowjetischen Dienststellen vergeblich danach erkundigt hatte.

In seiner Schlußbetrachtung (S. 62-65) betont Krusch, daß die Mehrheit der Mitglieder beider Parteien nicht unter Zwang in die Vereinigung gingen. Seinerseits spricht er zwar vom Fortwirken unterschiedlicher Auffassungen und von vielfältigen Motiven für den Beitritt zur SED, stellt aber doch sehr einseitig die Hoffnungen in die neue Partei als treibende Kraft hin. Anscheinend übersieht er, daß es jenseits von Zwang einerseits und freiem Willen andererseits auch eine Alternativlosigkeit gab, da für die ostzonalen Sozialdemokraten ein politisches Überleben außerhalb der SED ganz unmöglich war.

Für Krusch bleibt die Gründung der SED und der DDR "geschichtlich legitimiert". "Nie zuvor in der Geschichte des 20. Jahrhunderts gab es solch einen breiten gesellschaftlichen Ansatz und Konsens für einen Neubeginn. (...) Ich sehe ihn eingereiht in die progressiven Traditionen unseres Volkes und der deutschen Arbeiterbewegung, deren Erfahrungen in die Zukunft zu nehmen sind. Für diesen Versuch bedarf es keiner Entschuldigung." - Nicht die SED-Gründer seien anzuklagen, sondern die deutsche Großbourgeoisie.

Es sei falsch, argumentiert Krusch, die SED-Gründung vom Scheitern des Sozialismusversuchs 1989 her zu beurteilen. Der Weg der SED sei 1945/46 nicht vorbestimmt gewesen. "Dabei verkenne ich durchaus nicht, daß spätere Entwicklungen in der SED, die im Widerspruch zum Geist der Vereinigung standen, einen dunklen Schatten auf die Entscheidung von 1945/46 werfen, daß sie der sozialistischen Bewegung großen Schaden zufügten."

***

Norbert Podewin/ Manfred Teresiak:

"Brüder, in eins nun die Hände...". Das Für und Wider um die Einheitspartei in Berlin. Dietz Verlag Berlin 1996.

Die Gründung der SED verlief in Berlin sehr viel komplizierter als in den fünf Ländern der Sowjetisch Besetzten Zone. Hier formierte sich innerhalb der SPD die massivste Opposition gegen den Zusammenschluß mit der KPD.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklung liegt in der Tatsache, daß für ganz Berlin eine gemeinsame Kontrolle der vier Alliierten bestand. Das führte dazu, daß oppositionelle Kräfte in der SPD ein größeres Maß an Meinungs- und Aktionsfreiheit in Anspruch nehmen konnten als in der SBZ. Mit den Westberliner Tageszeitungen, die auch in den Ostsektor hineinwirkten, verfügten die Vereinigungsgegner über eine starke publizistische Plattform. Der Kontakt zur SPD-Führung in den Westzonen gestaltete sich sehr viel einfacher und enger als in der SBZ. Erstaunlich und wenig bekannt ist, daß die SPD auch nach Gründung der SED in Ostberlin noch legal fortbestand und arbeiten konnte - wenn auch im Laufe der Jahre immer mehr eingeengt und zur Briefkastenfirma reduziert.

Beide Autoren gehören zur mittleren Generation der DDR-Historiker (Jg. 1935 und 1938). Norbert Podewin war u.a. Sekretär des Nationalrats der Nationalen Front, Mitarbeiter im ZK der SED und persönlicher Referent des aus der SPD stammenden SED-Politikers Friedrich Ebert. Manfred Teresiak war von 1966 bis 1988 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Marxismus-Leninismus.

In ihrem Buch stellen sie sehr ausführlich und differenziert die Entwicklung in Berlin von der ersten Nachkriegszeit bis zur Wahl im Oktober 1946 dar, bei der die SPD die SED auch im Ostteil der Stadt weit überflügelte. Die Arbeit gefällt durch die vorbehaltlose Suche nach den Tatsachen, ohne sie erst einmal zu befragen, ob sie in ein vorgefaßtes Bild und Urteil passen. Anscheinend sind aber auch diese Autoren geneigt, die Repression in der SBZ herunterzuspielen, indem sie herausstellen, "daß man westlicherseits mit Opponenten auch nicht eben zimperlich umging".

Mit Wertungen, soweit sie sich nicht aus der Vermittlung und Einordnung der Tatsachen ergeben, halten sich die Autoren aufs äußerste zurück. Ist das nur wohltuend oder auch ein bißchen schade? Am Ende vermißt man doch den Versuch einer bewertenden Zusammenfassung. Immerhin wird aus den vorgetragenen Fakten hinreichend klar, daß es zwar auch Zwänge gab, daß aber der Begriff "Zwangsvereinigung" ungeeignet ist, den komplizierten Prozeß zu beschreiben, der doch auch auf sozialdemokratischer Seite sehr viel Eigeninitiative und eigenes Wollen enthielt. Überraschend ist, wie freimütig in Berlin - vermutlich anders als in der SBZ - der Streit in der SPD um die SED-Gründung ausgetragen werden konnte.

Das Buch hat im Anhang 47 Dokumente, überwiegend aus Berliner SPD-Gliederungen, Protokolle von SPD-Funktionärskonferenzen, Sitzungen des Bezirksvorstands u.ä. Sehr nützlich ist die ausführliche Chronik der Berliner Ereignisse von über 60 Seiten.

***

Andreas Malycha:

Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950. Dietz Verlag Berlin 1996.

Der 1956 geborene Autor war von 1983 bis 1989 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Marxismus-Leninismus der DDR. Seit der "Wende" hat er mehrere Bücher zur Vor- und Frühgeschichte der SED publiziert - zuletzt 1995 eine Quellenedition "Auf dem Wege zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ".

In seinem neuen Buch beschreibt Andreas Malycha die stalinistische Formierung der SED, die bald nach ihrer Gründung einsetzte. Zu einem wesentlichen Teil bestand die Umwandlung der SED zur "Partei neuen Typs" in der Ausschaltung des sozialdemokratischen Elements aus der Partei - durch massenhafte Ausschlüsse, durch Kriminalisierung Einzelner, durch die provozierte oder leichthin in Kauf genommene Abwendung vieler zehntausend Sozialdemokraten von der SED. Auch dieses Buch enthält einen ausführlichen Dokumententeil.

Malycha nimmt, anders als Hans-Joachim Krusch, nicht die Trennung zwischen einer eigentlich guten Gründungs- und Anfangsphase der SED und angeblich erst später auftretenden Sünden vor. Vielmehr macht er deutlich, daß zwischen dem "Gleichschaltungsdruck" beim Zusammenschluß der SPD mit der KPD und der folgenden stalinistischen Formierung der SED Zusammenhänge bestehen. "Der rücksichtlose Umgang mit der innerparteilichen Opposition sowohl innerhalb der KPD als auch innerhalb der SPD während des Verschmelzungsprozesses 1945/46 hatte für die SED Langzeitwirkung. Die SED war zum Zeitpunkt ihrer Bildung eine zentralisierte und auf die Führung fixierte Partei. (...) Für die Prägung der SED erwies sich vor allem als gravierend, daß die auf allen Parteiebenen hauptamtlich agierenden Sekretariate und eben nicht die gewählten Vorstände die eigentliche Politik der SED bestimmten sowie alle wesentlichen Entscheidungen trafen." (S. 67 und 69)

Insgesamt sei der Charakter der SED bei ihrer Gründung dennoch nicht eindeutig geprägt gewesen, meint Malycha. Wesentliche Faktoren für die Entwicklung der Partei sieht er in dem "Verlust gesamtdeutscher Perspektiven": "Die Festigung und der Ausbau der führenden Position der SED in der sowjetischen Zone wurde in dem Maße zu einem Schlüsselglied der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie sich die Konfrontation der UdSSR mit den Westmächten in der deutschen Frage herausbildete. Im Prozeß der globalen Konfrontation zwischen den ehemaligen Siegermächten bekam darüber hinaus die Aufrechterhaltung der sowjetischen Position in Deutschland strategische Bedeutung zur Absicherung des sowjetischen Einflusses in den Staaten Osteuropas." (S. 80)

Das kann man wohl dahingehend zusammenfassen, daß die Orientierung der SED-Führung auf rigorosen Machterhalt sich erheblich verschärfen mußte. Das bedingte, angesichts der riesigen Schwierigkeiten, die Staatsmacht im nachkriegsdeutschen Milieu zu behaupten, eine scharfe "Säuberung" und Ausrichtung der Partei als Instrument einer diktatorischen Politik.

Kt.

24. Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD: Erklärung der Historischen Kommission der PDS. Dokumentation

Rubrik: PDS; Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten; DDR · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:01

Im April 1996 jährt sich zum fünfzigsten Male der mit dem Vereinigungsparteitag vollendete Zusammenschluß von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Es war dies eines der herausragenden, die weitere Entwicklung maßgeblich bestimmenden Ereignisse deutscher Nachkriegsgeschichte.

Von jenen Vorgängen trennt uns nunmehr ein halbes Jahrhundert. Die damals begründete Einheitspartei, die in Ostdeutschland eine überragende Machtstellung errang und die Hauptverantwortung für Aufstieg und Untergang der Deutschen Demokratischen Republik trägt, existiert nicht mehr. Die Mehrzahl der damaligen historischen Akteure weilt nicht mehr unter den Lebenden. Dennoch wird dieses Ereignis auch heute noch nicht als abgeschlossenes historisches Geschehen betrachtet und bewertet. Vielmehr dominieren in der Beurteilung der inzwischen Jahrzehnte zurückliegenden Geschehnisse heutige Stimmungslagen, Parteilichkeiten und politische Interessen. Das unrühmliche Ende der SED wirft seine Schatten auf ihre Anfänge.

Die Historische Kommission der PDS spricht sich für ein Befassen mit der SED-Gründung aus, das sich am realen historischen Geschehen orientiert und geeignet ist, die in der Zeit des kalten Krieges entstandenen Vorurteile und Verunglimpfungen abzutragen. Auch bei sachgerechtem Umgang mit dieser Thematik bleibt genügend Raum für kontroverse Standpunkte und hinreichender Anlaß für wissenschaftlichen Meinungsstreit. Jeder, der sich am dringend gebotenen Disput beteiligt, sollte indes, so meint sie,

- die ganze Fülle widersprüchlicher Tatsachen zur Kenntnis nehmen;

- Einzelereignisse nicht aus ihren großen historischen und internationalen Zusammenhängen herauslösen;

- über die Motive aller historisch handelnden Kräfte ernsthaft nachdenken;

- die eigenen geschichtstheoretischen Standpunkte und Überzeugungen immer wieder am empirischen Material überprüfen;

- Wertungen historischer Vorgänge nicht eigenen politischen Vorurteilen oder Parteiinteressen unterwerfen.

Die PDS hat sich von jeglichen Bestrebungen, ein verbindliches Geschichtsbild zu setzen, unmißverständlich verabschiedet. Ist Geschichtsinterpretation im Ganzen produktiv nur pluralistisch denkbar, so gilt dies auch für die Wertung einzelner historischer Prozesse, Ereignisse und Personen. Auch in der Beurteilung des Zusammenschlusses von KPD und SPD kann, darf und soll es ein Spektrum von Meinungen geben. Die Historische Kommission der PDS maßt sich nicht an, der Partei und ihren Sympathisanten eine Sichtweise vorzugeben und will niemandem ihren Standpunkt aufdrängen. Doch braucht sie deshalb nicht auf ein Darlegen ihrer Auffassung zu verzichten.

Die Historische Kommission der PDS gibt allen, die sich - von welchen Positionen und mit welchen Absichten auch immer - mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD beschäftigen, vor allem folgendes zu bedenken:

1. Das politische Projekt einer Einheitspartei der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes war keine ostdeutsche Einmaligkeit und keine bloße Drapierung eines Führungs- und Machtanspruches der KPD. Das Verlangen, die mit dem Zusammenbruch der II. Internationale sichtbar gewordene Spaltung der sozialistischen Bewegung wieder zu überwinden, ist von unterschiedlichen politischen Kräften zu verschiedenen Zeiten im nationalen wie im internationalen Maßstab immer wieder zur Geltung gebracht worden.

Doch gab es stets auch starke Gegentendenzen. Diese wurden auf der einen Seite genährt durch die Bolschewisierung kommunistischer Parteien, ihre zunehmende Fixierung auf die sowjetrussische Außen- und Großmachtpolitik und die Rechtfertigung stalinistischer Repressalien. Andererseits wirkte der Zusammenbruch

der II. Internationale nach, stieß die in einigen Ländern zu verhängnisvoller Anpassungs- und Kapitulationspolitik führende Integration sozialdemokratischer oder sozialistischer Parteien in das kapitalistische System auf heftige Ablehnung.

Im Kampf gegen den Faschismus hatte jedoch die Idee der Sammlung und Bündelung der Kräfte der Arbeiterbewegung bis hin zu organisatorischen Zusammenschlüssen überaus an Anziehungskraft gewonnen. Das äußerte sich in zahlreichen Ländern in Erfolgen der antifaschistischen Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten und in mehr oder weniger weit gediehenen Vorbereitungen ihrer Vereinigung. Davon zeugte auch das Entstehen internationaler Organisationen der Gewerkschaften, der Jugendverbände, der Frauenbünde, der Studentenvereinigungen, die vor allem von Sozialdemokraten und Kommunisten getragen wurden.

2. Der Zusammenschluß von KPD und SPD ist mithin in diesem gesamthistorischen Zusammenhang zu sehen. Den Akteuren jener Zeit sollte zugebilligt werden, daß sie mit ihrem unverwechselbaren - vor allem in den Jahren 1914 bis 1945 gewonnenen - politischen Erfahrungshorizont handelten. In Deutschland war dieser aus dem Weg der herrschenden Klassen vom Weltkrieg Nr. 1 in den Weltkrieg Nr. 2 erwachsen, aus den Halbheiten der Weimarer Demokratie und schließlich aus den Verbrechen der faschistischen Diktatur. Den Zeitgenossen waren die gravierenden Ereignisse der deutschen Arbeiterbewegung jener Jahre viel unmittelbarer als uns heute gegenwärtig: die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 4. August und Karl Liebknechts Nein am 2. Dezember 1914, die Abspaltung der USPD und der Weg der Spartakusgruppe zur KPD, die Novemberrevolution mit ihren widersprüchlichen Ergebnissen, die vereinte Niederschlagung der Kapp-Putschisten, die gemeinsame Kampagne gegen die Fürstenabfindung, revolutionäre Umsturzversuche der Kommunisten und Koalitionspolitik der Sozialdemokraten, der Blutmai 1929, das übereinstimmende Stimmverhalten von Kommunisten und Nationalsozialisten im Preußenvolksentscheid des Jahres 1931, das Zurückweichen sozialdemokratischer Minister beim Papen-Staatsstreich des 20. Juli 1932. Es hatte Angebote zur Einheitsfront gegeben, mit denen die KPD die Sozialdemokratie aushebeln wollte; und es waren Angebote zurückgewiesen worden, die angesichts der nazistischen Gewaltherrschaft und zur Verhinderung des Krieges gewissenhafte Prüfung verdient hätten. Kommunisten hatten Sozialdemokraten als Sozialfaschisten verunglimpft. Sozialdemokraten hatten Faschismus und Bolschewismus als Brüder bezeichnet, um Kommunisten zu diffamieren. Solche gegenseitigen Bezichtigungen und zahlreiche Zusammenstöße waren noch längst nicht vernarbt. Und dennoch wollte beim Neubeginn im Frühjahr 1945 die Mehrzahl der Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam einen neuen Anfang wagen. Das erwarteten auch viele der Arbeiterbewegung zugehörende oder zuneigende Parteilose von ihnen.

3. Die Idee und die Praxis eines breiten antifaschistischen Bündnisses und der Einheit der Arbeiterklasse - repräsentiert in Einheitsgewerkschaften und einer Einheitspartei - besaß beim politischen Neubeginn im Jahre 1945 große Anziehungskraft. Das fand nicht zuletzt in sofortigen lokalen Zusammenschlüssen von Kommunisten und Sozialdemokraten seinen Ausdruck. Das in Berlin am 19. Juni 1945 zwischen dem Zentralkomitee der KPD und dem Zentralausschuß der SPD vereinbarte Aktionsabkommen wurde weithin begrüßt. Die für bestimmte Regionen und Orte - auch in den westlichen Besatzungszonen - in großer Zahl abgeschlossenen Aktionsgemeinschaften erhielten viel Zustimmung. Durch gemeinsames Handeln wurden überlebte Strukturen aufgebrochen und Grundlagen einer antifaschistischen Demokratie geschaffen. Die Argumentation, daß die zur leitenden Kraft des antifaschistisch-demokratischen Neuaufbaus berufene Arbeiterklasse eine einheitliche Führung in Gestalt einer marxistischen Einheitspartei brauche, überzeugte viele. Die Erinnerung an den Siegeszug der in der Arbeiterbewegung konkurrenzlosen revolutionären deutschen Sozialdemokratie war noch lebendig. Allen, die der Arbeiterklasse die Mission zutrauten, Schöpfer der neuen, ausbeutungsfreien Gesellschaft zu werden, erschienen Einheitsorganisationen der Werktätigen als eine logische Konsequenz, die in der historischen Rolle dieser Klasse begründet lag.

Gleichwohl sind zeitgenössisch auch prinzipielle Einwendungen gegen einen auf solche Weise motivierten Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Kommunisten vorgetragen worden, weil es sich um zwei unvereinbare politische Strömungen handle oder weil eine mehr gefühlsmäßig bejahte Einheit nicht dauerhaft tragfähig sei. In diesem Zusammenhang sind Warnungen ausgesprochen worden, die in der späteren Entwicklung der Einheitspartei ihre Bestätigung finden sollten, Warnungen vor einem überwiegend taktisch

angelegten Bekenntnis der KPD-Führung zur Demokratie, Warnungen vor einer Auslieferung von Arbeiterorganisationen an die Siegermacht UdSSR.

1945/1946 standen alle Politiker stark im Banne der eben erlittenen und überlebten faschistischen Barbarei. Sie wollten die Zukunft grundlegend neu gestalten, wobei sie überwiegend zu einschneidenden Eingriffen in die ökonomischen und politischen Strukturen bereit waren. Doch entwickelten alle Richtungen ihre Politik vorwiegend in Rückgriffen auf Gesellschaftstheorien und Politikerfahrungen der vorfaschistischen Zeit. Sehr früh trat an die Stelle antifaschistischer Gemeinsamkeit neubelebter Parteiegoismus. Im Lager der Linken wirkte dies einem unvoreingenommenen Ausloten optimaler Strukturen und Bewegungsformen entgegen. Von den Verfechtern der Einheit und später von der DDR-Historiographie ist niemals ernsthaft erwogen worden, ob die Arbeiterklasse - wie immer sie definiert wird - tatsächlich eine solche Homogenität aufweist, daß die Einheitsorganisation zu allen Zeiten das ihr Naturgemäße ist. So blieb auch der sich in den antifaschistischen Ausschüssen offenbarende basisdemokratische Impuls ungenutzt. Chancen des Handelns in pluralistischen Strukturen bei Bündelung der Kräfte in der Hauptrichtung der Bewegung und durch gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall sind von keiner Seite ernsthaft geprüft und erprobt worden. Es bedurfte wohl der Erfahrungen mit den in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre entstandenen Einheitsparteien, um am Ausgang unseres Jahrhundert die Frage nach Einheit und Vielfalt linker Kräfte auf neue Weise zu stellen.

4. Stand 1945/1946 in Deutschland eine Entscheidung über Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung auf der Tagesordnung, so gab es hingegen kein freies Spiel der Kräfte, um diese Entscheidung uneingeschränkt demokratisch und im gesamtnationalen Maßstabe herbeizuführen. Die Tatsache, daß Deutschland ein besiegtes und besetztes Land war, in dem die oberste Regierungsgewalt bei den Besatzungsmächten lag, hat jegliches politisches Handeln in jeder Region bestimmend beeinflußt. Bei einer das politische Kräfteverhältnis so nachhaltig verändernden Frage wie Einheit oder Spaltung der Arbeiterbewegung war und ist Neutralität der Besatzungsmächte undenkbar.

4.1. Die westlichen Militärregierungen hatten - ungeachtet mancher gegenläufiger Tatsachen - nie Zweifel aufkommen lassen, daß eine linke Hegemonie im Nachkriegsdeutschland ihren Interessen widersprach und zu verhindern war. Demgemäß griffen sie in die Formierung der antifaschistischen Bewegung und der Arbeiterorganisationen restriktiv ein. Da die Einheitsbestrebungen in den Westzonen außerhalb der KPD schon Ende 1945 - nicht ohne Zutun der Besatzungsmächte - wieder abebbten, läßt sich nicht ermessen, ob diese Besatzungspolitik eine unüberwindliche Barriere darstellte. Die Militärregierungen gerieten nicht in die Lage, die Gründung einer Einheitspartei auch um den Preis absoluten Verlustes an demokratischem Image mit militärisch-diktatorischen Mitteln zu unterbinden, sondern vermochten mit überwiegend dirigistischen Methoden und durch die Favorisierung ihnen genehmer Politiker ihre Besatzungsziele durchzusetzen. Ein chancengleiches Agieren der politischen Kräfte hat in den Westzonen keineswegs stattgefunden.

4.2. Die sowjetische Besatzungsmacht hatte in der KPD ihre wichtigste Stütze und den deutschen Vollstrecker ihrer Besatzungsziele gesehen und nicht gezögert, diese Partei in eine exponierte Stellung zu bringen. Anhand der Erfahrungen in osteuropäischen Ländern, spätestens nach den Wahlergebnissen in Österreich und Ungarn, aber auch angesichts des Zustroms zur Sozialdemokratie in der sowjetischen Besatzungszone mußte ihr klar geworden sein, daß die Kommunisten über keinen ausreichenden Einfluß verfügten, um die sowjetische Deutschlandpolitik hinreichend abzustützen, daß es dazu der Einbindung des sozialdemokratischen Potentials bedurfte. Über eine auf die Sowjetunion orientierte und unter sowjetischem Einfluß stehende Einheitspartei sollte dies erreicht werden. War das Verhalten der UdSSR und ihrer Besatzungsorgane in Deutschland vorwiegend macht- und sicherheitspolitisch bestimmt, so verstanden sich zahlreiche Mitarbeiter der SMAD zugleich als Vertreter der Arbeiterbewegung. Deshalb standen neben der administrativen, mitunter repressiven, Vorgehensweise der Besatzungsmacht zugleich die historisch-theoretische Argumentation und der politisch-moralische Appell. Dies wurde dadurch begünstigt, daß sich die UdSSR als Sieger über den Faschismus damals auf dem Höhepunkt ihres internationalen Ansehens befand. Auch der Zentralausschuß der SPD, auch Vertreter der noch im Exil weilenden kommunistischen Opposition sahen ungeachtet mancher Vorbehalte in der Sowjetunion die Schutzmacht für eine sozialistische Entwicklung in Europa.

In ihrer Besatzungszone griff die UdSSR mit jener Rigorosität, mit der sie ihre Ziele generell verfolgte, auch in die Auseinandersetzungen um die Vereinigung von KPD und SPD ein, so daß eine Option gegen die Einheitspartei zugleich zum Affront gegen die Besatzungsmacht wurde. Dies schuf ein politisches Klima, in

dem schwer auszumachen ist, wo für das Individuum die freie Entscheidung für die Einheitspartei aufhörte und wo Anpassung oder Gehorsam begonnen haben, wo die Zustimmung zur Einheitspartei trotz oder wo sie wegen dieser Begleiterscheinungen erfolgt ist, wo sie als Unterwürfigkeit empfunden oder wo sie als Weg zur Gewinnung von größerer Handlungsfreiheit verstanden wurde. Für die Gesellschaft war die Besatzungspolitik allgegenwärtig, für den einzelnen Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteilosen blieb durchaus Spielraum, sich als Mitglied in die Einheitspartei einzureihen oder ihr fernzubleiben beziehungsweise sich von ihr wieder zu lösen.

4.3. Die KPD hatte sich bei Wiederzulassung der politischen Parteien für die Sammlung der Kräfte in den vertrauten Organisationen und für die Aktionseinheit von KPD und SPD ausgesprochen. Doch bereits im Herbst 1945 ging von ihr die Initiative für einen Zusammenschluß beider Arbeiterparteien aus, wie sie überhaupt als Initiator und Organisator des Neuaufbaus und der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Erscheinung trat. Durch die KPD in erster Linie erfolgten die politischen Mobilisierungen im Vereinigungsprozeß. Ihr Engagement für die Einheitspartei begründete die KPD von der marxistischen Theorie her und aus den Traditionen der Arbeiterbewegung heraus, mit der besonderen Verantwortung der Arbeiterklasse für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive Deutschlands, mit den Erfolgen von einigen Monaten Aktionseinheit sowie mit Warnungen vor den Gefahren eines Wiederauflebens der Reaktion, die sowohl die antifaschistische Demokratie als auch die nationale Einheit bedrohte. Zugleich reagierte sie auf zunehmenden Einfluß und wachsendes Selbstbewußtsein einer SPD, die nun wiederholt gegenüber den Kommunisten auf Distanz ging. Die öffentlich vorgetragenen Argumente der KPD verdeckten manche taktischen und machtpolitischen Kalküle ihrer Führung. Ihre Wirkung verfehlten sie auf breite Kreise der Werktätigen indes nicht, denn sie waren in vieler Hinsicht aus realen historischen und zeitgenössisch-aktuellen Erfahrungen geschöpft waren.

Belastungen und Beschädigungen der ursprünglich überwiegend positiv aufgenommenen Idee und Praxis der Einheit erwuchsen aus drei Elementen kommunistischer Politik, wenngleich diese oft erst Jahre später in vollem Umfange deutlich wurden. Erstens war die KPD aus den Traditionen der Komintern heraus in einem Maße auf die KPdSU(B), auf die UdSSR und mithin auch auf die sowjetische Besatzungspolitik fixiert, daß sie nicht wahrhaben konnte und wollte, wie sehr das Handeln des "ersten sozialistischen Staates der Welt" von russischen Großmachtinteressen bestimmt war. Für die Führung der KPD erschien es nicht vorstellbar, bei unvermeidlichen Interessenkonflikten originäre Anliegen der deutschen Werktätigen gegenüber der Besatzungsmacht offen und aktionsorientiert zu vertreten. Auch in Bezug auf die Einheitspartei versicherte sie sich bei allen wesentlichen Schritten der Billigung durch die sowjetische Partei- und Staatsführung. Zweitens hatte die KPD in ihrer Spitze und in ihrer Mehrheit trotz verheißungsvoller Vorsätze und Anläufe kein durchgreifend und dauerhaft erneuertes Verhältnis zur Demokratie gefunden, zur Demokratie als Grundwert, unabdingbar für den Sozialismus und auch innerhalb der eigenen Organisation. Zwar sind ihr Bemühungen nicht abzusprechen, wie sie in dem Konzept von einem besonderen deutschen Weg zum Sozialismus kulminierten, doch wurde die Partei schließlich und endlich immer wieder von der eigenen Vergangenheit eingeholt. Darunter litt auch die Konsensfähigkeit in der Bündnispolitik. Viele Kommunisten sahen sich als Vertreter einer historisch legitimierten Vorhut und akzeptierten die Sozialdemokraten nicht als gleichwertige Partner. Drittens lasteten auf der Führung der KPD die Stalinschen Repressionen, denen auch zahlreiche deutsche Antifaschisten zum Opfer gefallen waren. Dies war ein wesentlicher - von kommunistischer Seite allerdings nie eingestandener - Grund, weshalb ihre Einheitsfrontangebote auch nach 1933 überwiegend auf Ablehnung gestoßen waren. Selbst wenn die KPD-Führung gewollt hätte, so bestand allerdings gerade 1945/1946 die geringste Chance, dieses trübe Kapitel in der Geschichte der kommunistischen Bewegung zu bereinigen. Denn die Alliierten hatten jegliche Kritik an jedweder Siegermacht verboten, und die Präsenz der Stalin verpflichteten sowjetischen Apparate in Ostdeutschland schloß bereits ein Benennen, geschweige denn eine Anklage stalinistischer Verbrechen absolut aus. Das mußte sich für die Einheitspartei als schwere Hypothek erweisen.

4.4. Die SPD hatte ebenfalls allen Grund zu selbstkritischer Aufarbeitung ihres seit 1914 zurückgelegten Weges. Die Burgfriedenspolitik während des ersten Weltkrieges, die unausgeschöpften Möglichkeiten der Novemberrevolution und die Demokratie-Defizite der Weimarer Republik waren von ihr wesentlich mitzuverantworten. Das waren jedoch für ihre Führungskräfte im ersten Nachkriegsjahr kaum Themen. Zu dem Zeitpunkt, als das Einheitsparteiprojekt praktisch wurde, war die deutsche Sozialdemokratie de facto bereits nach Besatzungszonen aufgespalten, mit zwei Führungszentren: dem Zentralausschuß in Berlin und dem Büro

der Westzonen in Hannover. Wesentlicher Dissenspunkt zwischen beiden war die Stellung zu den Kommunisten und zur Einheitspartei der Arbeiterklasse - schroff und unflexibel ablehnend das Büro der Westzonen und die sich vor allem in den Berliner Westsektoren organisierende Opposition; prinzipiell bejahend, aber Vorbedingungen stellend, zeitweise manövrierend und bremsend die Mehrheit des Berliner Zentralausschusses. Während sich in der Sozialdemokratie der Westzonen der gegen die Einheitsbestrebungen gerichtete Kurs durchsetzte, hielt der Zentralausschuß der SPD als Führung der ostdeutschen Sozialdemokraten trotz mancher Vorbehalte prinzipiell am Kurs auf die Einheitspartei fest. Die Folge war, daß die Entscheidungen über Programm, Politik und Organisation der Einheitspartei, über den Vollzug der Vereinigung nicht im Rahmen des in ganz Deutschland vorhandenen politischen Kräfteverhältnisses fielen, sondern einerseits unter den kommunistisch-dominierten Bedingungen der sowjetischen Besatzungszone und andererseits unter den konfliktgeladenen Verhältnissen und Rivalitäten der Viersektoren-Stadt Berlin. Damit war die Möglichkeit vergeben, mit und innerhalb einer gesamtdeutschen vereinigten Partei der Arbeiterklasse das sozialdemokratische Potential seiner Bedeutung und seinem Einfluß entsprechend zur Geltung zu bringen. Da in der Sozialdemokratie eine selbstkritische Bestandsaufnahme der eigenen Politik zwischen 1914 und 1945 unterblieb, standen nachdenkliche Sozialdemokraten vor der Alternative: Rückkehr in die alten Geleise oder Neubeginn mit einer Einheitspartei, selbst wenn diese kommunistisch dominiert war.

Es fällt auf, daß das Einheitsparteiprojekt in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin von sozialdemokratischen Gegnern einer Fusion nur selten frontal angegriffen worden ist. Einer Debatte über die im Entwurf der Grundsätze und Ziele der SED enthaltene Programmatik und die im Entwurf des Parteistatuts niedergelegten Organisationsprinzipien der Einheitspartei haben sie sich kaum gestellt. Vielmehr nahmen sie überwiegend Anstoß am Zeitpunkt, am Tempo, an den Konditionen des Zusammenschlusses. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Idee der Einheit auch unter Sozialdemokraten im Grundsätzlichen zahlreiche Anhänger hatte.

4.5. Kaum zum Zuge kamen die zwischen KPD und SPD angesiedelten kritischen Potentiale der Arbeiterbewegung, wie sie sich in der KPD(Opposition), in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), im Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK) oder anderen Gruppierungen organisiert hatten. Obwohl Vertreter dieser Richtungen in den Mitte 1945 auf lokaler Ebene entstandenen Einheitsorganisationen oder beim Zustandekommen von Aktionsausschüssen oft eine herausragende Rolle gespielt hatten, wurden sie bald von den Stammparteien SPD und KPD aufgesogen. Eine durch die Besatzungsmächte gesteuerte Parteilizenzierung trug dazu das Ihre bei. Der produktive, ausgleichende Impuls für eine Einheitspartei, wie er gerade von diesen Kräften erhofft werden durfte, kam nicht zum Tragen. Im Gegenteil, schon bald setzte in der SED nicht nur die Ausgrenzung, sondern auch die Verfolgung von tatsächlichen oder vermeintlichen Vertretern dieser Gruppierungen ein. In der SPD blieb diesen Arbeiterfunktionären meist nur die Wahl zwischen Resignation oder Kollision.

5. In die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei waren Hunderttausende Männer, Frauen und Jugendliche unmittelbar - wenngleich mehr oder weniger intensiv - einbezogen. Natürlich waren in beiden Parteien langgediente Funktionäre tonangebend. Doch schon zur Jahreswende 1945/1946 bestanden in der sowjetischen Besatzungszone KPD wie SPD in der übergroßen Mehrzahl aus Mitgliedern, die sich erst nach 1945 einer politischen Partei angeschlossen hatten. Das gilt allerdings weit mehr für die KPD als für die SPD, die in ihrem Bestand ein höheres Maß an Kontinuität verkörperte. Für die Masse der künftigen Mitglieder der Einheitspartei war mithin eine Option für den Zusammenschluß von KPD und SPD nicht oder nur bedingt mit Erhalt oder Preisgabe einer kommunistischen beziehungsweise einer sozialdemokratischen Identität verbunden.

Deshalb finden wir unter den am Zusammenschluß von KPD und SPD beteiligten Menschen die unterschiedlichsten Verhaltensweisen oder Betroffenheiten: freudig-überzeugtes, durch Klassenbewußtsein bestimmtes Engagement für die Einheitspartei; rational abwägendes, politisch-motiviertes Bejahen dieser Vereinigung; Mitläufertum im Vertrauen auf die Entscheidungen der Führungen; Zweifel, aber auch das Verdrängen von Zweifeln, opportunistisches Einschwenken in einen für unvermeidlich gehaltenen Gang der Ereignisse; Widerstand gegen eine für verfrüht oder für verfehlt gehaltene Fusion, aber auch die Aufgabe dieses Widerstandes angesichts massiver ideologischer Umwerbungen oder auch unter politischem Druck; abgetrotzte Teilnahme an der Einheitspartei durch indirekte oder direkte Einschüchterungen wie auch durch korrumpierende Versprechungen; das Ausschalten von Einheitsgegnern, was für manche Betroffene ein

schlimmes Schicksal bedeutete. Über zuverlässige Erkenntnisse, in welchen quantitativen Proportionen diese Verhaltensweisen und Betroffenheiten zueinander stehen, verfügen wir indes nicht.

6. Viele Diskussionen um Freiwilligkeit oder Zwang beim Zustandekommen der Einheitspartei wären hinfällig, wenn dem Zusammenschluß von KPD und SPD ein Votum der Gesamtmitgliedschaft vorausgegangen wäre. Eine Urabstimmung war im Frühjahr 1946 nicht nur in Berlin, sondern auch in verschiedenen Städten der sowjetischen Besatzungszone - mitunter auch von Mitgliedern der KPD - gefordert worden. Doch widersprach der eingeschlagene Weg der Entscheidung durch Delegierte auf Konferenzen und Parteitagen keineswegs den Traditionen der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland; auch die Parteifusionen Jahres 1990 sind nicht über Urabstimmungen erfolgt.

Das Standardbeispiel Berliner Urabstimmung reicht nicht aus, um die Frage nach Zwang oder Freiwilligkeit beim Zustandekommen der SED überzeugend zu entscheiden. Denn in Berlin bestand eine spezifische, mit anderen Regionen nicht gleichsetzbare politische Situation. Die Daten dieser Abstimmung verlieren an Beweiskraft als überragendes Votum gegen die Einheitspartei, wenn sie nicht lediglich auf die Abstimmungsteilnehmer, sondern auf die Gesamtzahl der Mitglieder der SPD in den Berliner Westsektoren oder gar auf die Gesamtzahl der Berliner Sozialdemokraten bezogen werden. Die Frage "Bist Du für den sofortigen Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien?" verneinten bei der Urabstimmung vom 31. März 1946 zwar 82,3 Prozent der Abstimmungsteilnehmer, doch repräsentierten diese nur 47,7 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 28,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins. Demgegenüber wurde die Frage "Bist Du für ein Bündnis beider Arbeiterparteien, welches gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?" nur von 24,8 Prozent der Abstimmungsteilnehmer verneint, die 14,4 Prozent der SPD-Mitglieder der Berliner Westsektoren und 8,6 Prozent der SPD-Mitglieder Groß-Berlins ausmachten. Was die Ergebnisse der Urabstimmung unanfechtbar belegen, ist erstens die Tatsache, daß in Berlin große Teile der Sozialdemokraten dem Zentralausschuß die Gefolgschaft aufgekündigt hatten und den von ihm eingeschlagenen Weg in die Einheitspartei nicht mitgehen wollten. Zweitens weisen sie aus, daß selbst diese Sozialdemokraten mehrheitlich eine Neuauflage des "Bruderkampfes" zwischen SPD und KPD ablehnten und ein Zusammengehen beider Parteien erwarteten. Das Votum für Gemeinsamkeit trotz vorhandener Differenzen ist von den Initiatoren der Urabstimmung zu keiner Zeit als Richtschnur politischen Handelns respektiert worden.

7. Da die einfachen Mitglieder von KPD und SPD weit weniger als Parteigremien und Funktionäre ihre Spur in Akten, Zeitungen und Büchern gezogen haben, und da niemand in der Lage ist, die individuellen Stimmungen und Entscheidungen der Akteure des Jahres 1946 im nachhinein zuverlässig hochzurechnen, sind über das Verhalten der SED-Mitglieder der ersten Stunde nur annähernde Aussagen möglich.

Es dürfte der Wahrheit am nächsten kommen und dem politischen Klima in Deutschland am dienlichsten sein, wenn aus den vielfältigen und widersprüchlichen Tatsachen, von denen die Gründung der SED begleitet war, gefolgert wird:

Eine Minderheit trat überzeugt und engagiert für die Einheitspartei ein. Eine Minderheit, die sich vor allem aus langjährigen Sozialdemokraten rekrutierte, hatte erhebliche Vorbehalte oder war strikt gegen einen Zusammenschluß mit der KPD. Die Mehrheit war bereit, ihren Führungen zu vertrauen, zumal das Einheitsparteiprojekt auf sie eine solche Anziehungskraft ausübte, daß Bedenken vielfach in den Hintergrund traten. Die Programmatik wie das Parteistatut der SED trugen diesem Gründungskonsens in beachtlichem Maße Rechnung, die Parität bei der Besetzung der Parteifunktionen wirkte vertrauensstiftend, wenngleich in der Realität eine kommunistische Dominanz von Anfang an nicht zu übersehen war.

8. Es hat beim Zusammenschluß von KPD und SPD zweifellos Zwänge gegeben. Die Befürworter der Einheit haben den "Irrweg" der Deutschen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts, die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende deutscher Geschichte sowie die organisatorische Zusammenfassung aller linken Kräfte für den demokratischen Neuaufbau und für eine sozialistische Perspektive als gebieterischen objektiven Zwang empfunden. Sie wollten unbedingt die Spaltung der Arbeiterbewegung beenden - und sei es mit einer massiven, in mancher Hinsicht fragwürdigen Kampagne für die Einheitspartei. Der Zusammenschluß von KPD und SPD war mit einer intensiven politischen, organisatorischen und ideologischen Mobilisierung verbunden, vollzog sich in hohem Tempo und bot in der sowjetischen Besatzungszone Befürwortern und Gegnern der Fusion keine Chancengleichheit. Nach allem, was in Deutschland vorher an reaktionären Tatsachen

geschaffen worden war, was sie an Krieg und Massenmord, an Not und Elend erlebt hatten, konnten viele Anhänger der Einheitspartei darin nichts Schlimmes erblicken.

Gegner der Vereinigung standen unter Druck. Auch manche Befürworter der Einheitspartei hätten lieber andere Abläufe und Fristen vorgezogen. Die Führung der KPD und auch zahlreiche kommunistische Funktionäre vor Ort hatten keine Bedenken, sich der bevorzugten Stellung zu bedienen, die ihnen von der Besatzungsmacht eingeräumt worden war - bei der Besetzung von Funktionen, in der materiellen Ausstattung der politischen Arbeit, bei der Isolierung oder Diffamierung politischer Gegner. Auch die Mehrheit des Zentralausschusses der SPD ging, nachdem sie sich für die SED entschieden hatte, mit - allerdings wenig wirkungsvollen - Ausschlüssen gegen die Opposition vor.

Durch die sowjetische Besatzungsmacht kam ein breitgefächertes Instrumentarium zum Einsatz: Umwerben von Sozialdemokraten, Appelle an ihr Klassenbewußtsein, Berufungen auf die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung, demonstratives Vorhalten der Erwartungen der Besatzungsmacht, Versammlungsverbote, Zensur der Presse, Vorladungen bei den Besatzungsbehörden, Ablösung einzelner Funktionäre, Androhung von Gewaltmaßnahmen. Es kam zu Inhaftierungen und Aburteilung durch Militärgerichte. Die schlimmsten Repressionen setzten in den folgenden Jahren ein und hingen nicht monokausal mit der SED-Gründung zusammen. Überwiegend als Maßnahmen im kalten Krieg begründet, trafen sie in vielen Fällen Arbeiterfunktionäre, häufig Sozialdemokraten, jedoch auch Westemigranten der KPD und Vertreter oppositioneller kommunistischer Gruppierungen, der SAP und anderer Organisationen. Zunehmend waren später auch die Zentrale Parteikontrollkommission der SED sowie Organe der DDR beziehungsweise deren Vorläufer an derartigen Verfolgungen beteiligt.

Zwängen waren auch die Vorkämpfer einer Einheitspartei in den Westzonen ausgesetzt. Die dortige SPD-Führung drohte ihnen mit Ausschluß. Von den Besatzungsmächten wurden sie mit vielfältigen Ausgrenzungen und repressiven Maßnahmen belegt. Hier reichte das Instrumentarium von Benachteiligungen beim Zulassen von Parteien und Gewerkschaften, bei der Lizenzierung und Zensierung der Presse über die Bevorzugung politisch genehmer Personen für die deutschen Auftragsverwaltungen und Länderregierungen bis hin zu direkten Einmischungen in Angelegenheiten der deutschen Arbeiterbewegung. Organisationskomitees der SED wurden verboten. In den Westzonen ansässige Mitglieder des Parteivorstandes der SED wurden aufgefordert, ihre Funktion niederzulegen oder ihren Wohnsitz zu wechseln. Es kam zu Verhaftungen vor allem kommunistischer Funktionäre. Bereits im April 1948 wurde ein Verbot der KPD erwogen.

Angesichts der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Vorgänge um den Zusammenschluß von KPD und SPD sind jegliche vereinfachenden, zu parteiisch aufgeladenen Kurzformeln geronnenen Wertungen abzulehnen. Mögen sie "Erfüllung der Sehnsucht aller Werktätigen" oder "Zwangsvereinigung" lauten.

9. Trotz schwerwiegender negativer Begleitumstände des Zustandekommens der SED trug die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands zunächst überwiegend den Charakter einer linken sozialistischen Volkspartei. Sie zählte zum Zeitpunkt ihrer Gründung in Ostdeutschland knapp 1,3 Millionen Mitglieder, die annähernd zu gleichen Teilen über die KPD und über die SPD in die Einheitspartei gelangt waren. Im ersten Jahr ihres Bestehens schlossen sich dieser Partei täglich im Schnitt 1.200 Männer, Frauen und Jugendliche an. 1947 gehörte in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone jeder 4. Industriearbeiter, jeder 3. Angestellte, jeder 16. Land- und Forstarbeiter, jeder 10. Bauer, jeder 7. Handwerker und Gewerbetreibende, jeder 7. Ingenieur oder Techniker und jeder 3. Lehrer der SED an. Die zahlenmäßige Stärke und das von der SED 1946 erzielte Wahlergebnis zeugen von einer beträchtlichen Akzeptanz dieser Partei.

Das Gegenwartsprogramm der SED enthielt antifaschistisch-demokratische Forderungen, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten von Anfang an in hohem Maße übereingestimmt hatten und die im Osten Deutschlands bereits in beträchtlichem Maße verwirklicht waren. Ihre knappgehaltenen programmatischen Aussagen über den Sozialismus wiesen große Verwandtschaft zum Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie von 1891 auf und orientierten auf einen deutschen Weg zum Sozialismus. Dem Parteistatut nach war die SED eine demokratisch strukturierte Partei, die allen nichtnazistischen Werktätigen offenstand, in der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse von unten nach oben zumindest statuarisch möglich waren. Die Partei kannte keine Kandidatenzeit, keine Parteiüberprüfungen und -säuberungen, keine

Kontrollkommissionen, kein Politbüro und keinen Generalsekretär. Die zugesicherte Parität von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Besetzung aller Wahlfunktionen und Parteiämter war weitgehend gewährleistet.

Gleichwohl wurden in der SED auf nahezu allen Ebenen Funktionäre tonangebend, die ihre politische Prägung durch die Komintern erfahren hatten. Deren Dominanz erwuchs vor allem aus ihrer enormen politischen Energie, aus ihrem Umgang mit politischen Apparaten, besonders auf dem Felde der Kaderpolitik, aus ihrer Nähe zur sowjetischen Besatzungsmacht. Zugleich lassen sich in der Geschichte der SED, besonders an Schnittpunkten politischer Auseinandersetzungen, immer auch das Wirken oder der Nachhall einer von sozialdemokratischen Traditionen gespeisten politischen Praxis wie auch von demokratisch-kommunistischen Traditionen ausmachen, wie sie im Lebenswerk Rosa Luxemburgs ihren reifsten Ausdruck gefunden hatten.

Die 1948 im Zeichen des Kalten Krieges forciert einsetzende Ausrichtung der SED nach dem Vorbild der stalinistischen KPdSU(B) war zwar zu einem gewissen Grade durch die Schlüsselpositionen von Kominternfunktionären und Sowjetemigranten in der SED vorbereitet und vorbestimmt, nichtsdestoweniger markierte sie einen unübersehbaren Bruch in der Entwicklung der Einheitspartei. Die SED nahm eine Art Doppelcharakter als Massenpartei und Kaderpartei neuen Typs an. Dieser Widerspruch begleitete die SED in ihrer weiteren Existenz. Ohne ein kritisches Potential gegenüber der Politbürokratie der DDR in der SED selbst wäre deren Sturz im Jahre 1989 auf friedliche Weise nicht möglich gewesen.

10. Die im April 1946 vollzogene Gründung der SED hat die bis dahin im wesentlichen übereinstimmende Parteienlandschaft in Deutschland gravierend verändert und polarisiert. Das wurde und wird oft als erster Schritt der Zerreißung Deutschlands hingestellt. Im Bewußtsein der Gründer dieser Partei war sie das nicht. Der Sache nach handelte es sich um eine jener zahlreichen in West wie in Ost damals geschaffenen Tatsachen gegensätzlicher Entwicklung. Geführt von der SED sollten im Osten Deutschlands gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden, die auf ganz Deutschland ausstrahlten. Die Einheitspartei sollte in der sowjetischen Besatzungszone zwar ihren Ausgangspunkt, nicht aber ihren Endpunkt haben, sie sollte auf den deutschen Westen übergreifen.

Ein Friedensvertrag mit Deutschland, eine Aufhebung oder Zurücknahme der Besatzungszonen, Bewegungsfreiheit für alle Parteien in ganz Deutschland hätten die SED nicht nur mit ganz anderen Bedingungen ihres Wirkens konfrontiert und in neue politische Konkurrenzsituationen gebracht, sondern auch ihre innere Entwicklung nachhaltig beeinflußt. 1947 zeichnete sich im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz die Möglichkeit der Zulassung gesamtdeutscher Parteien ab, was auch für die SPD neue Betätigungsmöglichkeiten in der sowjetischen Besatzungszone erschlossen hätte. Das Scheitern solcher Bestrebungen kann nicht primär der SED angelastet werden; denn diese war damals für eine gesamtdeutsche Verfassungsdebatte, für gesamtdeutsche Parteien und für eine gesamtdeutsche Repräsentanz gegenüber den Siegermächten. Es war Kurt Schumacher, der eine erforderliche sozialdemokratische Initiative strikt ablehnte.

Die 1946 gegründete SED nahm ihren Weg in einem der Lager des Kalten Krieges. Von den ursprünglichen Intentionen einer sozialistischen Einheitspartei ging in diesem Feld politisch-militärischer Hochspannung das Beste verloren.

Die Historische Kommission der PDS sieht mit Besorgnis, daß der Anschluß- und Vereinigungsprozeß auf deutschem Boden mit einer Rückkehr zu simplen, emotional aufgeladenen Bildern des kalten Krieges verbunden ist. Denn vor einem Jahrzehnt waren Historiker in Ost und West bereits einmal soweit aufeinander zugegangen, daß die einen die mit dem Zusammenschluß von KPD und SPD verbundenen Konflikte stärker wahrnahmen und die anderen den verbreiteten Drang zur Einheit nicht mehr generell in Abrede stellten. Die Umkehr dieses Trends läßt sich nur damit erklären, daß die Bewertung der historischen Ereignisse des Jahres 1946 erneut politisch besetzt worden ist. Sie wird als Karte im tagespolitischen Konkurrenzkampf der Parteien und im Ringen um Wählerstimmen ausgespielt. Letztlich soll selbst der Gedanke an mögliche Alternativen zu dem im deutschen Westen beschrittenen Weg gebrandmarkt werden. Solcher Umgang mit Geschichte aber steht nicht nur der Suche nach historischer Wahrheit entgegen, sondern auch einer Verständigung der Deutschen in Ost und West.

Die Historische Kommission der PDS warnt davor, sich in historischen Fragen - von wem und unter welchem Vorwand auch immer - Ultimaten stellen zu lassen. Tatsachen zu erhellen und zu bewerten, ist Sache historischer Forschung. Sich ein Urteil zu bilden, ist das Recht jedes Parteimitgliedes und jedes Bürgers dieses

Landes. Unakzeptabel ist es hingegen, Entscheidungen über politisches Vorgehen, über Bündnisse oder Koalitionen von Be- oder Verurteilungen historischer Vorgänge abhängig zu machen, die ein halbes Jahrhundert zurückliegen. Dies beschädigt sowohl das politische Profil und die Glaubwürdigkeit derjenigen, die solche Ansinnen stellen, als auch derjenigen, die auf solche Ansinnen eingehen. Dies kann weder im Interesse eines fortwirkenden produktiven Umgangs mit Geschichte liegen noch der politischen Kultur in diesem Lande dienlich sein. Zudem bleibt bei solchen Ansinnen in der Regel unberücksichtigt, daß negative Erscheinungen im Werden und Wachsen der SED auch von zahlreichen früheren Sozialdemokraten mitzuverantworten sind.

Die Historische Kommission der PDS empfiehlt allen Mitgliedern und Sympathisanten der Partei des Demokratischen Sozialismus, allen historisch und politisch interessierten Bürgern einen verantwortungsbewußt kritischen Umgang mit der Geschichte im allgemeinen und der Geschichte des Zusammenschlusses von KPD und SPD im besonderen. Das ist weder aus der bloßen Erinnerung heraus, noch ausschließlich anhand der schriftlichen Überlieferungen möglich. Sollten die Zeitgenossen die in den letzten Jahren erstmals veröffentlichten authentischen Quellen zur Kenntnis nehmen, so die Nachgeborenen, die Motivationen und Entscheidungen der damaligen Akteure ernstnehmen. Noch gibt es Möglichkeiten, mit Hilfe von Zeitzeugen so manches Ereignis, so manche Person der Vergessenheit zu entreißen und uns der Vielfalt des Geschehens weiter anzunähern. Nutzen wir sie!

Wir haben alle, die erfreulichen wie die unbequemen und beschämenden, historischen Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen. Wir dürfen nichts beschönigen, aber wir brauchen auch einem antikommunistischen und antisozialistischen Zeitgeist keinen Tribut zu zollen. Jeder sollte sich über eigenes Mittun und eigene Verantwortung klarwerden. Es gilt offen zu sein für die Sichtweisen aller, denen die Zukunft der Linken am Herzen liegt, aber jene zurückzuweisen, die uns in die ideologischen Schützengräben des kalten Krieges zurückzerren möchten. Auch in der Auseinandersetzung mit Geschichte richten wir den Blick nach vorn.

(Diese Erklärung wurde von Prof. Dr. Günter Benser entworfen, in der Historischen Kommission der PDS am 30.9.1995 erörtert, vom Sprecherrat der Historischen Kommission der PDS am 13.11.1995 verabschiedet und der Öffentlichkeit am 11.12.1995 übergeben.)

25. Sozialismus und Antisemitismus - Teil 2

Von Mario Keßler (Teil 2)

Autor: Mario Keßler · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Zeitgeschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:05

Im ersten Teil dieses Aufsatzes über das Verhältnis sozialistischer Strömungen zur "jüdischen Frage" (ak 389) hatte Mario Keßler die Auffassungen der Anarchisten und der Sozialdemokraten und die marxistisch-leninistische Haltung zu den Juden am Beispiel Lenins erörtert. In diesem zweiten, abschließenden Teil behandelt der Autor die Entwicklung in der Sowjetunion bis zur Gegenwart und benennt Schlußfolgerungen für die Forschungsarbeit.

3. Die ungelöste jüdische Frage in der Sowjetunion - ein Erbteil des Stalinismus

Die aus der Zarenzeit herrührenden antijüdischen Vorurteile (42) hatten Revolution und Bürgerkrieg zum großen Teil überdauert. Viele Gegner der Revolution versuchten diese als das Werk der Juden, verkörpert durch Trotzki, darzustellen. Da sich unter dem in der Neuen Ökonomischen Politik entstandenen Kleinhändlertum zahlreiche Juden befanden, flossen Konkurrenzneid und Antisemitismus gegen sie oft zusammen. Auch innerhalb der Partei gab es Vorurteile gegen jüdische Funktionäre, von denen die allermeisten erst nach 1917 Bolschewiki geworden waren, zuvor meistens den antibolschewistischen sozialistischen Gruppierungen angehört hatten. (43)

Doch diese Probleme traten erst ab etwa 1926/27 an die Oberfläche, als die Stalin-Fraktion im Kampf um die Macht gegen die rivalisierende Vereinigte Opposition sich des Antisemitismus bediente. Damals ließ Stalin - Trotzki zufolge - halböffentlich verbreiten, an der Spitze der Opposition stünden drei unzufriedene Juden: Neben Trotzki waren dies Kamenew und Sinowjew. (44)

In dieser untergründig geführten Kampagne dürfte das Wort "Jude" nur selten gefallen sein. Doch in Stalins Versicherung, man bekämpfe die oppositionelle Trojka nicht deshalb, weil ihre Mitglieder Juden, sondern weil sie Parteifeinde seien, (45) lag indirekt der konstruierte Antagonismus Russen - Juden beschlossen. Denn: "Die Identifizierung von Juden mit der Opposition dürfte auch ohne Anleitung funktioniert haben." (46) Stalin und seine Fraktion nutzten antisemitische Ressentiments aus, schufen sie aber nicht.

Die Moskauer Schauprozesse der dreißiger Jahre erbrachten jedoch eine neue "Qualität". Eine nur schlecht als "Sowjetpatriotismus" getarnte antisemitische Propaganda gegen die angeblichen "volksfremden" Angeklagten begleitete die Terrorprozesse. (47) Dabei nutzte Stalin ein Dilemma, mit dem sich seit Ende der zwanziger Jahre alle internationalistisch orientierten Bolschewiki konfrontiert sahen: "Aber die Bolschewiki jüdischer Herkunft waren am wenigsten von allen geneigt, das bäuerliche Rußland in seiner Primitivität und Barbarei zu idealisieren und den einheimischen Bauernkarren im ‚Schneckentempo` hinter sich herzuziehen", schrieb Isaac Deutscher. "Das Ideal des ‚Sozialismus in einem einzelnen Land` war nicht für sie bestimmt." (48) Zwar mußte der neue Sowjetpatriotismus nicht zwangsläufig eine antijüdische Komponente haben. Im Gegenteil: Der Antisemitismus wurde offiziell als überwunden deklariert, der prinzipielle Antagonismus zum Nazismus betont. Doch die antisemitischen Töne der Schauprozesse heizten das Klima ebenso an, wie - in einer scheinbar entgegengesetzten Weise - die relativ hohe Präsenz von Juden in den Macht- und Repressionsorganen. (49)

Die bolschewistische Partei hatte in den zwanziger Jahren die antisemitischen Erscheinungen zunächst mit einer Vielzahl von Aktivitäten bekämpft. Bemerkenswerterweise waren es oft nichtjüdische Kommunisten, die sich dabei hervortaten: Kalinin, Bucharin, Preobrashenski, Lunatscharski, Rjutin. Natürlich waren auch jüdische Bolschewiki an der Bekämpfung des Antisemitismus beteiligt. Sie publizierten eine Reihe von aufklärerischen wie analytischen Schriften, unter denen Juri Larins Juden in der UdSSR (1929) hervorragt. Larin schrieb darin über das Anwachsen des Antisemitismus "unter dem rückständigen, mit der Bauernschaft verbundenen Teil der Arbeiter und unter den Frauen", und fuhr fort: "Man hört oft Arbeiter antisemitische Bemerkungen machen, die die konterrevolutionäre Bedeutung des Antisemitismus nicht erkennen. Viele Tatsachen verweisen auf die Anwesenheit von Komsomolzen und Parteimitgliedern unter den Antisemiten." (50) Auch Trotzki listete in seinen "Fragen des Alltagslebens" eine Reihe antisemitischer Äußerungen und Verhaltensweisen unter Arbeitern auf. (51)

Der proletarische Antisemitismus wurde von antisemitischen Einstellungen unter einem Teil der russischen Intellektuellen begleitet. Dieser speiste sich auch aus einem - grundlosen - Minderwertigkeitsgefühl gegenüber den oft international orientierten und entsprechend gebildeten Juden. (52) Jüdische politische Aktivisten, die vor der Revolution dem Bund oder der Poale Zion angehört hatten, gelangten im Zuge des Radikalisierungsprozesses dieser beiden wichtigsten jüdischsozialistischen Parteien in den Parteiapparat der Bolschewiki. Damit entstand der Typ des jüdischen "Neophyten", der seine antibolschewistische Vergangenheit durch ein Übermaß an Linientreue zu kaschieren suchte. Natürlich traf dies nicht auf alle jüdischen Parteimitglieder zu, auch nicht auf all jene, deren Eintrittsdatum nach der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg lag. Dennoch bestimmten "neubekehrte" Bolschewiki durch ihre lautstarken Aktionen in bedenklichem Maße das Bild, das sich der nichtjüdische Sowjetbürger vom jüdischen Parteifunktionär machte. Hierzu gehören manche administrative Maßnahmen der Jüdischen Sektion der KP, der Jewsekzija. Ihre Funktionäre sabotierten mit teilweise rabiaten Mitteln die Ausübung des religiösen Kultus, den ihre jüdischen Mitbürger oftmals pflegten. Sie prangerten auch das Hebräische als angeblich zionistisches Idiom an und propagierten die offizielle Ideologie in oft recht plumper Manier. Wohl ungewollt schwächten sie mit ihrem Kampf gegen die "jüdisch-religiösen Überbleibsel" auch die Existenzgrundlagen ihres Volkes, denn mangels eines geschlossenen Territoriums standen bei den Juden Religion und Ethnizität in einem engeren Zusammenhang als bei anderen Nationalitäten. (53) Die Präsenz von Juden in der Kampagne zur Zwangskollektivierung am Beginn der dreißiger Jahre, in erster Linie die brutale Durchführung dieser Kampagne durch Kaganowitsch in der Ukraine, trug entscheidend zum Wachstum des bäuerlichen Antisemitismus bei. (54)

Dennoch dürfte feststehen, daß die Stalinisierung der Sowjetunion zwar zum Anwachsen des Antisemitismus führte, daß auch die Stalin-Fraktion geschickt antijüdische Ressentiments ausnutzte, daß aber all dies ohne eine manifeste vorrevolutionäre Beeinflussung der Massen nicht möglich gewesen wäre. Die Stalinisten nutzten somit einerseits antisemitische Stimmungen in ihrem Sinne, erzeugten andererseits indes wohl ungewollt einen starken Antisemitismus unter der Oberfläche. Sie wirkten einem solchen Antisemitismus aber keineswegs in der Weise entgegen, wie es nötig und möglich gewesen wäre. Zur Entfremdung zwischen Juden und Nichtjuden trug auch das seit 1928 bestehende Verbot der Auswanderung aus der UdSSR bei. Obwohl dies alle Bürger betraf, kam es durch den Abbruch der zionistischen Auswanderung nach Palästina bei den Juden zu einem spezifischen "Emigrationsstau" (als das Verbot dann in den siebziger Jahren allmählich weniger restriktiv ausgelegt wurde, erschienen die Juden mitsamt ihren Emigrationswellen wiederum gegenüber den anderen Sowjetbürgern als privilegiert). Im Vorfeld des Paktes mit Deutschland wurden 1939 eine Reihe von Juden aus dem diplomatischen Dienst entfernt, darunter Außenminister Litwinow. Dies scheint jedoch vor allem damit zusammenzuhängen, daß jüdische Diplomaten besonders engagiert Litwinows Politik der kollektiven Sicherheit und damit ein Bündnis mit dem Westen gegen Hitler verfochten. (55) Doch die schwersten Verluste hatten die Juden durch die Schließung vieler kultureller Einrichtungen, der Auflösung einer Reihe von Organisationen und der Hinrichtung zahlreicher Partei- und Staatsfunktionäre im Gebiet Birobidshan zu erleiden. (56)

Es sei keineswegs verschwiegen, daß aufgrund der Befehle Stalins zweieinhalb Millionen Juden 1941 rechtzeitig aus dem Westen der Sowjetunion ins Landesinnere evakuiert und somit vor der Vernichtung durch die Nazis gerettet wurden! Die Hoffnung, daß sich nach dem größten und bestorganisierten Völkermord der Geschichte keinerlei antisemitische Maßnahmen wiederholen würden, blieb aber unerfüllt - auch in der Sowjetunion. Einerseits prangerten die Vertreter der Sowjetunion in Nürnberg die bestialische Ausrottungspolitik der Hitlerfaschisten und ihrer Komplizen an und forderten exemplarische Strafen für die nazistischen Massenmörder. Andererseits wurden sehr bald nach Kriegsende Informationen über das Ausmaß der Vernichtung von Juden auf sowjetischem Territorium, so die erschütternden Berichte von Ilja Ehrenburg und Wassilij Grossmann, aus dem Verkehr gezogen. Nachdem schließlich feststand, daß - entgegen Stalins unrealistischen Erwartungen - der Staat Israel sich an den Westen anlehnen würde, richtete sich ab 1949 der Verdacht unterschiedslos gegen jeden sowjetischen Juden, potentiell für den Gegner im Kalten Krieg tätig werden zu können. Eine brutale antisemitische Kampagne folgte, in der erstmals auch offen rassistische Töne zu hören waren. Sie gipfelte in der Ermordung vieler jiddischsprachiger Schriftsteller und Schauspieler, der Schließung noch verbliebener jiddischer Schulen, Theater und Zeitschriften sowie einer inoffiziellen Quotierung bei der Zulassung jüdischer Bewerber zum Universitätsstudium, somit der faktischen Wiedereinführung des numerus clausus der Zarenzeit. Die Indizien - nicht vollkommen schlüssige Beweise - einer von Stalin

geplanten Massendeportation der Juden nach Birobidshan werden in neueren russischen Veröffentlichungen nunmehr ernsthaft geprüft, wobei schlüssige Ergebnisse zwar noch nicht vorliegen, jedoch zu erwarten sind. (57)

Die antijüdischen Repressalien wurden auf die CSSR mit dem Höhepunkt des Slánski-Prozesses ausgedehnt, doch wurde auch die DDR in abgeschwächter Form davon betroffen: Die antisemitischen Beschuldigungen gegen Paul Merker finden sich sogar noch in dessen Verurteilung in einem Terrorprozeß vom 30. März 1955. (58) Anfang 1953 wurden Stalins Ärzte, unter ihnen zahlreiche Juden, in der Prawda als bezahlte Agenten einer ausländischen Macht und als Verbindungsleute zur Joint Distribution Agency, einer jüdischen Hilfsorganisation, bezeichnet. Die sowjetischen Juden erfaßte berechtigte Furcht. Doch der Tod des Diktators am 5. März 1953 verhinderte weitere Verbrechen.

Während der Malenkow-Chruschtschow-Periode 1953 bis 1964 stieg eine relevante Anzahl jüdischer Sowjetbürger in gesellschaftlich wichtige Funktionen auf. Wissenschaftler wie die Physiker Pjotr Kapiza und Lew Landau errangen Weltruhm. Andererseits tauchten in Prozessen gegen Dissidenten wie Jurij Daniel und Josif Brodskij versteckte antisemitische Klischees wieder auf. Noch schwerer wog vielleicht die Nichterwähnung jüdischer Opfer, wenn von den Toten des Zweiten Weltkrieges die Rede war; eine Tatsache, die Jewgenij Jewtuschenko in seinem Poem über Babi Jar beklagte. Selbst in seiner mutigen Geheimrede vor dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 hatte Chruschtschow den Stalinschen Antisemitismus unerwähnt gelassen.

Der Junikrieg 1967, in dem Israel die Armeen der mit der Sowjetunion verbündeten arabischen Staaten besiegte, stellt auch für die Behandlung der jüdischen Frage durch die UdSSR eine gewisse Zäsur dar. Dieses Ereignis trug zur Stärkung des Gruppenbewußtseins der sowjetischen Juden bei. Andererseits verunsicherte es die Spitzen der Armee, da sich die sowjetischen Waffen, mit denen Ägypter und Syrer gekämpft hatten, als nicht tauglich erwiesen. Seitdem war das Anwachsen der Idee von der "jüdischen Weltverschwörung" in den Publikationsorganen der Sowjetarmee, insbesondere der Zeitung "Krasnaja Swesda", feststellbar. Von nun ab tauchte das ins Maßlose vergrößerte und vergröberte Phantombild des "internationalen Zionismus" in Zeitungsartikeln und Schulungsheften der Armee immer häufiger auf. Dennoch blieb außerhalb des Offizierskorps die Wirkung solcherart Propaganda recht begrenzt, wahrscheinlich, weil die offizielle Ideologie allgemein rasch an Glaubwürdigkeit verlor. (59) Die Juden wurden als nationale Gruppe insgesamt kaum schlechter behandelt als andere kleinere Völkerschaften. Es gab jedenfalls keinen staatlich verordneten Antisemitismus, der das Existenzrecht der Juden innerhalb der Sowjetgesellschaft in Frage gestellt hätte. (60)

All diese Probleme konnten jedoch erst mit dem qualitativen Wandel der Sowjetunion unter Gorbatschow allmählich diskutiert werden. Damit wurde zugleich das Ausmaß der Widersprüche und Defekte in der Gesellschaft schmerzhaft deutlich. Auch die nationalen Antagonismen brachen auf. Die Gorbatschowschen Reformen hatten das alte System mitsamt seiner allmächtigen Partei- und Staats-Nomenklatura zum Einsturz gebracht, jedoch nicht vermocht, ein neues System zu schaffen, das dem Land Stabilität geben konnte. Unter diesen Bedingungen spitzten sich alle Widersprüche extrem zu, darunter auch das Problem eines Zusammenlebens von Juden und Nichtjuden. Die Frage nach "Sündenböcken" tauchte - wie in jeder Krisensituation - auf. Demgemäß entstanden Forderungen, die Juden aus dem öffentlichen Leben des Landes auszuschalten. Die Hetze, symbolisiert durch Kräfte um Wladimir Shirinowskij und weiter rechts von ihm stehende Gruppen, steigerte sich mit dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und der fortschreitenden Krise Rußlands. (61)

Nachdem über Jahrzehnte hinweg nur ein relativ geringer Teil der sowjetischen Juden die Emigration als Lebensziel ins Auge gefaßt hatte, sehen sich nunmehr immer größere Teile der jüdischen Bevölkerung gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um dem Druck zu entgehen. In mancher Hinsicht ähnelt die gegenwärtige instabile Lage der Situation zwischen Februar und Oktober 1917: Der Antisemitismus ist staatlicherseits verboten, doch seinen Exponenten können kaum noch Zügel angelegt werden. Jeder Fortschritt bei der Einrichtung einer jüdischen kulturellen Infrastruktur steigert die antijüdische Hetze. Teile des Offizierskorps, der alten Nomenklatura und ehemalige Propagandisten des "Marxismus-Leninismus" an Hochschuleinrichtungen versuchen, ihr dramatisch gesunkenes Sozialprestige durch einen militanten Nationalismus und Antisemitismus zurückzugewinnen. Ihr Appell an den Rassismus findet offene Ohren bei vielen Verlierern des Kurses in Richtung eines Manchester-Kapitalismus, den die gewendete stalinistische Bürokratie eingeschlagen hat. Seit 1990 hat über eine halbe Million russischer Juden das Land verlassen, die

große Mehrheit in Richtung Israel. Die zweitgrößte jüdische "Diaspora"-Gemeinschaft der Welt beginnt sich aufzulösen. Dies zeigt auf bedrückende Weise, daß der stalinistische Sozialismus die jüdische Frage nicht gelöst hat. Sein negatives, unheilvolles Erbe wirkt noch lange fort. Mit Blick auf die tiefsitzenden, immer wieder reaktivierten antisemitischen Traditionen muß wohl generell bezweifelt werden, daß den Juden in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine Zukunft als ethnisch-sozialer Gemeinschaft beschieden ist.

4. Einige Schlußfolgerungen für die Forschungsarbeit

Was ergibt sich aus all dem für die Forschung, die sich - hoffentlich in steigendem Maße - diesen Fragen zuwendet? Einige Probleme seien genannt:

1. Welchen Einfluß hatten die unmittelbaren und die mittelbaren Folgen der Spaltung der Arbeiterbewegung im August 1914? Die unmittelbaren Folgen waren die Herausbildung verschiedener Zentren der internationalen Arbeiterbewegung, die dann 1923 in die Etablierung zweier einander bekämpfender Internationalen, der Komintern und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI), mündete. Alle Argumente, auch im Hinblick auf den Antisemitismus, den Zionismus, die Palästina-Problematik oder die jüdische Frage allgemein, wurden unter den Bedingungen einer Konkurrenzsituation entwickelt. Statt des Dialoges der verschiedenen Organisationen gab es eine oft bis ins Irrationale übersteigerte wilde Kontroverse, an der beide Seiten ihren Anteil hatten. (62) Die mittelbaren Folgen dieser Entwicklung hängen mit der immer stärkeren Bürokratisierung von Komintern, SAI und ihren jeweiligen Parteien zusammen. Im Kampf gegen die jeweils andere Internationale erblickten stalinistische wie auch reformistische Ideologen, Propagandisten oder Sachwalter ihr vermeintlich ureigenes Interesse. Daß diese tragische Entwicklung eine unüberwindbare Kluft schuf, aus der heraus der Nazismus einen Teil seiner tödlichen Destruktionskraft bezog, ist in der Forschung kaum noch umstritten.

2. Das sozialistische Assimilationskonzept wurde durch Auschwitz und die ihm folgenden Entwicklungen, die Gründung des Staates Israel, aber auch durch den stalinistischen Antisemitismus vollends fraglich. Dieses Konzept hatte die Integration der Juden in die allgemeine Arbeiterbewegung wie in die Gesamtbevölkerung ihrer jeweiligen Länder zum Prinzip erhoben. Eine solche doppelte Forderung an progressive Juden, ihre Identität mindestens teilweise aufzugeben, hat aber auf lange Sicht weder zum Abbau des Antisemitismus irgendwo in der Welt beigetragen, noch gar die Massenvernichtung im Zweiten Weltkrieg verhindern können. Sie ermöglichte auch keine Integration der Juden in die Gesellschaft der Sowjetunion oder einiger anderer, dem Anspruch nach sozialistischer Länder. Zumindest erleichterte der Verzicht auf jüdische Identität eine Integration nicht.

3. Dem Konzept einer Assimilation durch Integration bei Verzicht auf jüdische Identität, wie es die Komintern und Teile der SAI verfochten, standen vorrangig zwei Alternativkonzepte entgegen: Das des Jüdischen Arbeiterbundes - Integration durch Organisierung eigenständigen jüdischen Lebens - und der Zionismus mit dem Ziel der Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, der möglichst vielen Juden zur Heimstatt werden sollte. Der Bund wurde in der Sowjetunion als Organisation aufgelöst, spätere Versuche der Organisierung jüdischen Lebens blieben immer der stalinistischen Politik verhaftet. In Polen, wo der Bund als eigenständige Partei in der Zwischenkriegszeit existierte, beendete der Naziterror alle Möglichkeiten einer jüdischen Arbeiterbewegung. Deshalb sollten beide Konzepte kritisch danach befragt werden, inwieweit sie eine aus dem historischen Kontext heraus und nicht nur im Nachhinein realisierbare Möglichkeit boten, den Antisemitismus erfolgreich zu überwinden. Dabei muß der Doppelcharakter des Zionismus selbstverständlich Beachtung finden: seine emanzipatorische Seite ebenso wie seine gegen die Araber Palästinas gerichtete Dimension.

4. Die proletarischen Kleinorganisationen und ihre wichtigsten Vertreter haben vor dem Machtantritt Hitlers die nazistische Bewegung, einschließlich ihres verinnerlichten Antisemitismus, präziser analysiert als Komintern- und SAI-Experten. Ist es ein Zufall, daß Leo Trotzki, der eine der besten und konsistenten individuellen Faschismus-Analysen gab, auch als erster innerhalb der Arbeiterbewegung die schreckliche Möglichkeit einer totalen Vernichtung der Juden antizipierte? In einem Brief vom 22. November 1938 an amerikanische Genossen schrieb er: "Es ist ohne Schwierigkeiten möglich, sich vorzustellen, was die Juden beim bloßen Ausbruch des künftigen Weltkrieges erwartet. Aber sogar ohne Krieg wird gewiß die nächste Entwicklung der Weltreaktion die physische Ausrottung der Juden bedeuten." (63) Ist es ferner ein Zufall, daß August Thalheimer, Sprecher einer anderen wichtigen Kleingruppe, der KP-Opposition, 1948 gegen jede nationalistische Interpretation des arabisch-jüdischen Konfliktes Stellung bezog? Er schrieb damals: "Der

leitende Gesichtspunkt der internationalen Arbeiterbewegung in der Palästinafrage müßte sein, sich in den arabischen Ländern Kräfte gegen die feudalen Herrschaften zu schaffen und sie mit den entsprechenden Kräften in Israel zusammenzubringen, um ein friedliches Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen Israel und der arabischen Umwelt zu erzielen. Es ist klar, daß dieses Ziel, wenn überhaupt, so nur auf längere Sicht zu erreichen ist, denn die Widerstände gegen eine solche Lösung sind riesengroß. Aber der arabische Fellache und Arbeiter hat zu den hebräischen Arbeitern und Bauern keine Gegensätze, die nicht zu überwinden wären." (64)

5. Der weitestgehende Zerfall der kommunistischen Bewegung erzwingt langandauernde Überlegungen zu den Ursachen, aber auch nach den Folgen. Der nach den traumatischen Erfahrungen mit dem Nazismus später in Nordamerika, in Westeuropa und sogar in einigen osteuropäischen Ländern wie der DDR und Ungarn zeitweilig zurückgedrängte Antisemitismus könnte mit einer allmählichen Verunsicherung und Verarmung breiter Teile der abhängig Beschäftigten in den westlichen Industriestaaten sowie mit den verheerenden Begleiterscheinungen des Umbruchs in Osteuropa erneut zu einer politisch entscheidenden Kraft werden.

Mit der langanhaltenden wirtschaftlichen Depression in einer Reihe entwickelter Länder mit einem relevanten jüdischen Bevölkerungsanteil erleben diese Schichten ein mögliches Ende der zwei Generationen lang dauernden Aufwärtsentwicklung. Kann der Staat Israel bei stärker und manifester werdendem Antisemitismus eine mindestens teilweise Lösung dieser Probleme bieten? Angesichts der Entwicklung im Nahen Osten fallen allzu optimistische Vorhersagen schwer.

"Unter diesen Bedingungen", schrieb Ernest Mandel wenige Jahre vor seinem Tod, "können revolutionäre Sozialisten durch einen konsequenten Einsatz für die Menschenrechte, einen radikalen Kampf gegen jegliche Form des Antisemitismus, gegen jegliche Form von Diskriminierung und durch eine prinzipielle Absage sowohl an den Stalinismus wie auch an den Kapitalismus zum ersten Male seit 1941 [dem Überfall Nazideutschlands auf die UdSSR; M. K.] wieder ein breiteres Gehör bei den von den neuen sich anbahnenden Katastrophen bedrohten Juden finden." (65)

Ob der Niedergang der sozialistischen Bewegung in absehbarer Zeit gestoppt werden kann, hängt auch davon ab, daß die Einstellung gegenüber Juden und allen anderen Minoritäten nicht mehr vom Zweckdenken bestimmt und angeblich höherstehenden politischen Erwägungen untergeordnet wird. (66)

Quellen und Anmerkungen:

42) Zum zaristischen Antisemitismus und seinen Folgen - vor allem den Pogromwellen - vgl. u.a. Heinz-Dietrich Löwe, Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservativismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft 1880-1917, Hamburg 1978; Edward H. Judge, Ostern in Kischinjow. Anatomie eines Pogroms, Mainz 1995.

43) Die jüdische Opposition gegen die bolschewistische Partei schildert am Beispiel des Bundes Aryeh Gelbard, Der jüdische Arbeiterbund im Revolutionsjahr 1917, Wien 1982. Die allmähliche, teilweise erzwungene Integration jüdischer Sozialisten in die herrschende Partei, in der sie sich dann (mangels einer sozialistischen Alternative) engagierten, behandelt u. a. Salomon M. Schwarz, The Jews in the Soviet Union, 2. Aufl., New York 1972.

44) Vgl. Leo Trotzki, Thermidor und Antisemitismus, in: Iring Fetscher (Hg.), Marxisten gegen Antisemitismus, Hamburg 1974, S. 184 f.

45) Auf eine solche, von Stalin aber nicht publizierte Versicherung weist Trotzki hin. Vgl. ebenda, S. 185 f.

46) Vetter, S. 262.

47) Zahlreiche Belege ebenda, S. 297 ff.

48) Isaac Deutscher, Trotzki. Der unbewaffnete Prophet 1921-1929, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 254.

49) Neben dem bekannten Beispiel von Lazar Kaganowitsch sollte angemerkt werden, daß der Organisator der sowjetischen Zwangsarbeitslager in den späten zwanziger Jahren, Naftali Frenkel, ebenfalls Jude war. Vgl. Andrzej J. Kaminski, Konzentrationslager 1896 bis heute. Geschichte, Funktion, Typologie, München/ Zürich 1990, S. 127.

50) Ju. 0. Larin, Evrei i antisemitizm v SSSR, Moskau/Leningrad 1929, S. 239.

51) Vgl. Leo Trotzki, Fragen des Alltagslebens. Die Epoche der "Kulturarbeit" und ihre Aufgaben, Hamburg 1923, bes. S. 154 f.

52) Vetter (S. 125 ff.) erläutert dies am Beispiel Sergej Jessenins, der antisemitische Vorurteile hegte.

53) Auf diesen Zusammenhang weist vor allem Schwarz (S. 298) hin.

54) Ein Zusammenhang mit dem proletarischen Antisemitismus ergab sich aus der Tatsache, daß viele Arbeiter gerade erst vom Dorf in die Stadt gekommen waren, zu ihrem ländlichen Herkunftsgebiet aber noch enge Beziehungen hatten.

55) Dies nimmt zumindest Vetter (S. 348 ff.) an. Hingegen schrieb Isaac Deutscher: "Wie konnte der Jude Litwinow einen Pakt mit Hitler oder Ribbentrop unterzeichnen? Dafür brauchte man schon einen ‚reinen Arier`." Isaac Deutscher, Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin (West) 1977, S. 47.

56) Ausführlich hierzu Mario Keßler, Der Stalinsche Terror gegen jüdische Kommunisten 1937/1938, in: Hermann Weber/Dietrich Staritz (Hg.), Kommunisten verfolgen Kommunisten. Stalinistischer Terror und "Säuberungen" in den kommunistischen Parteien Europas seit den dreißiger Jahren, Berlin 1993, S. 87-102, bes. S. 97 ff.

57) Vgl. erste Hinweise bei John L. H. Keep, Der Stalinismus in der neueren russischen Literatur, in: Neue Politische Literatur, 1995, Nr. 3, S. 421-440, bes. S. 433, 439.

58) Das Urteil gegen Merker ist abgedruckt bei Jeffrey Herf, Antisemitismus in der SED. Geheime Dokumente zum Fall Paul Merker aus SED- und MfS-Archiven, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 1994, Nr. 4, S. 635-667, hierzu S. 643-650.

59) Zahlreiche Belege hierzu bei Robert Wistrich, Der antisemitische Wahn. Von Hitler bis zum Heiligen Krieg gegen Israel, Rastatt 1989, S. 309 ff.

60) Aus Polen wurden allerdings im Zuge einer "antizionistischen" Kampagne Anfang 1968 etwa 25 000 Juden vertrieben. Vgl. Adam Ciolkosz, "Anti-Zionism" in Polish Communist Party Politics, in: Robert S. Wistrich (Hg.), The Left against Zion. Communism, Israel and the Middle East, London/Totowa, N.J. 1979, S. 137-152; Silberner, Kommunisten zur Judenfrage, S. 257 ff.

61) In der Zeit des Zerfalls der UdSSR 1989-1991 war die Organisation "Pamjat" (Memorial) treibende Kraft bei der Propagierung des Antisemitismus, die sie mit einer Kampagne gegen das "Freimaurertum", oder was sie dafür hielt, verband. Vgl. Mark Deic/Leonid Churavlev, Pamjat - kak ona est', Moskau 1991.

62) So glaubte der SPD-Vorsitzende Otto Wels auf dem Gründungskongreß der SAI 1923 in Hamburg vor der "Schlammwelle der kommunistischen Bewegung" warnen zu müssen. Protokoll des Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongresses in Hamburg, 21. bis 25. Mai 1923, Berlin 1923, S. 15. Die spiegelbildliche "Sozialfaschismus-Theorie" und ihre desaströsen Folgen für die Entwicklung der Komintern sind bekannt.

63) Leon Trotsky, Appeal to American Jews menaced by Fascism and Anti-Semitism, in: Ders., On the Jewish Question, New York 1970, S. 29. Hervorhebung im Text.

64) August Thalheimer, Westblock-Ostblock. Welt- und Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, hg. von der Gruppe Arbeiterpolitik, Hamburg 1992, S. 337.

65) Ernest Mandel, Trotzki als Alternative, Berlin 1992, S. 233.

66) Diese Überlegungen sind im wesentlichen breiter ausgeführt in meinen Büchern: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert (2. Aufl., Mainz 1994); Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897 -1933 (Berlin 1994); Die SED und die Juden - zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967 (Berlin 1995), sowie in dem von mir herausgegebenen Sammelband: Arbeiterbewegung und Antisemitismus. Entwicklungslinien im 20. Jahrhundert (Bonn 1993). Die dort abgedruckte Einleitung (S. 9-17) enthält Kerngedanken des vorliegenden Aufsatzes.

An unsere Frankfurter LeserInnen! Im Rahmen der Ausstellung "Arbeiter und Revolutionäre. Die jüdische Arbeiterbewegung" im Jüdischen Museum (s. Kalender) wird Mario Keßler am 29.5.96, 19.30 Uhr einen Vortrag zum Thema "Die deutsche Arbeiterbewegung und der Antisemitismus bis 1933" halten.

26. "Verrat an der deutschen Saar". Die Kommunistische Partei und die Saar- Abstimmung 1955

Autor: Thomas Uwer · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte der BRD; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:20

Nach dem Zweiten Weltkrieg war das Saarland zehn Jahre lang mit Frankreich assoziiert. Geplant war eine "Europäisierung" des Gebiets. Aber am 23. Oktober 1955 stimmten in einem Volksentscheid 67,7% der saarländischen Bevölkerung gegen einen autonomen Saarstaat und damit für einen Anschluß an die BRD. Die bürgerliche Autonomie-Regierung stürzte. Vier Jahre später wurde das Saarland - entgegen der internationalen Vorstellungen - elftes Bundesland. Dieser Anschluß war nur möglich geworden durch das Zusammenspiel von bundesdeutscher Diplomatie und nationalistischer Mobilisierung der großdeutschen Saar-Parteien. Ungeliebte Mitstreiterin auf der prodeutschen Seite war die Kommunistische Partei. Die KPS vertrat von Anfang an eine Politik der "Wiedervereinigung aller Teile Deutschlands".

Am 21. März 1945 beendeten die Truppen der 3. US-Armee die zehnjährige Herrschaft NS-Deutschlands an der Saar. Noch im selben Jahr wurde die Region an die französische Militärverwaltung übergeben. Im August 1945 entstand die Délégation Supérieure de la Sarre als eine von fünf Verwaltungseinheiten unter französischer Kontrolle.

Den westlichen Alliierten stellte sich die Saarfrage zu diesem Zeitpunkt nicht. Die Region, die als Sprungbrett und Waffenkammer deutscher Angriffskriege gegen Frankreich gedient hatte, sollte von einem neuen deutschen Staat getrennt bleiben. Die saarländische Schwerindustrie sollte den wirtschaftlichen Wiederaufbau des befreiten Frankreich als quasi-Reparation unterstützen. Die Délégation Supérieure de la Sarre wurde dem französischen Staat wirtschaftlich assoziiert. Die Verbindungen zu den anderen Bezirken der französischen Besatzungszone wurden unterbrochen.

Demokratisierung

nur mit Separation

Die französische Nachkriegspolitik bemühte sich gleichzeitig, eine Demokratisierung der Saar-Region über eine weitreichende politische Autonomie zu initiieren. Die Demokratisierung sollte rasch eingeleitet werden und vor allem ohne deutsche Beteiligung oder Interventionsmöglichkeit von statten gehen. Die Erfahrung zweier Weltkriege machte eine Kontrolle der saarländischen Schwerindustrie notwendig. Gleichzeitig hatte die französische Regierung aus der Saarabstimmung von 1935 gelernt: 90,76% der Saarländer hatten damals für den Anschluß ans Dritte Reich gestimmt. Es war damit zu rechnen, daß eine direkte Einflußnahme Frankreichs auf Widerstand stoßen würde, der die Region erneut zum Kulminationspunkt nationalistischer und faschistischer Bewegungen machen könnte.

NS-Gegner von 1935 bekamen die Aufgabe, eine eigenständige Regierung aufzubauen. Darunter waren viele, die in der französischen Résistance gekämpft hatten. Der Aufbau der saarländischen Wirtschaft wurde massiv gefördert. Eine Reihe von Begünstigungen (wie die frühzeitige Entlassung saarländischer Kriegsgefangener) sollten ein Klima schaffen, in dem eine Demokratisierung des Saarlandes und eine dauerhafte Separation von Deutschland möglich wären. Der französische Außenminister Bidault erklärte: "Wir verlangen keinen territorialen Anschluß des Saarlandes. Wir sehen sehr wohl, daß die 800.000 Saarländer deutsch sind, aber auch daß die Region ökonomisch Frankreich assoziiert werden muß. Die Saar soll unabhängig sein (...) innerhalb des französischen Wirtschafts- und Zollsystems."

Im September 1946 fanden die ersten Wahlen statt, aus der die Christliche Volkspartei (CVP) des aus dem Exil zurückgekehrten NS-Gegners Johannes Hoffmann mit 52,4% der Stimmen als klare Siegerin hervorging. 25,5% fielen auf die Sozialdemokratische Partei, 9,1% auf die Kommunistische Partei Saar (KPS). Eine demokratische Verfassung wurde erarbeitet, die sowohl die politische Autonomie, wie auch die wirtschaftliche Assoziation zu Frankreich bestätigte. Die Verfassung wurde durch die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung 1947 angenommen, die erste autonome Saarregierung unter der Führung Johannes Hoffmanns wurde gebildet. 1948 ging das Saarland eine Zollunion mit Frankreich ein.

Die BRD macht mobil

Mit der Gründung der BRD geriet die Saarpolitik der französischen Regierung unter Druck. Die Bundesregierung machte von Anfang an deutlich, daß sie auf ihre territorialen Ansprüche weder im Osten noch im Westen verzichten wollte. Folgerichtig wurde das autonome Saarland zum Störfaktor der westlichen Bündnisverhandlungen im beginnenden Blockkonflikt. Um die Westintegration der BRD nicht zu gefährden, verzichtete Adenauer anfangs darauf, allzu laut den Anschluß der "deutschen Saar" zu fordern. Gleichzeitig erklärte der Kanzler im Bundestag die Wahlen an der Saar für ungültig und die Verfassung damit für nichtig. Eine Anerkennung des autonomen Staates Saarland lehnte er vehement ab. Damit war die Autonomie des Saarlandes erneut zur Saarfrage geworden und wurde zum Bestandteil aller Verhandlungen mit Frankreich. Gleichzeitig lehnte Adenauer aber Gespräche mit der saarländischen Regierung ab.

Dem Gesamtdeutschen Ministerium unter Jakob Kaiser fiel die Aufgabe zu, alle Versuche zur Bildung deutsch-nationaler Gruppen im Saarland massiv finanziell und logistisch zu unterstützen: Flugschriften und Plakate wurden ins Saarland geschmuggelt und ein illegaler Radiosender aufgebaut, um die saarländische Bevölkerung zum Widerstand gegen die "anti-deutsche" Politik Johannes Hoffmanns aufzurufen. Auch die deutsche katholische Kirche wurde aktiv: Der Trierer Erzbischof Bornewasser, der schon Wahlhilfe für den Anschluß ans Dritte Reich geleistet hatte, richtete 1947 einen Hirtenbrief an die saarländische Bevölkerung: "Vaterlandsliebe bedeutet ferner Treue. Wer die Treue bricht, ist ein Verräter."

Dennoch blieben die pro-deutschen Gruppen im Saarland bis 1954 verhältnismäßig schwach. Die Verfassung verbot deutschen Parteien, im Saarland zu arbeiten. Die Wirtschaft erlebte mit Hilfe Frankreichs einen schnellen Aufschwung und das Lebensniveau der saarländischen Bevölkerung lag lange Zeit weit über dem in der BRD.

Während dieser Zeit war die KPS die einzige der legalen Parteien, die vehement gegen die Autonomie des Saarlandes und für den Anschluß an "die Heimat" arbeitete. "Die Kommunistische Partei war Gegner der Trennung von Deutschland. Ihre führenden Köpfe (...) hatten ihre ganze Agitation auf einer Ablehnung vor allem der Präambel der Saarverfassung aufgebaut (Autonomiestatus und wirtschaftliche Assoziation zu Frankreich, T.U.). In fast jedem Ort hatte die KP eine Parteigruppe, und in allen ihren Veranstaltungen rief sie zum Kampf gegen die Präambel auf. (...) Das Problem der Trennung von Deutschland stand so im Vordergrund, daß es todsicher von irgendeinem Versammlungsteilnehmer angeschnitten wurde und behandelt werden mußte." (Johannes Hoffmann später über das Scheitern der autonomen Saarregierung) Die KPS hatte nicht nur als einzige Partei gegen die Verfassung gestimmt und damit die Separation von Deutschland zum Problem erklärt, sondern erhob vielmehr die nationale Frage zum zentralen Argument ihrer Politik. Damit knüpfte sie konsequent an die Politik der KP der 30er Jahre an.

Die Saar-Abstimmung 1935

Nach dem Ersten Weltkrieg unterstand das Saargebiet bis 1935 der französischen Verwaltung im Auftrag des Völkerbundes. 1935 bekam die saarländische Bevölkerung die Möglichkeit, über die nationalstaatliche Zukunft, bzw. die Fortsetzung des Status Quo zu entscheiden. Unter dem Eindruck des Terrors in NS-Deutschland schloß die KPD-Saar 1934 eine Einheitsfront mit der SPD gegen den Anschluß an das Dritte Reich.

Das Ergebnis der Abstimmung von 1935 kam einem Zusammenbruch der saarländischen Linken gleich: Lediglich 46.613 Stimmberechtigte votierten für die Völkerbund-Verwaltung, 477.199 suchten den Anschluß an NS-Deutschland. Dies obwohl neben der Einheitsfront auch Teile der Zentrumspartei zur Wahl des Status quo aufriefen. Zum Vergleich: 1932 hatten bei den Kommunalwahlen 72.198 Saarländer für die Kommunistische Partei gestimmt. Selbst wenn man davon ausgehen würde, daß lediglich kommunistische Wähler für den Status Quo gestimmt hätten, bleiben immer noch rund 26.000 KP-Wähler, also knapp 40%, die den Nationalsozialismus wählten.

Die KP-Saar hatte lange gebraucht, um sich überhaupt zum Status Quo durchzuringen. Anfang 1934 gingen die Kommunisten an der Saar noch davon aus, daß der Faschismus nur eine vorübergehende Erscheinung sei und der nationalen Revolution gegen das Versailler Diktat die proletarische folgen würde. Die KP-Saar vertrat die Idee eines nationalen Befreiungskampfes gegen das deutsche Monopolkapital und gegen die "Monopolkapitalisten der Siegermächte". Im Einklang mit dem Politbüro der KPD faßt die KP-Saar noch im Februar 1934 den Beschluß, die Rolle der Partei als Führerin im nationalen Befreiungskampf hervorzuheben.

Das KPD-Programm zur nationalen und sozialen Befreiung von 1930, in dem diese den drohenden Nationalsozialismus sträflich unterschätzt und ihren proletarisch-revolutionären Anspruch zugunsten nationalistischer Agitation über Bord geworfen hatte, war trotz aller Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Barbarei weiterhin Leitfaden kommunistischer Politik an der Saar.

Erst wenige Monate vor der Abstimmung änderte die KP ihren Kurs und rief zur Stimmabgabe für den Völkerbund-Status auf. Selbst dann noch betonte sie, daß die Vaterlandslosen die besseren Deutschen seien. Am 13. Januar 1935 wurden Kommunistische Partei und Einheitsfront von der nationalen Agitation überrannt, die sie selbst in der Arbeiterbewegung gezüchtet hatten. Fünf Jahre später wurde Frankreich von NS-Deutschland überfallen.

KP-Saar nach 1945

Einen grundlegenden Wandel erfuhr die Politik der KP-Saar nach 1945 nicht. Die Aufteilung Deutschlands in alliierte Verwaltungsgebiete wurde als unzulässige Spaltung der Heimat interpretiert. Politisch unterfüttern ließ sich diese Haltung Ende der vierziger Jahre, als sich mit dem Beginn des Blockkonfliktes den westlichen Alliierten klare Rollen zuschreiben ließen. Die Ausrichtung der KPS-Politik gegen die westlichen Alliierten wurde durch die Verschlechterung der französisch-sowjetischen Beziehungen infolge der Moskauer Außenministerkonferenz verstärkt. Die Angst vor einem wiedererstarkenden deutschen Staat trat in den Schatten der von der Sowjetunion favorisierten gesamtdeutschen Konzeption, die sich nach Gründung der BRD mal als neutral, mal als sozialistisch-gesamtdeutsch durchmogelte und sich mit einer anti-westlich/anti-französischen Polemik verband.

Die bürgerliche Hoffmann-Regierung, die in Konsequenz des Dritten Reiches lediglich einen Anschluß an einen deutschen Staat ablehnte, gleichzeitig aber mit der Durchsetzung "deutscher Kulturautonomie" an der Saar eine vehement deutsche Politik vertrat, wurde als pro-französisch entlarvt. Adenauers taktische Zurückhaltung gegenüber der französischen Regierung hingegen wurde als "Verrat an der deutschen Saar" analysiert, anstatt sie als Ausdruck deutscher imperialistischer Interessen zu erkennen. Die generell erhobene Kritik an dem Verhandlungskurs zwischen BRD und Frankreich rückte nahe an die Polemik der ultra-nationalistischen illegalen Gruppen an der Saar heran. Für die KPS war die BRD also nur einer von vielen kapitalistischen Staaten, wobei Frankreich durch die Separation des Saarlandes von Deutschland und später durch die Indochina-Krise als der schlimmere, weil imperialistische angesehen wurde.

In der DKP-Zeitung "Unsere Zeit" (UZ) war im November 1995 hierüber zu lesen: "Frankreichs Militär- und Kriegskurs brachte entsprechende soziale Belastungen im Innern, hohe Teuerungsraten, eine Zunahme der Labilität des Parteien- und Regierungssystems. Zudem war die Regierungspraxis an der Saar von verschiedensten Verboten, undemokratischen Einschränkungen und Polizeimaßnahmen begleitet." Dies suggeriert einen direkten Zusammenhang zwischen der Politik der saarländischen Regierung und den französischen Kolonialkriegen und zeichnet das Bild einer Marionetten-Regierung unter französischer Kontrolle. Die "Verbote, undemokratischen Einschränkungen und Polizeimaßnahmen" der saarländischen Regierung aber richteten sich legitimerweise gegen den steigenden Einfluß großdeutscher Propaganda im Saarland. Zwischen BRD und Saarland bestanden Grenzkontrollen, die einen nicht nur wirtschaftlichen Zweck erfüllten. Die vehemente Weigerung der saarländischen Regierung, deutsche und national-revanchistische Parteien zuzulassen, wurde mit einer Schwemme von Propagandamaterial aus der BRD beantwortet.

Solchermaßen von der fixen Idee einer französischen Fremdherrschaft besessen, übersah die KPS auch, daß die alten Hüttenbarone nicht durch französische Großkapitalisten ersetzt worden waren. Der einflußreiche Industrielle Röchling, der schon vor 1935 ein glühender Verehrer des Nationalsozialismus war, unterstützte nach 1945 eifrig deutsch-nationale Bestrebungen an der Saar. Eine Marionette französischen Monopolkapitals?

Deutschnationale Mobilmachung

Mit solchen Ideen blieb die KPS nicht lange alleine. Großzügig vom Bonner "Gesamtdeutschen Ministerium" finanziert, gründeten sich immer wieder Parteien, deren Ziel es war, die saarländische Politik auf einen pro-deutschen Kurs zu bringen. Obwohl die Regierung den meisten dieser Parteien keine Zulassung erteilte, zeigte der Druck aus Bonn langsam Wirkung.

Als im Saarland Landtagswahlen für den 30. November 1952 festgelegt wurden, startete die Bundesregierung eine großangelegte Kampagne und rief die saarländische Bevölkerung zum Boykott der Wahlen auf. Deutsche Rundfunkanstalten und das illegal ins Saarland gebrachte Kampfblatt "Deutsche-Saar-Zeitung" verbreiteten den Aufruf. Elf Tage vor der Wahl veröffentlichten die katholischen Bischöfe von Trier und Speyer wieder einen Hirtenbrief, der die Gläubigen von der traditionellen kirchlichen Doktrin zur Wahlpflicht entband. Am Wahltag stimmten 24,5 % der Wahlberechtigten ungültig und setzten damit ein Zeichen, das den Nationalisten in Bonn und Saarbrücken Mut machte. Dazu kamen 9,5% für die pro-deutsche KPS.

Abstimmung gegen das Statut

Entgegen der deutschen Mobilmachung an der Saar hielten die westlichen Regierungen weiterhin an einer Separation von Deutschland fest. 1954 stimmte der Europarat dem sogenannten Natersplan zu, der eine saarländische Autonomie innerhalb eines angestrebten europäischen Rahmens und die Beibehaltung der saarländisch-französischen Wirtschaftsassoziation bis zur Einführung einer europäischen Wirtschafts- und Währungseinheit vorsah.

Bei den Verhandlungen zu den Pariser Verträgen 1954 brachte die Bundesregierung die Saarfrage dennoch erneut auf den Tisch. Adenauer stimmte einer Europäisierung des Saarlandes zu - unter einem Vorbehalt: Über das europäische Saarstatut sollte (nach vorausgehender politischer und Pressefreiheit im Saarland) in einer Volksabstimmung entschieden werden. Politische Freiheit bedeutete allerdings lediglich die Zulassung deutscher Parteien; Pressefreiheit meinte die Verbreitung deutscher Zeitungen. Die französische und die saarländische Regierung stimmten diesem Volksentscheid zu.

Die KPS befand sich mit ihrer national bestimmten Politik plötzlich in bester Gesellschaft. Die vormals illegalen Parteien CDU-Saar und Deutsche Sozialdemokratische Partei Saar (DSP), bildeten zusammen mit dem FDP-Ableger DPS (Demokratische Partei-Saar) eine deutsche Front, den Heimatbund. Die Heimatbund-Parteien erklärten die Abstimmung zu einer Schicksalswahl und appellierten mit offen national-revanchistischer Hetze an "das Wiedererwachen des deutschen Nationalgefühls an der Saar" (DPS). Mit der Legalisierung anderer pro-deutscher Parteien hatte die KPS ihren Zenith schon überschritten. Ney (DPS) und Schneider (CDU) fingen den zugespielten Ball dankbar auf und brachten mit massiver finanzieller Unterstützung der Bundesregierung die saarländischen Wähler auf völkischen Kurs. Die nun legal im Saarland vertriebenen deutschen Zeitungen gaben Rückendeckung.

Am 23. Oktober 1955, lediglich zehn Jahre nach der militärischen Zerschlagung NS-Deutschlands, stimmten 67,7% der Wahlberechtig gegen das Autonomie-Statut. Noch in derselben Nacht trat die Regierung Hoffmann zurück. Dem Anschluß an die BRD stand nichts mehr im Wege. Die KPS tat, was Kommunistische Parteien, die eine "Nationale Sache" zu der ihren erheben, zu tun pflegen, sobald sie diese erreicht haben: Sie verschwand in der Bedeutungslosigkeit.

Daß sich die verschiedensten Kommunistischen Parteien immer wieder auf eine Liaison mit dem Nationalismus einließen, ist nicht zuletzt dem Einfluß der Sowjetunion zu verdanken, die vom "Sozialismus in einem Land" bis zum Modell des Nationalen Befreiungskampfes immer wieder den Weg zur Nation gewiesen hat. Nie aber endete diese Politik in einem Horror, der mit den Folgen der Niederlage von KPD/KPS 1933/35 zu vergleichen wäre. Die KPS wollte dies 1955 nicht wahrhaben - und manche Genossen bis heute nicht. Am 10.11.1995 schrieb der einstige KPSler Luitwin Bies in der "UZ" noch einmal die Politik seiner Partei zwischen 1945 und 1955 schön. Unter anderem heißt es dort: "Mit der Bundesrepublik Deutschland war den Saarländern erneut ein ‚Vaterland` entstanden, das zunehmend an Attraktivität gewann." Tausend Worte können die Fehler der KPD/KPS kaum besser beschreiben als ein paar simple Anführungszeichen.

Thomas Uwer, Frankfurt (Main)

27. Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht. Der Katalog zur Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Autor: Js. · Rubrik: Zeitgeschichte; Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:04

Selten erregte eine zeitgeschichtliche Ausstellung ähnliches Aufsehen. Die Fotos und Texte zum Thema "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944", zusammengestellt vom Hamburger Institut für Sozialforschung, ließen im "Gedenkjahr 1995" ganze Bataillone alter Kämpfer aufheulen: Der "unbefleckte Schild" der deutschen Armeen sei geschändet, die fast makellose Geschichte der Heldentaten gegen den Bolschewismus absichtlich gefälscht worden.

Nun ist der Katalog zur Ausstellung erschienen. Allein die Fotos reichen aus, die Lügen der Weißwäscher zu widerlegen und die selektive Erinnerung der Veteranen zu komplettieren: Dokumentiert ist der Völkermord an den Juden, der Massenmord an Partisanen und Kriegsgefangenen in Serbien, Polen und der Sowjetunion; die Ausplünderung, Demütigung und Verschleppung der Zivilbevölkerung; die Brandschatzung der Dörfer; Hunger, Elend und Zwangsarbeit der Kriegsgefangenen. An all diesen Verbrechen waren Generäle, Offiziere und Soldaten der Wehrmacht direkt beteiligt. Diese Tatsache war zwar schon lange bekannt, aber erst die unter Leitung des Historikers Hannes Heer konzipierte Ausstellung komprimierte dieses Wissen, machte es augenfällig und unwiderlegbar. Was Hannes Heer als ihr Ziel formulierte, wurde fast schon übererfüllt: Die Eröffnung einer "Debatte über das - neben Auschwitz - barbarischste Kapitel der deutschen und österreichischen Geschichte."

Die Überzeugungstäter des Vernichtungskrieges sind allerdings auch nicht durch das zu überzeugen, was sie mit eigenen Augen sehen. Für sie sind die deutschen Kriegsverbrechen auch heute noch lediglich harte, aber notwendige "Vergeltungsmaßnahmen" im Kampf gegen einen heimtückischen Feind. Manch einer von ihnen trug schon wenige Jahre nach Kriegsende wieder stolz seine im Kampf errungenen Orden - wie der frühere FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Erich Mende, der aus seinem Ritterkreuz das nicht mehr ganz zeitgemäße Hakenkreuz herausfeilen ließ.

Wie schon bald nach dem "Zusammenbruch" systematisch Geschichtsfälschung betrieben wurde, zeigt der erste Teil des Bandes - "Die Bilderwelt der Nachkriegsjahre" - eine Sammlung von Buch- und Illustrierten-Titeln sowie Filmplakaten aus den Anfangsjahren der BRD: Der Krieg als Abenteuer, geführt von anständigen Landsern und edlen Offizieren, Nazis kamen nicht vor, der Feind war auch den Nachgeborenen aus der Propaganda des Kalten Krieges vertraut - der Kommunismus. Böse Deutsche gab es allenfalls ganz oben ("Verrat im Hauptquartier", Titel der Zeitschrift Kristall), "Die verratenen Söhne" dagegen erscheinen gleichzeitig als Teufelskerle ("Steine waren ihr Bett") und Opfer einer unfähigen Führung ("Brigade der Verdammten") - die Message dieser Filme, Romane und Erinnerungsbücher wird schon im Titel deutlich.

Was die bemitleideten deutschen Soldaten zu tun bereit waren, zeigt der Ausstellungsband im anschließenden zweiten Teil, der Wehrmachtsverbrechen in Jugoslawien und Griechenland dokumentiert. Über das "Unternehmen Strafgericht", den Überfall auf Jugoslawien, schreibt Walter Manoschek: "Die deutsche Heeresführung verletzte von Anfang an die Regeln konventioneller Kriegführung: Jugoslawien wurde ohne Kriegserklärung überfallen. Über 600 Kampf- und Jagdflugzeuge griffen die von keiner Luftabwehr geschützte Hauptstadt Belgrad an. Brand- und Splitterbomben zerstörten weite Teile der Stadt. Dabei wurden mehr Menschen getötet als bei den vorangegangenen Bombardierungen von Warschau, Coventry und Rotterdam zusammen." Generalstabschef Franz Halder gab schon zu Beginn des Krieges Befehl, neben "Emigranten, Saboteuren, Terroristen" auch "Kommunisten und Juden sicherzustellen".

Daß der Krieg gegen die Sowjetunion als Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg geführt werden sollte, war schon vor Beginn des "Unternehmens Barbarossa" beschlossene Sache. Die entsprechenden Befehle, u.a. der sog. Gerichtsbarkeitserlaß und der Kommissarbefehl, waren von der Wehrmachtsführung selbst ausgearbeitet worden. Diese und andere Freibriefe für Kriegsverbrechen sind in dem Band dokumentiert, ebenso verbrecherische Befehle an einzelne Truppenteile. Die systematische Ausführung dieser Befehle wird

an zwei Beispielen gezeigt: der 6. Armee auf dem Weg nach Stalingrad und der Besatzungstruppen in Weißrußland.

Von Anfang an leistete die Wehrmacht Beihilfe zum Völkermord an den Juden. Genau einen Monat nach Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion zog die Wirtschaftsinspektion Mitte die Bilanz der geleisteten Arbeit: "In großen Massen, die in die mehrere Tausend gehen, sind der Aufwiegelung verdächtige Juden erschossen worden. Das Judentum ist infolgedessen eingeschüchtert und willig bei der Arbeit." Im September 1941 wurde vom Wehrmachtsbefehlshaber Ostland, Generalleutnant Braemer, in Erinnerung gerufen, welche Feindgruppen vordringlich zu beseitigen seien: "a) Partisanen, b) kommunistische und sonstige radikale Elemente, c) Juden und judenfreundliche Kreise." An der "Unschädlichmachung dieser Elemente", so der Befehl, müßten "neben der Wehrmacht und der Polizei ... alle im besetzten Gebiet befindlichen deutschen Organisationen und Einzelpersonen mitwirken." Im Oktober begann die "Aktion Judenrein", in deren Verlauf 60.000 bis 80.000 weißrussische Juden ermordet wurden. Die Wehrmacht leistete der Sicherheitspolizei und dem Sicherheitsdienst dabei logistische Unterstützung, es waren aber auch Wehrmachtseinheiten als Exekutionskommandos unmittelbar beteiligt. Ebenfalls von der Wehrmacht zu verantworten sind das geplante Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen und die Massenmorde an vermeintlichen Partisanen.

Der Ausstellungsband "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" ist eine eindrucksvolle Ergänzung zu der gleichnamigen Aufsatzsammlung, die bereits im vergangenen Jahr vom Institut publiziert wurde. (Siehe Rezension in ak 378) Während dort auf fast 700 Seiten Fakten zusammengetragen und gewichtet werden, ist der jetzt vorliegende Bildband mehr als eine bloße Sammlung von Greueltaten. Er enthält auch kurze einführende Texte und eine Reihe von Dokumenten. Die Tatsache, daß die zahlreichen abgebildeten Fotos von den Tätern selbst gemacht wurden, weist darauf hin, daß sie ihre Verbrechen stolz und guten Gewissens begangen haben - eine weitere sichtbare Widerlegung der Lüge von der "sauberen Wehrmacht".

Js.

Hamburger Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 (Ausstellungskatalog); Hamburger Edition, März 1996; 222 Seiten, 40 DM

28. Die Aktualität der Nürnberger Prinzipien. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen - Rezension

Autor: Js. · Rubrik: UN - Vereinigte Nationen; Interventionspolitik und Kriege; Zeitgeschichte; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:02

50 Jahre nach Beginn der Nürnberger Prozesse gegen Nazi-Verbrecher schrieb Erich Kuby, seinerzeit Teilnehmer an mehreren Sitzungen des Internationalen Militärtribunals (IMT): "Denke ich an die Nürnberger Prozesse zurück, so scheint es mir, sie hätten nicht vor 50 Jahren, sondern in einem anderen Zeitalter stattgefunden. Der Prozeß ist deshalb so tief in die Vergangenheit entglitten, weil jetzt alle supranationalen Machtdelegationen letztlich dem neudeutschen Großmachtstreben dienlich sind." Kubys Kommentar endete mit den Worten: "In einigen Jahren werden Zeitgeschichtler auch um ‚Nürnberg` nicht mehr herumkommen. Freilich nur sie." (taz, 18.10.1995)

Daß die Dinge nicht ganz so einfach liegen, zeigt ein Ende letzten Jahres erschienenes Buch aus der Hamburger Edition, dem Verlag des Hamburger Instituts für Sozialforschung: "Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen". Auf mehr als 500 Seiten blicken die Autoren, Juristen und andere Wissenschaftler aus mehreren Ländern, auf die Nürnberger Prozesse zurück und diskutieren die Wirkung der dort verkündeten Prinzipien. Die den Einzelbeiträgen übergeordnete Aufgabe besteht darin, so der Verlag, "ein umfassendes und realistisches Bild von der Funktion des Rechts als Instrument der Friedenssicherung und Friedensschaffung zu vermitteln."

Nürnberg als Präzedenzfall

Daß von dem Nürnberger Tribunal bleibende Wirkungen ausgehen würden, stand fest, seit die Staaten der Anti-Hitler-Koalition am 8. August 1945 das Londoner Abkommen unterzeichnet hatten. Darin verständigten sie sich auf die Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achsenmächte und legten ein Statut für das Internationale Militärtribunal fest, das in Nürnberg tagen sollte. Wäre es ihnen nur um die Bestrafung der Naziverbrecher gegangen, hätte auf ein kompliziertes juristisches Verfahren verzichtet werden können: Das Standrecht hätte ausgereicht. Die Herausgeber des Buches zitieren Thomas Mann, der die Hinrichtung von "mindestens einer Million Menschen" als "adäquate" Bestrafung Deutschlands bezeichnet hatte. Er habe allerdings hinzugefügt: "Wenn man das tun wolle, müßte man aber gegen die Prinzipien verstoßen, um derentwillen man gegen Nazi-Deutschland Krieg geführt habe." Indem die Siegerstaaten sich für ein Gerichtsverfahren entschieden, stellten sie sich die schwierige Aufgabe, einerseits auf den "Zivilisationsbruch" Nazi-Deutschlands spezifisch zu antworten; "andererseits hatte diese Antwort Kriterien zu beachten, die auch für die Zukunft gelten könnten." (Einleitung)

Christopher Simpson zeigt in seinem Beitrag "Die seinerzeitige Diskussion über die in Nürnberg zu behandelnden Delikte", wie das Tribunal über die Verbrechen Nazi-Deutschlands gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt wurde. Daß die Prozesse "Präzedenzfälle" mit Folgewirkungen sein würden, war von vornherein klar. Gerade deshalb behinderten die leitenden Beamten im britischen und US-amerikanischen Außenministerium zunächst die umfassende Aburteilung der Nazi-Verbrecher. Auch die Kriegsministerien der USA und Großbritanniens wollten die Strafverfolgung nach Kriegsende möglichst einschränken. Nicht verfolgt werden sollten "Taten, die durch feindliche Behörden gegen ihre eigenen Staatsangehörigen verübt wurden". Nach dieser Definition hätten die meisten Verbrechen gegen europäische Juden nicht angeklagt werden können.

Simpson zeigt, wie dieses Hindernis in den USA erst durch Druck der Medien überwunden wurde. Nach der fristlosen Entlassung des "lästigen", weil "übereifrigen" Herbert Pell durch das US-Außenministerium brach ein Sturm der Entrüstung los: "Die Ungeheuerlichkeit der Naziverbrechen, politischer Zwang und ein dilettantischer Fehler beim Versuch, abweichende Rechtsansichten zu unterdrücken, lenkten vielmehr die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf das Versagen des bestehenden Rechtssystems." Nach Meinung des Historikers Michael Blayney trug Pells Rauswurf dazu bei, "die Nürnberger Prozesse praktisch unvermeidbar zu machen." Nicht durchsetzen konnte sich Pell mit seiner sehr weitgehenden Definition internationaler Verbrechen: Sie solle "alle Straftaten gegen Menschen aufgrund ihrer Rasse, Religion oder politischen Überzeugung beinhalten,

unabhängig von der Staatsangehörigkeit des Opfers oder des Hoheitsgebiets, auf dem die Verbrechen verübt wurden".

Die schließlich in Nürnberg angewandten Prinzipien gingen in wesentlichen Punkten über das bisher geltende internationale Recht hinaus. Das Statut des internationalen Militärtribunals (IMT) nennt als Kategorien völkerrechtlicher Verbrechen: "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen" und "Verbrechen gegen die Menschlichkeit"; außerdem proklamiert es "die individuelle Strafbarkeit für die Mitgliedschaft in einer Gruppe oder Organisation, die für verbrecherisch erklärt worden ist" (Géraud de Geouffre de La Pradelle: "Zur Aktualität der Nürnberger Prinzipien"). Erstmals wurden auch Regierungsmitglieder für Verbrechen belangt, die sie angeordnet, andere aber ausgeführt hatten. Auch der von vielen Angeklagten reklamierte "Befehlsnotstand" wurde - im Falle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit - nicht als schuldmindernd anerkannt.

In den Prozessen mußte gegen das sog. "Rückwirkungsverbot" verstoßen werden, das Juristen in der lateinischen Maxime nullum crimen, nulla poena sine lege previa ausdrücken: Danach dürfen nur solche Taten bestraft werden, die bereits strafbar waren, als sie begangen wurden. Der Verstoß gegen dieses Prinzip wurde nicht nur von den angeklagten Nazis, sondern auch von unabhängigen Juristen kritisiert; er war aber richtig und notwendig, denn: "Das Rückwirkungsverbot absolut zu setzen hätte bedeutet, Verbrechen zuvor nicht gekannten Ausmaßes straflos zu lassen und teilweise gerade wegen ihres Ausmaßes." (Jan Philipp Reemtsma, Frankfurter Rundschau, 15.1.1996)

50 Jahre Vorarbeiten

Die Nürnberger Prinzipien sind als moralische Werte lebendig geblieben. Allerdings gibt es bis heute keinen internationalen Strafgerichtshof, bei dem gegen Menschheitsverbrechen Klage geführt werden könnte. Die Nürnberger Prozesse wie auch die Kriegsverbrechensprozesse in Tokio blieben Handlungen einer Ad-hoc-Gerichtsbarkeit. Seit 1946 ist die UNO mit Vorarbeiten für einen ständigen internationalen Gerichtshof beschäftigt. Sie zu forcieren liegt nicht im Interesse der Großmächte, die wegen ihrer seit 1945 begangenen Verbrechen (u.a. in Algerien und Vietnam) belangt werden könnten.

Mit der Eskalation der Kriegsgreuel im ehemaligen Jugoslawien sah sich der UNO-Sicherheitsrat erheblichem öffentlichen Druck ausgesetzt. Im Mai 1993 beschloß er die Einsetzung eines Internationalen Tribunals zur Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die seit dem 1. Januar 1991 in (Ex-)Jugoslawien begangen wurden. Auch dieses Tribunal ist ein Ad-hoc-Gericht, ebenso wie das wenig später eingesetzte Tribunal über den Völkermord in Ruanda. Sein Statut ist in wesentlichen Punkten anfechtbar, wie Bernhard Graefrath zeigt: Das Tribunal ist ein "Hilfsorgan des Sicherheitsrates", das weitreichende Kompetenzen hat; die zu verhandelnden Delikte sind ebensowenig spezifiziert wie die Strafen; es gilt das Primat der internationalen Strafgerichtsbarkeit vor der nationalen; das Verbot der Doppelbestrafung ist außer Kraft gesetzt.

Der Statutenentwurf der UNO-Völkerrechtskommission für einen Internationalen Strafgerichtshof übernimmt wesentliche Bestimmungen des Statuts für das Jugoslawientribunal. Graefrath, der die Bemühungen der UNO grundsätzlich begrüßt, beendet seinen Beitrag mit einem skeptischen Ausblick: "Eine Regelung, die es den Vetomächten (alten wie eventuell neuen) überläßt, die Jurisdiktion des internationalen Strafgerichtshofes zur Strafverfolgung internationaler Verbrechen zu begründen oder auszuschließen, ist mit dem grundlegenden Prinzip der souveränen Gleichheit der Staaten kaum zu vereinbaren." ("Jugoslawien und die internationale Strafgerichtsbarkeit")

Nun ließe sich mit Recht folgern, daß von dieser UNO auch in Zukunft nichts anders zu erwarten sein wird, die Hoffnung auf eine internationale Strafgerichtsbarkeit also illusorisch ist. Andererseits ist zu bedenken, daß es "der Tätigkeit der Gerichte (bedarf), damit Rechtsnormen ihre volle Wirkung entfalten können" (Géraud de Geouffre de La Pradelle). Anders ausgedrückt: Die Nürnberger Prinzipien können nur durch ihre immer wieder neue Anwendung am Leben gehalten werden. Aber wie? Jan Philipp Reemtsma schreibt: "Hier wäre die rechtspolitische Phantasie derjenigen gefragt, die sich nicht der Illusion hingeben, Rechtsvorschriften und wechselseitige Übereinkommen zur strafrechtlichen Verfolgung von Verbrechen gegen die Humanität könnten verhindern, daß die überhaupt begangen werden, aber erkennen, wieviel davon abhängt, daß die Routine behindert werde, über sie zur weltpolitischen Tagesordnung überzugehen." (FR, 15.1.1996)

Die Texte des Buches sind für Laien des Völkerrechts streckenweise recht sperrig. Die in ihnen gelieferten Fakten und Argumente sind aber für eine fundierte Diskussion des Themas unverzichtbar.

Js.

Gerd Hankel/ Gerhard Stuby (Hg.): Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen; Hamburger Edition 1995, 536 Seiten, 58,- DM

29. Der große Fischzug - effizient in den Öko- Kollaps. Zur nachhaltigen Plünderung der Weltmeere

Autor: hhH · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:15

Während in der linken Diskussion der Nachhaltigkeits-Diskurs für Aufregung sorgt und nicht wenige "Systemoppositionelle" zu befürchten scheinen, daß ein vor dem Durchbruch stehender "ökologischer Kapitalismus" jeden Rest an systemkritischem Weitblick entschärfen und die rosagrüne Brille zum Modehit der späten Neunziger machen könnte, sind die Aussichten für die in Wirklichkeit rar gesäten Pflänzchen der Nachhaltigkeit keineswegs rosig. Die kapitalistische "Überwucherung" scheint immer noch unaufhaltbar zu sein - so auch auf den Weltmeeren.

Die scheinbar unerschöpflichen Fischressourcen galten einst als die Hoffnung für die Ernährungssicherung einer ständig wachsenden Weltbevölkerung. Wurden 1948 noch 20 Mio. Tonnen Fisch aus dem Meer geholt, so waren es 1989 bereits 100,3 Mio. t - dies entspricht der gesamten Rindfleisch- und Geflügelproduktion. Doch 1990 und 1991 gingen die Fangerträge trotz immer größeren Aufwandes auf 97 Mio. t zurück. Zwar bewirkte die verstärkte Zucht in Fischfarmen 1992 einen Wiederanstieg auf 98,7 Mio. und 1993 sogar auf die neue Rekordmarke von 101,3 Mio. t; (1) doch in den letzten vier Jahren sanken die Erträge wieder auf Werte zwischen 97 und 99 Mio. t ab. Pro Kopf der (wachsenden) Weltbevölkerung entspricht das einem Rückgang des Angebots um 8%. (2)

Die Meere werden überfischt. Nach Schätzung der UN-Food and Agricultural Organisation (FAO) gilt das heute für 70% der Fischbestände. Ertragsrückgänge sind zu verzeichnen bei Kabeljau, Schellfisch, atlantischem Hering, Kapelan, südafrikanischer Sardine, pazifischem Rotbarsch, Königskrabbe und peruanischer Sardine. (3) Mancherorten ist die Bestandsverminderung dramatisch. Im Nordatlantik wird z.Z. viermal soviel aus dem Meer gezogen, wie zulässig wäre, damit sich 90% der Arten reproduzieren können. In neun der 17 weltgrößten Fanggründe gehen die Bestände "ernsthaft zurück", vier sind "wirtschaftlich erschöpft" die restlichen "voll ausgebeutet". (4) Manchmal kommt es zu Kettenreaktionen, die zu schwerwiegenden Störungen der Lebenskreisläufe führen. Zwischen 1954 und 1961 ging die Heringsausbeute in der Beringsee zwischen Spitzbergen, Nord-Norwegen und der damaligen Sowjet-Union von 1,5 Mio. auf 69.000 t zurück. Als daraufhin die Jagd auf die Lodde begann, holten allein Norwegen und die SU zunächst (1977) 2,1 Mio. t aus der Beringsee. 1988 waren es gerade noch 123.000 t. (5) Seit 1986 bleiben die Schwärme völlig aus - mit verheerenden Folgen auch für andere Meerestiere: Massenweise verhungerten junge Lummen und Alken, Papageientaucher und Möwen. Einzelne Kolonien sind auf 10% ihrer ursprünglichen Größe geschrumpft. Hunderttausende Robben ziehen seitdem auf der Suche nach Nahrung in die küstennahen Gewässer und kommen den Küstenfischern ins Gehege. (6)

Der einst reichlich vorhandene Kabeljau wurde selten. Die wenigen Tiere, die trotz des Nahrungsentzugs überlebten, wurden gnadenlos abgefischt. 1946 gab es in der Beringsee schätzungsweise 6,5 Mio. t Kabeljau. 1989 waren es nur noch 900.000 t. In Ost- und Nordsee ist der Dorsch trotz jahrelanger drakonischer Schutzmaßnahmen "nicht weit von seiner Ausrottung entfernt." (7) Nicht besser geht es dem Seehechtbestand vor Portugal und im Golf von Biskaya, dem Roten Thunfisch vor dem Golf von Mexico, dem Kaiserbarsch südöstlich von Australien, dem Tintenfisch an der Südspitze Amerikas oder der Sardelle entlang der gesamten nord- und südamerikanischen Pazifikküste. Selbst die einst als unerschöpflich geltenden "Grand Banks" vor der Küste Neufundlands erlebten einen Zusammenbruch ihrer Bestände. 1992 mußten hier 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter aus der Fischindustrie entlassen werden.

Aquakultur - Fortsetzung des Raubbaus mit anderen Mitteln

Obwohl die Fangmengen freilebender Krabben überall auf der Welt stagnierten, schaffte es die Aquakultur, das Shrimps-Angebot bedeutend zu steigern. Ende der achtziger Jahre produzierten die Krabbenfarmen mit 500.000 t im Jahr bereits ein Viertel des Gesamtangebots. Allein die indonesischen Inseln Jawa und Sulawesi sind mit über 20.000 Garnelenteichfarmen überzogen. Ebenfalls ein Viertel der Gesamtmenge (250.000 t) erreichte in der gleichen Zeit die Lachs-Aquakultur. Insgesamt werden z.Z. jährlich 16 Mio. t Fisch und

Meerestiere in künstlichen Gehegen gezüchtet. Damit hat sich die Gesamtmenge seit 1985 verdoppelt. "Bei Süßwasserfischen übersteigt er schon die Ausbeute des Fangs mit Angeln, Reusen und Netzen." (8)

Immer mehr Arten werden in die Zucht integriert. Zur Zeit baut Spanien mit Hilfe von EU-Geldern große Anlagen für Steinbutt, Wolfsbarsche und Meerbarben. Doch die Kehrseiten des neuen Boom sind unverkennbar: "Der Schaden durch Aquafarmen wird langfristig größer als ihr Nutzen sein". (9) Daß weltweit bereits die Hälfte der Mangrovenwälder verschwunden sind, liegt zu einem großen Teil an der Ausdehnung der Krabbenzucht. Mangrovenwälder haben eine außerordentlich große Bedeutung für den Küstenschutz und bei der Reproduktion vieler Fischarten. Ihre Zerstörung wirkt sich unmittelbar negativ auf die Meeresfischerei aus. Zusammen mit der Wasserverschmutzung, dem Einschleppen unangepaßter Fischarten und neuen Krankheiten tragen die Fischfarmen so zu einer Verringerung der Artenvielfalt und -dichte in der Wildpopulation bei.

Hinzu kommt, daß für die Fischzucht selbst wiederum Wildfische gefangen werden. Um ein Kilo gezüchteten Fisch zu erhalten, werden zwei Kilo Wildfisch verfüttert. Für ein Kilo Zuchtlachs werden gar vier Kilo Fisch verbraucht. Für die Zucht von Zackenbarschen, Milchfischen, Aalen und Garnelen wird die freilebende Brut gefangen. Im Falle der Shrimpszucht wird dabei den Wildfischen das wichtigste Nahrungsmittel entzogen. "In einigen Ländern praktizieren die Züchter mittlerweise gar Biomassen-Fischerei in großem Maßstab: Sie lassen mit feinmaschigen Schleppnetzen einfach alles aus dem Wasser sieben, was als Futter für die Krustentiere verwendet werden kann. Ein Großteil des Fangs sind Jungfische wertvoller Arten, die sich so kaum vermehren können." (10)

Die Küstenbevölkerung ist damit einem doppelten Angriff auf ihre Existenzbedingungen ausgesetzt. Einerseits werden ihre traditionellen Fischgründe geplündert und verseucht, anderseits können sie mit dem Preis, den die Fischfarmen für die im offenen Meer gefangenen "Futterfische" bezahlen, nicht konkurrieren. Schon gar nicht mit den Preisen, die in den reichen Industrieländern für den Fisch aus den Becken gezahlt werden! Einige der kleinen Küstenfischer, die infolge des "Großen Fischzugs" um ihre Verdienstmöglichkeiten gebracht wurden, versuchen zwar selbst Fischfarmen aufzubauen; doch weil die Rohstoff- und Grundstückspreise ansteigen, werden die kleinen Fischfarmbetriebe meist schnell von größeren Betrieben verdrängt, die nur in minimalem Umfang schlecht bezahlte Arbeitsplätze bieten. Bei der Anlage der Krabbenteiche werden Bauern dazu oft unter Druck gesetzt, ihr Land herzugeben.

Die taz (25./26.3.1995) berichtete, wie in Bangladesch Deiche durchstochen und die Felder somit durch Salzwasser unbrauchbar gemacht wurden, um die Bauern zu "überreden", ihr Land zu verpachten. In Honduras führten Spannungen zwischen Küstenfischern und Krabbenfarmen bereits zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Ähnlich den brasilianischen Großgrundbesitzer heuerten Krabbenfarmer Pistoleiros an, um den Widerstand der örtlichen Bevölkerung zu brechen. Auf der anderen Seite sind die Shrimpsfarmen z.B. in Bangladesch inzwischen zum Hauptdevisenbringer aufgestiegen. Doch auch hier machen letztlich die großen (meist ausländischen) Investoren und Banken den Reibach.

Worin liegen die Ursachen?

Die dramatische Situation ist die Folge einer permanenten Modernisierung der Fangmethoden und der Ausweitung des Fischfangs angesichts eines weltweit steigenden Bedarfs an Speisefischen und Tierfutter (vor allem in den reichen Industrienationen). Drei Mio. Fangschiffe befahren derzeit die Weltmeere. (11) Die Hochseefischerei operiert heute mit schwimmenden Fischfabriken, die Fischschwärme mit Echolot, Fangradar, Flugzeugen und Satelliten orten. Sie werfen Angelleinen mit 130 km Gesamtlänge und tausend beköderten Haken aus und trotz Treibnetzverbot (12) ziehen sie immer noch bis zu 67 km lange und kilometertiefe Netze hinter sich her. "Die industrielle Fischerei ist so effektiv, daß sie von manchen Populationen jährlich 80 bis 90% aus dem Wasser holt." (13) Bedingt durch Nachfragestruktur und Großtechnik wird ein großer Teil der Fänge verschwendet. Im Durchschnitt gehen 40% der Fischkadaver gleich wieder über Bord.. (14) Von dem, was nicht gleich auf diese Weise "entsorgt" wird, wandert ein Drittel meist noch auf den Schiffen in die Fischmehlmühlen, um zu Viehfutter, Haustiernahrung oder "Biodünger" verarbeitet zu werden. Dänische Wärmekraftwerke verfeuern gar Jahr für Jahr zehntausende Tonnen Fischöl, das aus 1,5 Mio. t Jungfischen gewonnen wird. (15)

Statt Fangkapazitäten abzubauen (was gesamtgesellschaftlich auch ökonomisch sinnvoll wäre), (16) werden immer effizientere und größere Flotten gebaut. Zwischen 1970 und 1990 registrierte die FAO weltweit eine Verdopplung der Fangflotte von 585.000 auf 1,2 Mio. große Schiffe. In der EU liegt die Überkapazität bei 40%. Die Weltflotte könnte halbiert werden, ohne daß nur ein Fisch weniger gefangen werden müßte. (17) Doch Verhandlungen um eine Begrenzung von Fangmengen führen nur zu einer Ausdehnung der Kapazitäten, denn die aktuelle Flottengröße ist stets die Basis der "Abrüstungsverhandlungen". Außerdem können die Schiffe gerade wegen der Überkapazität nur mit Verlust verkauft werden. Weil dies die Bankverbindlichkeiten aber nicht zulassen, muß unrentabel weitergefischt werden. Die Reedereien setzen daher die Regierungen unter Druck, die Fangquoten nicht zu senken.

So versagen vor dem Hintergrund nationaler Wirtschaftsförderung und der Wirtschaftsmacht der Großinvestitoren die sogenannten "Selbstheilungskräfte des Marktes" den Dienst. Sinkende Welt-Erträge heizen den Wettlauf um betriebliche und nationale Konkurrenzvorteile erst richtig an. Der Umfang an Subventionsgeldern, mit denen die Nationen "ihre" Flotten flott halten, sprengt jedes gesamtökonomisch rationale Maß. Mit 57 Mrd. Dollar fließen jährlich mehr Subventionsgelder in die Fischerei, als deren Gesamtproduktionswert (48 Mrd. Dollar) entspricht. (18) Die EU steigerte die Fischereisubventionen zwischen 1983 und 1993 von 80 Mio. Dollar auf 580 Mio. Die Unterstützung umfaßt Steuerermäßigungen beim Treibstoff, Preiskontrollen, zinsgünstige Darlehen sowie direkte Zuschüsse für Ausrüstung und Infrastruktur. So steigen die Preise für die Frost-Filets trotz weltweit sinkender Pro-Kopf-Erträge nicht in dem Maße, wie das Theorem von den "Selbstheilungskräften" eigentlich erwarten ließe. Hinzu kommt, daß eine durch Überfischung selten - und damit teuer - gewordene Spezies das Fangfieber noch anheizt. So wird der Dorschbestand in der Ostsee trotz drohender Ausrottung weiter bevorzugt gefischt, weil mit den ausreichend vorhandenen Heringen und Sprotten vergleichsweise wenig Gewinn zu machen ist.

Verschärfend kommt hinzu, daß "Russen, Chinesen, Südamerikaner und Afrikaner sich gegenseitig unterbieten, um in Europa, den USA und Japan Devisen zu verdienen." (19) 1985 exportierten die in der "Schuldenfalle" gefangenen (Entwicklungs-)Länder 8,5 Mio. t Fisch in die reichen Industrieländer. 1992 waren es bereits 17,5 Mio. t. 1993 importierte allein Japan Fisch im Werte von umgerechnet 14,2 Mrd. Mark. "Japanische Konzerne kaufen zur Zeit die Märkte in Bangladesch, Thailand, Pakistan und Indien leer." (20) So helfen die Entwicklungsländer der Bevölkerung in den reichen Industrienationen bei der Entwicklung ihres Heißhungers auf Fisch und (mit Hilfe von Fischmehl produziertem) Fleisch, während sich die Küstenbevölkerung der armen Länder, wo Fisch oft die wichtigste Quelle tierischen Eiweißes ist, (21) ihren eigenen Fisch immer weniger leisten kann. "Daheim werden die Reste gegessen. Was Devisen bringt, geht raus."

Senegals Fischexporte stiegen von 81.000 t 1993 auf 106.000 t 1994, und in diesem Jahr wird mit 120.000 t gerechnet. "Alle jagen nun verstärkt die gleichen bedrohten Arten. Die Meerbarbe ist schon fast verschwunden. Zugleich werden die weniger wertvollen Arten wie Sardinen selten - und damit zu teuer für die Menschen in den Fischerdörfern." Konzerne wie Unilever/Nordsee, das spanische Unternehmen "Pescanova" oder auch Handelsketten wie "Metro", "Edeka" oder "Aldi" setzten als die Hauptakteure dieser Nachfragemächte weltweit die Standards. (23) Sie diktieren den Fischern die Bedingungen: die Preise, die Qualität und die Technik. Ihr eigener Spielraum bei der Preisgestaltung ist wiederum von den in den reichen Industrienationen geltenden Preisen für das mit dem Fischverzehr konkurrierende Fleisch begrenzt. Infolge tierquälerischer und umweltschädlicher Massentierhaltung und billigen Futterimporten aus den Tropen, aber gerade auch wegen niedriger Fischmehlpreise, sinken diese ebenfalls.

Der Kampf um den Fisch

Auf hoher See darf im Prinzip jede/r fischen. Abgesehen von ökonomischen und technologischen Grenzen, wird die Ausbeutung lediglich durch internationale Abkommen reglementiert. "Küstennah" ist der jeweilige Uferstaat zuständig. Dieser Bereich wurde stets weiter ausgedehnt und macht heute 90% der Fanggründe aus. (24) Der Fremdzugriff auf die küstennahen Fischgründe wird meist durch bilaterale Übereinkommen geregelt. Doch wenn überhaupt Vorschriften erlassen werden, ist deren Einhaltung längst nicht garantiert. "So überschritten die in den internationalen Gewässern vor Neufundland tätigen Hochseeflotten zwischen 1986 und 1992 die von der Nordwestatlantischen Fischereiorganisation festgelegten Fangquoten für Kabeljau, Flunder und Rotbarsch um das Sechzehnfache." (25) 1991 einigten sich mehrere Länder darauf, den Fang von Schwertfisch im Atlantik zu reduzieren, und zwar auf 15% gegenüber dem Niveau von 1988. Spanien und die

USA hielten sich daran, aber der japanische Fang stieg um 70%, der portugiesische um 120%, der kanadische verdreifachte sich nahezu. Der Thunfischkrieg im Nordostatlantik, der Krebs- und der Lachskrieg im Nordpazifik, der Tintenfischkrieg im Südwestatlantik sind die bekannten Erscheinungen der Regulierungskrise. "Jetzt setzen immer häufiger Nationen ihre Kriegsschiffe ein, um ihre wirtschaftlichen Interessen an den letzten Fischressourcen zu sichern," formulierte Greenpeace in einem in der FR (23.3.1995) dokumentierten Hintergrundbericht.

In der 1978 gegründeten North-West-Atlantic Fisheries Organization (NAFO) sind z.Z. 15 Staaten Mitglied: Bulgarien, Kanada, Kuba, Dänemark, Estland, die EU, Island, Japan, Korea, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien und Rußland. Die NAFO setzt Fangmengen für zehn Fischbestände im Nordwestatlantik fest. Sie konnte dem Raubbau aber nicht Herr werden. Die EU war z.B. erst 1992, nach intensivem Druck der anderen NAFO-Länder bereit, die Quoten zu befolgen. Die Vorgaben für Heilbutt akzeptierte die EU erst 1995, obwohl wissenschaftliche Untersuchungen bereits 1989 die Schrumpfung des Bestandes von grönländischem Heilbutt von 150.000 auf 50.000 t feststellten und die NAFO Fangquoten von 27.000 t festlegte. Heute dürfen im Nordwest-Atlantik fünf von zehn Beständen überhaupt nicht mehr befischt werden. "Die Überfischung hatte die Biomasse des Bestandes von einst 400.000 t auf nur 2.700 t im Jahr 1994 reduziert. Die Folgen für Kanadas Fischerei blieben nicht aus. Mittlerweile sind 40.000 Beschäftigte arbeitslos" (26)

Innerhalb der EU gilt auch auf See die Marktordnung des Agrarbereiches. Für 90% der Fische gibt es hier festgelegte Fangmengen. Die europäische Fischfangkommission legt jährlich Höchstmengen fest, und die Mitgliedsländer feilschen um die Länderquoten. Wissenschaftliche Erkenntnisse über die Regenerationsfähigkeit der Bestände spielen dabei allerdings nur eine untergeordnete Rolle: "Jedes Jahr treffen sich Dutzende von Biologen des ‚Internationalen Rats für Meeresforschung` in Kopenhagen und schlagen für jede Fischart in EU-Gewässern - meist zu üppig angesetzte - Höchstfangmengen vor. In Brüssel werden die Quoten noch einmal nach oben korrigiert und dann nach einem bestimmten Schlüssel an die Mitgliedsländer verteilt. In Wahrheit ist die komplizierte Bestandsschutz-Bürokratie ein aufgeblähter Popanz. Die deutschen Fischer hätten im Jahr nach EU-Vorgaben 2285 t Seelachs fangen dürfen. Angelandet wurden aber nur knapp 1000 t - mehr gab das Meer nicht her." (Spiegel 1/1995)

Die Fischereipolitik der EG/EU ist vor allem gemeinsame Außenpolitik zur Sicherung des europäischen Anteils an den Weltressourcen. Nach dem Motto "Brot für die Welt - die Wurst bleibt hier!" sicherten sich die Staaten der EU im Rahmen der Lomé Abkommen, die sie seit 1979 mit den Staaten des karibischen, afrikanischen und pazifischen Raumes (AKP-Staaten) abschlossen, den Zugang zu deren Gewässern. 1993 bezahlte die EU für solche Fischereiabkommen 550 Mio. Mark. Zur Zeit verhandelt die EU mit lateinamerikanischen Staaten und mit Indien um Fischereirechte. Im Gegenzug für ihre Fangrechte müssen die europäischen Schiffe zwar Lizenzgebühren bezahlen, lokale Matrosen anheuern, die Ladung vor Ort löschen und Kontrollen zulassen. (27) Allerdings können sich die wenigsten AKP-Staaten ausreichende Kontrollen leisten.

So dehnte Namibia sofort nach der Unabhängigkeit seine Gerichtsbarkeit auf mehrere sehr fischreiche Gebiete aus. Doch weil das Land kein Geld für Kontrollen hat, ignoriert die Europäische Fangflotte das Verbot. Im Senegal wird die den traditionellen Fischern vorbehaltene Sechs-Meilen-Zone "nachts von europäischen Schiffen mit abgedrehten Scheinwerfern nach Beute durchgepflügt, oft nehmen die Fischbänke dabei bleibenden Schaden.". Theoretisch beruhen die für die EU-Trawler erlaubten Fangmengen auf Schätzungen der verfügbaren Meeresressourcen und beziehen sich nur auf den Teil der Bestände, der nicht von der lokalen Fischerei genutzt wird. Doch gleich nach dem ersten Abkommen mit Senegal schlug die damalige EG-Komission vor, "die Fangquoten für die europäischen Flotten zu erhöhen, obwohl das von der EG gegründete und finanzierte Meeresforschungszentrum von Dakar dringend forderte, sie zu senken." Als dadurch die Fischbestände abnahmen und die Kosten immer mehr in die Höhe gingen, verlagerten die europäischen Fangflotten (mit Ausnahme der Thunfisch-Fänger) ihr Interesse auf andere, insbesondere südamerikanische Gewässer. Das besonders aggressiv operierende spanische Unternehmen "Pescanova" umging wiederum die Schutzmaßnahmen der AKP-Regierungen, indem es in den jeweiligen Ländern Niederlassungen gründete und eigene Quoten in fremden Gewässern ergattert, - die auf Spaniens Quoten nicht angerechnet werden!

Den sogenannten "Verträgen der zweiten Generation", die heute angeboten werden, liegen diese Erfahrungen zugrunde. Heute werden allgemein joint-ventures subventioniert und der Zugang zum europäischen Markt begünstigt. Das 1992 mit Argentinien geschlossene Abkommen sieht z.B. eine jährliche Exportquote von

250.000 t vor. Die Kehrseite: Das macht auch der europäischen Fischindustrie Konkurrenz. Eine 1993 im Hafen des bretonischen Finistré durchgeführte Untersuchung ergab, daß der vor allem aus Argentinien importierte Fisch sogar den Selbstkostenpreis der bretonischen Fischer unterbot. Die europäische Fischerei macht bei einem Preisverfall von 20 bis 30% eine schwere Krise durch. (28) Die spanischen Fischer gehören deshalb zusammen mit ihren französischen Kollegen zu den stärksten Verfechtern von Importbeschränkungen. (29)

Importbeschränkungen gab es z.B. bei Weißfisch, der vor allem von polnischen und russischen Fischern gefangen wurde. Statt den osteuropäischen Ländern neue Chancen einzuräumen, versucht die EU nach alter Methode, die eigene Flotte auszubauen und neue Fischgründe zu pachten. Internationale Solidarität der in der jeweils nationalen Fischindustrie Beschäftigten ist unter diesen Bedingungen kaum zu erwarten. Nachdem der "Heilbuttkrieg" zwischen Kanadas Küstenfischern und spanischen Fischfängern Ostern 1995 mit einem Abkommen zwischen Kanada und der EU endete, das neue Fangquoten und deren Überwachung festlegte, (30) sprach ein Vertreter der spanischen Fischereigewerkschaft CIG, von einem "Genickschuß für den Sektor". In der Küstenprovinz Galizien hängt das Bruttoinlandsprodukt zu knapp 30 % von den Fischfangerträgen ab. (31) Der große Abbau von fischereiabhängigen Arbeitsplätzen steht erst noch bevor. "Über 100.000 Fischer haben in den letzten Jahren ihre Einnahmequelle verloren. Eine hundertmal größere Zahl könnte in den kommenden Jahrzehnten arbeitslos werden, wenn Politik und Fischindustrie versuchen, das Ungleichgewicht zwischen der Kapazität der Fischereiflotten und den Leistungsgrenzen der Ozeane in den Griff zu bekommen." (32)

Kann der kapitalistische Wildwuchs eingedämmt werden?

Neben NAFO, bilateralen Abkommen oder regionalen Übereinkommen gibt es Regulationsbemühungen durch die UNO. Seit 1993 tagt in regelmäßigen Abständen in New York die UN-Konferenz über wandernde Fischarten, die ein größeres Verbreitungsgebiet als die 200 Meilenzone haben. Mit dem Anfang Dezember 1995 beschlossenen Fischereiabkommen unterzeichneten die Delegierten aus 25 Ländern schließlich Kontrollmechanismen, um den Schutz der in internationalen Gewässern wandernden Bestände an Kabeljau, Schwertfisch, Thunfisch und Schellfisch zu gewährleisten. Dazu werden die Fischereinationen in Regionalverbänden zusammengefaßt, die Artenschutzmaßnahmen wie z.B. Schonfristen und Netzgrößen festlegen. Die Überwachung soll gemeinsam durch die Heimatländer der Trawler und durch die Regionalverbände erfolgen. Wenn das Heimatland nicht gegen Verstöße "seiner" Trawler vorgeht, haben die Inspektoren das Recht, solange an Bord zu bleiben, bis das Schiff im nächsten Hafen festgemacht hat, wo dann ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird.

Den Unterzeichner-Staaten werden im Gegenzug exklusive Fangzonen mit Sonderquoten zugesprochen. Drei Jahre und sechs Verhandlungsrunden dauerte die Vorbereitung des Abkommens. Damit das Vertragswerk gültig wird, müssen es 30 Nationen unterzeichnet haben. Von den sechs großen Fischereinationen Japan, Polen, Südkorea, Rußland, Thailand und Spanien, die 90% aller Fänge aus internationalen Gewässern anlanden, hat bisher allerdings nur Rußland unterschrieben. Innerhalb Europas ist man sich bisher nicht einig, ob nur die einzelnen Länder, die EU-Kommission oder alle zusammen unterschreiben dürfen.

Darüber hinaus gibt es selbstverständlich Bemühungen, "von unten" Druck zu machen. Beispielsweise legte ein Zusammenschluß mehrerer Umweltorganisationen aus den Nordsee-Anrainerstaaten namens "Seas at Risk" wenige Tage vor der vierten Nordsee-Schutzkonferenz in Esbjerk einen alternativen Entwurf zur offiziellen Abschlußdeklaration vor, in dem sie die Fischereipolitik verurteilte. Die Regulierung über Quoten müsse verschwinden, industrieller Fischfang in der Nordsee bis auf weiteres ganz verboten werden. Zugrunde lagen Berechnungen aus den Niederlanden, nach denen "ein Viertel der gesamten Nordsee zu einem maritimen Naturschutzreservat erklärt werden müßte, um die Artenschutzdeklaration von Rio einzulösen." (33)

Die aktuellen Hauptforderungen aus ökologischer Sicht sind die Einführung hoher Energiesteuern und ein Ende der Fischereisubventionen. Bei den Fischfarmen Taiwans machen die Heizkosten z.B. 60 bis 70% der gesamten Betriebsausgaben aus, und die dortige Regierung gab 1991 etwa 130 Mio. Dollar für deren Subventionierung aus. Die Dieselsteuerbefreiung für die Fischer der USA summiert sich jedes Jahr auf immerhin 250 Mio. Dollar. "Für ein Kilo Fisch wird etwa bei der Schleppnetz-Fischerei derzeit ein Kilo Treibstoff aufgewendet." (34)

Als nächstes muß nach Möglichkeiten gesucht werden, die Jungfische zu schützen. "Beim Kabeljau gibt es heute in der Nordsee praktisch keine Tiere über fünf Jahre mehr. Deshalb werden heute selbst zweijährige Fische gefangen." (35). Ein besonderer Schutz für Jungfische ist technisch oft schwierig, so daß als einziger Ausweg die Reduzierung der Fangkapazität bleibt. Das wird Arbeitsplätze kosten. Aber möglicherweise sehr viel weniger, als wenn alles wie bisher weitergeht. "Mit jeder investierten Mio. Dollar werden bei großindustrieller Fischerei nur maximal fünf Arbeitskräfte beschäftigt, bei Fischfang im kleinen Stil jedoch 60 bis 3.000. Überdies entziehen die ozeanweit operierenden schwimmenden Fischfabriken vielen Millionen Fischern die Existenzgrundlage." (36)

Der konservativ-bürgerliche Worldwide Fund for Nature (WWF) orientiert derzeit auf die Schaffung eines maritimen Rates aus Umweltorganisationen, Politik und Wirtschaft mit dem Ziel, ein Ökolabel für "nachhaltigen Fischfang" zu vergeben. Überfischung ist jedoch längst nicht die einzige Bedrohung der Meeresökologie. Die Fischbestände leiden zusätzlich unter der Zerstörung von Lebensräumen und Laichgebieten durch Küstenerschließung sowie unter der Verschmutzung ihrer Nahrung durch Abwässer aus Industrie und Landwirtschaft, Verklappung und Abfälle. Die Zerstörung der Ozonschicht kann die Ökosysteme des Meeres zerrütten, weil übermäßige ultraviolette Strahlung die Vermehrung und die Photosynthese des Phytoplanktons bremst und damit das Fundament der Nahrungskette angreift. Auch die Erhöhung der Meerestemperaturen durch den Treibhauseffekt kann marine Lebensräume zum Umkippen bringen. Die Entwicklung eines "nachhaltigen Fischfangs", der Fischbestände, Arbeitsplätze und bezahlbare Fischpreise sichert, setzt also umfassendere Veränderungen der globalen Produktionsbedingungen voraus. Daher (und nicht, wie im Papier einiger BUKO-Frauen geargwöhnt, aus "männlichen Omnipotenzphantasien") wächst die Einsicht, daß linke und sozialemanzipatorische Bewegungen immer mehr gezwungen sein werden, über ihre "Einpunktziele" hinauszugehen und neue Zusammenhänge (auch untereinander) herzustellen. Das sozialistische Projekt, d.h. die Schaffung gesellschaftlicher Bedingungen, die eine planvoll abgestimmte Gestaltung der Produktion und Aneignung ermöglichen, ist neu herausgefordert.

hhH, Berlin

Anmerkungen:

1) Da die Aquakultur zur Produktion von einem Kilo Fisch zwei Kilo Getreide benötigt, beansprucht sie mit jeder Produktionssteigerung entsprechend mehr Getreide. Um die bisherigen Wachstumsraten - 2 Mio. t pro Jahr in den letzten 40 Jahren - beizubehalten, würden jährlich zusätzlich 4 Mio. t Getreide benötigt.

2) Die Weltbevölkerung wächst jedes Jahr um 100 Mio. Menschen. Soll das gegenwärtige Konsumniveau gehalten werden, müßten jedes Jahr zusätzlich rund 19 Mio. t Meerestiere auf den Markt kommen. Die Fischindustrie geht einem Bericht des Spiegels (1/94) zufolge bis 2010 von einem zukünftigen Bedarf an 200 Mio. t Fisch aus.

3) UNEP Environmental data Report 1991-92.

4) Nach Angaben der FAO, zitiert nach Spiegel (1/94). In Spektrum der Wissenschaft (1/1996) werden z.B. die Große Neufundlandbank und die George-Bank vor der Nordküste der USA als "völlig zusammengebrochene" und "praktisch gesperrte" Fanggebiete bezeichnet: "Die dort vorherrschende Tierwelt wurde so stark dezimiert, daß sie unter kommerziellen Gesichtspunkten als ausgestorben gilt."

5) Nach Berechnungen des "Internationalen Rates für Meeresforschung" (ICES) wurden inzwischen "vier Fünftel der Lodden-Bestände in der Berentsee zu Tierfutter verarbeitet." (Zitiert nach Greenpeace Magazin 2/93)

6) Die Verletzungen, die sich viele Robben dabei zuzogen, werden als eine Ursache für die Ausbreitung der Virenepidemie angesehen, die das Robbensterben auslöste.

7) So Alain Maucorps vom "Französischen Forschungsinstitut zur Ausbeutung des Meeres" (IFREMER) in der taz (28.8.1995).

8) Spektrum der Wissenschaft (1/1996).

9) Greenpeace Magazin (3/95).

10) Spektrum der Wissenschaft (1/1996)

11) Spiegel (1/94) Eine Mio. davon sind große Trawler und zwei Mio. kleinere Schiffe. (FR, 23.3.1995)

12) "Weil sich in den ‚Mauern des Todes` (...) Seevögel und Delphine verhedderten, beschloß die UNO, die Treibnetzfischerei zu verbieten. Beachtet wird das Januar 1993 in Kraft getretene Moratorium kaum. Nach wie vor fangen rund 800 italienische Fischdampfer (...) mit Treibnetzen Thun- und Schwertfisch. Im Mai letzten Jahres sichtete das Greenpeace-Schiff ‚Rainbow-Warrior` allein in der Arafura-See zwischen Neuguinea und Australien 55 Taiwan-Schiffe mit den Todesvorhängen im Schlepp. Ein koreanischer Trawler zog gar im Mittelmeer ein 90 Kilometer langes Netz hinter sich her." (Spiegel 1/1994)

13) Spektrum der Wissenschaft (1/1996) Die Industrialisierungsgrade der jeweiligen nationalen Fischbranchen sind allerdings sehr unterschiedlich. Das führende Hochseefischerei-Land Japan fängt mit 200.000 im Fischfang tätigen Menschen fast doppelt so viel wie China, wo (noch) 3,8 Mio. als Fischer arbeiten. Über 90% der 15 bis 21 Mio. Fischer auf der Welt arbeiten im kleinen Maßstab, entweder mit traditioneller Ausrüstung oder mit kleinen, aber relativ modernen Booten. Zur Lebensmittelversorgung tragen alle drei Bereiche etwa im gleichen Maß bei.

14) Besonders bedenkenlos gehen die europäischen und japanischen Fangflotten auf der südlichen Halbkugel vor, wo sie bis zu viermal mehr "Beifang" (vor allem Jungfische) wieder ins Meer befördern, als sie verarbeiten. Noch schlechter ist das Verhältnis, wenn sich die Fangschiffe auf eine einzige Fischart konzentrieren. Pro Kilogramm gefangener Garnelen werden z.B. acht bis zehn Kilo Fisch unerwünschter Arten geopfert, bei Shrimps sind es fünf Kilo, bei Scholle und Heilbutt immerhin 800 Gramm.

15) Obwohl Jungfische eigentlich nicht gefangen werden dürften (taz, 8.6.1995).

16) Eine Studie in den USA ergab, daß sich der jährliche Gewinn aus dem Flunderfang von 0 auf 6 Mrd. Dollar steigern ließe, wenn mehr als 100 Kutter und Trawler ausgemustert würden (Spektrum der Wissenschaft 1/1996)

17) Der Fischereiexperte der FAO, Chris Newton.

18) Nach Spektrum der Wissenschaft (1/1996) werden jährlich 124 Mrd. Dollar aufgewandt, um Fisch im Wert von 70 Mrd. Dollar zu fangen.

19) Greenpeace Magazin (3/95).

20) ebd.

21) ebd. Während die Versorgung mit tierischem Eiweiß weltweit zu 16% durch Fisch gedeckt wird, sind es in manchen Entwicklungsländern bis zu 40%. Oft wirken ungünstige Entwicklungen in der Landwirtschaft verschärfend. Als Senegal Anfang der 80er Jahre seine Meere für die Fangflotten des reichen Nordens freigab, brannte eine Jahrhundertdürre den Sahel aus. Die ruinierten Bäuerinnen und Bauern flohen ans Meer, und so stieg gleichzeitig mit der verstärkten Ausbeutung durch ausländische Trawler auch die Zahl der einheimischen Fischfänger rapide an. Ganze Gemeinden wandern als See-Nomaden zu den je nach Jahreszeit noch nicht überfischten Küstenabschnitten.

22) Bezogen auf den ökonomischen Wert gehen 84% der weltweiten Fischimporte in die genannten Regionen.

23) Deutschland ist nach Spanien das zweitgrößte Fischwaren-Erzeugerland in Europa. Die vom Unilever/Nordsee-Konzern betriebene weltgrößte Fischfabrik in Bremerhaven produziert jeden Tag so viele Fischstäbchen, daß sie - aneinandergereiht - von Flensburg bis nach Garmisch reichen würden.

24) Die Definition von "küstennah" war in der Vergangenheit z.T. hart umkämpft. Nach Beschlüssen der Genfer Seerechtskonferenz von 1958 darf jeder Küstenstaat eigene Festlegungen treffen. Als Island daraufhin seine Viermeilenzone zunächst auf zwölf, dann auf 50 und schließlich auf 200 Seemeilen ausdehnte, kam es zu Konflikten zwischen isländischen Fischern und Fischtrawlern aus Deutschland und England. Ihnen wurden daraufhin immer wieder die Taue durchgeschnitten, an denen die - oft mehrere hunderttausend Mark teuren - Netze hingen. England brach damals die diplomatischen Beziehungen zu Island ab, und auch die BRD reagierte äußerst unwirsch. 1976/77 wurde schließlich ein Kompromiß gefunden, der Ausländern ein eingeschränktes Fischrecht in den isländischen Gewässern einräumte.

25) Greenpeace Magazin (3/95). Zu den Methoden heißt es dort weiter: "Als die kanadische Küstenwacht im Frühjahr 1995 dort ein spanisches Fangschiff aufbrachte, fand sie zwei Logbücher. Eines verzeichnete die tatsächliche Aktion, das andere war eine Fälschung für die Behörden. Die Kanadier entdeckten außerdem Netze mit unerlaubt engen Maschen und 350 t Jungfische des Grönlandheilbutts; kein Fisch an Bord war ausgewachsen genug, sich schon fortgepflanzt zu haben."

26) Greenpeace Dokumentation (FR, 23.3.1995)

27) Als wichtigstes Ergebnis des im Oktober 1995 verabschiedeten Fischereiabkommens zwischen Marokko und der EU wurde der schrittweise Abbau der Fangquoten um (je nach Fischart) bis zu 30% innerhalb der nächsten vier Jahre vereinbart. Ein Drittel der Fänge wird künftig in den Häfen des Maghreblandes gelöscht, um die einheimische Industrie anzukurbeln. Die EU zahlt für die Fangrechte 350 Mio. Ecu, mit der die Modernisierung der marokkanischen Fischindustrie vorangetrieben werden soll. Damit sich die Bestände erholen können, müssen die EU-Fischer künftig zwei Monate im Hafen bleiben. Statt bisher fünf, müssen EU-Trawler über 250 t jetzt sechs marokkanische Seeleute unter Vertrag nehmen. Widerstand gibt es vor allem seitens der spanischen Fischindustrie. 12.000 Arbeitsplätze sollen durch das Abkommen gefährdet sein. (taz, 26.10.1996)

28) Von den 1,8 Mio. t, die in Deutschland verzehrt werden, stammen 23% von deutschen Fischern. In der EU hängen die Arbeitsplätze von rund 30.000 Fischern und 200.000 ArbeiterInnen der Fischindustrie allein vom Zugang zu den Gewässern des Südens ab.

29) taz, 3.8.1993.

30) 41% der von der NAFO festgelegten 27.000 Jahrestonnen gehen zukünftig in die EU, Kanada erhält 38% - davon ein Drittel außerhalb der eigenen 200 Meilen Zone. Die restlichen 21% gehen an Drittländer wie Polen und Rußland. Kanada verzichtet auf Kontrollen außerhalb der 200 Meilen Zone. Flotten von mehr als zehn Schiffen müssen dafür einen Kontrolleur an Bord nehmen. Ab 1996 werden die Aktivitäten von Neufundland per Satellit überwacht. (taz, 18.4.1995)

31) Le Monde Diplomatique/taz/ WoZ (Juli 1995)

32) Peter Weber im WIR. Nicht eingerechnet sind die 60.000 Menschen, die durch den ökologischen Zusammenbruchs des Aralsees seit den 60er Jahren arbeitslos wurden.

33) taz, 8.6.1995.

34) So Professor Dr. Gerd Hubold von der "Forschungsanstalt für Fischerei" in Hamburg (Zitiert nach ebd.)

35) Alain Maucorps, a.a.O. Erst mit über fünf Jahren hätten die Tiere mehrmals Nachkommen hervorbringen können.

36) Spektrum der Wissenschaft (1/1996).

30. Frauen - Flucht - Asyl. Über die Situation asylsuchender Frauen in der BRD. Rezension

Über die Situation asylsuchender Frauen in der BRD (Buchbesprechung)

Autor: Andreas Speck · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Frauen; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:11

Mehr als 80 % der Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder, dennoch wird "der Flüchtling" in der BRD meist männlich gedacht. Weder kommen Frauen in der Flüchtlingsstatistik gesondert vor, noch werden frauenspezifische Fluchtgründe von der deutschen Justiz anerkannt, und schon gar nicht wird Rücksicht genommen auf die spezifische Situation von Frauen in der Verwahrungs- und Abschiebemaschinerie. Judith Rosner analysiert die verschärfte deutsche Asylpolitik und die Auswirkungen dieser Politik auf die besondere Situation von Frauen.

Das Zusammendenken von Frauen und Kindern weist bereits darauf hin, daß es meistens die Frauen sind, die ihre Kinder mit auf die Flucht nehmen - mit allen daraus resultierenden Problemen. Die Fluchtgründe sind vielfältig: Z.B. die "neue" Kriegsführung, die sich wesentlich stärker gegen die Zivilbevölkerung richtet und viele Frauen in die Flucht treibt. Auch von Armut sind Frauen wesentlich stärker betroffen als Männer.

Zu diesen "allgemeinen" Fluchtgründen kommen frauenspezifische Verfolgungsformen hinzu. Auf der Flucht sind Frauen oft zusätzlich sexueller Gewalt ausgesetzt. Werden Frauen aufgrund eigener politischer Aktivität verfolgt, so geht es nicht nur um die Abweichung von der vorgeschriebenen politischen Linie, sondern auch um den Ausbruch aus der zugewiesenen "Rolle" als Frau. "Politische Verfolgung, Inhaftierung und Folterung von Frauen (hat) meist eine spezifisch sexuelle Dimension (...). Frauen werden in ihrem Frausein angegriffen und gequält. Ihre körperliche Integrität wird bedroht bzw. verletzt, ebenso wie ihre psychische Integrität, indem sie mit sexuell erniedrigenden Ausdrücken belegt werden. ... Dies geschieht, wenn Frauen selbst die Verfolgten sind, und es geschieht, wenn sie Familienangehörige von verfolgten Männern sind, auch um damit die Männer zu erniedrigen und zu beleidigen." (S. 21)

Neben dem Gewaltakt selbst müssen die Frauen auch die Konsequenzen tragen: Verstoß aus der Familie, gesellschaftliche Ächtung, Aufforderung zum Selbstmord, etc. "Die Kette der Gewalt ... setzt sich durch die Männer der eigenen Gruppe fort. Grundlage dafür ist ein Normensystem, in welchem die Frau vom Ehemann oder männlichen Familienmitgliedern nicht als eigenständige Person, sondern als Besitzobjekt gesehen wird. Um der männlichen Ehre willen gilt es, diesen ‚Besitz` zu verteidigen oder aber sich ihm nach ‚Beschädigung` zu entledigen." (S. 22)

Frauenspezifische Verfolgung erfolgt in der Regel aufgrund der Übertretung religiöser, kultureller oder rechtlicher Regeln der Gesellschaft. Bei diesen Fluchtgründen geht die Verfolgung häufig nicht in erster Linie vom Staat aus, sondern von gesellschaftlichen Funktionsträgern, religiösen Gruppen oder der eigenen Familie. Gerade diese "gesellschaftliche" Verfolgung führt im späteren Asylverfahren zur Nicht-Anerkennung der Fluchtgründe.

Die Flucht in die Bundesrepublik gelingt wesentlich weniger Frauen als Männern. Schätzungen liegen bei 25 % Frauenanteil unter den Asylsuchenden und 40 % bei den Kontingentflüchtlingen. Für die meisten Frauen endet die Flucht bereits in den Nachbarstaaten, in deren Flüchtlingslagern manchmal bis zu 90 % Frauen und Kinder leben. Die wesentlich aufwendigere und kostspieligere Flucht in die reichen Industrieländer gelingt Frauen wesentlich seltener als Männern. Die Gründe dafür sind vielfältig: schlechterer Zugang zu den notwendigen Ressourcen (Geld für Pässe, Visa, Fahrkosten, Fluchthelfer, usw.) mangelnde Bildung, um die Flucht organisieren zu können, fehlende Unterstützung von Verwandten ("wenn ein Familienmitglied überleben soll, dann wird zuerst einmal für die Flucht des Sohnes Geld gesammelt"). Dazu kommt die Verantwortung für die Kinder.

Asyl für Frauen in der BRD

Rosner gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Asylpolitik in der BRD insbesondere seit der Abschaffung des Asylrechtes 1993 durch den sogenannten "Asylkompromiß". Verschärfte Grenzkontrollen,

Flughafenverfahren, Lagerunterbringung und letztendlich Abschiebung treffen Männer und Frauen gleichermaßen. Dennoch sind die Auswirkungen auf Frauen stärker.

Die Struktur des Asylverfahrens benachteiligt insbesondere Frauen. Flüchtlinge werden vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge angehört - eine männerdominierte Institution. Nicht selten sitzen der Frau männliche Entscheider und Dolmetscher gegenüber.

Dies ist schon dann problematisch, wenn es nicht um frauenspezifische Fluchtgründe geht. "Besonders schwer stellt sich die Situation für Frauen dar, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Stellung im Herkunftsland von Ehemännern oder männlichen Familienangehörigen im öffentlichen Bereich vertreten werden. Zum einen wird den Frauen ein Verhalten abverlangt, das sie in ihrem Herkunftsland nicht erlernt haben, zum anderen sind sie damit konfrontiert, entgegen ihrer verinnerlichten Wertvorstellung vor fremden Männern agieren zu müssen." (S. 49) Dazu kommen häufig geringere Schulbildung und damit verbundene schlechtere Ausdrucksfähigkeit. Insbesondere politisch verfolgte Frauen müssen dagegen ankämpfen, daß außereuropäischen Frauen eigenständiges politisches Handeln schlicht nicht zugetraut wird.

Vollends untragbar wird die Anhörungssituation, wenn die Frauen Opfer sexueller Gewalt wurden. Bedeutet das Erzählen von sexuellen Gewalterfahrungen an sich schon für jede Frau eine große Überwindung, so bietet die Anhörungssituation in keinster Weise eine vertrauensvolle Atmosphäre. Zu der eigenen Scham und den Schuldgefühlen kommt hinzu, daß bei einer Anhörung eigentlich immer Männer anwesend sind, sei es der Dolmetscher, der Entscheider oder der eigene Ehemann. Gerade Frauen, die im Herkunftsland bei sexueller Gewalt mit Folgen zu rechnen hätten, die von Ächtung bis zur Selbstmordaufforderung reichen, ist es unmöglich, vor Männern darüber zu reden. Der eigene Ehemann wird zur Gefahr, ebenso wie der Dolmetscher, durch den die Information in die Exilgemeinschaft getragen werden könnte.

Die Frauen stehen hier vor einem Dilemma: "Ein Verschweigen der Übergriffe minimiert letztlich die Chance als Asylberechtigte anerkannt zu werden, ein Bekanntwerden des Schicksals in der Flüchtlingsgemeinschaft zieht jedoch eventuell Sanktionen nach sich." (S. 50)

Fliehen Frauen mit ihrem Ehemann, werden trotz getrennter Asylanträge die beiden meist gemeinsam angehört. Schwerpunkt ist dabei die Verfolgungsgeschichte des Mannes. Bekommt der Mann Asyl, dann wird das Aufenthaltsrecht der Frau davon abgeleitet. Die Folge ist, daß die Frau bei einer Trennung von ihrem Mann ihr Aufenthaltsrecht verliert.

Frauenspezifische Verfolgung im Asylrecht

Asylrechtlich relevant ist lediglich eine Verfolgung, die vom Staat ausgeht. Gerade frauenspezifische Verfolgung (aufgrund der Übertretung religiöser, kultureller oder rechtlicher Regeln speziell für Frauen) geht häufig von der eigenen Familie oder Gruppe aus. Asylrechtlich relevant kann diese nur werden, wenn sie "quasi-staatlich" ist, d.h. vom Staat gebilligt oder gefördert wird. Praktisch gibt es jedoch kaum Anerkennungschancen. Frauenspezifische Verfolgungssituationen werden als rein humanitäre, und nicht als asylrelevante Frage verstanden.

Dabei wird häufig mit "spezifischen Eigenarten einer Kultur" argumentiert. "Spezifische Verfolgungssituationen, denen Frauen ausgesetzt sind, werden als allgemein übliche Praxis einer anderen Rechtsordnung gebilligt. Allgemein übliche Praxis wiederum ist das, was die BewohnerInnen des Herkunftslandes aufgrund des dort herrschenden Systems allgemein hinnehmen müssen. Nur wenn die Intensität der Beeinträchtigung über das ‚allgemein hinnehmbare Maß` hinausgeht und sich auf Einzelne konkretisiert hat, ist es von asylrelevanter Bedeutung." (S. 53)

Nicht asylrelevant ist z.B. das Auspeitschen einer iranischen Frau, die mit einem männlichen Kollegen im Auto fuhr. Nicht asylrelevant ist häufig auch sexuelle Gewalt als Form der Verfolgung, da es sich z.B. bei Vergewaltigung nur um Exzesse im Rahmen eines Bürgerkrieges handele.

Das "neue" Asylrecht verschlechtert die Lage von Frauen im Asylverfahren noch weiter. Durch das Konzept der "sicheren Drittstaaten" und der "sicheren Herkunftsländer" wird es vor allem für Frauen, die aufgrund frauenspezifischer Verfolgung fliehen, noch schwerer, anerkannt zu werden. Die Definition sicherer Staaten beruht meist auf den Lageberichten des Auswärtigen Amtes, und daß "die Menschenrechtssituation von Frauen bei solch einer Einstufung Berücksichtigung findet, darf bezweifelt werden". (S. 58)

Frauen im Lager

Seit 1980 wurde die Unterbringung von Flüchtlingen in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften, die deutlich Lager genannt werden sollten, eingeführt und schrittweise ausgebaut. "Sammellager heißt sichtbare Aussonderung einer bestimmten sozialen Gruppe und Isolierung von der Restbevölkerung. Die Zur-Schau-Stellung der Flüchtlinge in Lagern als ausgesonderte ‚Menschenmasse` stigmatisiert und deklassiert diese und unterstützt damit rassistisch motivierte Angriffe." (S. 65)

Rosner bezeichnet Sammellager als "totale Institution". Das Fehlen sozialer Schranken, die die Lebensbereiche Arbeit, Freizeit und Schlaf normalerweise trennen, gilt als zentrales Merkmal totaler Institutionen. Die Tagesaktivitäten sind weitgehend festgelegt und durch formale Regeln bestimmt. "Es werden genau diejenigen Handlungen durch die totale Institution unterbunden, mit denen die/der Asylsuchende sich und ihrer/seiner Umwelt bestätigen könnte, daß sie/er ‚ein Mensch mit Selbstbestimmung, Autonomie und Handlungsfreiheit eines Erwachsenen ist`." (S. 67f)

Für Frauen gilt das noch mehr als für Männer. Aufgrund noch geringerer Kontakte nach außen sind sie stärker im Lager gefangen als Männer. Rosner belegt diese These anhand eigenen empirischen Materials aus Interviews mit ehemaligen Lagerinsassinnen und in der Asylarbeit aktiver Frauen (und Männer).

Der Lageralltag wird bestimmt von erzwungener Passivität, Angst vor einer unbestimmten Zukunft (Abschiebung), und einem System von Verwahrung und Fremdbestimmung. Folge ist eine Reihe von Rollenverlusten (z.B. für Frauen der Verlust der Rolle als Essenzubereiterin, für den Mann die Rolle der "Ernährers"): Dazu kommen Demütigungen und andere Angriffe auf das Selbstwertgefühl.

"Neben den zerstörenden Auswirkungen, die die Internierung sowohl auf Männer als auch auf Frauen hat, sind Frauen innerhalb des Lagers nicht nur rassistischer Bedrohung und Angriffen ausgesetzt, sondern auch noch sexistischen Angriffen und Vergewaltigungen durch Lagerbedienstete, Flüchtlingsmänner im Lager sowie deutsche und ausländische Männer von außerhalb. Oft haben Frauen weder Rückzugsmöglichkeiten noch Schutzräume, in der Lagerkonzeption wird dies gar nicht berücksichtigt." (S. 93f).

Auch wenn Frauen allerorten von sexueller Gewalt bedroht sind, so gilt dies in noch stärkerem Maße für Sammellager. Hier kommt Frauen eine bestimmte Funktion zu, von der sowohl die männlichen Insassen als auch die Lagerleitung profitieren. Sexuelle Angriffe sind für die betreffenden Männer "eine Möglichkeit, sich als Subjekt zu erfahren, das immerhin noch einen Teil der Welt (nämlich die Flüchtlingsfrauen) unter Kontrolle hat." (S. 94)

Zu den vielfältigen männlichen Interessen an der sexistischen Unterdrückung von Frauen treten die Lagerbedingungen als eine weitere Ursache hinzu. "Wird sexuelle Gewalt auch als Kompensationsversuch männlicher Insassen interpretiert, erklärt sich auch das Interesse der Lagerleitung, nicht grundsätzlich eine getrennte Unterbringung für Frauen, Männer und Familien, den Bedürfnissen der Menschen entsprechend, anzubieten, sondern an der Gemeinschaftsunterbringung festzuhalten. Tatsächlich wirkt dann die Anwesenheit von Frauen als Ventil und als identitäts-stabilisierende Kolonie der Männer, die dann weniger ihre Frustration als Aggression nach außen wenden oder aber psychosomatisch krank werden." (S. 95) Dies äußern manche Lagerleiter recht offen: "Wir belegen möglichst gemischt, wenn ich in einem Haus nur Männer unterbringe, bleibt ja kein Stein auf dem anderen." (S. 101)

Rosner belegt dies durch die Schilderung des Lageralltags in den geführten Interviews. Besonders alleinstehende Frauen sind sexistischer Gewalt ausgesetzt: "Du mußt dort einen Mann haben, wenn Du ein normales Leben führen willst," sagt eine Frau. Schutz gibt es nicht oder muß von den Frauen selbst organisiert werden. Eine häufige "Konfliktlösungsstrategie" ist, sich einem Mann sexuell auszuliefern, um von den anderen Männern in Ruhe gelassen zu werden.

Häufig werden Frauen mit anderen Männern gemischt untergebracht. Mehrere Familien in einem Zimmer ist keine Seltenheit. Einen Rückzug aus der "Männerwelt" gibt es so für die Frauen nicht, daraus resultiert der Zwang, das eigene Verhalten permanent zu kontrollieren.

Doch Frauen nehmen diese Verhältnisse nicht einfach hin, sondern versuchen, sich dagegen zu wehren. Dies geschieht häufig individuell. Die Forderung nach einer getrennten Unterbringung von Frauen und Familien ist dagegen ein organisierter Versuch, die Situation erträglicher zu gestalten.

Perspektiven

"Es muß leider davon ausgegangen werden, daß die Lager in der nächsten Zeit nicht abgeschafft werden," (S. 114) schreibt Rosner. Daraus leitet sie Mindestanforderungen für die Verbesserung der Situation von Frauen im Lager ab. Die Liste ist lang, enthält aber eigentlich nur unbedingt erforderliche Selbstverständlichkeiten wie z.B. aufsuchende Sozialarbeit, getrennte Unterbringung, abschließbare Zimmer und getrennte sanitäre Anlagen, Einrichtung und Ausstattung von Küchen, Frauenräume, Freizeitangebote für Frauen, Sprachkurse mit Kinderbetreuung, frauenspezifische Beratungsangebote, usw. Daß selbst diese "Selbstverständlichkeiten" fast als radikale Forderungen erscheinen, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Asyl und Lagerpolitik der BRD.

In ihren Schlußbemerkungen schreibt Rosner: "Viele Forderungen, die sich auf den besseren Rechtsschutz für Frauen im Asylverfahren bezogen, sind unter der neuen Rechtslage noch unerreichbarer. Trotzdem gilt es weiter daran festzuhalten, allerdings nicht außerhalb einer Auseinandersetzung mit den alle betreffenden Auswirkungen des neuen Asylrechts. Eine Änderung des Grundgesetzes und des Asylverfahrensgesetzes, die sich nur auf eine Korrektur aus frauenspezifischer Sicht beschränkt, ist mehr als unangebracht. Wenn die meisten Flüchtlinge an den Grenzen schon zurückgewiesen werden oder aber ihre Asylanträge aus formalen Gründen abgelehnt werden, dann hat die Aufnahme des Verfolgungsgrundes ‚Geschlecht` in die Asylgesetzgebung nur noch eine kosmetische Funktion. An der Forderung nach Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe ist dennoch festzuhalten, jedoch nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem Kampf um offenere Grenzen." (S. 117)

Andreas Speck

Nachdruck (leicht gekürzt) aus "Graswurzelrevolution", April 1996. Bestelladresse: GWR, Karlstr. 14a, 26123 Oldenburg. Wir danken für die Abdruckgenehmigung.

Judith Rosner: Asylsuchende Frauen. Neues Asylrecht und Lagerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Verlag für Akademische Schriften, Frankfurt/Main 1996, 130 S., 28 Mark.

31. Die "Gleichstellung" der Männer durch die Männer. Zur patriarchalen Metamorphose einer frauenpolitischen Strategie

Zur patriarchalen Metamorphose einer frauenpolitischen Strategie - von Birgit Ebel

Autor: Birgit Ebel · Rubrik: Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:08

"Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein." Diese Volksweisheit sahen offenbar anläßlich der jüngsten Urteile zur Frauenquote (Europäischer Gerichtshof, Münsteraner Oberverwaltungsgericht für NRW) viele Männer mit klammheimlicher Freude bestätigt. Wie konnte es dazu kommen, daß mittlerweile Männer die Fortsetzung ihrer Privilegien mit einem Gleichberechtigungsartikel (Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz) durchsetzen, der ursprünglich gegen männliche Übermachtstellung im Grundgesetz aufgenommen wurde? Dieser Text, beginnend mit einem kurzen Rückblick in die Geschichte der "Institutionalisierung der Frauenfrage", soll zeigen, wie dieser Bumerangeffekt zustande kommen konnte.

Im Aufwind autonomer Bewegung und im Gegenwind der Institutionalisierung bis zum Ende der 60er Jahre waren frauenpolitische Belange eher unter Familienpolitik subsumiert. Erst ab 1971 entstand im Zuge der während der Studentenbewegung gebildeten "Weiberräte" eine autonome Bewegung, die sich für die Abschaffung der Frauenunterdrückung engagierte.

Trotz der bis heute bestehenden ambivalenten und kritischen Haltung zum Staat und seinen Organen beeinflußte und förderte die "Neue Frauenbewegung" indirekt die Integration von Frauenbelangen ins politisch-administrative System. Mit der ab 1979 einsetzenden Gründung von Gleichstellungsreferaten in Ministerien und kommunalen Gleichstellungsstellen begann ein Prozeß, der als "Institutionalisierung der Frauenfrage" bezeichnet wird. Vor allem in der grünen Partei sahen autonome Feministinnen zunächst Chancen für eine parlamentarische Arbeit. Aber auch die "etablierten Parteien" erkannten, daß sie, wenn sie einem drohenden Stimmenverlust von Frauen begegnen wollten, Frauenpolitik in ihre Agenda aufnehmen mußten. Damit verlor jedoch die autonome Frauenbewegung ihr Monopol auf feministische Politik, und seit Mitte der 80er Jahre bestimmte ein Parteien- und Verbandsfeminismus zunehmend die öffentliche Wahrnehmung frauenpolitischer Inhalte.

Auch wenn es mittlerweile statt der früheren Abgrenzungen und Grabenkämpfe eine arbeitsteilige Strategie und Kooperation der verschiedenen Strömungen gibt, blieben Feministinnen bis heute die schärfsten Kritikerinnen der Gleichstellungsstellen und Implementation frauenfördernder Maßnahmen ins staatliche System. Sie befürchten eine Befriedung und Erlahmung feministischen Engagements durch Vereinnahmung und Umdeutung der Inhalte im pseudoemanzipatorischen Sinne. Wenn man sich anschaut, in welchen innerparteilichen und bürokratischen Anpassungszwängen Gleichstellungsbeauftragte stecken, welchem Erfolgs- und Legitimationsdruck sie bei sinkenden Mitteln und Stellenabbau unterliegen, sind die Zweifel nicht so einfach von der Hand zu weisen.

Die Integration ins System zwang zugleich auch die Unterwerfung unter die herrschenden Spielregeln auf. Zwar überwand die "Frauenfrage" ihre ursprüngliche Marginalisierung und konnte in institutionelle Politikfelder expandieren, dennoch bemerken wir neben aller rhetorischen Präsenz in den Medien eine faktische Marginalisierung von Frauen und ihren Interessen im Erwerbsbereich. Die formalrechtliche Gleichstellung der Frauen wird durch Tricks und Kungeleien bei der Vergabe von entscheidungsstarken Funktionen und Ämtern unterlaufen. Die früher für die Schlechterstellung der Frauen im Erwerbsbereich verantwortlich gemachten Qualifikationsrückstände haben die Frauen im Zuge der Bildungsexpansion ausgeglichen. Mädchen und Frauen weisen häufig bessere Noten und Qualifikationsabschlüsse nach, und dennoch haben Männer durch altbewährte Seilschaften und beständige Vorurteilsstrukturen bei Stellenbesetzungen die Nase vorn.

Gleich qualifiziert und trotzdem ausgemustert!

Denn über das, was gleiche Qualifikation ist und wie Gleichstellung im Beruf erreicht werden kann, entscheiden nach wie vor Männer oftmals unter sich. Ein Instrument zur Gleichstellung, das die Frauenbewegung als eine Strategie verfolgt, ist die Quotierung bei der Vergabe von Berufspositionen und

Ämterbesetzung. Sie ist der Versuch einer "Korrektur der Gruppendominanz der Männer durch eine begrenzte Gruppenrepräsentanz der Frauen". Die jüngsten Gerichtsurteile hinsichtlich der Frauenquoten offenbaren, wie langlebig die altbekannten Vorurteilsstrukturen sin und wie aktuell die hergebrachten Machtstrukturen Männer begünstigen.

Elf Luxemburger Richter am Europäischen Gerichtshof (EUGH), allesamt Männer, erklärten am 17. Oktober 1995 verbindliche Frauenquoten, wie sie im Bremer Landesgleichstellungsgesetz enthalten sind, als rechtswidrig. Frauen dürften bei Einstellung und Beförderung gleich qualifizierten Männern nicht automatisch vorgezogen werden. Das Bremer Gesetz mit seiner absoluten und unbedingten Bevorzugung gleichqualifizierter Frauen sei nicht vereinbar mit der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie von 1976. Dadurch würden Männer aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert, entschied das Gericht nach der Klage eines Bremer Angestellten gegen die Bevorzugung seiner Konkurrentin und übte praktische Männersolidarität mit dem Gärtner. Der klagte sich durch alle Instanzen bis zum EUGH. Da Europarecht deutsches Recht bricht, kriegt er nun den Job.

Man(n)che sind eben gleicher!

Zentrales Argument war seine knapp zwei Jahre längere Berufstätigkeit. In der Plenardebatte vom 9.11.95 im Düsseldorfer Landtag bezeichnete die Abgeordnete Marianne Hürten von Bündnis 90/Die Grünen das EUGH-Urteil als "Treppenwitz der Geschichte. Welchem Mechanismus haben wir es eigentlich zu verdanken, daß bei der Besetzung von Spitzenpositionen immer wieder Männern der Vorzug gegeben wird? Wieso hat noch kein Gericht diese permanente, automatische Bevorzugung von Männern für unzulässig erklärt?" Es handele sich um mittelbare Diskriminierung, "da Männer in der Regel ein längeres Dienstalter aufweisen, und zwar allein schon deshalb, weil sie darauf verzichten, sich zur Erziehung und Betreuung ihrer Kinder freistellen zu lassen". Das EUGH-Urteil bedeutet jedoch nicht das generelle aus für die Frauenquote.

"Einzelfallgerechtigkeit"

als Hintertür

Quotenregelungen, die eine Härteklausel (also eine Ab- oder Aufweichung im Einzelfall) enthalten, sind ausgenommen. Das NRW-Frauenförderungsgesetz von 1989 enthält nämlich das sogenannte "Benda-Schwänzchen". Der CDU-Politiker und ehemalige Bundesverfassungsrichter Ernst Benda kam in einem Rechtsgutachten zu dem Schluß, daß der Staat aufgrund des Sozialstaatsprinzips der Verfassung befugt, möglicherweise sogar verpflichtet ist, Defizite in der Gleichberechtigung in der sozialen Wirklichkeit auszugleichen. Demnach sind gesetzliche Regelungen, inklusive Quoten legitim, wenn eine "Einzelfallgerechtigkeit" enthalten ist.

Dieser Weichmacher floß in das NRW-FFG ein. Frauen sind bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt einzustellen oder zu befördern, "sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen", lautet die männerfreundliche Einschränkung. Doch was heißt das genau? Eindeutig geklärt ist das bis heute nicht. Somit sind vielfältige Entscheidungs- und Ermessensspielräume gesichert und haben männlichen Bewerbern in der Vergangenheit häufig die Hintertür zur Realisierung ihrer Berufskarriere offengehalten.

Rechtssicherheit oder Rückschritt?

Die NRW-Gleichstellungsministerin Ilse Ridder-Melchers betonte am Tag nach dem Luxemburger Richterspruuch gegenüber der Presse die weiterbestehende Geltung des NRW-Frauenförderungsgesetzes und die Effektivität der Quotierung. Insgesamt sprachen die Frauenministerinnen der Länder, Gewerkschaften und die Europäische Kommission von einem klimatischen Rückschlag für die Frauenförderung. Denn bisher agierte der Europäische Gerichtshof tendenziell eher im Interesse von Frauen. Er untersagte z.B. Fragen nach bestehender Schwangerschaft bei Bewerbungsverfahren und setzte die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch für geringfügig Beschäftigte durch. Von all dem unbeeindruckt diagnostizierte das CDU-Mädel mit der Rüschenbluse, Bundesfrauenministerin Claudia Nolte, keinen Rückschlag, sondern begrüßte die durch das Urteil geschaffene "Rechtssicherheit." Voreilig fäustchenreibend echauffierte sich ihr NRW-Kumpane Helmut Linssen von der CDU-Landtagsfraktion: "Die Richter haben mit ihrem Beschluß indirekt auch dem Frauenförderungsgesetz von Ministerin Ridder-Melchers eine klare Absage erteilt." Er forderte großmäulig "die

unverzügliche Aussetzung dieses Gesetzes". Dafür wurde er ausdrücklich von der SPDlerin Helga Gießelmann während der Plenardebatte gerügt: "Sie, Herr Linssen, schüren damit Vorurteile und verschlechtern selber dieses Klima in unserem Lande. Denn wenn Sie sagen, daß nicht das Geschlecht bei der Besetzung einer Arbeitsstelle entscheiden dürfte, sondern einzig und allein die berufliche Qualifikation, dann suggerieren Sie immer noch, daß das Frauenförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen nicht an Qualifikation anknüpft." Doch Linssen ist mit seiner Abwehr keine Ausnahme, denn am 18.10.95 kippte der CDU-Parteitag in Karlsruhe den lange vorbereiteten Versuch der CDU-Führung, durch ein Frauen-Quorum den Stellenwert weiblicher Mitglieder und die Attraktivität der Partei für Frauen zu steigern.

Allianz der Herren der Macht und der öffentlichen Meinung

In den Medien drückte sich landesweit ebenfalls eine gewisse Häme und klammheimliche Freude über das EUGH-Urteil aus. Sie machten Stimmung gegen weibliche Konkurrenz. Und prompt stolperten am 20.12.95 die vier scheinbar leseschwachen männlichen Richter des Oberverwaltungsgerichtes in Münster im Aufwind des europäischen Machourteils über jegliche Logik hinaus. Sie erklärten mit Verweis auf das Quotenurteil des Europäischen Gerichtshofes auch die weiche NRW-Klausel als verfassungswidrig. Kommentar der grünen Landtagsabgeordneten Marianne Hürten: "Wenn die Münsteraner Männerfreunde das EUGH-Urteil genauer gelesen hätten, hätten sie feststellen müssen, daß dort die automatische Frauenförderung ohne Einzelfallgerechtigkeit kritisiert wurde - die es im FFG ja gar nicht gibt. Sie nahmen die erstbeste Entscheidung zum Anlaß, einmal mehr gegen Frauenförderung zu polemisieren." Noch pointierter dazu die Publizistin Mechthild Jansen: "Gefährlich hohle Männer offenbaren sich ... Sie geilen sich auf an angeblich ‚automatischer` Frauenbegünstigung, um nun endlich ‚Diskriminierung des Mannes` gerichtsnotorisch verhindert und der guten Frau den Weg à la carte gewiesen zu haben. Welch ein Sieg! Mann ist befriedigt, feixt und trinkt einen drauf ... Hier wurde Macht exekutiert. Und sonst nichts. Selten zuletzt war sie so kollektiv erfahrbar."

Neue Männer braucht das Land! Mit denen, die bei uns das Sagen haben, ist offenbar kein Blumentopf zu gewinnen.

Die Macht des Faktischen als Bremsklotz der Emanzipation

Die Absicherung althergebrachter patriarchaler Strukturen ist trotz aller Modernisierungsbekundungen im Geschlechterverhältnis und trotz Chancengleichheitsparolen locker bis weit ins 2. Jahrtausend gewährleistet. Durch die Beibehaltung der jetzigen Praxis werden nach der Berechnung von Benda Frauen und Männer erst im Jahre 2230 paritätisch in Führungspositionen vertreten sein. In Bonner Ministerien existieren gegenwärtig neben 2.050 Referatsleitern nur 125 Frauen. Von insgesamt 183 Staatssekretären sind nur 19 weiblichen Geschlechts. Auch auf Länderebene sieht es nicht besser aus. In NRW verfügen die Männer über eine stabile Zwei-Drittel-Mehrheit. Zur Zeit liegen etwa 40 Klagen von Männern gegen das NRW-Frauenförderungsgesetz vor. Auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wurde in den vergangenen fünf Jahren mehrfach von Männern des Öffentlichen Dienstes wegen Konkurrentenklagen angerufen, bisher mußte es jedoch nicht über die Verfassungsmäßigkeit des NRW-Gesetzes entscheiden, weil die Männer nach späteren Beförderungen ihre Klagen jeweils zurückzogen. Nachdem nun im Dezember Gelsenkirchener Verwaltungsrichter eine weitere Konkurrentenklage direkt ans EUGH verwiesen haben, wird die "Zitterpartie" um das NRW-Gesetz nach Auffassung von Frauenministerin Ridder-Melchers bald beendet sein. Daß es gegenwärtig so heiß her geht, begründet sie mit dem Erfolg der Quote: "Ich glaube, daß die Quote die Frauen nach vorn gebracht hat, und genau daraus erklärt sich auch ein Teil des Widerstands dagegen. Daß das Klima für Frauenförderung heute nach gerade günstig ist, hängt auch damit zusammen, daß sich der Kampf um Arbeitsplätze zunehmend härter gestaltet. In einer solchen Situation werden Frauen als Konkurrentinnen natürlich nicht gern gesehen."

Und nun?

Auf stellvertretendes Handeln durch Parlamente, Parteien und Gerichte dürfen Frauen nicht allein vertrauen. Gefragt sind weiterhin laute Proteste, autonomes Agieren, Einforderungen gegenüber Verwaltungen und Parteien, Einmischung in politische Diskurse. Um so notwendiger sind zugleich offensive Kandidaturen von Frauen für politische Ämter und Funktionen sowie Diskussionsveranstaltungen mit politisch Verantwortlichen und Funktionsträgern. Wir brauchen eine feministische Öffentlichkeitspolitik, die Männern nicht die

Definitionsmacht überläßt, sondern Gegenöffentlichkeit herstellt und kontinuierlich diskriminierende Machenschaften offenlegt.

Birgit Ebel ist Mitarbeiterin in der Zentralen Gleichstellungskommission und in der AG Feministische Öffentlichkeitspolitik an der Uni Bielefeld.

Quellen- und Literaturhinweise:

Silvia Kontos: Jenseits patriarchaler Alternativen: Grenzen der Gleichstellungspolitik, in: Elke Biester u.a. (Hg): Gleichstellungspolitik -Totem und Tabus. Eine feministische Revision, Frankfurt/Main; New York 1994, S. 37

Mechthild Jansen, in: taz, 18.10.95

Plenarprotokoll 12/12 vom 9.11.95 im Landtag Nordrhein-Westfalen, S. 687

Neue Westfälische, 18.10.95

Plenarprotokoll, S. 684

Pressemitteilung von Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag, 21.12.95

taz, 20.10.95

Wochenpost, 26.10.05, S.4

Frankfurter Rundschau, 21.12.95

Frankfurter Rundschau, 29.12.95

taz, 4.1.95

32. Das Ende der postkommunistischen Tristesse. Die Internationalen Grenzland-Filmtage in Selb

Autor: Angela Martin · Rubrik: Kultur; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:17

Einmal im Jahr, am Wochenende nach Ostern, wird es interessant in Selb, der verschlafenen Porzellanstadt nahe der tschechischen Grenze. Dann treffen sich dort Filmemacher aus Ost und West zu den internationalen "Grenzland-Filmtagen", auf dem dieses Jahr rund 60 Filme aus 16 europäischen Ländern zu sehen waren. Es lohnt, das kleine Festival zu besuchen, das Kinofreunden auch nach der "Berlinale" einiges zu bieten hat. Denn in Selb kann man Filme jenseits vom kommerziellen Mainstream sehen, vor allem Filme aus Osteuropa, denen stets ein Schwerpunkt des Festivals gewidmet ist.

Die Probleme der dortigen Filmproduzenten sind noch immer sehr groß. "Früher hatten wir eine Partei und haben jährlich etwa 10 Filme gemacht, jetzt haben wir ungefähr 10 Parteien, können aber nur noch einen Film im Jahr produzieren. Das Geld hat die politische Zensur ersetzt", sagte der albanische Regisseur Saimir Kumbaro, der in Selb eine Abrechnung mit der Diktatur Enver Hodschas (Der Tod des Pferdes, 1992) zeigte. "Wir wollen wie Italien, Deutschland und die USA werden, doch dabei geht der nationale Charakter unserer Filmkultur verloren."

Tatsächlich waren nach dem Niedergang des "real existierenden Sozialismus" die osteuropäischen und Balkanländer auf den "Grenzland-Filmtagen" mit etlichen Filmen vertreten, die sich von Hollywood-Produktionen nur wenig unterschieden; vor allem aber wurden dort in den letzten Jahren Arbeiten gezeigt, die sich in überladenem Symbolismus oder nachholenden Formexperimenten verloren. Doch langsam scheint man die postkommunistische Tristesse zu überwinden und sich wieder auf jene Bildersprache zu besinnen, die viele realistische Filme der sozialistischen Länder so sehenswert machte. Dieses Jahr gab es in Selb Humor statt Selbstmitleid und Erzählkino mit unverwechselbarer nationaler Färbung statt Formenfirlefanz.

In einer liebevollen Satire hat Alexandr Rogozhkin den oft allzu reichlichen Alkoholkonsum seiner russischen Landsleute aufs Korn genommen. Besonderheiten der russischen Jagd (Rußland, 1995) schildert in opulenten Bildern einen Jagdausflug, bei dem Wodka viel wichtiger ist als Wild oder Waffen. Ob General, Polizist oder Bauer: Vor dem Wodka sind die Jagdgenossen alle gleich - auch gleichermaßen korrupt. Nebenher zeigt Rogozhkin aber auch, daß es diese Gleichheit vor der Revolution nicht gab, obwohl sich die jagdlustigen Adeligen ebenfalls gern mit hochprozentigen Getränken erwärmten.

Rogozhkins Film trieb den Zuschauern Lachtränen in die Augen. Der Humor des Slowaken Martin ulík ist subtiler und immer mit einer Portion Melancholie durchsetzt. Seine Filme Alles was ich mag (1992) und Der Garten (1995) beziehen sich in bester Weise auf die Traditionen des tschechoslowakischen Films und seine ironisch gefärbte Poesie. Es sind wehmütige, aber unsentimentale Geschichten über die Liebe und ihre Schwierigkeiten. In Alles was ich mag kann sich Tomás, der alles andere als ein Held ist, nicht entscheiden, seiner englischen Geliebten ins Ausland zu folgen. Dabei ist er arbeitslos, geschieden und ein schlechter Vater. Trotzdem hängt er an allem: an seiner Ex-Frau, die ihm die Wohnung leer raubt und sie dann wieder einräumt (beides, um Tomás zurückzugewinnen); an seinem Sohn, der alles falsch macht, aber die Melodien spielen kann, die Tomás im Kopf hat; an der slowakischen Landschaft, die ulík so fotografiert, daß man am liebsten sofort dorthin fahren möchte. Seine Filme sind immer auch Liebeserklärungen an die Slowakei und ihre Leute.

Die deutschen Filme, die dieses Jahr in Selb gezeigt wurden, waren weniger freundlich. Für Roland Klick, dem in diesem Jahr die Werkschau der "Grenzland-Filmtage" gewidmet war, ist die deutsche Gesellschaft eine Hölle, in der selbst die Kinder grausam und gefühllos sind. Klick, der in den 60er Jahren zu drehen begann, will handlungsbetontes, politisches Kino für ein breites Publikum machen. Mit Supermarkt (1973) ist ihm das gelungen. Dieser spannende, dokumentarisch fotografierte Spielfilm schildert, wie ein junger "Arbeitsscheuer" an der Unerbittlichkeit der Ware-Geld-Beziehung scheitert, die letztlich alle zwischenmenschlichen Verhältnisse bestimmt. Andere Filme von Roland Klick leiden oft an dem reduktionistischen Stil, der in dem Western Deadlock (1970) auf die Spitze getrieben ist. Die ohnehin gewalttätigen Beziehungen der fünf Figuren

in diesem "Kammerspiel" um einen Koffer voller Geld gipfeln in einer sinnlosen Orgie von Sadismus und Brutalität, der jegliche politische Aussage und Konkretion fehlt und die daher bloß abstumpfend wirkt.

Auch Elfi Mikeschs Blick auf Deutschland trifft eher Schattenseiten des Landes und Gewaltverhältnisse. Ihre Tetralogie Gefährliche Orte (1993-1995) zeigt ehemals militärisch genutzte Gegenden in der Umgebung von Berlin. Als Kamerafrau versteht Mikesch es, die Stimmung an der alten deutsch-deutschen Grenze und in den verfallenden Militäranlagen der Roten Armee zu vermitteln. Überall, nicht nur im vergifteten Boden, scheint hier Gefahr zu lauern. Leider erzählen Mikeschs Vier Geschichten vom Krieg (so der Untertitel der Tetralogie) keine Geschichten, sondern beschwören in perfekten, aber dennoch ermüdenden Bildern von Betonruinen die scheinbar unausweichliche, ewige Drohung des Krieges.

Die Veranstalter der "Grenzland-Filmtage" haben recht, wenn sie am liebsten realistisches Erzählkino zeigen. Das vermittelt weit mehr von der Welt und ihren Problemen als der Experimentalfilm aus Ost wie West. Und es ist am vergnüglichsten anzuschauen.

Die "Grenzland-Filmtage" kann auch besuchen, wer wenig Geld in der Tasche hat. Eine Zehner-Karte für das Festival kostet 50 DM. Das Filmtage-Team besorgt billige Zimmer im Arbeiter-Wohlfahrt-Heim Selb oder in einem tschechischen Grenzort. Auch bei der An- und Abfahrt ist man behilflich und organisiert Mitfahrgelegenheiten. Und wenn man mit den Filmemachern ins Gespräch kommen will, geht das auch ohne Visitenkarte in der Festivalkneipe. Also nix wie hin nächstes Jahr am Wochenende nach Ostern.

Angela Martin

Grenzland-Filmtage e.V.

Postfach 307, 95622 Wunsiedel

Tel.: 09232-4770, Fax: 09232-4710

33. Edgars Höhepunkt. Über die "message" eines Bildes

Autor: Michael Zander · Rubrik: Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:29

Auf einer Werbepostkarte der "Aktion Sorgenkind" ist ein Paar beim Sex abgebildet. Rechts neben dem Paar steht folgender (Werbe-) Satz: "Ihre Spende ist für Edgar der Höhepunkt."

Das Bild macht stutzig. Je länger man darüber nachdenkt, desto mehr wird seine Vieldeutigkeit bewußt. Zunächst muß man anerkennen, daß hier etwas gezeigt wird, das in den Medien (immer noch) tabu ist: die Sexualität der Behinderten (hier die Sexualität eines behinderten Mannes). Ungewöhnlich an der Aufmachung des Spendenaufrufes ist, daß der Behinderte dieses Bildes nicht hilflos ist und kein Mitleid erwecken soll. Nicht der körperliche Defekt, sondern ein quasi "gesunder Anteil" wird betont. Der Behinderte wird in einer Situation gezeigt, in der er der Betrachtenden nicht unmittelbar bedarf, in der sie ihm womöglich sogar lästig sind.

Aber das Bild steht nicht für sich allein. Es drängt sich die Frage auf, in welcher Beziehung es zum Text steht. Es gibt zwei Möglichkeiten, wie diese Beziehung gedeutet werden kann. Entweder das Bild symbolisiert den Satz oder der Text ist in Bezug auf das Bild ganz wörtlich zu nehmen.

Im ersten Fall hieße das, Edgar ist außer sich vor Freude über die Geldspende der Betrachtenden. Diese Freude ist für ihn (wie) ein Höhepunkt. Der Vergleich mit dem sexuellen Höhepunkt wäre einfach ein Wortspiel. Auf das Geld, mit dem Behinderten ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden soll, hätte man hier kein selbstverständliches Recht. Es wäre vielmehr ein großzügiges Geschenk, für das man dankbar sein und über das man sich besonders freuen muß.

Bezogen auf die Finanzen ist der Höhepunkt für Edgar die Geldspende der Betrachtenden. Bezogen auf den Sex ist es die "Spende" der Frau (d.h. das Liebesverhältnis ist nicht ausgeglichen; sie spendiert ihm etwas). Daß die Frau unter Zurückstellung ihrer eigenen (sexuellen) Interessen und Bedürfnisse - hier etwas "spendiert" wird wie selbstverständlich unterstellt.

So etwa ist die Postkarte vermutlich von den Designern gemeint. Das ist die "message", die "transportiert" werden soll. Es handelt sich sich um ein Wortspiel, und das Bild zeigt eine Metapher für den Text.

Aber man kann der Abbildung noch eine zweite Bedeutung entnehmen, die die Designer durchaus in Kauf genommen haben. Versteht man nämlich den Text bezogen auf das Bild ganz wörtlich, so heißt das, daß die Geldspende der Betrachtenden Edgar den sexuellen Höhepunkt ermöglicht. Es gibt eine direkte und eine indirekte Variante, wie Edgars Orgasmus finanziert worden sein könnte. Die direkte Variante liegt sofort auf der Hand. Von den Spendengeldern der "Aktion Sorgenkind" ist eine Prostituierte bezahlt worden.

Bevor ich das jedoch weiter ausführe, will ich zunächst auf die indirekte Variante eingehen. Hier ermöglicht Edgar das Geld den Aufbau einer Liebesbeziehung. Im herrschenden Kapitalismus braucht man bekanntlich für jede Kleinigkeit Geld, z.B. für (gut aussehende) Kleidung und für Körperpflege, für Kino, Discos, Parties, Restaurants etc. - übrigens auch für Taxi-Fahrten, wenn man spontan fahren will und weder Auto noch öffentliche Verkehrsmittel benutzen kann. Wem das Geld zu alledem fehlt, der oder die gerät schnell in die Isolation, ins soziale Abseits, wie es so schön heißt. Überhaupt macht Armut nicht eben sexuell attraktiv. Der betriebene Sozialabbau zerstört auch die intimsten Lebensbereiche.

Allerdings traue ich den Designern von "Aktion Sorgenkind" nicht zu, daß sie eine solche politische Perspektive in ihr Werk eingehen lassen, nicht einmal unabsichtlich. Also will ich noch einmal auf die Deutung zurückkommen, nach der die Frau auf dem Bild eine Prostituierte darstellt. Wenn die Geldspende (und nichts anderes) für Edgar der Höhepunkt ist, dann ist er zur Befriedigung seiner sexuellen Bedürfnisse auf eine Prostituierte angewiesen.

Man errät schnell, woher diese Angewiesenheit kommt und warum Edgar nicht in einer geschlechtlichen Liebesbeziehung steht. Eine wesentliche Ursache ist die Behinderung, die das Bild aber nicht zeigt. Man kann nicht wissen, ob der Darsteller des Edgar tatsächlich behindert ist, oder ob es sich um einen Nichtbehinderten handelt, der in einem Rollstuhl sitzt und dabei seine Hände (in stereotyper Geste?) an die Räder legt, anstatt die Frau anzufassen.

Indem das Bild nahelegt, die Frau sei von Beruf Hure, zeigt es eine gesellschaftliche Wahrheit, nämlich die, daß man besonders als Behinderte/r mangels anderer Möglichkeiten (zumindest zeitweise) auf Prostitution angewiesen sein kann. Aber es ist nicht die Behinderung selbst, die den Betroffenen eine "normale" Liebesbeziehung versagt. Ein bestimmter gesellschaftlicher Kontext, in dem wir und unsere Vorstellungen von Liebe stehen, gehört dazu. Darauf will ich hier aber nicht ausführlicher eingehen.

Sehen wir weiter, was die Designer mit ihrer Postkarte (vermutlich) unabsichtlich zum Ausdruck gebracht haben. Der Behinderte kauft sich von den Spendengeldern die Dienstleistung einer Prostituierten. Dies ist wie gesagt ein Stück Realität. Gleichzeitig aber ist es auch eine Unterstellung, eine Stigmatisierung, nach der zur Behinderung quasi automatisch die Angewiesenheit auf Prostitution gehört. Diese Vorstellung kann eine Schutzfunktion haben. Denn dadurch tritt das sexuelle Begehren der Behinderten nicht an uns - Nichtbehinderte wie Behinderte - heran. Es verlangt von uns keine Stellungnahme, sondern wird von den (männlichen oder weiblichen) Prostituierten buchstäblich kanalisiert. Auf diese Weise verbinden sich hier Stigma und Ausgrenzung.(1)

Die beiden auf dem Bild sind gewiß keine Kinder mehr. Sie sind Werbe-Darsteller für die "Aktion Sorgenkind". Der Behinderte bleibt also immer ein Kind und wird als solches behandelt. Das Wort "Sorgenkind" läßt offen, was genau gemeint ist. Entweder geht es darum, daß man für ein Kind, wie für andere Menschen auch, Sorge trägt oder - und das halte ich für wahrscheinlicher - es geht um eine dem Kind zugeschriebene Eigenschaft. Das Kind macht Sorgen. Die Sorgenkinder, das sind die mit Lernschwierigkeiten, die Bettnässer, Einzelgänger, Kleptomanen, Raufbolde und - die Behinderten (zu den verschiedenen Bedeutungen von "Sorge" siehe auch Christoph und Mürner 1990). Zum Abschluß sei daran erinnert, daß es sich bei der "Aktion Sorgenkind" um eine Lotterie handelt. Wenn man für Edgar, das Sorgenkind, und sonstige (unbekannte) Nutznießer Geld spendet, dann, so wird auf der Innenseite der Postkarte versprochen, kann man selbst einen "Höhepunkt erleben" und Millionär werden.

Die Postkarte erschien bereits vor einem Jahr und wurde mit einer Auflage von 15.000 bundesweit in Kneipen ausgelegt. Sie entstand im Rahmen einer Werbekampagne, die bewußt provozieren und mit Mehrdeutigkeiten spielen sollte, erklärte mir eine Mitarbeiterin der "Aktion Sorgenkind". Allerdings distanziere sich die Organisation mittlerweile von der Postkarte. Der Text sei nicht gründlich genug überprüft worden, hieß es. Man habe nicht beabsichtigt, die Sexualität von Behinderten in einem unmittelbaren Zusammenhang mit einem Spendenaufruf zu stellen.

Trotz dieser nachträglichen Distanzierung sind die Aussagen der Postkarte m.E. ernst zu nehmen (auch die Aussagen, welche die Designer vielleicht nicht absichtlich eingebracht haben). Gängige Auffassungen verraten sich, gerade weil sie beim Gestalten oder Betrachten der Postkarte oft nicht als störend auffallen. Daß diese Auffassungen ans Licht treten, halte ich für sehr wichtig. Würde man solche Bilder ächten und sie durch eine höfliche "political correctness" ersetzen, die sich gegen jede Anstößigkeit versichert, so würde man die Spuren nur verwischen. Nicht die Bilder selbst sind in erster Linie die Repression, sondern die gesellschaftlichen Strukturen, die den Menschen - uns allen - solche "unbewußten" Auffassungen z.B. über die Sexualität Behinderter nahelegen. Solange eine radikale Veränderung dieser Strukturen praktisch-politisch nicht möglich ist, bleibt als wirksamste Waffe gegen die Repression ein Kenntlichmachen ihrer Denkweisen, denen wir alle mehr oder weniger aufsitzen. Kurz: es bleibt die Waffe der Ideologie-Kritik.

Michael Zander

Anmerkung:

1) Ich will ein mögliches Mißverständnis vermeiden: Prinzipiell habe ich nichts dagegen einzuwenden, daß Nichtbehinderte und Behinderte zu Prostituierten gehen. Wie jede andere Kunst auch, kann man die Techniken der körperlichen Liebe gegen Geld weitergeben (vgl. etwa Gehrcke 1990). Statt also die Prostitution schmutzig zu nennen, sollte man sich lieber empören über die üblen Begleiterscheinungen, die in den bestehenden Verhältnissen oft mit dem Beruf verbunden sind: Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Doppelmoral.

Literaturhinweise:

Claudia Gehrcke (1990): Anregungen zu einer Politik erotischer Kultur von Frauen. In: Eva Dane und Renate Schmidt, Hg., Frauen, Männer, Pornographie. Frankfurt a.M.

Franz Christoph und Christian Mürner (1990): Über die Sorgen der Normalität (Von der "Aktion Sorgenkind" bis zur "Entsorgung"). In: Dies., Der Gesundheits-Fetisch. Über Inhumanes in der Ökologiebewegung. Heidelberg.

34. Der Philosoph und sein Verleumder. Betr.: "Wolfgang Harich - Streiter für ein besseres Deutschland", ak 389

Betr.: "Wolfgang Harich -Streiter für ein besseres Deutschland" (ak 389, S. 28)

Autor: gg. und Js., ak-Red. · Rubrik: Diskussion; Philosophie; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:18

besseres Deutschland" (ak 389, S. 28)

Angela Martin informiert uns in ihrem Artikel über das Kolloquium zu Ehren des vor einem Jahr verstorbenen Philosophen Wolfgang Harich. Daß sie Harich für einen großen Geist und "Streiter für ein besseres Deutschland" hält und diese Wertung in ihren Tagungsbericht einfließen läßt, ist ihr gutes Recht. In ihrer Wertschätzung für den Philosophen hat die Autorin aber an einigen Stellen über das Ziel hinausgeschossen. Mehrmals stellt sie dem ebenso klugen wie guten Menschen Harich den Schurken und Verleumder gegenüber: Walter Janka nämlich, der Harich auch noch die letzten Lebensjahre zur Qual gemacht habe. Zitat: "Janka störte das Verhältnis von Lukács und Harich, noch während dieser im Gefängnis saß. Später sorgte er durch seine Verleumdungen dafür, daß Wolfgang Harich politisch und wissenschaftlich isoliert blieb und die Kraft seiner letzten Lebensjahre für die Verteidigung gegen Janka einsetzen mußte." Weiter unten: "Aber er (Harich) blieb isoliert, nicht zuletzt wegen der Verleumdungen seines ehemaligen Kampfgefährten Janka."

Aufgrund welcher Fakten die Autorin in dem Streit zwischen Harich und Janka so eindeutig Partei ergreift, erfahren die ak-LeserInnen leider nicht. Zitiert wird Gerhard Zwerenz' Sympathieerklärung für beide; die übrigen Versammelten müssen sich Opportunismus ("wenig Lust zum Disput") vorwerfen lassen, weil sie den Konflikt nicht thematisieren mochten.

Im letzten Abschnitt geht der Autorin, fixiert auf ihr Feindbild Walter Janka, einiges durcheinander. Dort schreibt sie über Harichs Rehabilitierung durch das Politbüro der SED im November 1989. Die Nicht-Veröffentlichung dieses Beschlusses erklärt sie so: "Offenbar paßte die Rehabilitierung Harichs nicht in das Konzept von Leuten wie Walter Janka und Markus Wolf, die mit Blick auf hohe Staats- und Parteiposten für eine reformierte DDR eintraten." Hierzu ist erstens anzumerken, daß weder Janka noch Wolf dem Politbüro der SED angehörten; für die Geheimhaltung des Rehabilitierungsbeschlusses müssen also andere verantwortlich gemacht werden.

Zweitens, und das ist ein sehr viel gravierenderer Einwand: Angela Martin erklärt das Eintreten für eine "reformierte DDR" mit dem Karrierestreben ehemaliger SED-Größen, die sich schon als Staatspräsident (Janka) oder SED-Chef (Wolf) sahen. Selbst unterstellt, dies wären die Ambitionen von Janka und Wolf gewesen - für das Fortbestehen einer "reformierten DDR" gab es 1989/90 ernsthafte - u.E. nach wie vor richtige - politische Argumente. Auch Linke in Ost und West traten dafür ein, darunter die Redaktion der leider nicht besonders einflußreichen Zeitschrift ak, die eine Sondernummer mit dem Titel "DDR muß bleiben" herausbrachte. "Träume von einer gewandelten DDR" waren das, belehrt uns Angela Martin. Harichs gesamtdeutsche Vision, die die Autorin offenbar teilt, hat sich als mindestens ebenso realitätsfern herausgestellt: In seiner Plattform von Dezember 1989 "forderte er eine Föderation der beiden Teilstaaten; erst zu einem späteren Zeitpunkt sollten sie zu einem neutralen, blockfreien Deutschland vereinigt werden, wobei die sozialen Errungenschaften der DDR erhalten bleiben sollten."

Daß von diesem Programm heute nur die staatliche Einheit (ohne Neutralität und "soziale Errungenschaften") verwirklicht ist, kann nicht Harich angelastet werden. Vorzuwerfen ist ihm aber, daß er sich - wenn auch mit besten Absichten - 1989 in den Chor derer mischte, die plötzlich entdeckten, sie seien "ein Volk". Das war nicht einfach ein taktischer Fehler, sondern logische Konsequenz aus seinem "gesamtdeutschen" Denken. Wie es scheint, hat Harichs Fangemeinde wenig Neigung, sich mit diesem Teil seines Denkens kritisch auseinanderzusetzen.

gg. und Js. (ak-Redaktion)

P.S. Zum Konflikt zwischen Harich und Janka siehe auch ak 312 (13.11.1989): "Die Vergangenheit hat auch die DDR eingeholt. Der Fall Walter Janka." Walter Jankas Sichtweise des Konflikts wird deutlich in seinem Essay "Schwierigkeiten mit der Wahrheit", erschienen bei Rowohlt (Reinbek) im Oktober 1989.

35. Frühjahrsputz im Wendland. Die Anti-AKW Bewegung leistet Widerstand

Autor: Peter Nowak · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:19

Mit ca. 2.500 Menschen begann am 6. April der Auftakt der diesjährigen Widerstandsaktionen gegen das atomare Endlager Gorleben. Anti-AKW-Initiativen hatten zur "Aktion Frühjahrsputz" nach Dannenberg mobilisiert. Auf der Auftaktkundgebung machte der Sprecher der örtlichen BI, Wolfgang Ehmke, deutlich, daß mit dem für den 6./7. Mai erwarteten zweiten Castortransport aus der Wiederaufarbeitungsanlage von La Hague die entscheidende Phase des regionalen Widerstands anbricht. Im letzten Jahr wurde der erste Castorbehälter unter massivem Polizeieinsatz in Gorleben eingelagert.

Allerdings waren manche TeilnehmerInnen über das Konzept der "Aktion Frühjahrsputz" verwirrt. Denn anders als noch bei der Malefiz-Aktion im letzten Herbst, war diesmal nicht das atomare Zwischen- und Endlager, sondern die Innenstadt von Dannenberg das Aktionsfeld. Auf einem Markt der Möglichkeiten waren Infostände mit Anarcholiteratur ebenso vertreten wie ein Streichelzoo mit Tieren aus der regionalen Landwirtschaft oder eine Initiative, die Ostereier mit Anti-AKW-Symbolen bemalte.

Als die ersten DemonstrantInnen den Heimweg antreten wollten, kam die Meldung, daß eine Traktorenblockade am Ortsausgang der B 291 von der Polizei aufgelöst werden solle. Nachdem eine sichtlich konfuse Polizeieinsatzleitung das dritte Mal den Räumungsbefehl gab, wurde die Blockade von den InitiatorInnen, der Bäuerlichen Notgemeinschaft, für beendet erklärt. Schon am folgenden Sonntag, dem 14.4., gingen unter dem Motto "Ausrangiert" die Proteste in Gorleben weiter. Eine bundesweite Initiative rief zur Demontage des Schienenendes vor dem Castor-Verladebahnhof in Dannenberg auf. Allerdings wurde im Aufruf für die in der Tradition des zivilen Ungehorsams stehende Aktion folgende heimattümelnde Begründung gegeben: "Um weitere hochradioaktive Atommülltransporte nach Gorleben zu verhindern, um Leib, Seele und Land zu schützen ..." Über 2.000 Menschen versammelten sich am Sonntagvormittag vor dem Bahnhof. Obwohl die Polizei angekündigt hatte, das Betreten der Schienen zu verhindern, gelang dies rund 200 Personen, die dann damit begannen, die Schienen auf vielfältige Art zu demontieren. Die Polizei griff daraufhin die auf den Schienen sitzenden Menschen mit Hundestaffeln und Wasserwerfern an. Sechs Personen wurden durch Schlagstockeinsatz oder Hundebisse verletzt. 25 Personen wurden festgenommen.

Sprecher der Anti-AKW-Initiativen aus der Region werteten die Aktion als großen Erfolg und verurteilten den Polizeieinsatz. Allerdings waren manche TeilnehmerInnen unzufrieden über den konkreten Ablauf, weil sie letztlich durch das Konzept der gewaltfreien Aktion zur Untätigkeit gegenüber der Polizei verurteilt wurden. Am 20. April machten einige Hundert Menschen am sogenannten Tag B auf die Gefährdung der atomaren Transporte durch die baufälligen Brücken der Region aufmerksam. So ist die Bahnstrecke Uelzen - Dannenberg seit Jahren für den Zugverkehr gesperrt. Lediglich die Castorbehälter rollen über diese Strecke.

Dieser Tag B war gleichzeitig die Probe für den Ernstfall, wenn der zweite Castorbehälter in Gorleben eingelagert werden soll. Die Stromkonzerne RWE und Bayernwerk planen sogar schon den dritten Castortransport, diesmal aus Gundremmingen. Nach Informationen der taz hat Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski zwei Transporte in unmittelbarer zeitlicher Abfolge wegen des Widerstands und der damit verbundenen hohen Kosten durch die Polizeieinsätze für nicht durchführbar erklärt.

Die Anti-AKW-Proteste werden fortgesetzt. Nachdem der Castor-Behälter im französischen La Haque beladen wurde, versammelten sich ca. 800 Menschen aus der Region auf kurzfristig organisierten Demonstrationen. Mit Feuerstellen auf den Schienen soll der Transport verhindert werden. Auch die Sabotageaktionen in der Region stiegen in den letzten Wochen sprunghaft an. Die Anti-AKW-Initiativen des Wendlandes bleiben auch jetzt bei ihrem bewährten Konzept der verschiedenen Widerstandsformen, ohne sich spalten zu lassen. Nur so bestehen Chancen, ihr erklärtes Ziel zu verwirklichen, den Castor zu stoppen, bevor er rollt.

Peter Nowak

36. Bad Kleinen: Anklage wegen Mordes verworfen

Autor: ga. · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:35

Während seit eineinhalb Jahren der Prozeß gegen Birgit Hogefeld vor dem Oberlandesgericht (OLG) in Frankfurt läuft, wird gegen die GSG-9-Beamten, die an dem Einsatz in Bad Kleinen beteiligt waren, keine Anklage erhoben. Nach dem Schußwechsel auf dem Bahnhof lag Wolfgang Grams tot auf den Gleisen.

Bei einer der umstrittensten Aktionen der Sondereinheitstruppe GSG 9 am 27. Juni 1993 in Bad Kleinen waren bei einem Schußwechsel der als RAF-Mitglied gesuchte Wolfgang Grams und ein Polizeibeamter getötet worden. Während unmittelbar nach der Aktion verbreitet wurde, daß der Polizeibeamte nur von Wolfgang Grams erschossen worden sein konnte, fand sich niemand, der für den tödlichen - wie später in verschiedenen Gutachten festgestellt wurde, aufgesetzten - Schuß auf Wolfgang Grams verantwortlich war. Zeugen, die auf dem Bahnhof anwesend waren, hatten ausgesagt, daß unmittelbar, nachdem Grams angeschossen auf die Gleise stürzte, GSG-9-Beamte hinterher sprangen und sich auf den Gestürzten warfen. Der Rechtsmediziner Professor Wolfgang Bonte stellte in seinem Gutachten fest, daß es an der rechten Hand von Grams Hautabschürfungen gab, die darauf schließen lassen, daß ihm die Waffe gewaltsam aus der Hand gewunden worden sein muß. Trotzdem wird bis heute die These aufrecht erhalten, daß Grams sich - schon angeschossen - während er rückwärts auf die Gleise stürzte, den tödlichen aufgesetzten Schuß selbst beibrachte. Und das obwohl mehrere vorliegende Gutachten diese Version in Frage stellen und keiner der 142 befragten Zeugen den Suizid auf den Gleisen gesehen hat und bestätigen kann.

Mit der Entscheidung des OLG Rostock vom 29. März 1996 wurde der Antrag der Eltern von Wolfgang Grams, wegen Mordes Anklage gegen GSG-9-Beamte zu erheben, vom Richtertisch gefegt. Nach dem Motto, - was nicht sein darf, das nicht sein kann - werden deutsche Sondereinheitspolizisten weißgewaschen.

Die Anwälte sind jetzt von den Eltern von Wolfgang Grams damit beauftragt worden, die Voraussetzungen einer Verfassungsbeschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof zu prüfen.

ga.

37. Weltmeister des Gastrechtes - Gastrecht vom Weltmeister

Autor: Jan Keetman · Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak390/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:22

Während meiner Reise in die Türkei konnte ich feststellen wie vorzüglich unser Alliierter in den östlichen Provinzen für Ruhe und Ordnung sorgt. Kaum zurückgekehrt, erfuhr ich aus den Medien, daß die Kurden mal wieder das "deutsche Gastrecht" (1) verletzt haben. Die Fremden gingen, laut Spiegel, mit "archaischer Brutalität" (2) gegen deutsche Polizeibeamte vor und ihr Anführer benahm sich nach Meinung der taz wie ein Tier: "Doch bei aller Aufgeregtheit bleibt die Frage, ob der jüngste Auftritt des PKK-Chefs nicht eher dem Drohgehabe eines bedrängten Köters gleicht, der mit Gekläff gehörig Furcht erweckt, damit er um so kräftiger belohnt wird, wenn er dann Pfötchen gibt." (3)

Bisher war ich immer der Meinung gewesen, daß das Wort "Gast" im Deutschen eine Verkürzung von "Gastarbeiter" (4) sei und daß "Gastrecht" amtlich korrekt "Ausländergesetzgebung" heißen müsse und alles andere als eine Sammlung von Rechten sei. Es mag aber auch sein, daß die Dinge aus der Nähe betrachtet - von allerlei dornigen Hecken verstellt - uns anders anmuten, als mit räumlicher Distanz. Deshalb möchte ich hier den Brief eines Freundes aus Polynesien zitieren, der vor kurzem Europa besuchte und zu für mich ganz überraschenden Einsichten kam:

"Lieber Jan, vielen Dank für Deinen Brief! Ohne jede Höflichkeit soll ich Dir meinen Eindruck von Europa schildern, schreibst Du. Das klingt so als habest Du ein schlechtes Gewissen. Dabei hat mir Euer Europa so überwältigend gut gefallen, wie ich es, ehrlich gestanden, gar nicht erwartet hätte! Zwar wird die Gastfreundschaft bei allen Stämmen hoch geschätzt, aber nirgends habe ich sie so erlebt wie in Europa! Gleich nachdem ich das Flugzeug verlassen hatte und noch ehe ich an das Ende jenes kolossalen Schlauches gekommen war, durch welchen die Reisenden vom Flugzeug in das Empfangsgebäude gelangen, kamen mir mehrere Menschen in Staatskleidern entgegen, darunter auch eine Empfangsdame und fragten mich nach meinen Wünschen in Deutschland und ob ich vielleicht ein armer Flüchtling wäre. Die Tränen standen mir in den Augen, ob solcher Anteilnahme für einen Fremden. Obwohl mir nicht nach unserer Sitte an der Schwelle Brot und Salz geboten wurde, so war ich doch überglücklich und segnete gleich den Boden auf welchem ich stand.

Dieser hieß ‚Frankfurt` und wie ich durch umständliches Fragen herausbekam, heißt dieser Name so viel wie ‚freier Übergang`, denn ‚frank` ist ein altes Wort für ‚frei' und ‚furt` kommt nicht von ‚fort`, sondern bedeutet den Übergang über einen Fluß.

Von dem herzlichen Empfang war ich denn so überrascht, daß ich selbst meine sorgsam überlegten Vorsichtsmaßnahmen fast vergessen hätte, nämlich meinen Koffer immer ganz fest umklammert zu halten. Die Europäer gelten nämlich bei uns - Du verzeihst - als große Räuber. Noch vor kurzer Zeit, als ihre Macht noch größer war, kamen sie mit großen Schiffen aus Stahl, in welche Pistolenrohre, so groß wie Baumstämme, eingelassen waren, über die Meere, sagten zu allen Stämmen ‚Hands up!` und leerten deren Truhen und Taschen. Den Reichtum ganzer Kontinente haben sie fortgetragen und selbst die Bilder der alten Götter geraubt, vermutlich weil es davon in Europa nicht genug gibt und die Religion der Europäer so finster ist.

Die Menschen in Europa erzählten mir, sie hätten nur einen Gott, obwohl ihre Tempel vollstehen mit Bildern, zu welchen sie beten. Dieser Gott sind eigentlich drei. Der erste davon heißt ‚Vater`, wie er zu dem zweiten, dem Sohn, gekommen ist, haben mir ihre gelehrten Männer lange erklärt, ich habe aber davon kein Wort verstanden. Dann gibt es noch das ‚heilige Gespenst`, das war mir schon einsichtiger, denn daß ein alter Mann mit Bart noch eine Welt erschaffen hat, die selbst, zumindest außerhalb Europas, keinen Bart hat und wie er ohne Göttin zu einem Sohn gekommen sein soll, dies ist mir alles nur als ein Fehler bei der Überlieferung erklärbar, aber an Gespenster glauben auch die alten Leute bei uns auch.

Als ich ihre Tempel näher untersuchte und insbesondere nach dem heiligen Gespenst Ausschau hielt, stellte ich fest, daß die Leute meistens zu Symbolen beten. Ein solches besteht aus zwei gekreuzten Balken, von denen man sagt, daß man früher Menschen daran genagelt habe. Andere Folterinstrumente wie Galgen, Guillotine, Streckbank, Daumenschrauben, Halswürge und spanische Stiefel haben die Europäer zwar

ebenfalls in großer Zahl hervorgebracht, man bewundert sie aber nur noch im Museum, während man sich für die Tempel anscheinend auf die Sache mit den Nagelbalken geeinigt hat.

Wie so vieles war mir auch diese Anbetung der Folter absonderlich. Wir sollten aber in anderen Kulturen vor allem das Gute sehen und so war ich bemüht meinen Ekel und die aufsteigende Übelkeit beim Betrachten dieses Folterinstrumentes hinunterzuschlucken. Es gelang mir nicht und ich stürmte mit schnellen Schritten aus der dunklen Halle und übergab mich auf den Stufen davor.

Eine keusche Priesterin, die nach persischer Mode in einen schwarzen Schador gehüllt war, der nur ihr Gesicht freiließ, nahm sich meiner an. Sie erzählte mir später noch viel mehr von ihrer Religion, vielleicht auch Dinge, die man dem gemeinen Volk nicht so leicht erzählt. Z.B. gibt es bei ihnen Reste eines alten Kannibalismus, von dem im Reiseführer aber nichts vermerkt war. Sie essen nicht nur Menschen, sondern in einem geheimen Ritus auch ihren Gott. Den jungen übrigens, den Sohn, der mir ohnehin am überflüssigsten schien.

Ich möchte nicht überheblich sein. Auch in unserer Religion gibt es seltsame Dinge und auch die Europäer können nichts dafür, daß ihre Vorfahren einen so düsteren und unlogischen Kult hinterlassen haben. Angesichts dieser Erziehung zum Aberglauben, sollte man auch die übrigen Bräuche mit Nachsicht betrachten, zu Vernunft und Menschlichkeit werden sie durch ihre Religion nicht geführt und dahin zu gelangen kostet sie Überwindung.

Ich traf auch noch auf andere Bräuche und vor allem die sozialen Gliederungen Europas waren für mich sehr interessant. Die Stämme der Europäer sind sehr groß, ähneln davon abgesehen aber in vielem unseren Stämmen. Einige von ihnen legen größeren Wert auf ihre verwandtschaftliche Zugehörigkeit zu einem der Stämme. Der Stamm selbst heißt in ihrer alten Sprache, dem Latein, ‚Nation`, was in etwa ‚Geburt` bedeutet. Demnach tritt ein jeder durch Geburt in seinen Stamm ein und erbt etwas von dessen gemeinschaftlichen Besitz und seinen Vorrechten. Systematisch betrachtet haben wir es also mit einer Feudalgesellschaft auf der Ebene der Stämme zu tun. Von den Stämmen meint man, sie seien schon immer dagewesen. Dies, obwohl dem alles, was die Eingeborenen selbst in früheren Zeiten aufgezeichnet haben, lebhaft widerspricht. Wie in ihren religiösen Vorstellungen haben wir es also auch hier mit den Resten eines primitiven Denkens zu tun, daß noch nicht zwischen Natur und sozialer Ordnung zu unterscheiden weiß. Es ist so, als bestände die soziale Ordnung auf Ewig und durch Geburt. Für solch eine Ordnung kann ich nur ein natürliches Beispiel zur Verdeutlichung geben: Wir halten verschiedene Rassen von Schweinen als Jagdschweine, als Schweine zum Aufspüren von Trüffeln und als Wächterschweine, die laut grunzen, wenn sie einen Fremden wittern.

Die Aufnahme eines Fremden in den Stamm ist bei ihnen eigentlich nicht üblich. Gerade deswegen überraschte mich ja auch ihre Gastfreundschaft so sehr! In den wenigen Fällen, in denen doch ein Fremder in den Stamm aufgenommen wird, vergehen erst viele Jahre des Wartens und eine Reihe exotischer Riten ist zu vollziehen.

Um die Folgen jener Starrheit zu mildern, gewähren sie ein Gastrecht, auf so lange Zeit, daß sie geradezu zu Weltmeistern der Gastfreundschaft werden! Man denke sich einen Gast an unserem Herd, der auf Generationen bleibt, zwar nicht das volle Recht des Hausherrn, des vollen, freien Stammesmenschen, genießt, dem man aber die Ehre des Gastes zuerkennt und das, obwohl er häufig schmutzige und wenig angesehene Arbeiten verrichtet. So beherbergt z.B. der Stamm, bei dem ich etwas weilen durfte, jederzeit Millionen Gäste. Gäste werden geboren, bekommen Gastkinder und Gastenkel und sterben bei dem fremden Stamm und wenn sie bescheiden sind, Steuern zahlen und sich in demütiger Ruhe versuchen, so hören sie nur selten ein barsches ‚Gast raus!`.

Wahrlich, die Europäer und insbesondere der Stamm der Deutschen sind die Weltmeister der Gastfreundschaft."

Jan Keetman

Anmerkungen

1) H. Kohl u.a.

2) Der Spiegel 13/1996

3) Vera Gaserow in der taz vom 4.4. 96; zur Abschreckung zitiert.

4) Dieses Wort ist auf den drei letzten Silben zu betonen.

38. Quelldatei 05bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak390/05bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:05bu

BU S. 25 (Spinne):

Oben: Die zionistische Spinne. Auf der Spinne: Zionismus. Im Netz: Klatsch, Lügen, Provokation, Antisowjetismus, jüdische Frage, Antikommunismus. Unten: Bei ihrer liebsten Arbeit. - Aus: Sovietskaya Moldavia, 27.8.1971.

BU S. 25 (Soldat):

Oben: Die israelischen Militaristen verwenden die selben Vergeltungsmethoden gegen friedliche Bewohner der besetzten arabischen Gebiete wie seinerzeit die hitleristischen Halsabschneider. Unten: Wir haben aus dem Zweiten Weltkrieg eine Lehre gezogen ... - Aus: Gudok, 5.3.1972.

BU S. 26

Oben: Bei ihren aggressiven Aktionen gegen die arabischen Staaten sind die bewaffneten israelischen Kräfte von der Unterstützung der amerikanischen Imperialisten und teilweise von den großen Ölgesellschaften abhängig. Auf der Tonne: Öl. Unten: Gezielt schießen. - Aus: Prawda, 8.3.1970.

39. Quelldatei 32.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak390/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:32

Nationalsozialismus

Auch in sonst seriösen Arbeiten von Historikern des Nationalsozialismus wird die Auffassung vertreten, die politische Denunziation sei eine "weibliche Domäne" gewesen. Die Historikerin Gisela Diewald-Kerkmann weist in einem Forschungsbeitrag in 1999 demgegenüber nach, daß der Anteil von Frauen an politischen Denunziationen auffällig gering war. - Der Historiker Michael Esch kommentiert die neu gefundenen Dokumente über die "Forschungsstelle für Ostunterkünfte". Diese Dokumente, die vollständig wiedergegeben werden, zeigen den engen Zusammenhang zwischen der NS-Bevölkerungspolitik und den Anfängen des Völkermords an der jüdischen Bevölkerung in Zamosc (Polen).

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. H. 2/96. 160 S., 18 DM. ISSN 0930-9977.

Faschismustheorien

Das Göttinger autonome Seminar "Einführung in die marxistische Philosophie: Faschismustheorien" hat sich dankenswerterweise nicht mit einem "Seminarmarxismus" (obwohl schon dies heutzutage fast mutig wäre ...) beschieden. Vielmehr hat sich ein AutorInnenkollektiv der Mühe unterzogen, die Arbeitsergebnisse des Seminars zu veröffentlichen. Auf je zehn bis zwanzig Seiten werden die wesentlichen Züge der Faschismustheorien von Clara Zetkin, August Thalheimer, Reinhard Kühnl, Kurt Gossweiler, Wilhelm Reich, Theodor W. Adorno, Alfred Sohn-Rethel und der "wertkritische Ansatz" heutiger Autoren skizziert und diskutiert.

Marxistische Faschismustheorien. Eine Darstellung und kritische Betrachtung. Hg.: Allgemeiner StudentInnenausschuß der Universität Göttingen, 1995. A5, 144 S., Preis nicht angegeben. Bezug: Redaktion "Marxistische Faschismustheorien", c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen.

Frauengeschichte

Mit einiger Verzögerung hat das Westberliner Internationale Frauenplenum seine Geschichte und Erfahrungen in den Jahren 1988 bis zu seiner Auflösung 1991 nachgezeichnet. Veraltet ist dieser Bericht dennoch nicht, geht es doch um das längst nicht gelöste und sich immer wieder neu stellende Problem der Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen und deutschen Frauen - wie es generell sehr hilfreich für die jeweils "Nachgeborenen" ist, wenn Erfahrungen der VeteranInnen zugänglich sind und nicht jeder einzelne Fehler nochmals selbst gemacht werden muß.

Den Faden weiterspinnen. Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Immigrantinnen, im Exil lebenden und deutschen Frauen. Erfahrungen des Internationalen Frauenplenums W.-Berlin 1988-1991. Berlin 1995. 106 S. + 52 S. Dokumente, kein Preis angegeben. Bezug: Rotation, Mehringdamm 51, 10961 Berlin.

Asylrecht

Zu einer symbolischen Entzäunung des Abschiebeknasts Worms am Menschenrechtstag 1994 hatte das Komitee für Grundrechte und Demokratie aufgerufen. Fünfzehn der achthundert UnterzeichnerInnen des Aufrufs wurden wegen des öffentlichen Aufrufs zu Straftaten von der Bonner Staatsanwaltschaft angeklagt. Die meisten der vor Gericht gehaltenen Plädoyers - von Klaus Vack, Joachim Hirsch, Martin Singe, Wolf-Dieter Narr u.a. - liegen jetzt in einer Dokumentation vor.

Martin Singe (Hg.): Ziviler Ungehorsam für Asylrecht! Für die Abschaffung der Abschiebehaft! Verteidigungsreden vor dem Bonner Amts- und Landgericht. Sensbachtal 1996. A5, 200 S., 20 DM (bei Vorauskasse, V-Scheck, keine Versandkosten). Bezug: Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 64759 Sensbachtal.

Kriegsfolgen

Viel veröffentlicht wird über Kriegsursachen, die Folgen von Kriegen werden jedoch eher am Rande abgehandelt. Eingeleitet mit einer Darstellung der globalen Auswirkungen von Kriegen seit 1945 enthält die aktuelle ami-Ausgabe Aufsätze u.a. zum "kleinen ABC der Massenvernichtung", den Folgen der

Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki, dem Landminenkrieg, Kindern als Kriegsopfer, Vergewaltigung, dem Golfkrieg. Die antimilitarismus information erweist sich hier wiederum als die Fachzeitschrift für AntimilitaristInnen - gleichermaßen für AnfängerInnen und Fortgeschrittene zu empfehlen!

antimilitarismus information. H. 3/96: Kriegsfolgen. A5, 80 S. Einzelheft 3,50 DM plus Porto. ami-Verlag, Elßholzstr. 11, 10781 Berlin. ISSN 0342-5789.

Innere Sicherheit

Ende 1995 war das Erscheinen des Informationsdienstes Bürgerrechte & Polizei nicht mehr gesichert. Jetzt ist, teilt die Redaktion mit, die Finanzierung - "mit sehr spitzem Bleistift gerechnet" - bis in die zweite Jahreshälfte 1996 verlängert. Wir fühlen mit und wünschen den KollegenInnen einen baldigen finanziellen Aufschwung! Den 1996er-Jahrgang eröffnet Bürgerrechte & Polizei mit dem Themenschwerpunkt "Innere Sicherheit in der EU", der, wie der einleitende Beitrag betitelt ist, "dritten Säule" der Europäischen Union. Die einzelnen Aufsätze thematisieren u.a. die EUROPOL, die technische Modernisierung der Interpol, Datenzugriff, Zollkooperation und Asylpolitik. Beschlossen wird die Ausgabe mit der Statistik polizeilicher Todesschüsse 1995, einer Chronologie für den Zeitraum November 1995 bis einschl. Februar 1996 und Hinweisen auf Literatur zum Schwerpunkt.

Bürgerrechte & Polizei (Cilip 53), Nr. 1/1996. A5, 104 S., 14 DM. ISSN 0932-5409.

40. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak390/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:38

LeserInnenbriefe

Richtige Programm- punkte der Lega?

Im Großen und Ganzen stimme ich dem ak-Artikel zu, wie überhaupt die Italienberichterstattung dieser Zeitung erheblich besser - ich würde sogar sagen recht gut - geworden ist (abonnieren!!!). Mein "Rest an Kritik" richtet sich auch nicht gegen Einzelaussagen - ich hätte nur manchmal gerne mehr Analyse - und "Handlungsvorschläge", ohne deshalb weniger Kritik zu fordern.

Kurz: Die Darstellung der Lega Nord als rassistisch ist vollkommen richtig. Daß sich hier Ausländer- und Inländerfeindlichkeit vermischen, schmälert nicht das Urteil. Der zur Schau gestellte Rassismus hat ja dazu beigetragen, daß sie von vielen deutschen Linken als "faschistisch" verunglimpft wurde und wird - dieselben haben noch nicht recht mitbekommen, daß es die Lega war, die die (echten) Faschisten aus der Regierung drängte. Das war kein Verdienst wieder Willen, sondern fast notwendig im Programm angelegt. Ganz plump ökonomisch: Die Lega tritt für einen weitestgehend föderalen Staat ein, der den (nord-)italienischen Industriellen, aber auch Kleingewerbetreibenden, möglichst viel Freiheit läßt. Vor allem die Freiheit, für den Süden nichts mehr bezahlen zu müssen.

Die Lega ist für ein Europa der Regionen. Da kommt nämlich Norditalien prima bei weg, die schwache Lira hat zu einem Riesenexportboom geführt. Der Süden liefert, trotz all seiner Südfrüchte, nicht einmal 10% des Exports. Die ("Post"-)Faschisten sind, wie schon immer, für einen starken Zentralstaat und potentiell Europa-skeptisch. Sie setzen sich für die weitere Alimentierung des Südens ein, da sitzen nämlich - gerade jetzt - ihre WählerInnen. Sie stehen für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft - siehe Modell Mussolini. Und der Sturz der Regierung Berlusconi/Fini durch die Lega hat im Süden zu erheblicher Verbitterung geführt.

Ich war in den entscheidenden Wochen in Sizilien und möchte nicht alle Sprüche wiedergeben, die ich gehört habe. Und ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so viele Hakenkreuze gesehen, wie auf sizilianischen Wänden. Wobei das Hakenkreuz nie das Symbol des italienischen Faschismus war, sondern des deutschen.

Wie die Zeitung "La Repubblica" nachwies, gibt es - und das ist historisch neu - mittlerweile eine Unterstützung der Mafia für die Faschisten. Historisch stand beides gegeneinander (man betrachte die fast unblutige Befreiung Siziliens durch die USA mit Hilfe der Mafia oder lese Sciascia). Ökonomisch liegt der Bündniswechsel auf der Hand: Die Faschisten garantieren die lukrativen Staatsaufträge (die Christdemokraten sind ja "ausgefallen") und verhindern, daß sich irgendwelche Föderalisierungstendenzen "Marke Lega" durchsetzen.

Was heißt das für Linke, wenn in Städten, die, von Soziologie und Tradition her (wie Mailand), eigentlich "links" sein müßten, wenn in den industriellen Nordregionen Lombardia, Piemonte, Venezia flächendeckend Lega gewählt wird? Ist das alles nur Wohlstands-Chauvinismus oder gibt es vielleicht Programmpunkte der Lega, die richtig sind? Ich frage, weil ich bisher noch nichts Fundiertes außer Sprechblasen entdecken konnte. "Föderalismus nach deutschem Modell" - daß ich nicht lache! Wir haben zwar bundes-uneinheitliche Feiertage, zahlen aber im Westen genauso ineffektiv für den Osten wie Norditalien für den Süden! Aber es muß doch was geben - wenn ich italienische Linke (aus dem Norden) frage, meinen sie meist, daß die Lega ja reale Probleme anspreche ... auch wenn sie falsche Lösungen anbiete. Ja - und genau da möchte ich gerne mehr wissen!

Gruß Birgitt Meier

Original

und Fälschung!

Betr.: ak-Anzeige in der ak/soz Beilage vom 7.3.1996.

Ich wurde vor einiger Zeit gebeten, mir Gedanken über mögliche AK-Werbungsanzeigen zu machen. Ich bin empört darüber, daß ihr einen Vorschlag von mir scheinbar annehmt, um ihn dann ohne Absprache völlig sinnentleert und aufs langweiligste verändert abzudrucken!

K.T., Hamburg.

41. Quelldatei 40.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak390/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:40

Kalender

Ulrike Meinhof

Im Mai jährt sich der Todestag von Ulrike Meinhof zum zwanzigsten Mal. Sie ist eine der politischen Gefangenen, die unter - milde formuliert - ungeklärten Umständen in der Haft starben. Ulrike Meinhof steht mit ihrer Persönlichkeit und Geschichte für konsequenten Protest, Widerstand und radikale Opposition in der BRD seit Mitte der 50er Jahre und schließlich für die Aufnahme des bewaffneten Kampfes. Monika Berberich und Karl-Heinz Dellwo laden ein zu einer Podiumsdiskussion, deren Thema die Fragestellung sein soll: "Was bleibt übrig von diesen fast 30 Jahren Fundamentalopposition, was war wichtig, was muß gehalten und was verworfen werden, damit etwas Neues beginnen kann?" An der Veranstaltung nehmen teil: Monika Berberich, Ali Jansen, Johann Kresnik, Ralf Reinders, Karl Heinz Roth (angefragt), Monika Seifert, Hans-Christian Ströbele und Klaus Wagenbach.

3.5.96, 19 Uhr (pünktlich!), Audimax der Technischen Universität, Straße des 17. Juni, Berlin.

Jüdische Arbeiterbewegung

Kaum ein passenderes Datum als der 1. Mai hätte sich finden lassen für die Eröffnung der Ausstellung "Arbeiter und Revolutionäre - Die jüdische Arbeiterbewegung". Der Umstand, daß diese vom Diaspora-Museum Tel Aviv erarbeitete Ausstellung nun auch in der BRD gezeigt wird, könnte als hoffnungsvolles Anzeichen dafür gedeutet werden, nun auch hierzulande "den Juden" nicht mehr (nur) auf das ewige Opfer zu reduzieren. In der Ausstellung wird die Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung in Europa und in den USA vom Ende des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts gezeigt. Die meisten der Exponate - Fotografien, Briefe, Plakate, Flugblätter, Handwerkszeuge jüdischer Arbeiter - sind hierzulande bisher weitgehend unbekannt. (Der Kalender-Redakteur empfiehlt den Besuch dieser Ausstellung und der begleitenden Veranstaltungen aufs Wärmste und Nachdrücklichste!)

Bis zum 25.8.96. Dienstag bis Sonntag 10-17 Uhr, Mittwoch 10-20 Uhr.

15.5.96, 19.30 Uhr: Zwischen Klassenkampf und nationaler Selbstbehauptung - Die jüdische Arbeiterbewegung in Osteuropa (Vortrag von Prof. Dr. Heinz-Dietrich Löwe).

22.5.96, 19.30 Uhr: "Proletarier zu sein und Jude dazu, das bedeutet unsägliches Leid ..." Sozialisten zur "Ostjudenfrage" (Vortrag von Dr. phil. habil. Ludger Heid).

29.5.96, 19.30 Uhr: Die deutsche Arbeiterbewegung und der Antisemitismus bis 1933 (Vortrag von Dr. phil. habil. Mario Keßler - siehe auch seinen Aufsatz in der vorherigen und dieser Ausgabe der ak).

Ausstellung und Vorträge im Jüdischen Museum, Untermainkai 14/15, Frankfurt.

Künstler forschen nach Auschwitz

Die Unmöglichkeit, Auschwitz "abzubilden", hat viele zeitgenössische Künstler dazu gebracht, ihren Ausdruck in der Darstellung von Leere (tiefe Löcher, weiße Flächen) oder der Darstellung des Verschwindens, der Abwesenheit zu suchen. Die an dieser Ausstellung beteiligten Künstler gehen einen anderen Weg. Sie suchen nach der Geschichte, nach ihren Spuren, und machen diese Suche selbst zum Gegenstand ihrer Auseinandersetzung und Darstellung. Gezeigt werden Werke von Gunter Demnig (Aktion), Reinhard Matz (Fotografien), Beate Passow (Installationen), Pam Skelton (Videoinstallation) und Art Spiegelman (Comic).

4.5.-2.6.96, täglich 12-18.30 Uhr: Neue Gesellschaft für Bildende Kunst, Oranienstr. 25, Berlin.

4.5.-23.6.96, Dienstag-Sonntag 10-18 Uhr, Mittwoch 10-20 Uhr: Haus am Kleistpark, Grunewaldstr. 6-7, Berlin.

31.5./1.6.96,: Tagung "Künstler forschen nach Auschwitz". Vorträge der ausstellenden Künstler und von Hanno Loewy, Fritz-Bauer-Institut. Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Berlin. Anmeldung (erforderlich!): Tel. 030-80500126.

Abschiebeknast Büren

Am Vorabend der Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren am 26.5. wird am 25.5. in Paderborn eine ganztägige Diskussionsveranstaltung durchgeführt. Die drei Foren behandeln die Themen Rassismus, Grenzübertritte und Be-Lager- ungen. Es referieren u.a. Fatima Hartmann (Rom e.V.), Birgit Rommelspacher (Sozialwissenschaftlerin), Mitglieder der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Frank Sparing (Historiker u.a. zu den NS-"Zigeuner"lagern).

25.5.96, 10 bis ca. 19 Uhr: Diskussionsveranstaltung "Grenzziehungen". Uni/GH Paderborn.

26.5.96, 12 Uhr, Demonstrationsbeginn am Abschiebeknast Büren.

Anmeldung und Infos: Projektbereich Eine Welt - Cordula, c/o AStA der Uni/GH, Warburger Str. 100, 33098 Paderborn, Tel.: 05251-603174.

radikal

Vor knapp einem Jahr hat die Bundesanwaltschaft bundesweit mehr als 50 Wohnungen und Arbeitsstätten durchsuchen lassen. Vier Leute wurden inhaftiert, nach anderen wird gefahndet. In den Medien wurde der Polizeieinsatz als großer Schlag gegen den "Terrorismus" präsentiert. "Terrorismus" ist demnach die Herstellung einer linken, staatsfeindlichen Zeitung. Die "radikal" wird seit fünfzehn Jahren kriminalisiert, seit dreizehn Jahren erscheint sie deshalb verdeckt. Daß sie verdeckt hergestellt wird, ist für den Staatsapparat wiederum ein Beleg für den "terroristischen" Charakter der HerstellerInnen. - Hamburger AStA und IG Medien führen zu dieser Problematik eine Veranstaltungsreihe durch: "radikal: Der Versuch ist strafbar".

6.5.96: Freie Kommunikation ohne Repression (Jutta Ditfurth, Klaus Viemann).

20.5.96: Freier fahnden mit dem 129a (Prof. Edda Weßlau und ein Beschuldigter aus dem radikal-Verfahren).

3.6.96: Der Große Lauschangriff kommt - noch ein Grundrecht geht (Prof. Sebastian Scheerer, RAin Barbara Klawitter, Manfred Such, MdB Bündnis90/Die Grünen - angefragt).

Alle Veranstaltungen finden statt im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1 und beginnen um 19.30 Uhr. Moderator ist jeweils Oliver Tolmein.

The 43 Group

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg trat in Großbritannien eine faschistische, explizit antisemitische Bewegung zur Eroberung der Straßen an. Dieser Versuch wurde binnen einiger Jahre von der "43 Group", die zeitweise bis zu eintausend fast ausschließlich jüdische Mitglieder hatte, zerschlagen. Morris Beckman, Mitglied dieser Gruppe und Autor des auch in deutscher Sprache aufgelegten Buches "The 43 Group. Antifaschistischer Kampf in Großbritannien" (s. ak 388, S. 32), spricht auf einer gemeinsam von Marxistischer Abendschule, Harald-Kater-Verlag und autonomen AntifaschistInnen organisierten Veranstaltung.

7.5.96, 19 Uhr, B-Movie, Brigittenstr. 5 (Hinterhof), Hamburg.

Deutsche Propaganda in Weißrußland

Mit der Propagierung von Nationalismus und Rassenhaß wurde der deutsche Krieg im Osten vorbereitet. In Deutschland wurden Bilder vom "jüdisch-bolschewistischen Untermenschen" plakatiert. In den besetzten Gebieten der Sowjetunion versuchten die Nazis, die Bevölkerung mit dem gleichen Mittel zur Zusammenarbeit zu gewinnen. Diese jüngst in weißrussischen Archiven entdeckten Dokumente der deutschen Besatzungsmacht sind in einer Ausstellung in Berlin zu besichtigen.

8.5.-22.6.96. Montag-Donnerstag 10-13 und 16.30-19 Uhr. Victor-Gollanz-Volkshochschule Steglitz, Schloßstraße 37, Berlin.

8. Mai

"Wider das Vergessen" zeigt die Gruppe "demontage" den DEFA-Spielfilm "Dein unbekannter Bruder" (nach dem Roman von Willi Bredel) und will in einem Referat erklären, "warum in Deutschland nicht massenhaft wie in anderen Ländern die Befreiung miterkämpft wurde".

8.5.96, 20 Uhr. Kino 3001, Schanzenstr. 75, Hamburg.

Gentechnik und Bioethik

Die Ökologische Linke Baden-Württemberg lädt zur Veranstaltung "Faschistische Wurzeln und Inhalte der Gentechnik und Bioethik" mit Vorträgen von Jutta Ditfurth und Erika Feyerabend.

9.5.96, 20 Uhr. Kulturzentrum Merlin, Augustenstr. 72, Stuttgart.

Frauen forschen

Im Rahmen des (für alle offenen) Allgemeinen Vorlesungswesens stellen Hamburger Wissenschaftlerinnen und Künstlerinnen ihre Forschungsergebnisse vor.

13,5,96: Machtmißbrauch in therapeutischen Beziehungen (Dr. Christel Hafke, Soziologin, Dipl.-Musiktherapeutin).

20.5.96: Ausgrenzung und Aggression in der politischen Berichterstattung über Frauen (Dr. Brigitta Huhnke, Medienwissenschaftlerin).

Die Vorlesungen werden gehalten im Hörsaal G des Hauptgebäudes der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, und beginnen um 19 Uhr.

Tagung gegen den Schlußstrich

An die Stelle stramm anti-nationalistischen Bejammerns einer "Schlußstrich-Mentalität" - aber sonstiger Untätigkeit - setzen u.a. Geschichtswerkstätten und Antifa-Komitees aus Tübingen und Marbach eine Tagung, in der sowohl Gedenkinflation wie Schlußstrichmentalität erörtert und über eigene Erinnerungsweisen nachgedacht werden soll. Eingerahmt von einer Podiumsdiskussion über die NS-Erinnerung und einer abschließenden Debatte "Aus der Geschichte lernen?" werden an zwei Tagen die folgenden Themenblöcke und Workshops angeboten: Offizielles Gedenken - Erinnerungen von Zeitzeugen - NS und Kontinuitäten - Projekte gegen den Schlußstrich - Revisionismus und Bombenkrieg.

10.-12.5.96, Tübingen. Programm und Anmeldung: Geschichtswerkstatt Tübingen c/o Martin Ulmer, Vogsthaldenstr. 51, 72074 Tübingen. Tel. 07071- 23770.

Türkische Friedensbewegung

Zehntausende demonstrierten am 21.4. in Istanbul für eine Beendigung des Kurdistankrieges. Am Abend des selben Tages verließ ein "Friedenszug" Istanbul und erreichte am 23.4. die kurdische Stadt Diyarbakir. Eine Veranstaltung mit VertreterInnen der Friedensbewegung aus der Türkei findet statt am

12.5.96, 19 Uhr. Haus für Alle, Amandastr. 58, Hamburg.

Sport im Kapitalismus

Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema Sport zu führen, hat sich der Allgemeine Studierendenausschuß der Universität Konstanz vorgenommen. Praktizierende Fußballer, die gleichzeitig geprüfte Kritiker des Kapitalismus sind, werden im Mai zum Vortrag aufgeboten.

15.5.96: Sport im Kapitalismus. Eine allgemeine Sportkritik (Martin Krauß, Sportjournalist jW, Torsten Haselbauer).

23.5.96: Fußball und Rassismus (Dietrich Schulze-Marmeling, Publizist).

Die Veranstaltungen finden statt im Hörsaal 46-110 der Universität Kaiserslautern und beginnen um 20 Uhr.

BUKO-Kongreß zur "Nachhaltigen Entwicklung"

Der Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, ein Zusammenschluß von etwa 200 Gruppen, tritt in diesem Jahr zum 20. Mal zusammen. An den vier Tagen des Kongresses "Herrschende Nachhaltigkeit - Nachhaltige Herrschaft" sollen grundsätzliche Diskussionen über internationalistische Politik geführt, und es soll über die weitere Arbeit beraten werden. (Gelockt wird zudem mit einer "rauschenden Fete".)

16.5.-19.5.96, Heidelberg. - Programm und Anmeldung: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Jenseits der Geschlechtergrenzen

Im Rahmen des Allgemeinen Vorlesungswesens der Universität Hamburg geht es im Mai auch um lesbisch-schwule Studien.

20.5.96, 15.30-18 Uhr: Kolloquium "Lesbisch- schwule Studien" mit Karin Lützen, PhD, Institute of History, University Centre of Roskilde. Raum 250 im "Pferdestall", Allende-Platz 1, Hamburg.

20.5.96, 19 Uhr: "Which lesbian do you prefer?" Current questions of lesbian identity and identity politics (Karin Lützen, s.o.). Hörsaal G im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Hamburg.

Schoah im Film

Die Reflektion der filmischen Verarbeitung des Völkermords an den europäischen Juden anregen sollen die u.a. von der Marxistischen Abendschule Hamburg veranstalteten "Antifaschistischen Filmtage". Der Aufführung der einzelnen Filme folgt jeweils ein erläuternder Vortrag von Wolfgang M. Hamdorf.

23.5.96: Film "Die Todesmühlen" (USA/D 1945), Vortrag "Dokument und Dramatisierung - von der Reeducation zur Soap Opera".

24.5.96: Film "Nacht und Nebel" (F 1956), Vortrag "Die Distanz der Bilder".

25.5.96: Film "Der gewöhnliche Faschismus" (UdSSR 1965), Vortrag "Die Transparenz am Schneidetisch".

Die Veranstaltungen finden statt im B-Movie, Brigittenstr. 5 (Hinterhof), Hamburg, und beginnen jeweils um 19 Uhr.

Schickt Eure Veranstaltungshinweise! Per e-mail, per Post

oder als Fax. Annahmeschluß für ak 391 ist der 21.5.96.

42. Spenden

CD-Datei: daten/aksuche/ak390/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:390:spenden

In der letzten Ausgabe von ak haben wir unseren SpenderInnen dafür gedankt, daß sie die Anstrengungen unternommen haben, die notwendigen DM 50.000 zum Erhalt von ak für ein weiteres Jahr aufzubringen. Wir konnten die Spendensammlung damit abschließen. Aber erstens kommt es anders, und zweitens ... machte sich von Nürnberg der Osterhase auf den Weg, und auch aus anderen Städten gab es noch einen Nachschlag.

Ergebnis bis ak 389 51.184,00

AK+CW, Ingelheim 400,00

Osterhasilein, KB Nürnberg 3.000,00

F.G., Hannover 100,00

Seit ak 389 3.500,00

Gesamt 54.684,00

ak Redaktion